JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2014 III NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Editorial 5

Zum Ersten Weltkrieg

André Keil: Zwischen Kooperation und Opposition: Die britische Arbeiterbewegung und das „War Emergency Workers' National Committee" während des Ersten Weltkriegs 7

Michael Pesek: Afrikanische Träger im Ersten Weltkrieg 27

Joana Dias Pereira: Produzenten und Konsumenten vereinigt euch! Soziale Unruhen während des Ersten Weltkriegs in Portugal 54

Matteo Ermacora: Arbeiten vor Gewehrläufen. Protest und Widerstand von Arbeitern im Hinterland der italienischen Front (1915 bis 1918) 68

Antonio Farina: Die „unruhige Arbeiterschaft". Rüstungsproduktion und Arbeiterbewegung in einer U-Boot-Werft. Die AG „Weser" im Ersten Weltkrieg 85

Ingo Löppenberg: Zwischen Burgfrieden und „Neuorientierung". Politische Positionen und soziale Aktionen der Christlichen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg 107

Simon Loidl: „Zweieinhalb Tage waren wir frei."
Zur literarischen und politischen Rezeption des
Matrosenaufstands von Cattaro in Österreich 131

Rainer Holze: Beginn des Ersten Weltkrieges – Ursachen und
Wertungen. Internationales Kolloquium (Bericht) 152

Zum 150. Jahrestag der IAA

Rolf Hecker: Zur Geschichte der Veröffentlichung
der Generalratsprotokolle der Internationalen Arbeiterassoziation.....158

Diskussion

Jörg Roesler: Industriearbeiterleben unter den Bedingungen der
Kriegswirtschaft. UdSSR und USA 1941 bis 1945 im Vergleich.....173

Regionales

Wilma Ruth Albrecht: „Des Volkes Recht ...". Pfalz und Pfälzer
1848/49. Annäherungen an regionalgeschichtliche Ereignisse 197

Dokumentarisches

Horst Klein: Erinnerungen von Gerhart H. Seger (1896-1967)
an sein Leben nach der Flucht aus dem Konzentrationslager
Oranienburg.....221

Buchbesprechungen

Bruno Cabanes/Anne Duménil (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg.
Eine europäische Katastrophe *(Gerd Fesser)* *227*

Ernst Piper: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des
ersten Weltkriegs (*Evemarie Badstübner*).....228

Gerd Fesser: Deutschland und der Erste Weltkrieg (*Baldur Kaulisch*).....231

Alfred Pesendorfer: Die gescheiterte Revolution.
Deutschland 1918/19 (*Axel Weipert*).....232

Alexander J. Schwitanski (Hrsg.): „Nie wieder Krieg!“
Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte der
Sozialistischen Jugendinternationale (*Detlef Ziegs*).....233

Kurt Pätzold: Kriegerdenkmale in Deutschland.
Eine kritische Untersuchung (*Herbert Bauch*).....235

Peter Brandt/Detlef Lehnert: „Mehr Demokratie wagen“.
Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010; Bernd Faulenbach:
Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart
(*Herbert Mayer*).....238

Wolfgang Schröder: Wilhelm Liebknecht. Soldat der
Revolution, Parteiführer, Parlamentarier (*Marga Beyer*).....242

Jürgen Schmidt: August Bebel. Kaiser der Arbeiter.
Eine Biografie (*Ursula Herrmann*).....244

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke,
Bd. 6: 1893 bis 1906 (*Ingo Materna*).....247

Ingo Schmidt (Hrsg.): Rosa Luxemburgs „Akkumulation
des Kapitals“. Die Aktualität (*Ulrich Busch*).....249

Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki
(*Heinz Deutschland*).....252

Angelica Balabanoff: Lenin oder: der Zweck heiligt die Mittel.
Erinnerungen (*Horst Riedel*).....253

Friedrich Wolff: Ein Leben – vier Mal Deutschland.
Erinnerungen (*Joachim Eichler*).....255

Willy Buschak: Franz Josef Furtwängler.
Eine politische Biografie (*Dierk Hoffmann*).....257

Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck.
Reflexionen aus biografischer Forschung über den
konterrevolutionären Terror in der Sowjetunion 1937-1941
(*Ronald Friedmann*) 258

Robert S. Wistrich: From Ambivalence to Betrayal.
The Left, the Jews, and Israel (*Mario Keßler*) 259

Heinz Düx: Justiz und Demokratie.
Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945.
Gesammelte Schriften 1948-2013 (*Werner Röhr*) 262

Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände
1949-1977 (*Harald Lange*) 264

Egon Bahr: „Das musst du erzählen".
Erinnerungen an Willy Brandt (*Herbert Mayer*) 267

Jeannette Madarász-Lebenhagen (Hrsg.): Alltag im
ostdeutschen Premnitz. Mit den Kalenderblättern
(1982-1984) von Hubert Biebl (*Evemarie Badstübner*) 270

Horst Groschopp/Eckhard Müller (Hrsg.): Letzter Versuch
einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR
(1988-1990) (*Günter Benser*) 273

Ulla Plener: Demokratisierung.
Beiträge zur Strategie der Linken (*Wolfram Adolphi*) 274

Autorenverzeichnis 277

Jahresinhaltsverzeichnis 278

Impressum 285

Editorial

Kein historisches Thema findet derzeit mehr Beachtung als der Erste Weltkrieg. Die öffentliche Diskussion, insbesondere auch um Christopher Clarks Bestseller „Die Schlafwandler", zeigt jedoch sehr deutlich, dass wichtige Fragen ausgeklammert werden. Weder der Widerstand gegen den Krieg noch die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung werden in angemessener Weise beachtet. Geführt wurde der Krieg jedoch von Soldaten, die mehrheitlich aus der Bauernschaft und der Arbeiterschaft stammten und durch ihre Proteste den Kriegsverlauf mit beeinflussten. Und an der Heimatfront waren es die Streiks und Hungerproteste der Arbeiterinnen und Arbeiter, die das Kriegsgeschehen wesentlich mitbestimmten.

Die Redaktion hat – entsprechend dem Profil unserer Zeitschrift – daher das Thema „Weltkrieg und Arbeiterbewegung" zum Schwerpunkt zweier Hefte gemacht. Heft II vom Mai dieses Jahres widmete sich u. a. den mecklenburgischen Rüstungsarbeiterinnen, Frauen- und Geschlechterrollen in den Wiener Lebensmittelunruhen, dem Deutschen Metallarbeiterverband in Chemnitz und der Berliner SPD. Ein Beitrag über die Stellung der Sozialistischen Partei Argentiniens zum Krieg führte über die Mittelmächte hinaus und leitete hin zu Weltkrieg und Arbeiterbewegung als globalen Phänomenen.

Das vorliegende Heft III bietet Studien zu Großbritannien, Italien, Ostafrika, Portugal und Österreich, aber auch zur Bremer Weser-Werft und den Christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Inhaltlich behandelt werden sowohl Aktivitäten der Spitzengremien wie auch Vorgänge an der Basis der Arbeiterbewegung – erst beides zusammen ergibt ein Gesamtbild. Ergänzt wird der Schwerpunkt in beiden Heften durch Besprechungen neuerer Forschungsliteratur.

Der Themenschwerpunkt Erster Weltkrieg wird uns in den kommenden Ausgaben, wenn auch weniger umfangreich, weiter beschäftigen.

Die Redaktion

Zum Ersten Weltkrieg

Zwischen Kooperation und Opposition: Die britische Arbeiterbewegung und das „War Emergency Workers' National Committee" während des Ersten Weltkriegs

André Keil

1. Einleitung

Der Erste Weltkrieg stellte ohne jeden Zweifel eine tief greifende Zäsur in der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung dar. Trotz der intensiven Bemühungen der II. Internationale um eine einheitliche Antikriegsposition in den Jahren vor 1914 scheiterten sämtliche Versuche, einen geschlossenen Widerstand gegen den bereits lange zuvor antizipierten Weltkrieg zu formieren.[1] Dieses Versagen der organisierten Arbeiterbewegung wurde insbesondere von der leninistisch geprägten Geschichtsschreibung in den Kategorien von Opportunismus und Verrat der zunehmend reformistisch ausgerichteten Arbeiterparteien an den Idealen des internationalen Sozialismus interpretiert.[2] Während die Unterstützung der Kriegsbemühungen seitens der Mehrheit der europäischen Arbeiterparteien in der Tat ihre weitgehende nationale Integration bewirkte, entwickelte sich aus dem Widerstand gegen den Krieg bald ein Gründungsmythos der nach 1918 entstandenen kommunistischen Parteien.[3] 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges scheint es jedoch notwendig

---

1 Siehe Kevin J. Callahan: The International Socialist Peace Movement on the Eve of World War 1 Revisited: The Campaign of „War Against War" and the Basle International Socialist Congress in 1912, in: Peace and Change, Bd. 29, 2004, H. 2, S.147-176; Georges Haupt: Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International, Oxford 1972, S.107-182.

2 Siehe Wolfgang Kruse: Burgfrieden 1914: Der „Verrat" schlechthin?, in: Simone Barck/ Ulla Plener (Hrsg.): Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin 2009, S.18-35.

3 Exemplarisch dafür steht die Debatte über die Rolle der SPD 1914. Siehe dazu Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration: Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1994.

zu sein, die dichotomische Sichtweise von Verrat und Widerstand kritisch zu hinterfragen.

Diese Dichotomie ist in vieler Hinsicht zu schematisch und wird dem oft komplexen Spannungsverhältnis, in dem sich viele Akteure der organisierten Arbeiterbewegung während des Krieges befanden, nicht gerecht. Das zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die spezifischen Entwicklungen in den einzelnen kriegführenden Ländern. Die häufig in der traditionellen Literatur zu findende Fokussierung auf die nach nationaler Anerkennung strebenden Parteiführungen einerseits und die sich zunehmend radikalisierende Opposition gegen den Krieg andererseits verstellt die Sicht auf die große Zahl politischer Aktivisten, die sich nicht vollständig mit den nationalen Kriegsanstrengungen identifizierten, jedoch ebenso wenig Teil der radikalen Opposition waren. Der Konflikt zwischen Klasseninteressen und nationaler Loyalität spielte sich oftmals nicht nur zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der Arbeiterbewegung ab, sondern stellte auch einzelne Aktivisten vor häufig sehr persönliche Entscheidungen, die vielfach in sich widersprüchlich und nicht immer konsequent waren. Anstatt die Rolle der europäischen Arbeiterbewegung als ein Entweder-oder zu interpretieren, sollte anerkannt werden, dass während des Ersten Weltkrieges häufig ein Sowohl-als-auch von Kooperation und Opposition existierte. Die Frage danach, wie sich dieses Spannungsverhältnis auf die Aktivitäten der europäischen Arbeiterbewegung auswirkte, kann daher durchaus neue und interessante Perspektiven auf das Problem eröffnen.

Besonders die britische Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges war gekennzeichnet von solchen konfliktträchtigen Entwicklungen. Zwar verschärften sich auch hier die Spannungen innerhalb der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung, doch konnte zumindest für die Dauer des Krieges die institutionelle Spaltung der Arbeiterbewegung vermieden werden. Stattdessen entstand eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen, die auf ihre Weise in den, mit den und manchmal auch gegen die etablierten Strukturen der Arbeiterbewegung den Protest gegen den Krieg und seine Auswirkungen organisierten. Gleichzeitig bedeutete für viele Aktivisten jedoch Widerstand gegen den Krieg nicht notwendigerweise auch fundamentale Opposition gegen den kriegführenden Staat. Die Expansion von Staat und Bürokratie während des Krieges wurde von führenden Theoretikern in Großbritannien, wie beispielsweise Sydney Webb, vielmehr als notwendige Voraussetzung für die angestrebte sozialistische Transformation des Landes angesehen. Die Erfahrungen während des Krieges führten schließlich zu dem widersprüchlichen Ergebnis, dass die Labour Party sich in ihrem Parteiprogramm von 1918 mit ihrer

berühmten „Clause 4" zwar zum ersten Mal in ihrer Geschichte eindeutig zum Sozialismus als Ziel ihrer politischen Bemühungen bekannte, jedoch gleichzeitig den britischen Staat und das bestehende politische System grundsätzlich als Basis der angestrebten Veränderungen akzeptierte.

Die hier kurz skizzierten Widersprüche werden besonders beim Blick auf das sogenannte „War Emergency Workers' National Committee" (WEWNC) deutlich. Es wurde Anfang August 1914 von den Spitzen der Labour Party und den Gewerkschaftsdachverbänden als Koordinierungsgremium ins Leben gerufen, um ein geschlossenes Auftreten der organisierten Arbeiterbewegung während des Krieges zu gewährleisten. Obwohl sein direkter Einfluss auf die britische Politik vergleichsweise gering war, lassen sich hier die Konflikte und Debatten innerhalb der britischen Arbeiterbewegung wie in kaum einer anderen Organisation nachvollziehen. Da dem WEWNC die prominentesten Vertreter aller Strömungen der organisierten Arbeiterbewegung angehörten, trafen in ihm Kriegsbefürworter und Kriegsgegner unmittelbar aufeinander. Darüber hinaus spiegelten die Kampagnen des Komitees, beispielsweise gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und später für die Besteuerung hoher Vermögen unter dem Motto „Conscription of Riches", das Spannungsverhältnis zwischen Arbeiterbewegung und britischem Staat wider. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie wenig Beachtung das WEWNC in der englischsprachigen Literatur zum Ersten Weltkrieg gefunden hat. Mit Ausnahme eines Aufsatzes von Royden Harrison aus dem Jahr 1971 und einem Kapitel in Jay Winters „Socialism and the Challenge of War" von 1974 existieren keine einschlägigen Veröffentlichungen zu diesem Thema.[4] Der vorliegende Aufsatz soll verdeutlichen, dass die genauere Betrachtung des Komitees interessante Perspektiven auf das Problem von Kooperation und Opposition innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges eröffnen kann.

2. Die Haltung der Labour Party zu Krieg und Frieden vor 1914

Im Vergleich zu anderen Teilen Europas konnte die britische Arbeiterbewegung 1914 auf eine lange Tradition zurückblicken.[5] Paradoxerwei-

4 Siehe Royden Harrison: The War Emergency Workers' National Committee, 1914-1920, in: Asa Brigges/John Saville (Hrsg.): Essays in Labour History 1886-1923, London 1971, S.211-259; Jay Winter: Socialism and the Challenge of War. Ideas and Politics in Britain 1912-18, London-Boston 1974, S.184-233.

5 Siehe Stefan Berger: European Labour Movements and the European Working Class in

se hinkte jedoch die Herausbildung einer parlamentarischen Interessenvertretung der Arbeiterklasse diesen Entwicklungen hinterher. Zwar hatten sich bereits in den 1880er-Jahren mit der Social Democratic Federation (1881; später in British Socialist Party/BSP unbenannt) und der Fabian Society (1884) die ersten explizit sozialistischen Gruppen gegründet, doch blieb ihr Wirkungskreis aufgrund ihrer zunächst eher elitären personellen Zusammensetzung überschaubar. Der erste Schritt in Richtung einer relevanten politischen Repräsentation wurde erst 1893 mit der Gründung der Independent Labour Party (ILP) getan. Im Jahr 1900 erfolgte schließlich die Formierung des Labour Representation Committee (LRC, seit 1906 Labour Party) als nationaler parlamentarischer Zusammenschluss der unterschiedlichen sozialistischen Strömungen und Gewerkschaften als Keimzelle der späteren Labour Party.[6] Jedoch bestanden innerhalb des LRC die einzelnen Organisationen wie die ILP, die BSP oder die Fabian Society als eigenständige Organisationen fort. Vor diesem Hintergrund existierte die Labour Party eher als föderal organisierte parlamentarische Dachorganisation, denn als eine geschlossene Arbeiterpartei nach kontinentalem Muster.

Die organisatorische Segmentierung der Partei spiegelte sich auch in ihrer Haltung zu Krieg und Frieden wider. Vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges verfügte kaum eine der in der Labour Party zusammengeschlossenen Organisationen über eine klare außenpolitische Konzeption.[7] Zentrale Figuren der organisierten Arbeiterbewegung, wie beispielsweise der ILP-Vorsitzende Ramsay MacDonald oder der ILP-Mitbegründer James Keir Hardie, kritisierten zwar einzelne Aspekte des britischen Kolonialsystems, nachdem sie Teile des Empire bereist hatten.[8] Jedoch blieb das

---

Comparative Perspective, in: Ders./David Broughton (Hrsg.): Forces of Labour. The Western European Labour Movement and the Working Class in the Twentieth Century, London 1995, S.245-262.

6 Für seinen zusammenfassenden Überblick über die Entstehung der Labour Party siehe Martin Pugh: Speak for Britain. A New History of the Labour Party, London 2010, S.14-59; siehe auch Paul Adelman: The Rise of the Labour Party 1880-1945, London u. a. 1996; Ross McKibbin: The Evolution of the Labour Party, 1910-1924, London u. a. 1974, S.1-19.

7 Siehe Rhiannon Vickers: The Labour Party and the World. Vol. 1: The Evolution of Labour's Foreign Policy 1900-51, Manchester 2003, S.22-54; Paul Brigden: The Labour Party and the Politics of War and Peace, 1900-1924, Woodbridge 2009.

8 MacDonald war bereits 1902, während des Zweiten Burenkrieges, durch Südafrika gereist und kritisierte später die brutale britische Kriegsführung gegen die burische Zivilbevölkerung. Hardie bereiste 1907 vor allem die britischen Kolonien in Asien und hielt seine kritischen, jedoch keineswegs anti-imperialistischen Betrachtungen in einem Reisebericht fest.

Empire auch für sie der zentrale Bezugspunkt ihres politischen Denkens, der zwar reformiert, keineswegs jedoch völlig aufgegeben werden sollte.[9] Dies spiegelten nicht zuletzt die sogenannten „patriotischen" Strömungen innerhalb der Gewerkschaften wider, die sich positiv auf Empire und Nation bezogen.[10]

Innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung verfolgte besonders die ILP seit dem Basler Friedenskongress der II. Internationale von 1912 eine zunehmend pazifistische Linie.[11] Bereits kurz nach dem Kongress rief die ILP ein Komitee ins Leben, das die Möglichkeiten eines europäischen Generalstreiks im Falle eines Krieges prüfen sollte. Innerhalb der II. Internationale zählte besonders James Keir Hardie gemeinsam mit dem Franzosen Jean Jaurès zu den prominentesten Befürwortern der sogenannten Antikriegsstreik-Strategie.[12] Die pazifistische Ausrichtung der ILP wurde besonders während ihrer „Coming of Age"-Kampagne von 1913 noch einmal unterstrichen. Im Rahmen der Aktivitäten anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens organisierte die Partei eine Reihe von Friedenskundgebungen, auf denen auch internationale Gäste wie der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Büros Emile Vandervelde und der deutsche Sozialdemokrat Hermann Müller vor den Gefahren eines europäischen Krieges warnten.

Trotz des Engagements der ILP war die britische Arbeiterbewegung jedoch in der Frage, wie auf einen potenziellen europäischen Konflikt politisch reagiert werden solle, zutiefst gespalten. Einerseits vertraten prominente Vertreter pazifistisch-isolationistische Positionen, die sich vor allem gegen eine britische Kriegsbeteiligung richteten, andererseits existierten Stimmen, wie beispielsweise die des BSP-Aktivisten Henry H. Hyndman, die einen Beitrag der Arbeiterklasse zur Verteidigung britischer imperialer Interessen einforderten.[13] Unter anderem aus diesem Grund existierten

9 Siehe Jonathan Hyslop: The World Voyage of James Keir Hardie: Indian Nationalism, Zulu Insurgency and the British Labour Diaspora 1907-08, in: Journal of Global History, 2006, H. 1, S.343-362.

10 Für eine detaillierte Diskussion des Problems von Patriotismus und Klassenidentität in der britischen Arbeiterbewegung siehe Paul Ward: Red Flag and Union Jack: Englishness, Patriotism and the British Left 1881-1924, London 1998.

11 Siehe Douglas J. Newton: British Labour, European Socialism, and the Struggle for Peace 1889-1914, Oxford 1985.

12 Siehe Wolfgang Kruse: Der Antikriegsstreik in der internationalen Arbeiterbewegung, in: Andreas Gestrich/Gottfried Niedhart/Bernd Ulrich (Hrsg.): Gewaltfreiheit. Pazifistische Konzepte im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 1996, S.60-79.

13 Siehe David Silbey: British Working Class Enthusiasm for War 1914-16, London 2004, S.1-14.

1914 keine ausgereiften Pläne für eine geschlossene politische Reaktion der britischen Arbeiterbewegung auf den sich anbahnenden Weltkrieg.

Die Entwicklungen während der Julikrise kamen für die Labour Party überraschend. Noch am 31. Juli 1914 veröffentlichte das Exekutivkomitee einen von James Keir Hardie und Arthur Henderson unterzeichneten Aufruf an die britische Arbeiterklasse, in dem es forderte: „Arbeiter steht auf für den Frieden. Schließt euch zusammen und bezwingt den militaristischen Feind und die selbstsüchtigen Imperialisten ein für alle Mal!".[14] Der radikale Ton spiegelte dabei die durchaus vorhandene Bereitschaft der Labour Party wider, sich im Fall der Fälle einer europäischen Massenstreikbewegung gegen den Krieg anzuschließen. Bereits zwei Tage später, am 2. August 1914, organisierte die ILP eine Reihe von großen Antikriegsdemonstrationen im gesamten Land. Angesichts der Eskalation der Lage auf dem Kontinent zeigte sich jedoch eine gewisse Ratlosigkeit in den Gremien der Partei. Voller Anspannung wurden die letztendlich vergeblichen Versuche des Internationalen Sozialistischen Büros verfolgt, eine koordinierte Antwort der europäischen Arbeiterbewegung zu organisieren.[15] Zwar nahmen mit Keir Hardie, Dan Irving und Bruce Glasier drei führende Köpfe der britischen Arbeiterbewegung an den Verhandlungen des ISB in Brüssel am 29. und 30. Juli 1914 teil, jedoch beschränkte sich ihre Rolle dort auf die von passiven Beobachtern der hitzigen Diskussionen.[16] Mit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Reichstag am 4. August 1914 schwanden schließlich jegliche Hoffnungen auf eine geschlossene Haltung der II. Internationale. Die gleichzeitige völkerrechtswidrige Invasion Belgiens durch deutsche Truppen machte zudem einen Kriegseintritt Großbritanniens auf der Seite Frankreichs und Russlands immer wahrscheinlicher. Vor diesem Hintergrund glaubte die Führungsspitze der Labour Party immer weniger, eine Ausweitung des Krieges durch politische Aktionen verhindern zu können. Nachdem in der Nacht vom 4. auf den 5. August Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte, zerfiel der aktive Widerstand der Labourfraktion im Unterhaus gegen den Krieg fast vollkommen. Als letzte gemeinsame Reaktion verabschiedete das Exekutivkomitee der Partei am

14 An Appeal to the British Working Class. Manifesto by the British Section of the International Socialist Bureau, gez. James Keir Hardie und Arthur Henderson, 31. Juli 1914, Labour History Archive and Study Centre (LHASC), ILP/1914/72.

15 Minutes of the meeting of the Socialist Group [= Internationales Sozialistisches Büro], 1. August 1914, LHASC, LSI 3/1/1.

16 Siehe Haupt, Socialism, S.250-255.

5. August mit acht zu vier Stimmen eine Resolution, die Friedensverhandlungen zum „frühestmöglichen Zeitpunkt" forderte, „um Maßnahmen zu ermöglichen, die die freundschaftlichen Gefühle zwischen den Arbeitern Europas wiederherstellen können".[17] Doch noch am gleichen Tag stimmte die Fraktion im Unterhaus Kriegskrediten in Höhe von 100 Millionen Pfund zu. Aus Protest gegen diese offenkundige Aufgabe der vormaligen Antikriegsposition trat mit Ramsay MacDonald einer der einflussreichsten Politiker der Partei von seinem Posten als Fraktionsvorsitzender zurück. An seine Stelle trat der als gemäßigt geltende Arthur Henderson, der zuvor Sekretär der Partei gewesen war. MacDonald verblieb jedoch weiterhin als Vertreter der ILP im Exekutivkomitee der Labour Party. Die Ereignisse des 5. August 1914 hätten mit großer Wahrscheinlichkeit zur Spaltung der britischen Arbeiterbewegung geführt, hätte Henderson nicht versucht, die oppositionellen Teile von Partei und Arbeiterbewegung zu integrieren. Ein zentraler Bestandteil dieser Bemühungen war die Schaffung des WEWNC als strömungsübergreifendes Gremium der Organisationen der britischen Arbeiterbewegung während des Krieges.

3. Die Anfänge des War Emergency Workers' National Committee

Am 4. August 1914 hatte Henderson noch in seiner Funktion als Sekretär des Labour Party-Exekutivkomitees Einladungen zur Gründung eines neuen Komitees verschicken lassen, das über die weiteren Schritte der organisierten Arbeiterbewegung angesichts des drohenden Krieges und zur Erhaltung des internationalen Friedens beraten sollte.[18] Die Ereignisse des 5. August 1914 machten Hendersons Pläne für ein Friedenskomitee jedoch sofort obsolet. Die Notwendigkeit einer möglichst geschlossenen Vertretung der britischen Arbeiterklasse wurde jedoch rasch von allen Beteiligten anerkannt.

Ein erstes inoffizielles Treffen zwischen Vertretern des Parteivorstandes, des Gewerkschaftsdachverbandes Trade Union Congress (TUC) und des Koordinationsrates der General Federation of Trade Councils (GFTC) fand bereits einen Tag später, dem 6. August, in den Räumlichkeiten des Londoner Unterhauses statt.[19] Das Komitee verstand sich nun vor allem

17 Resolution of the Labour Party, 5. August 1914, LHASC, Labour Party Executive Council Minutes, Bl. 85-89.

18 Brief Arthur Hendersons an das National Executive Committee der Labour Party, 4. August 1914, LHASC, WNC 9/22.

19 Einladungsschreiben Arthur Hendersons zur ersten offiziellen Sitzung des WEWNC, 7.

als Koordinationsgremium zwischen Labour Party und Gewerkschaften für die Zeit des Krieges. Auf der offiziellen konstituierenden Sitzung am 10. August 1914 wurde zunächst nur ein paritätisch besetztes neunköpfiges Gremium bestellt, das jeweils aus drei Vertretern des Labour-Parteivorstandes, des TUC und der GFTC bestand.[20] Den Vorsitz übernahm Arthur Henderson, sein Stellvertreter wurde der spätere TUC-Präsident James Andrew Seddon, Schatzmeister der Präsident der GTFC William Archibald Appleton. Die neun ursprünglichen Mitglieder des Gremiums repräsentierten im Großen und Ganzen die kriegsbefürwortende Mehrheit innerhalb von Partei und Gewerkschaften. Bemerkenswerterweise drängte jedoch ausgerechnet Arthur Henderson noch während des Treffens darauf, weitere Mitglieder in das Gremium aufzunehmen, um eine möglichst geschlossene Repräsentation der Interessen der britischen Arbeiterbewegung während des Krieges zu ermöglichen. Infolgedessen wurden zusätzlich der als radikaler Kriegsgegner geltende Vorsitzende der Miners' Federation of Great Britian (MFGB), Robert Smillie, und der Eisenbahngewerkschafter Albert Bellamy in das Gremium berufen. Die Fabian Society entsandte ihren führenden Kopf Sydney Webb. Ebenfalls kooptiert wurden Henry H. Hyndman für die marxistisch ausgerichtete BSP sowie Dr. Marion Phillips als Vertreterin der Women's Labour League und Mary MacArthur für die Women's Trade Union League.[21] Auf den folgenden Treffen wurden in schneller Folge weitere Vertreter der Genossenschaftsbewegung und der verschiedensten Einzelgewerkschaften in das WEWNC aufgenommen.[22] Im Oktober 1914 wurde das Gremium ein weiteres Mal erweitert, und zwar um den führenden Kopf der oppositionellen Antikriegsströmung innerhalb der Labour Party, Ramsay MacDonald, sowie um zwei Vertreter der ILP (Fred Jowett und Harry Dubery) und Stephen Sanders für die Fabian Society. In seiner endgültigen Zusammensetzung repräsentierte das WEWNC schließlich tatsächlich fast die gesamte Breite der britischen Arbeiterbewegung.[23] Die Verwaltung des

August 1914, LHASC, WNC 9/1/2.

20 Protokoll der ersten Sitzung des WEWNC-Exekutivkomitees, 10. August 1914, LHASC, WNC 9/1/3.

21 Siehe Harrison, War Emergency Workers' National Committee, S.212-215.

22 Siehe ebenda.

23 Die einzige relevante Ausnahme war hierbei Sylvia Pankhursts East London Federation of Suffragettes. Ihr wurde die Mitgliedschaft unter der Begründung verweigert, dass Pankhursts Gruppe nicht offiziell mit der Labour Party assoziiert war. Brief James Middletons an Sylvia Pankhurst, 10. September 1914, LHASC, WNC 9/1/21.

Komitees lag vor allem bei den verbliebenen Mitarbeitern des Vorstandes der Labour Party, wobei der Büroleiter der Partei James Middleton eine zentrale Rolle spielte.

Im Wesentlichen lassen sich innerhalb des Gremiums drei grundlegende Strömungen identifizieren, die als stellvertretend für die allgemeine Stimmungslage innerhalb der britischen Arbeiterbewegung gelten können: Die Pole bildeten die vergleichsweise kleine Gruppe der unbedingten Kriegsbefürworter, die Royden Harrison sehr pointiert als „hun-hating jingos" beschrieben hat, und ausgesprochene Kriegsgegner wie Ramsay MacDonald und Robert Smillie, die mit der zunehmenden Dauer des Krieges einen erheblichen Einfluss innerhalb des WEWNC ausübten. [24] Die große Mehrheit der Mitglieder lässt sich keinem der beiden Lager eindeutig zuordnen. Zwar akzeptierte diese Gruppe zu einem gewissen Grad den Krieg als notwendigen Abwehrkampf gegen den in der Propaganda allgegenwärtigen preußischen Militarismus und Autokratismus, jedoch widersetzte sie sich auch der versuchten Vereinnahmung der Arbeiterklasse durch den britischen Staat und die nationalistische Rechte. Stellvertretend für diese differenzierte Position steht Sydney Webb. Als Mitbegründer der sozialistischen Fabian Society und einer der intellektuellen Stichwortgeber der britischen Arbeiterbewegung sah Webb den Krieg zwar als Produkt imperialistischer Staatenkonkurrenz, wies aber gleichzeitig die Forderungen nach einem sofortigen Kriegsende als unrealistisch zurück.[25] Stattdessen sollte die britische Arbeiterbewegung unbeirrt ihre Ziele verfolgen – wo möglich mit dem britischen Staat, wenn nötig gegen ihn. Die zunehmende Abhängigkeit des Staates von den arbeitenden Massen als Soldaten und Produzenten sah Webb daher eher als Chance zur Durchsetzung kollektivistischer Maßnahmen im Sinne eines Kriegssozialismus, denn als eine Bedrohung der organisierten Arbeiterbewegung.[26]

Die Breite und Heterogenität des Gremiums führte im ersten Jahr des Krieges zu einer gewissen politischen Neutralisierung des WEWNC. Grundlegende politische Fragen zum Krieg wurden anfänglich kaum behandelt. Stattdessen verfolgten die einzelnen Mitgliedsorganisationen ihre eigenen politischen Ziele weiterhin unabhängig voneinander. Die Führung der Labour Party und des TUC unterstützten die britischen Kriegsbemühungen durch ihre Zustimmung zu einem politischen und industri-

24 Siehe Harrison, War Emergency Workers' National Committee, S.219.

25 Siehe Winter,Socialism, S.190f.

26 Siehe Harrison, War Emergency Workers' National Committee, S.221f.

ellen „Waffenstillstand" (truce policy) für die Zeit des Krieges.[27] Arthur Henderson trat dem im April 1915 umgebildeten Asquith-Kabinett sogar als neuer Bildungsminister bei, was schließlich zu seinem Rücktritt als Vorsitzender des WEWNC führte. Das Komitee blieb danach zunächst ohne nominellen Vorsitzenden. Erst im September 1915 wurde der offene Kriegsgegner Robert Smillie als Hendersons Nachfolger gewählt, der das Amt dann auch bis Ende des Krieges innehaben sollte.

Auf der anderen Seite begannen Vertreter der ILP wie Ramsay MacDonald oder Phillip Snowden gemeinsam mit linken Liberalen und Intellektuellen damit, die Opposition gegen den Krieg zu organisieren. Besonders die bereits im August 1914 gegründete Union of Democratic Control (UDC) entwickelte sich zu einem zentralen Eckpfeiler der organisierten Opposition gegen den Krieg, der sich vor allem ab 1916 vermehrt Gewerkschaften und Einzelaktivisten anschlossen. Jedoch blieben die Kritiker des Krieges in Großbritannien zunächst eine marginalisierte Minderheit, die zudem den zunehmenden Angriffen des Staates und von „Patrioten" ausgesetzt war.[28]

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass Kriegsbefürworter und Kriegsgegner in einem Gremium wie dem WEWNC zusammenarbeiten konnten. Dies war vor allem möglich, weil die grundlegenden politischen Fragen von Krieg und Frieden anfänglich nicht verhandelt wurden. Dies sollte sich erst mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Januar 1916 ändern und nachdem die Regierung bereits 1915 mit dem „Munitions of War Act" die Rechte der organisierten Arbeiterschaft zunehmend einzuschränken begann. Das WEWNC konzentrierte sich zunächst vornehmlich darauf, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges auf die arbeitende Bevölkerung zu lindern. Dieser kleinste gemeinsame Nenner bildete zumindest eine Grundlage für beide Lager, trotz der zunehmend erbitterten internen Konflikte in konkreten Sachfragen miteinander zu kooperieren.

Im November 1914 stellte das WEWNC den angesehenen Londoner Anwalt Henry Herman Slesser an, um das Komitee in rechtlichen Fragen zu beraten. Slessers Hauptaufgabe lag bald in der Rechtsberatung von Arbeiterfamilien, die sich mit ihren Bitten um Unterstützung direkt an das

27 Siehe Bernard Waites: Class Society at War. England 1914-1918, London-Boston 1987, S.184-192.

28 Für eine Übersicht über den Umgang des britischen Staates mit der Antikriegs-Opposition siehe Brock Millman: Managing Dissent in First World War Britain, London 2000.

WEWNC wandten.[29] Ihre Eingaben spiegeln die gesamte Bandbreite der Probleme wider, mit denen Arbeiterfamilien mit der zunehmenden Dauer des Krieges konfrontiert waren. Dies reichte von der in den ersten Kriegsmonaten zunächst rapide angestiegenen Arbeitslosigkeit über das Problem der Ausbeutung von Frauen und Kindern in kriegswichtigen Fabriken bis hin zu Klagen über Mietwucher und Versorgungsengpässe mit Lebensmitteln.[30] Wo möglich, stellte das WEWNC den Betroffenen rechtlichen Beistand zur Seite und vertrat ihre Interessen vor den Gerichten. Gleichzeitig nutzten Henderson und andere führende Parlamentarier ihre engen Kontakte, um besonders gravierende Fälle unmittelbar bei Vertretern der Regierung zur Sprache zu bringen. Das liberale Asquith-Kabinett kam solchen Anliegen häufig bereitwillig entgegen, sah es doch das WEWNC als eine geeignete Institution an, soziale Spannungen bereits im Ansatz zu entschärfen. Die Tatsache, dass sich viele Arbeiterfamilien und lokale Gewerkschaften mit ihren Anliegen direkt an das WEWNC wendeten, spiegelte eine gewisse Paralysierung der größeren Gewerkschaften im Rahmen des „industrial truce" wider. Zugleich wird hierin deutlich, dass das Komitee durchaus als eigenständige und unabhängige Interessenvertretung der britischen Arbeiterklasse wahrgenommen wurde.

Die Unzufriedenheit der Basis mit den als zu passiv empfundenen etablierten nationalen Organisationen der britischen Arbeiterbewegung wuchs bereits wenige Wochen nach dem britischen Kriegseintritt rapide an.[31] Im Dezember 1914 beklagte sich beispielsweise die lokale Sektion der Bauarbeitergewerkschaft (Building Trades Federation) aus dem südenglischen Northampton darüber, dass „viele Gewerkschaftsfunktionäre, offenbar durch die Anordnungen des Defence of the Realm Act [Reichsverteidigungsgesetz, A. K.] in Panik geraten, die vitalen Interessen der Gewerkschaftsbewegung über Bord geworfen haben".[32] Aussagen wie diese waren symptomatisch für viele Regionen. Eine Konsequenz daraus waren lokal organisierte Protestaktionen gegen die sozialen Auswirkungen des Krieges, wie der Mieterstreik in Glasgow, an dem sich zwischen April und Au-

29 Es ist an dieser Stelle unmöglich, die ganze Fülle dieser Aktivitäten detailliert zu schildern. LHASC WNC 15/4 „Legal" enthält die relevante Korrespondenz zwischen dem WEWNC und den einzelnen Adressaten.

30 Siehe Winter, Socialism, S.201-206.

31 Siehe Alan Clinton: Trade Councils and the First World War, in: International Review of Social History, Bd. 15, 1970, H. 2, S.202-234.

32 Brief der Northampton Building Trades Federation an das WEWNC, 14. Dezember 1914, LHASC, WNC 15/4/105.

gust 1915 mehr als 30.000 Arbeiterfamilien beteiligten.[33] Seit Anfang 1915 kam es im gesamten Land in fast allen kriegswichtigen Industrien zu immer größeren Streikaktionen, die sich bis zum Ende des Krieges weiter steigerten. Im Juli 1915 traten beispielsweise über 200.000 Bergarbeiter in Südwales in den Ausstand. Die britische Regierung war daraufhin gezwungen, den Forderungen der Streikenden weitgehend entgegenzukommen.[34] Besonders der zahlenmäßige Anstieg von unqualifizierten Arbeitern, Jugendlichen und Frauen, die häufig zu weit schlechteren Konditionen angestellt wurden als die meist gewerkschaftlich organisierten Stammarbeiter, führte zu immer größeren Protesten gegen die sogenannte „Verwässerung" (dilution) von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch hier spitzten sich die Proteste zunächst in Schottland zu, wo die Regierung unter dem „Defence of the Realm Act" mit repressiven Maßnahmen gegen die lokalen Anführer reagierte.[35] Die Einführung des „Munition of War Act" im Juli 1915 ließ die schwelenden sozialen Konflikte weiter eskalieren.[36] Im Kern sah das Gesetz ein Verbot von Streiks in kriegswichtigen Industrien zum Beispiel in Waffen- und Munitionsfabriken, dem Bergbau sowie der Metallindustrie vor. Stattdessen sollten Streitigkeiten zwischen den Konfliktparteien vor sogenannten „Munition Tribunals" zwangsweise geschlichtet werden. Obwohl sowohl die Labour-Fraktion im Unterhaus als auch der TUC das Gesetz öffentlich unterstützten, entwickelte sich relativ schnell Widerstand gegen diesen massiven Eingriff in die Rechte der organisierten Arbeiterbewegung. Im Zentrum dieses Widerstandes standen vor allem die Betriebsobleute oder „Shop Stewards", die sich zunehmend als die eigentlichen Interessenvertreter der organisierten Belegschaften verstanden und die offizielle Linie der großen Gewerkschaft nicht mehr mittrugen.[37] Auch hier waren die industriellen Zentren Nordenglands und Schottlands Brennpunkte dieser Entwicklung.

---

33 Siehe Karen Hunt: The Politics of Food and Women's Neighbourhood Activism in First World War Britain, in: International Labour and Working Class History, Bd. 77, 2010, S.8-26.

34 Siehe dazu Anthony Mór-O'Brien: Patriotism on Trial: The Strike of the South Wales Miners, July 1915, in: Welsh History Review, Bd. 12, 1984, H. 1, S.76-104.

35 Siehe Robert Keith Middlemas: The Clydesiders. A Leftwing Struggle for Parliamentary Power, London 1965, S.58-83; Nan Milton: John Maclean, London 1973, S.114f.

36 Siehe Gary Rubin: The Munitions Act 1915-17 and Corporatism in Context, in: Journal of Law and Society, Bd. 11, 1984, H. 3, S.317-333.

37 Siehe James Hinton: The First Shop Stewards' Movement, London 1973; siehe auch Branko Pribicevic: The Shop Stewards' Movement and Workers Control 1910-1922, Oxford 1958.

Der zunehmend schwindende Einfluss der Gewerkschaftsdachverbände und der Labourführung auf die Basis führte innerhalb des WEWNC zu einer allmählichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse weg von der anfänglich dominanten Fraktion der Kriegsbefürworter hin zu Kriegsgegnern wie Sydney Webb und Robert Smillie. Die ersten Risse im fragilen Gleichgewicht des Komitees wurden bereits im Verlauf des Jahres 1915 deutlich. Vertreter des „patriotischen" Flügels der Labour Party wie Henry H. Hyndman befürworteten sowohl die radikale Umsetzung des Munition of War Acts als auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Dies waren Forderungen, die selbst den gemäßigten Mitgliedern des Komitees entschieden zu weit gingen. Letztlich verweigerte mit Robert Smillie eine der einflussreichsten Figuren des WEWNC jegliche weitere Zusammenarbeit mit Hyndman.[38] Hyndman selbst wurde bereits im Juni 1915 aufgrund seiner kriegsbefürwortenden Haltung aus der BSP ausgeschlossen und gründete wenig später die National Socialist Party, die nun ihrerseits danach strebte, die „patriotischen" Elemente der britischen Arbeiterklasse für die Unterstützung des Krieges zu organisieren. Neuer Vertreter der BSP im Komitee wurde mit Tom Quelch ein radikaler Antikriegs-Aktivist und Vertrauter des schottischen Revolutionärs John Maclean. Mit dieser Verschiebung des Kräftegleichgewichts nach links endete schließlich die anfängliche politische Lähmung innerhalb des WEWNC.

4. Gegen die allgemeine Wehrpflicht

Das WEWNC äußerte sich nun auch zu grundlegenderen Fragen der britischen Kriegführung. Besonders der Widerstand gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entwickelte sich zu einem zentralen Thema in den Sitzungen des Komitees.[39] Die Stellungnahmen und Veröffentlichungen des WEWNC zur Wehrpflicht spiegelten weitestgehend die Positionen der Kriegsgegner innerhalb der britischen Arbeiterbewegung wider. Dies kann als weiteres Indiz dafür gedeutet werden, dass sich die allgemeine Stimmungslage innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung im Jahr 1916 zunehmend gegen die bedingungslose Unterstützung des Krieges seitens der Führung von Labour Party und Gewerkschaften wendete.

Großbritannien war 1914 das einzige kriegführende Land in Europa, das sich fast vollständig auf eine Freiwilligen- und Berufsarmee stütz-

38 Brief James Middletons an Henry H. Hyndman, 6. Juli 1916, LHASC, WNC 9/1/177.
39 Die Materialien zum Thema „Wehrpflicht" gehören zu den umfangreichsten Beständen im Archiv des WEWNC. Siehe „Conscription", LHASC, WNC 5/2.

te. Mitte 1915 wurde jedoch deutlich, dass die hohen Verluste der britischen Armee nur noch unzureichend durch die Rekrutierung von Freiwilligen zu kompensieren waren. Obwohl sich führende Politiker der konservativen Tories, der Liberalen und auch Vertreter des „patriotischen" Flügels der Arbeiterbewegung bereits Mitte 1915 offen für die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aussprachen, blieb das Thema hoch kontrovers. Der heftigste Widerstand kam wiederum aus den Reihen der Independent Labour Party, der sich im Verlauf des Jahres 1915 immer mehr Gewerkschaften anschlossen. Das Hauptmotiv für den massiven Widerstand gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht war dabei, wie es ein Flugblatt der ILP vom Dezember 1915 ausdrückte, dass die Wehrpflicht als ein Instrument dienen würde, „die Arbeiter unter die Kontrolle des Militärs zu bringen". Und dies nicht nur für den Zeitraum des Krieges, sondern als „eine Form der Sklaverei, die vom Vater auf den Sohn übertragen werden wird".[40] Diese Befürchtungen waren auch für viele Mitglieder des WEWNC nicht unbegründet, war doch aus ihrer Sicht schon der Munition of War Act von 1915 eine Form der „industriellen Wehrpflicht" (industrial conscription). Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht würde im Endeffekt nichts anderes sein als der Triumph „von Preußentum und Militarismus in der Heimat", den die Soldaten an der Front doch angeblich bekämpften.[41]

Die erbittert geführten Debatten über die allgemeine Wehrpflicht waren es schließlich auch, die die zuvor innerhalb der britischen Arbeiterbewegung eher marginalisierte Antikriegsströmung aus ihrer bisherigen politischen Isolation befreiten. Zwar hatte bereits im November 1914 der Chefredakteur der ILP-Zeitung „Labour Leader", Fenner Brockway, die No-Conscription Fellowship ins Leben gerufen, doch blieb diese ähnlich wie die bereits erwähnte UDC zunächst eine Randerscheinung mit wenigen Hundert Mitgliedern.[42] Erst nachdem sich auch Großgewerkschaften wie Robert Smillies MFGB 1915 den Protesten anschlossen, entwickelte sich der Widerstand gegen die Einführung der Wehrpflicht zu einer Bewegung mit einer gewissen Massenbasis. Als immer deutlicher wurde, dass die Regierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf ins Unterhaus einbringen würde, formierte sich am 6. Januar 1916 unter Führung Robert Smillies der National Council against Conscription (NCAC), dem ne-

40 Against Conscription, Flugblatt der ILP, Dezember 1915, LHASC, WNC 5/2/12.

41 British Workers! Are you Prussians?, Broschüre 1915, LHASC, WNC 35/5/06.

42 Siehe Thomas C. Kennedy: The Hound of Conscience. A History of the No-Conscription Fellowship 1914-1919, Fayetteville 1981.

ben der ILP auch etliche der großen Gewerkschaften, die No-Conscription Fellowship sowie verschiedene pazifistische Gruppen angehörten. Das WEWNC schloss sich der Kampagne gegen die Einführung der Wehrpflicht schließlich nach langen Debatten und trotz interner Widerstände seitens der „patriotischen" Fraktion an. Es veröffentlichte im Januar 1916 einige Flugblätter und Broschüren, in denen zwar eine direkte Kritik des Krieges selbst vermieden wurde, aber dennoch eindeutig gegen jede Form von „militärischem Zwangsdienst" und „industrieller Wehrpflicht" Stellung bezogen wurde. In einem der Flugblätter wurde davor gewarnt, dass mit der allgemeinen Wehrpflicht letztlich alle Arbeiter militärischer Disziplin unterworfen würden. Jeder Widerstand gegen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne würde dann dazu führen, dass „Männer, die nach Meinung ihrer Aufseher nicht hart genug arbeiten, einfach in die Feuerlinie der französischen Schützengräben geschickt werden", um sie zu bestrafen. Das Flugblatt endete mit dem Aufruf an alle Organisationen der Arbeiterbewegung, ihren Protest gegen jeden Zwangsdienst „deutlich, energisch und unmissverständlich" zu artikulieren.[43]

In den Flugblättern des WEWNC ist eindeutig die Handschrift der führenden Köpfe der Antikriegsströmung im Komitee, wie Ramsay MacDonald und Robert Smillie, herauszulesen. Zwar wurde eine zu radikale Wortwahl vermieden, um den neutralen Charakter des WEWNC zumindest oberflächlich zu wahren, jedoch deckte sich die klare Ablehnung der Wehrpflicht mit den Forderungen von ILP und NCAC. Damit hatte sich das WEWNC in erheblichem Maße von der Mehrheit der Labourfraktion im Unterhaus entfernt, deren prominente Mitglieder wie der ehemalige TUC-Vorsitzende James O'Gready oder der später unter Premierminister David Lloyd George als Arbeitsminister amtierende John Hodge die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht befürworteten.[44] Die Kluft zwischen der gegen die Wehrpflicht eingestellten Basis der Labour Party und der Parteiführung vergrößerte sich zusehends, nachdem die Mehrheit der Unterhausfraktion am 27. Januar 1916 – trotz anderslautender Parteitagsbeschlüsse nur wenige Wochen zuvor – der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zustimmte. Innerhalb des WEWNC führte dies zu einer weitgehenden politischen Emanzipation des Komitees von der Linie der parlamentarischen Labour Party. Anstatt wie bisher vor allem als Bindeglied zwischen Parlament und den Organisationen der Arbeiterbewegung

43 What Is Meant by a „National Service Law", Flugblatt des WEWNC, Januar 1916, LHASC, WNC 5/2/29.

44 Siehe Pugh, Speak for Britain, S.113f.

zu fungieren, entwickelte sich das WEWNC zu einem eigenständigen politischen Akteur, der nun vor allem als linker „Think Tank" der britischen Arbeiterbewegung agierte und erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Partei nach dem Krieg haben sollte.

5. Die „Conscription of Riches"-Kampagne

Der veränderte Charakter des WEWNC wurde besonders deutlich während der sogenannten „Conscription of Riches"-Kampagne, die das Komitee seit Mai 1916 maßgeblich vorantrieb. Nachdem der Widerstand die allgemeine Wehrpflicht nicht hatte verhindern können, arbeitete das WEWNC unter der Federführung Sydney Webbs an einer programmatischen Neuausrichtung der Labour Party. Kernpunkt dieser Neuorientierung war die Frage, wie die britische Gesellschaft nach dem Ende des Krieges organisiert werden solle. Für Webb und Smillie bestand die Antwort in der graduellen sozialistischen Umgestaltung der britischen Gesellschaft durch die Einführung einer Kapital- und Vermögenssteuer sowie der Nationalisierung von Schlüsselindustrien wie dem Kohlebergbau. Während die Verstaatlichungsfrage erst nach dem Krieg zunehmend an Bedeutung gewann, entwickelten sich Webbs Steuerideen unter dem Motto „Conscription of Riches" schnell zu einer Forderung, hinter der sich die zutiefst zerstrittenen Fraktionen der organisierten Arbeiterbewegung versammeln konnten.

Im Kern sah Webb die Einführung einer Abgabe auf akkumulierte Vermögen vor, die zur Finanzierung des Krieges genutzt werden sollte. Dazu sollten die Einkommenssteuer ab einer jährlichen Einkommenshöhe von 1.000 Pfund dauerhaft auf 50 Prozent angehoben sowie alle privaten Vermögen mit einer pauschalen Abgabe von zehn Prozent ihres Wertes belastet werden.[45] Ausnahmen von dieser Abgabe waren für Arbeiterfamilien sowie die Angehörigen von Soldaten vorgesehen. Obwohl primär als Lösung für steigende finanzielle Probleme des britischen Staates während des Krieges präsentiert, waren Webbs Pläne in ein größeres Programm zur sozialistischen Umgestaltung der Nachkriegsgesellschaft eingebettet. Innerhalb dieser Konzeption erschien der expansive Kriegsstaat, der zunehmend alle Lebensbereiche zu regulieren begann, weniger als ein Feindbild als vielmehr als ein notwendiges Instrument, das durch Steuern

45 Siehe James Cronin: The Politics of State Expansion. War, State and Society in Twentieth-Century Britain, London 1991, S.54-57.

und seine Bürokratie die sozialistische Transformation vorantreiben sollte. Die Vorschläge Webbs verdeutlichten den tief verwurzelten Etatismus, der charakteristisch für das politische Denken fast aller Flügel der britischen Arbeiterbewegung war. Kritik daran war nur vereinzelt zu hören. So kritisierte der Gildensozialist George Cole die Naivität Webbs mit den Worten: „Anstatt, dass der Staat – den alten kollektivistischen Ideen folgend – die Industrien nationalisiert, erleben wir gerade einen kapitalistischen Putsch, in dem das Kapital den Staat übernimmt".[46] Dementsprechend seien die Hoffnungen, den Staat für die Interessen der Arbeiterklasse zu nutzen, unrealistische Gedankenspielereien angesichts der immer stärkeren Beschneidung der Rechte der Arbeiter.

Die Fokussierung auf Zukunfts- und Sachfragen spiegelte auch einen gewissen Pragmatismus der Mehrheit der Mitglieder des WEWNC wider, die grundlegende ideologische Konflikte über Krieg und Frieden eher vermieden. Dass sich gleichzeitig die Positionen verschiedener Teilorganisationen wie der ILP und der BSP immer mehr radikalisierten und die größeren Einzelgewerkschaften immer häufiger zu Streiks aufriefen, war dabei durchaus kein Widerspruch. Das WEWNC akzeptierte Webbs Forderungen im April 1916 ohne größeren Widerstand und übte in den folgenden Wochen erheblichen Druck auf die Labourfraktion und den TUC aus.[47] Besonders nachdem die Partei der Einführung der Wehrpflicht zugestimmt hatte, sahen sich viele der im WEWNC vertretenen Organisationen nun in der Pflicht, den britischen Staat im Gegenzug zu Zugeständnissen gegenüber der Arbeiterklasse zu zwingen. Die von Webb übernommenen Forderungen gingen weit über das hinaus, was die meisten Gewerkschaften und die Labour Party bisher verlangt hatten. Der massive Druck, der vonseiten des WEWNC auf die Gewerkschaften in dieser Angelegenheit ausgeübt wurde, führte schließlich dazu, dass der TUC im Juni 1916 einen Sonderkongress anberaumte, der sich ausschließlich mit den Forderungen der „Conscription of Riches"-Kampagne des WEWNC befasste. Mit großer Mehrheit wurde den Forderungen des Komitees zugestimmt. Im Auftrag des WEWNC und des TUC erarbeitete daraufhin das Fabian Research Department unter der Leitung Webbs im Juli 1916 einen fundierten Programmentwurf unter dem Titel „How to Pay for the War?", der auf dem planmäßigen TUC-Kongress im September des glei-

46 G. D. H. Cole: The Busy Rich Class, in: Herald, 23.12.1916, zit. nach: Winter, Socialism, S.132.

47 Siehe Cronin, Politics, S.56f; Harrison, War Emergency Workers' National Committee, S.250f.

chen Jahres wiederum mit großer Mehrheit angenommen wurde.[48] Die Mitglieder des WEWNC sowie führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre begannen infolgedessen sowohl im Parlament als auch über ihre direkten Kontakte zu Kabinettsmitgliedern Druck auf die Regierung auszuüben. Doch obwohl das Lloyd George-Kabinett im Rahmen seiner „Reconstruction"-Pläne seit 1917 zumindest die Rhetorik der „Conscription of Riches"-Kampagne übernahm, blieb die Forderung nach einer Besteuerung großer Vermögen weitestgehend unerfüllt.[49]

Die Bedeutung der Kampagne lag damit eher im symbolischen Bereich. Mit ihr hatte das WEWNC die inhaltliche Initiative innerhalb der britischen Arbeiterbewegung übernommen. Die „Conscription of Riches"-Kampagne markierte gleichzeitig den Höhepunkt der programmatischen Arbeit des Komitees. Dies lag vor allem daran, dass in der Labour Party und den Gewerkschaften Positionen wie die Webbs, MacDonalds und Smillies zunehmend an Akzeptanz gewannen und daher der „Umweg" WEWNC für die Linken nicht mehr unbedingt nötig war. Besonders nach der russischen Februarrevolution 1917, die von der Basis der Partei beinahe euphorisch begrüßt wurde, rückte die Mehrheit der Labour Party immer weiter nach links. Auf dem Parteitag in Leeds im Juli 1917 wurde schließlich eine Resolution angenommen, die einen sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen verlangte.[50] Der Druck der Basis ging sogar soweit, dass Arthur Henderson und mit ihm die Labour Party aus der Lloyd George-Koalition ausschieden, nachdem der Premierminister alle Versuche, eine internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm im August 1917 zu organisieren, blockiert hatte.[51]

Das WEWNC konzentrierte sich daher in der Folgezeit wieder verstärkt auf die Durchsetzung konkreter sozialer Forderungen. So war das Komitee maßgeblich an der Planung und Koordination der Kampagne zur Einführung einer staatlich regulierten Lebensmittelversorgung in Großbritannien beteiligt. Erst auf massiven Druck seitens des WEWNC und nach der ernst gemeinten Drohung, die Lebensmittelfrage notfalls in die eigene Hand zu nehmen, gab die britische Regierung im Januar 1918 dieser Forderung nach und führte offiziell die Rationierung von Grundle-

48 Siehe Sydney Webb: How to Pay for the War?, London 1916.

49 Siehe Cronin, Politics, S.57f.

50 Siehe Stephen White: Soviets in Britain: The Leeds Convention 1917, in: International Review of Social History, Bd. 19, 1974, H. 2, S.165-193.

51 Siehe Jay Winter: Arthur Henderson, the Russian Revolution, and the Reconstruction of the Labour Party, in: The Historical Journal, Jg. XV, 1972, H. 4, S.753-773.

bensmitteln ein. Nach dieser Kampagne verschwand das WEWNC weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung, obwohl es offiziell bis 1920 weiterexistierte und zu unregelmäßigen Sitzungen zusammentraf.

6. Fazit

Das „War Emergency Workers' National Committee" stellt innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges einen Sonderfall dar. Zunächst 1914 als defensiv ausgerichtetes Gremium zur Wahrung der Interessen der britischen Arbeiterklasse gegründet, entwickelte es sich im Verlaufe des Krieges zu einer einflussreichen Organisation, die die Transformation der Labour Party in eine eindeutig sozialistische Arbeiterpartei nach 1918 in nicht unerheblichem Maße mitprägte. Es war damit weit mehr als ein bloßes „nützliches Sicherheitsventil für unzufriedene Sozialisten und Gewerkschaftsaktivisten", wie Martin Pugh urteilt.[52]

Der besondere Charakter des WEWNC bestand darin, dass „patriotische" Kriegsbefürworter und radikale Kriegsgegner in einem offiziell neutralen Forum zusammentrafen und, zumindest im Hinblick auf die unmittelbaren Interessen der britischen Arbeiterklasse, zusammenarbeiten konnten. Oder wie der Sekretär des Komitees, James Middleton, es ausdrückte, die Arbeit des WEWNC „hat uns wahrhaftig geholfen, bei Verstand zu bleiben in diesen wahnsinnigen Zeiten".[53] So ließ sich die Mehrheit der Mitglieder des Komitees weder für nationalistische Propaganda unter den Arbeitern instrumentalisieren, wie es Teile der Unterhausfraktion oder Hyndmans National Socialist Party taten, noch unterstützte sie in Gänze die radikale Opposition gegen den Krieg, wie sie von Aktivisten der BSP wie John Maclean verkörpert wurde. Nicht zuletzt durch die Arbeit des Gremiums konnte eine unwiderrufliche Spaltung der Arbeiterbewegung, wie sie sich in den meisten kriegführenden Ländern auf dem Kontinent vollzog, zumindest vorläufig verhindert werden. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass 1924 mit Ramsay MacDonald – trotz aller Anfeindungen und Hetzkampagnen während des Krieges – eine zentrale Figur der Antikriegsbewegung zum Premierminister der ersten Labourregierung werden konnte.

---

52 Pugh, Speak for Britain, S.108.

53 Brief James Middleton an B. Williams, 11. Oktober 1917, LHASC, WNC 23; siehe auch Winter, Socialism, S.220.

Das WEWNC lässt sich daher vollends weder in die Kategorien von „nationaler Integration“ noch totaler „Opposition“ einordnen. Vielmehr war die Politik des Gremiums von einem zutiefst taktischen Verhältnis zum Krieg geprägt, das vor allem die kollektiven Interessen der organisierten Arbeiterbewegung im Blick hatte. Dabei scheute das WEWNC auch den Konflikt mit dem britischen Staat nicht, wie die Kampagne gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1916 belegt. Auf der anderen Seite beweist die „Conscription of Riches“-Kampagne, dass das etatistische Politikverständnis der britischen Linken während des Krieges eher noch verstärkt wurde. Das Beispiel des WEWNC verdeutlicht, dass Kooperation und Opposition keineswegs immer in fundamentalem Widerspruch zueinander standen, sondern vielmehr als situationsbedingte Handlungsoptionen für viele Aktivisten präsent waren.

Afrikanische Träger im Ersten Weltkrieg

Michael Pesek

Wohl auf keinem anderen Schauplatz des Ersten Weltkriegs waren militärische Arbeitskräfte so bedeutend für den Ausgang des Kriegsgeschehens wie in Ostafrika. Anders als in Europa, wo die Kampfhandlungen sich alsbald in einem zermürbenden Stellungskrieg festfuhren, war der Krieg in Ostafrika von hoher Mobilität geprägt. Nur selten standen sich die einander befeindenden Armeen mehrere Tage oder Wochen an befestigten Frontlinien gegenüber. Das trifft vor allem für die alliierte Offensive zwischen 1916 und 1917 und die sich anschließende Verfolgung deutscher Truppen in Portugiesisch-Ostafrika zu. Bis dahin hatte es nur wenige wirklich größere Kampfhandlungen gegeben. Die Kämpfe im Nordwesten der deutschen Kolonie, die von November 1914 bis Januar 1915 dauerten, waren eher eine Ausnahme. Grenzscharmützel, die selten von Truppen mit mehr als Hundert Mann ausgefochten wurden, waren die Regel. Etwa 15.000 Soldaten der belgischen Force Publique sowie britische, rhodesische und südafrikanische Truppen in einer Stärke von etwa 100.000 Mann, die vom Norden und Südwesten in die deutsche Kolonie vorstießen, trafen auf etwa 15.000 deutsche Soldaten. Diese Truppen mussten mit Ausrüstung, Munition und Nahrungsmitteln versorgt, Soldaten an die Front, Kranke und Verwundete in Lazarette gebracht werden. Diese Aufgabe erwies sich im Laufe des Krieges als die entscheidende und gleichzeitig schwierigste, denn die Kampfhandlungen fanden in einem Gebiet statt, in dem es nahezu keine Infrastruktur gab, die den Anforderungen des Krieges gerecht wurde. Das Fehlen von Straßen und Eisenbahnen, das Versagen von Autos und Lastkraftwagen, die für diese unwirtlichen Gegenden nicht gemacht waren, wurden ersetzt von Hunderttausenden Afrikanern, die auf ihren Rücken all das transportierten, was die Armeen für ihren Krieg benötigten. Nach offiziellen Schätzungen des Colonial Office dienten während dieses Krieges 500.000 bis 750.000 Afrikaner den Briten als Träger, deutsche Quellen sprechen sogar von mehr als einer Million. Die Belgier rekrutierten circa 260.000 Träger, aber auch das ist eher eine Schätzung. Schwieriger ist es, die Zahlen der Träger in deutschen Diensten auch nur annäherungsweise zu schätzen. Der britische Historiker John Iliffe nimmt an, dass die Deutschen 1916 etwa 45.000 Träger zur Verfügung hatten, es war das Jahr ihrer höchsten Trup-

penstärke.[1] Träger waren in allen beteiligten Truppen, seien es die der Briten und Belgier oder die der Deutschen in der Mehrheit. Deutsche Offiziere gönnten sich für den Transport ihrer persönlichen Habe und ihrer Ausrüstung etwa sechs Träger, in den letzten zwei Kriegsjahren reduzierte sich die Zahl auf zwei. Soldaten und Unteroffiziere hatten in der Regel ein bis drei Träger. Die meisten Träger benötigten belgische Offiziere: Von bis zu 18 Trägern ließen sie sich ihre Sachen befördern.[2]

Die Geschichte der Trägerarbeit in Ostafrika beginnt nicht erst 1914, sondern reicht bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Zu Tausenden hatten sich damals junge Männer aus Ostafrika in den Karawanen sansibarischer Händler verdingt. Einige handelten als freie Unternehmer, viele waren Sklaven. Sie trugen die Reichtümer Ostafrikas, Elfenbein und Gummi, an die Küste und brachten Luxusgüter und Waffen ins Innere. In jenen Jahren bildete sich eine Infrastruktur und professionelle Kultur von Mobilität heraus, die einen Großteil der kolonialen Ökonomie und Verwaltung prägen sollte. Trägerarbeit blieb auch ein integraler Bestandteil kolonialer Ökonomie und Herrschaftsausübung. Ohne Träger wäre keine koloniale Expedition zur Erforschung, Eroberung oder Verwaltung eines Landes möglich gewesen. Kaum ein auf einer Plantage produziertes Stück Kautschuk oder Baumwolle hätte ohne Träger seinen Weg nach Europa oder Amerika gefunden.

In der deutschen Kolonie Ostafrika, dem Hauptschauplatz der Kämpfe ab 1916, gab es kaum eine entwickelte Infrastruktur. Kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die Mittellandbahn fertig gestellt, die die Hauptstadt der Kolonie Daresalaam mit Kigoma am Tanganyika-See verband. Im Nordwesten bestand zwischen der Hafenstadt Tanga sowie den Plantagen im Pare-Gebirge und am Kilimanjaro noch eine Schmalspurbahn von 128 Kilometern Länge. Befestigte Straßen existierten nur an der Küste. Auch 1914 hatte sich wenig an der Abhängigkeit der Europäer von afrikanischer Trägerarbeit geändert.

Durch das Fehlen einer modernen Infrastruktur bekam der Erste Weltkrieg in Afrika sein besonderes Gepräge. Der Krieg wurde nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf den Straßen und Trampelpfaden entschieden. Die Erfolge des deutschen Kommandeurs Paul von Lettow-Vorbeck, der

---

1 Siehe Heinrich Schnee: Deutsch-Ostafrika im Weltkriege – wie wir lebten und kämpften, Leipzig 1919, S.126; Paul Emil von Lettow-Vorbeck: Mein Leben, Biberach an der Riss 1957, S.136; John Iliffe: A Modern History of Tanganyika, Cambridge 1979, S.249.

2 Compte rendu des opérations établi par le Capitaine Commandante Jacques, undat., Archiv der Force Publique im belgischen Außenministerium (im Folgenden: FP) 2659/1155.

gegen eine doch beträchtliche Übermacht der Alliierten mehr als vier Jahre bestehen oder ihr vielleicht auch erfolgreich ausweichen konnte, waren größtenteils dem Misserfolg der Briten und Belgier geschuldet, den Transport in den Griff zu bekommen. Sie konnten nur selten ihre Überlegenheit an Soldaten und Waffen ins Schlachtfeld führen, weil es ihnen beständig an Trägern mangelte. Bei der Suche nach einer Lösung dieses Problems experimentierten die verantwortlichen Militärs und Kolonialbeamten mit neuen Institutionen und Strukturen der Rekrutierung und Organisation afrikanischer Arbeitskraft, die den Krieg überdauern sollten. Mit den Rekrutierungspatrouillen kamen – nicht nur in Ostafrika – die Bürokraten, um die afrikanische Bevölkerung statistisch zu erfassen. In vielen Kolonien Afrikas mobilisierten die Behörden Ressourcen, Soldaten und Arbeiter für die unterschiedlichen Kriegsschauplätze. Träger und Soldaten aus Westafrika und Südafrika kämpften und arbeiteten außer in Ostafrika auch auf den Schlachtfeldern Europas. Etwa 18.000 Afrikaner aus Südafrika, 28.313 aus Nigeria, 11.918 aus Sierra Leone und weitere 1.160 Männer von der Goldküste dienten als Träger oder Arbeiter bei den britischen Trägerkolonnen in Ostafrika.[3] Überall dort, wo die jungen Männer von den lokalen Verwaltungsbeamten oder Chiefs zum Trägerdienst gepresst wurden, kamen die fragilen lokalen Kompromisse, die aus der Phase der kolonialen Eroberung hervorgegangen waren, unter Druck. Kolonialbeamte fürchteten den Ausbruch von Rebellionen als Folge der forcierten Einbindung lokaler Gesellschaften in die Kriegsökonomien; die Eliten sahen die Legitimation ihrer Herrschaft angesichts des Unmuts ihrer Untertanen über ihre Rolle bei den Zwangsrekrutierungen infrage gestellt.[4]

Die Trägerarbeit wird auch im Zusammenhang mit der Frage diskutiert, ob der Erste Weltkrieg eine Bruchlinie in der Geschichte kolonialer Herrschaft in Afrika darstellte. Die Antwort des britischen Historikers, Geoffrey Hodges, von dem bisher die umfassendste Studie zu Trägern im Ersten Weltkrieg in Afrika stammt, fällt zwiespältig aus. Hodges sieht in den britischen Carrier Corps des Krieges sowohl Wandel als auch Kontinuität. Einerseits habe der koloniale Staat neue Instrumentarien der Registrierung und Organisation von Afrikanern für die koloniale Ökonomie

3 Siehe David Killingray: Repercussions of World War I in the Gold Coast, in: The Journal of African History, 1978, Nr. 1, S.39-59, hier S.47f; David Killingray/James K. Matthews: Beasts of Burden: British West African Carriers in the First World War, in: Canadian Journal of African Studies, 1979, Nr. 1, S.5-23, hier S.10; Geoffrey Hodges: The Carrier Corps. Military labor in the East African campaign, 1914-1918, New York u. a. 1986, S.70.

4 Zum Konzept des „lokalen Kompromisses" siehe Iliffe, Modern History.

in die Hand bekommen, anderseits aber seien die Verantwortlichen nach dem Krieg bemüht gewesen, alsbald zum Status quo der Vorkriegsjahre zurückzukehren. Die Erfahrungen im Krieg hätten zwar ihre Perspektive auf die europäische Kolonialherrschaft verändert, nicht aber zu einer Politisierung der Träger geführt.[5] Auch von afrikanischer Seite scheint kein Impuls für politischen Wandel ausgegangen zu sein. Hodges verweist dennoch auf Konflikte um die neuen Instrumente des kolonialen Staates zur Rekrutierung und Kontrolle afrikanischer Arbeitskraft, die nach dem Krieg nicht obsolet, sondern weitergeführt und ausgebaut wurden.[6] Die Forschung zu den Anfängen des Nationalismus im südlichen Afrika sieht im Widerstand gegen die Rekrutierungen und die Bürden der Kriegsökonomie in Nordrhodesien und Nyassaland eine wichtige Episode in dieser Geschichte.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Erfahrungen der afrikanischen Träger während des Ersten Weltkrieges zu rekonstruieren. Das ist nicht einfach: Schriftliche oder mündliche Quellen von Afrikanern sind rar. Vor allem den beiden britischen Historikern Hodges und Lewis Greenstein haben wir die Bewahrung der Erinnerungen afrikanischer Kriegsteilnehmer zu verdanken, die aufseiten der Briten kämpften. Von den aufseiten der Deutschen oder Belgier kämpfenden Afrikanern wissen wir dagegen nahezu nichts. Winzige und kaum kontextualisierbare Splitter ihrer Erfahrungen finden sich in den Beschreibungen deutscher, belgischer und, wenngleich seltener, auch britischer Offiziere, wobei diese durch die europäische Perspektive gebrochen sind. Überliefert sind einige Songs, die die Träger und Askari (ostafrikanische Soldaten im Dienste der Europäer) während des Krieges sangen. Die Wege dieser Überlieferung liegen oft im Dunkeln. Wir kennen oftmals weder die Autoren noch die genaue Zeit ihrer Entstehung. Manche Songs waren bereits in der Zeit des Karawanenhandels entstanden, wie der folgende aus Unyamwezi:

> „Gib einem Nyamwezi eine schwere Last.
> Der neue Mond scheint so hell wie voll.
> Wenn sie bunte Baumwolltücher trägt, putzt sie sich heraus.
> Besser mit blauem calico
> dunkel wie die Regenwolken.“[7]

---

5 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.151. Siehe auch: Lewis J. Greenstein: The Nandi experience in the First World War, in: Melvin E. Page (Hrsg.): Africa and the First World War, New York 1987, S.81-94, hier S.83.

6 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.197.

7 Siehe Ascan Roderich Lutteroth: Tunakwenda. Auf Kriegssafari in Deutsch-Ostafrika,

Zu der Zeit, als er von den Munitionsträgern in Morogoro und in Nairobi gesungen wurde, war dieser Song wahrscheinlich mehr als 30 Jahre alt.

Rekrutierung und Organisation militärischer Arbeit während des Krieges

Kurz nach Ausbruch des Krieges in Europa begannen auch die ersten Kampfhandlungen in Ostafrika. Zunächst waren es nur kleinere Grenzscharmützel. Erst im November 1914 kam es zur ersten und bis März 1916 einzigen größeren Schlacht, als die Briten versuchten, den Nordwesten der deutschen Kolonien zu erobern. Bereits sehr früh wurde klar, dass Briten, Belgier und Deutsche den Krieg mit ganz unterschiedlichen Zielen, Voraussetzungen und Mitteln führen würden. Der deutsche Kommandeur Paul von Lettow-Vorbeck sah den Krieg in Ostafrika als einen Schauplatz des Krieges in Europa, der half, britische Truppen zu binden, die sonst anderswo eingesetzt werden würden. Die Entscheidung für den Krieg auf britischer Seite fiel maßgeblich auf Druck des Colonial und Indian Office. Nachdem ein deutsches Kriegsschiff ein britisches Versorgungsschiff im Indischen Ozean versenkt hatte, fürchteten die Kolonialbeamten um die Verbindungslinien zur indischen Kronkolonie. Relativ schnell spielte auch die Neuordnung der kolonialen Landkarte Afrikas als Kriegsziel eine Rolle. Dies war eines der primären Ziele der Belgier, die zudem in Afrika eine Gelegenheit sahen, sich für die Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen zu revanchieren.[8]

Die Briten verhängten im August eine Seeblockade über die deutschen Häfen und bombardierten den Funkturm in Daressalam, um die Deutschen von der Heimat abzuschneiden. Es gelang im Laufe des Krieges nur zwei deutschen Schiffen, diese Blockade zu durchbrechen. Während die Briten nun in aller Eile Truppen aus dem Empire nach Ostafrika schickten, war Lettow-Vorbeck auf sich allein gestellt und gezwungen, den Krieg mithilfe von Kolonialtruppen und kolonialer Kriegsökonomie zu führen. Seine Soldaten waren größtenteils Afrikaner, die Askari der Schutztruppe. Ausrüstung, Munition und Nahrung kamen aus der Kolo-

Hamburg 1938, S.159; Harold E. Lambert: The Beni Dance Songs, in: Swahili, 1962/1963, Nr. 1, S.18-21, hier S.20. Im wiedergegebenen Song meint Calico die blauen Baumwollstoffe, die während des Karwanenhandels als Bezahlung der Träger üblich waren.

8 Siehe William Roger Louis: Ruanda-Urundi, Oxford 1963, S.214; Kent Forster: The Quest for East African Neutrality in 1915, in: African Studies Review, 1979, Nr. 1, S.73-82, hier S.73; Edward Paice: World War I. The African Front, New York 2008, S.97.

nie. Innerhalb weniger Monate erhöhte sich die Stärke der Truppen von 2.240 auf 12.000. Lettow-Vorbecks britische Gegenüber sahen den Krieg als einen des Empire, in dem europäische, südafrikanische und indische Truppen kämpfen, deren Nachschub aus allen Teilen des Empire kommen würde. Und die Belgier? Sie kämpften wie die Deutschen mit ihren Kolonialtruppen, der Force Publique, wurden aber mit Waffen und Munition aus der Heimat versorgt. Ihre Offiziere kamen zu einem großen Teil aus der Metropole.

Diese unterschiedlichen Voraussetzungen und Sichtweisen auf den Krieg hatten einen großen Einfluss auf die Organisation der Nachschublinien. Für die Briten war diese Frage in den ersten zwei Jahren des Krieges von geringer Bedeutung. Ihre Hoffnung lag in einem schnellen Sieg ihrer in Waffen und Soldaten überlegenen Truppen gegen die Askari der Deutschen. Durch Landungsunternehmen an der Küste versuchten sie, die wichtigsten Städte zu erobern und die Deutschen zur Aufgabe zwingen. Mit der Niederlage der Briten in Tanga im November 1914 wurde dieses Konzept Makulatur. Sie brauchten fast zwei Jahre, um diese Fehlkalkulation durch ein neues Konzept zu ersetzen. Auch die Belgier hofften auf einen schnellen Sieg. Bereits im Oktober 1914 hatten sie den Briten Pläne für eine alliierte Offensive vorgelegt. Diese aber bezweifelten, dass die Belgier die notwendigen logistischen Voraussetzungen zu schaffen in der Lage waren. Über mehr als Tausend Kilometer mussten sie Truppen und Ausrüstung vom Westteil ihrer riesigen Kolonie in den Osten bringen, der infrastrukturell kaum erschlossen war. In der Tat brauchten die Belgier fast zwei Jahre, um diese Herkulesaufgabe zu bewältigen.[9]

Die Deutschen profitierten in gewisser Weise von der Rückständigkeit ihrer kolonialen Infrastruktur. Ihre Kolonialtruppen waren darauf ausgerichtet, in Gegenden ohne jegliche Infrastruktur zu operieren. Jede Kompanie verfügte über eine eigene Trägerabteilung, die Soldaten waren trainiert, sich selbst zu versorgen.[10] Damit waren sie bestens gewappnet für eine mobile Kriegsführung, wie sie spätestens seit 1916 zur Regel wurde. Das Fehlen von Straßen und Eisenbahnen in der Kolonie hatte darüber hinaus den Beruf des Trägers zu einer der wichtigsten Tätigkeiten für Afrikaner in der kolonialen Ökonomie werden lassen. Nur die Plantagen be-

9 Siehe Théophile Théodore Joseph Antoine Wahis: La Participation Belge à la Conquête du Cameroun et de l'Afrique Orientale Allemande, in: Congo, 1920, Nr. 1&2, S.3-43, hier S.3; Louis, Ruanda-Urundi, S.214.

10 Siehe August Hauer: Kumbuke. Erlebnisse eines Arztes in Deutsch-Ostafrika, Berlin 1923, S.156; Hodges, Carrier Corps, S.20.

schäftigten mehr Afrikaner. Mit etwa 20.000 Afrikanern, die 1913 diesen Beruf ausübten, verfügten die Deutschen bei Ausbruch des Krieges über ein großes Reservoir von professionellen Trägern. Wie die Träger waren auch die Plantagenarbeiter kurz vor dem Krieg bei den Behörden registriert worden. Sie hatten Arbeitspapiere (kipande) bekommen, die 1914 den Deutschen die Rekrutierung von Arbeitskräften wesentlich erleichterten. Mit Kriegsbeginn schlossen vor allem Plantagen, die im Besitz von Europäern waren. Deren Arbeiter wurden für die Kriegsökonomie umgehend rekrutiert. Geschah dies anfangs noch auf der Grundlage von Verträgen wie in Vorkriegszeiten, so griffen die Deutschen mit dem immer mehr steigenden Bedarf nach Arbeitskräften sukzessive auf Zwangsmaßnahmen und Gewaltanwendung zurück.[11]

In den zwei ersten Jahren des Krieges gelang es den Deutschen, aus den schmalen Anfängen ihrer kolonialen Vorkriegsökonomie eine durchaus effiziente Kriegsökonomie aufzubauen. Überall in der Kolonie wurden Werkstätten für die Herstellung von Kleidung, Ausrüstung, Munition und Waffen errichtet. Mittels Zwang und finanzieller Anreize konnte die Nahrungsmittelproduktion afrikanischer Farmer erheblich gesteigert werden. Ein Netz von Depots für Nahrungsmittel und Trägercamps stellte die Versorgung der Truppen sicher. Eines der größten Trägercamps befand sich in Morogoro, eine 180 Kilometer von der Küste entfernte Bahnstation. Hier warteten bis zu 20.000 Träger, um Lasten an die Front zu tragen. Kaum vorher hatten es die Deutschen mit einer solchen Masse von afrikanischen Arbeitskräften zu tun gehabt. Die Zustände im Lager waren katastrophal. Die Träger lebten zusammengepfercht in 100 mit Wellblech gedeckten Baracken. Epidemien grassierten bereits nach wenigen Wochen.[12]

Die Briten waren 1914 nur wenig auf die kommenden Herausforderungen des Krieges vorbereitet. Strukturen der Rekrutierung für militärische Trägerdienste gab es nur in Ansätzen. Bei Kriegsbeginn wurde in Britisch-Ostafrika das „Carrier Corps" geschaffen. Bis Ende des Jahres hat-

11 Siehe Maximilian Decher: Afrikanisches und Allzu-Afrikanisches. Erlebtes und Erlauschtes in Deutsch-Ostafrika, 1914-17, Leipzig 1932, S.30.

12 Siehe Francis Brett Young: Marching on Tanga. With General Smuts in East Africa, New York 1917, S.116; Paul Emil von Lettow-Vorbeck: Meine Erinnerungen an Ostafrika, Leipzig 1920, S.47; [Kurt] Wahle: Erinnerungen an meine Kriegsjahre in Deutsch-Ostafrika, 1914-1918, Dresden 1920, S.14; William Otto Henderson: The War Economy of German East Africa, 1914-1917, in: The Economic History Review, 1943, Nr. 1, S.104-110, hier S.107.

te dessen Chef Oscar Watkins 5.000 Mann unter seinem Kommando. In den britischen Kolonien am Nyassa-See wurden 1914 zwar bis zu 250.000 Afrikaner für die Arbeit in der Kriegsökonomie herangezogen, allerdings war diese kaum von der kolonialen Ökonomie zu unterscheiden. Wie vor dem Krieg wurden den Chiefs durch die lokalen Vertreter der Kolonialverwaltung die Forderungen nach Arbeitskräften überbracht. Nach getaner Arbeit gingen die Männer und Frauen wieder nach Hause. Träger in militärischen Einheiten dürften nur wenige gewesen sein, denn die Kampfhandlungen waren in der Region im Süden sehr begrenzt.[13] Erst in Vorbereitung auf die Offensive im März 1916 begannen die Briten mit einer groß angelegten Rekrutierung von Afrikanern für den Trägerdienst. Im März 1916 war die Zahl der Träger in den Carrier Corps auf 30.000 angewachsen. Um des stetig steigenden Bedarfs nach Arbeitskräften Herr zu werden, wurde das Military Labour Bureau (MLB) gegründet, das innerhalb kürzester Zeit zur größten bürokratischen Krake in der Geschichte britischer Kolonialherrschaft der Region wurde. Watkins bekam mehr Personal und weitreichende Befugnisse zur Durchsetzung der Maßgaben für die Rekrutierung von Trägern. Er versuchte zunächst durch finanzielle Anreize, mehr Afrikaner für den Trägerdienst zu begeistern. Bis zu 15 Rupien im Monat erhielt ein Träger Anfang 1916. Das war zu viel für die Militärs, die die Kosten der Kampagne auf dem Nebenschauplatz Ostafrika so gering wie möglich halten wollten. Zu viel auch für die weißen Siedler, die neue Lohnforderungen oder die Abwanderung ihrer afrikanischen Arbeiter befürchteten. Den Afrikanern war es zu wenig, um sich für den harten und gefährlichen Dienst in den Carrier Corps zu melden. Längst hatten sich Gerüchte über die hohen Todesraten unter den Trägern und die schlechten Arbeitsbedingungen verbreitet. Watkins musste dem Druck der Siedler und Militärs sowie der Verweigerung der Afrikaner Rechnung tragen. Anfang 1915 wurde das Kriegsrecht über die Kolonie verhängt. Das gab Watkins weitreichende Möglichkeiten für Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung neuer Träger. Die Chiefs erhielten Rekrutierungsquoten. Rekrutierungskommandos jagten in den Städten nach „Vagabunden" und „Kriminellen", um sie in den Trägerdienst zu pressen. Lokale Verwaltungsbeamte, ebenfalls unter dem Druck steigender Quoten, ließen Männer, die zur Versammlung oder zum Arbeitsdienst auf die Verwaltungsstation gerufen worden waren, an die Front verschleppen. Nach dem Erlass des „Native Registration Act" wurden im Frühjahr 1915 Ar-

13 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.32.

beitskarten eingeführt (wie in Deutsch-Ostafrika „kipande“ genannt), die Name, Alter und Herkunft ihrer Besitzer registrierten.[14]

Mit Beginn des dritten Kriegsjahres, welches den Süden der deutschen Kolonie als Hauptschauplatz sah, stieg der Bedarf der britischen Kriegsökonomie nach Trägern rapide an. Die Nachschublinien wurden mit jedem Tag länger, und die fliehenden Deutschen hinterließen den Alliierten ein ausgeplündertes Land. Alle Versuche, Lastkraftwagen zur Versorgung einzusetzen, scheiterten an den schlechten Straßen oder am schlechten Wetter. Hoffnungen auf ein rasches Ende des Krieges erwiesen sich als Illusionen. Zwar waren die Deutschen in den äußersten Süden zurückgedrängt, sie verfügten aber immer noch über genug Truppen und Kampfwillen, den Krieg fortzusetzen. Die Versuche der Briten Mitte 1917, die Deutschen einzukreisen und zu einer Entscheidungsschlacht zu stellen, blieben aufgrund des Trägermangels erfolglos. Die über 60.000 Soldaten der britischen Verbände wurden zu dieser Zeit von etwa 180.000 Trägern begleitet. Doch reichte dies nicht aus, um die regelmäßige Versorgung der Truppen durch die Träger zu garantieren. Die Rationen der Soldaten wurden halbiert, viele litten Hunger oder starben geschwächt an Dysenterie, Malaria oder Meningitis.[15] Noch weitaus höher war die Verlustrate bei den Trägern. Der britische Kommandeur Hoskins forderte 15.000 neue Träger pro Monat, um die Verluste auszugleichen. Das MLB konnte diese Anforderungen aus der britischen und auch der deutschen Kolonie, die mittlerweile einen Großteil der Träger stellte, nicht mehr befriedigen. Träger aus West- und Südafrika sollten die Lücken schließen, aber schon auf dem Weg nach Ostafrika starben viele an Krankheiten und den widrigen Lebensbedingungen.[16] Im letzten Jahr des Krieges dienten 250.000 Afri-

14 Siehe ebenda, S.192; Ruth Holland: Feets and hands of the army, in: British Medical Journal, 1987, Nr. 295, S.970-972, hier S.970.

15 Siehe Ministre des Colonies an Comte Jonghe d'Ardoye, 28.9.1917, FP 2661/1172; Rapport de l'officier de liaison belge auprès le GQC britannique, 24.5.1918, FP 2660/1151; Huyghe, Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917, depuis la conférence d'Udjidji (18 avril 1917), FP 2661/1172; Scott to Central Imperial General Staff, 14.11.1917, NA CO 691/11; Charles Pearce Fendall: The East African force, 1915-1919. An unofficial record of its creation and fighting career, together with some account of the civil and military administrative conditions in East Africa before and during that period, London 1921, S.87; Timothy Joseph Stapleton: No insignificant part. The Rhodesian Native Regiment and the East African Campaign of the First World War, Waterloo 2006, S.19.

16 Siehe Roger Thomas: Military Recruitment in the Gold Coast during the First World War, in: Cahiers d'études africaines, 1975, Nr. 57, S.57-83, hier S.59; Killingray/Matthews, Beasts, S.10; Hodges, Carrier Corps, S.70; Albert Grundlingh: Fighting their own war: South

kaner den Briten als Träger. Ihre Todesrate lag bei 20 bis 25 Prozent. Für die Briten war der Nachschub zu einem Rennen zwischen Rekrutierung und Sterben der Träger geworden.[17]

Die Belgier hatten ähnlich wie die Briten die Frage des Nachschubs und Transports in der Planung ihres Kriegs nur wenig bedacht. In Vorbereitung auf die Offensive hatten die Belgier mehr als 139.000 Träger für den Transport von Mannschaften und Ausrüstung von der Westküste an den Tanganyika-See rekrutiert. Weitere 10.000 Träger sollten die Truppen bei ihrem Vormarsch begleiten.[18] Die Briten hatten 5.000 Träger zur Verfügung gestellt, denn die Belgier hatten große Mühe, geeignete Leute zu finden. Bei der Rekrutierung hatten wie vordem die lokalen Statthalter des Kolonialstaates bei den Chiefs nachgefragt. Doch die ständig steigende Nachfrage nach Trägern sprengte die Vorkriegsdimensionen und drohte die Kompromisse zwischen Belgiern und ihren afrikanischen Verbündeten zu zerreißen. Die lokalen Kolonialbeamten befürchteten Unruhen, die Chiefs den Verlust ihrer Legitimität, sollten sie allzu eilfertig die gewünschten Leute liefern. Der Kompromiss lautete oft, die Halbwüchsigen und die Kranken fortzuschicken. Die Organisation einer solch großen Anzahl von Trägern überforderte Kolonialbeamte und Militärs. Weder gab es bürokratische Strukturen, um die Träger zu registrieren, noch adäquate Unterkünfte und Ausrüstung. Die Träger seien einfach den Truppen zugeschlagen worden, wo sie mehr mit dem Überleben kämpften, als dass sie ihre Arbeit verrichteten, urteilte ein britischer Bericht.[19] Dementsprechend hoch waren in den ersten Monaten die Verlustraten unter den Trägern. Mehr als 20 Prozent starben an Unterernährung, Erschöpfung und Krankheiten oder weil ihnen die notwendige Kleidung fehlte, um sich gegen die Unbilden des Wetters zu schützen. Viele Träger desertierten, bevor sie an der Front ankamen.[20] Die Deutschen taten ihr Übriges, die Versorgung der belgischen Truppen zu erschweren. Sie hin-

African blacks and the First World War, Johannesburg 1987, S.88.

17 Note on Military Situation in East Africa, 15.10.1918, National Archives London, Colonial Office (im Folgenden: NA CO), 691/16; siehe auch Hodges, Carrier Corps, 117.

18 Siehe Wahis, Participation, S.3.

19 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.56.

20 Intendance, undat., FP 1129/2657; Rodhain, Rapport sur le fonctionnement général du services médical des troupes de l'Est pendant la campagne 1917, 24.11.1918, FP 2261/1170; siehe auch Pierre Daye/Jules Renkin: Avec les Vainqueurs de Tabora. Notes d'un colonial belge en Afrique orientale allemande, Paris 1918, S.450; Emmanuel Muller: Les troupes du Katanga et les campagnes d'Afrique, 1914-1918, Bruxelles 1935, S.62.

terließen ihnen ein ausgeplündertes Land, zerstörte Brücken und Bahnlinien. Dies führte Mitte 1916 zu einem wochenlangen Stillstand der belgischen Offensive und zum Scheitern des Plans, in der Schlacht von Tabora die deutschen Truppen im Nordwesten einzukreisen und zu vernichten.[21]

Die belgischen Kommandeure hofften, die fehlenden Träger in den okkupierten Gebieten zu rekrutieren. Der Nordwesten der deutschen Kolonie galt als eines der bevölkerungsreichsten Gebiete Ostafrikas und war auch für die Deutschen lange Zeit bevorzugtes Rekrutierungsgebiet für Soldaten und Träger. Der König von Rwanda sicherte in einem Vertrag den Belgiern 5.000 Träger zu. Er erkaufte sich damit seinen Platz auf dem Thron, denn die belgischen Offiziere verdächtigten ihn, ein allzu eifriger Freund der Deutschen zu sein. Den Preis für diesen Handel bezahlten die in den Trägerdienst gepressten Männer. Nur wenige von ihnen kehrten in die Heimat zurück. Meist handelte es sich bei ihnen um Männer, die zu jung oder zu alt für den Trägerdienst waren.[22] Der Vertrag zwischen dem König und den Belgiern bewahrte viele Rwander nicht davor, von den vorbeiziehenden Truppen einfach als Träger entführt zu werden. Ganze Dörfer vom Kind bis zum Greis wurden von Truppen zum Tragen ihrer Lasten, darunter oft die Beute aus den geplünderten Dörfern, gezwungen. Nachrichten von Gräueltaten belgischer Truppen taten ihr Übriges, um die Bevölkerung in die Wälder flüchten zu lassen. Bei ihrer Ankunft fanden die Belgier daher oft verlassene Dörfer vor.[23]

---

21 Intendance, undat., FP 1129/2657; Olsen, Compte rendu des opérations exécutée par la Brigade Sud pendant la mois de Juin 1916, FP 1129/2657; Tombeur, Rapport du mois d'avril 1916, Kibati, 15.5.1916, FP 1129/2657; Rapport d'ensemble du mois de septembre 1916, Tombeur, 6.10.1916, FP 1129/2657; siehe auch Wahis, Participation, S.36; Muller, Troupes du Katanga, S.85.

22 Diare de Tabora, S.458, Compte rendu operation du 4eme Bataillon du 4 au 13 Juin 1917, Collection Thomas, Museé Royale Afrique Centrale (im Folgenden: MRAC); Thomas to Commandant du 4eme Bataillion, 5.6.1917, FP 2659/1155; Ruanda-Urundi, Décembre 1919, FP 829/262/1; Traduction de lettre Yuhi Musinga, Nyanza 20.5.1916, FP 2657/1137; Huyghe, Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917, FP 2661/1172; Rapport sur le fonctionnement du service médicale, FP 2661/1170.

23 Intendance, undat. [1916], FP 2659/1154; Ordre pour le Commandante Lagneaux, commandant le 6e Bataillon, Shinjanga, 23.6.1917, FP 2657/1137; Rodhain, Rapport sur le fonctionnement du service médicale, undat., FP 2661/1170; Tombeur à Ministre des Colonies, Kibati, 8.2.1916, FP 1129/2657, Tombeur, Rapport du mois d'avril 1916, Kibati, 15.5.1916, FP 1129/2657; Olsen, Compte rendu des opérations exécutée par la Brigade Sud pendant la mois de juin 1916, FP 1129/2657. Für belgische Kriegsverbrechen siehe Michael Pesek: Das Ende eines Kolonialreiches. Ostafrika im Ersten Weltkrieg, Frankfurt/Main 2010.

Im Laufe des Jahres 1916 starben oder desertierten mehr als 30 Prozent der Träger, 20 Prozent erwiesen sich als nicht tauglich für den Dienst.[24] Im dritten Kriegsjahr versuchte das belgische Oberkommando, den Nachschub zu reorganisieren. Viele Neuerungen in der Organisation militärischer Arbeit hatten ihr Vorbild im britischen MLB. Genaue Vorgaben für die Rekrutierung, Unterbringung und Versorgung der Träger sollten die hohen Todes- und Desertionsraten der Träger nach unten drücken. Die Belgier achteten nun stärker auf die physische Fitness der Rekruten und etablierten eine strengere Kontrolle über die Träger auf dem Weg zur Front. Mehr als 1.200 Soldaten, die zu ihrer Bewachung abgestellt wurden, sollten Desertionen verhindern, bessere Unterkünfte, Verpflegung, Kleidung und medizinische Versorgung die krankheitsbedingten Ausfälle unter den Trägern reduzieren.[25] Doch die Maßnahmen hatten wenig Erfolg. Auch 1918 lag die Todesrate bei über 20 Prozent, und auch die Tauglichkeit oder der Wille der geworbenen Männer waren kaum größer geworden. Von den 9.120 Trägern, die die Belgier im letzten Kriegsjahr rekrutierten, erreichten nur zwei Drittel die Front. Alle anderen waren desertiert oder wegen Untauglichkeit ausgemustert worden.[26]

Wie die belgischen Truppen versuchten auch die Deutschen, dem Kollaps ihres Nachschubs mit wahllosen Zwangsrekrutierungen von Afrikanern entlang ihres Weges zu begegnen. Nachdem die alliierten Truppen Mitte 1916 bis zur Mittellandbahn vorgedrungen waren, hatten die Deutschen ihr sorgsam aufgebautes Nachschubsystem verloren und waren gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben. Ende 1916 war die Situation für die Deutschen äußerst kritisch. Munition, Lebensmittel und Medikamente wurden knapp. Um die benötigten Lebensmittel und Träger zu bekommen, schickten die deutschen Kommandeure Vorausabteilungen durch das Land. Die Methoden dieser Vorausabteilungen waren äußerst brutal und erinnerten manchen Afrikaner an die Zeit des Sklavenhandels

24 Le Gouverneur Général à Monsieur le Ministre des Colonies, 1916, FP 814.

25 Instructions a observer en ce qui concerne le transport des porteurs militaires lèves suivant ordonnance du 4 juillet 1917, FP 2666/1231.

26 Thomas, Réponse aux questions posées par la lettre du Commandant Supérieur en date du 13 mai 1918, Ujiji, 8.6.1918, FP 2664/1213; Rodhain, Rapport sur le fonctionnement général du services médical des troupes de l'est pendant la campagne 1917, 24.11.1918, FP 2261/1170; Huyghe, Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917, FP 2661/1172; Le directeur du SPH, Rapport général sur le travail de justification des effectifs de porteurs du Congo belge envoyés aux troupes de l'est durant la 2ème campagne, Albertville 25.2.1919, FP 2660/1167.

im 19. Jahrhundert. Wie die Sklavenhändler kamen die Deutschen des Nachts, umzingelten die Dörfer und entführten jeden, der auf zwei Beinen stehen konnte. Um die Leute an der Flucht zu hindern, wurden sie am Hals zusammengebunden und über Nacht in Verhaue aus Dornensträuchern gesperrt. Kriegsgefangene indische und afrikanische Soldaten wurden entgegen der Haager Konvention zum Trägerdienst gezwungen, den viele nicht überlebten.[27] Alliierte und deutsche Truppen lieferten sich mitunter regelrechte Rennen um die Rekrutierung von Trägern im Kampfgebiet. Als Anfang 1917 eine deutsche Abteilung die alliierten Frontlinien durchbrach und nach Norden marschierte, nahmen belgische Truppen ihre Verfolgung auf. Die Jagd nach den Deutschen dauerte fast ein Jahr. Die belgischen Verfolger erreichten oft nur ausgeplünderte und menschenleere Dörfer. Die Deutschen hatten bereits alle Lebensmittel und Einwohner fortgeschleppt. Das zwang die Belgier, die Richtung zu ändern, um ihre Truppen mit Lebensmitteln und Trägern zu versorgen.[28]

Das Leben der Träger im Krieg

Wir wissen, so der Historiker John Iliffe, von den Trägern nur eines sicher: dass sie zu Tausenden starben und dass sie auf den strapaziösen Märschen und in den Camps sangen.[29] Viele Trägersongs berichten wie der folgende von den harten Lebensbedingungen während des Krieges. Er stammt möglicherweise aus dem Jahre 1917. Zu dieser Zeit war das britische Etappensystem dem Kollaps nahe. Die Briten hatten zwar die Deutschen in den Süden der Kolonien zurückgedrängt, doch eine geregelte Versorgung der Truppen mit Nahrung und Munition war kaum noch möglich. Dem Hunger nahe schleppten die Träger täglich über mehrere Dutzend Kilometer Nahrungsmittel und Munition zu den Truppen.

„Oh, die Straße nach Lindi war staubig,
Und die Straße nach Lindi war lang,

27 Copy of Statement of Corporal Mzololo, Enclosure to a Despatch by Majro G. Parson, Department of Defence. Northern Rhodesia to Department of Administration, Salisbury, 11.2.1919, NA FO 608/215; siehe auch Angus Buchanan: Three Years of War in East Africa, London 1919, S.151; Ludwig Deppe: Mit Lettow-Vorbeck durch Afrika, Berlin 1919, S.140, 250; Hauer, Kumbuke, S.148; Decher, Afrikanisches, S.30.

28 Mémoires du Colonel honoraire Scheppers, undat., MRAC Collection de Jean Scheppers: 59.36.1; Rapport sur la marche de IV. Bataillon du 25 mai au 25 juin 1917, MRAC Collection de Thomas.

29 Siehe Iliffe, Modern History, S.250.

Aber der Kerl, der die härteste Plackerei tat,
Und der Kerl, der das Meiste falsch machte,
War ein Kavirondo-Träger mit seinem Kavirondo-Song,
Da hieß es: „Porter njo hapa!“ [Träger, komm her!]
Da hieß es: „Omera, hya! Git!“ [Omera, los! Mach!]
Und Omera schimpfte nicht,
Er machte einfach seine Arbeit.“[30]

Der Song spiegelt immer noch die Spuren eines professionellen Selbstverständnisses der Träger wider. Im Karawanenhandel des 19. Jahrhunderts konnten die Träger auf soziale und ethnische Netzwerke zurückgreifen, die ihnen das Leben auf dem Marsch erleichterten und ihnen mehr Macht in den Auseinandersetzungen mit den Herren der Karawanen ermöglichten. Erfahrene Träger verfügten über ein beachtliches Wissen im Umgang mit den verschiedenen Lasten und den Problemen des Alltags auf Reisen. Sie wussten, wie und wo sie ihr Lager aufschlagen mussten, wie sie sich mit Nahrung versorgen konnten und wie sie mit Krankheiten umzugehen hatten. Trägerführer waren nicht nur willfährige Aufseher der Karawanenherren, sondern auch Fürsprecher ihrer Leute, Diplomaten und oft auch rituelle Spezialisten.[31] Doch nur wenige Träger des Ersten Weltkriegs waren professionelle Träger.

In den deutschen Einheiten gab es zu Anfang des Krieges einen Stamm von Kompanieträgern, die in der ersten Generation ihre Wurzeln im Karawanenhandel hatten. Von ihnen füllten viele im Laufe des Krieges die sich lichtenden Reihen der Askari auf. Starben oder desertierten auch sie, wurden sie durch zwangsrekrutierte Träger ersetzt, die vorher kaum jemals als Karawanenträger gearbeitet hatten. Die Träger des britischen Carrier Corps hatten in den ersten Kriegsjahren zumindest teilweise ein gewisses Training durch europäische Ausbilder erhalten. Maschinengewehr- und Artillerieträger genossen eine vergleichsweise gute Behandlung und Bezahlung. Sie waren Teil der militärischen Einheiten und wurden daher auch wie die Soldaten versorgt. Doch mit der massenhaften Trägerrekrutierung ab Ende 1916 gehörte dies sehr schnell der Vergangenheit

30 Siehe Audrey Wipper: The Gusii Rebels, in: Robert I. Rotberg/Ali A. Mazuri (Hrsg.): Protest and Power in Black Africa, New York 1970, S.377-426, hier S.416.

31 Für die Kultur des Karawanenhandels siehe Michael Pesek: Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika. Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880, Frankfurt/Main 2005; Steven J. Rockel: Carriers of Culture: Labor on the Road in Nineteenth Century East Africa, Portsmouth 2006.

an. Dennoch weisen einige Quellen darauf hin, dass manche Institutionen der professionellen Träger im Krieg weiter bestanden. Deutsche Offiziere beschreiben die Existenz von Kochgemeinschaften, die es schon im 19. Jahrhundert gegeben hatte.[32] Immer noch waren Trägerführer ein wichtiges Bindeglied zwischen den Trägern und den Auftraggebern. Ein Streit zwischen britischen und belgischen Behörden über die Behandlung von Trägern liefert uns dazu Hinweise. Belgier und Briten hatten 1917 einander mehrere Tausend Träger ausgeliehen. Berichte über Misshandlungen und hohe Todesraten hatten zu gegenseitigen Vorwürfen und letztendlich zu einer Übereinkunft geführt, die den Trägern das Recht zur Beschwerde über Missstände gab. Als Fürsprecher der Träger sollten die Trägerführer fungieren.[33]

Doch das waren eher Ausnahmen. Soziale und ethnische Netzwerke, wie sie im 19. Jahrhundert bestanden hatten, waren im Ersten Weltkrieg kaum möglich. Zu hoch war die Fluktuation der Menschen, die als Träger in den Kolonnen des Krieges dienten. Zu harsch wirkten sich auch das Disziplinarregime und die Ausbeutung aus, die den Trägern jenseits des puren Überlebens nur wenig ließen. Hunger, Krankheiten und Tod waren die täglichen Begleiter der Träger. Der britische Historiker John Iliffe schätzt, dass mindestens 100.000, möglicherweise aber auch 200.000 bis 300.000 Träger während des Krieges in Ostafrika starben. Hodges gibt die Zahl der von den Briten rekrutierten und statistisch erfassten Träger, die ihr Leben auf Ostafrikas Schlachtfeldern ließen, mit 94.728 an, allein 40.664 davon kamen aus der deutschen Kolonie. Diese Schätzungen betreffen allerdings nur die britische Seite.[34] Die Verluste unter den Trägern, die für die Belgier und Deutschen arbeiteten, sind kaum zu schätzen. Die Belgier verloren 1916 etwa 5.000 bis 7.000 der 14.000 Träger, die sie im Kongo und in den besetzten Gebieten zur Begleitung ihrer Truppen rekrutiert hatten. Für die zweite Kampagne käme man nach einer ungefähren Schätzung auf etwa 5.000 bis 6.000 Träger, die ihren Dienst bei den belgischen Truppen mit dem Leben bezahlten. Diese Zahlen schließen nicht die Tausenden von lokalen Trägern ein, die die belgischen Kolonnen auf ihrem Marsch für einige Tage oder Wochen rekrutierten, um

32 Siehe Hauer, Kumbuke, S.156.

33 Extrait du rapport sur l'administration des porteurs militaires a partir du 1er janvier 1916 fourni par le Capitaine Commandant Durbecq, Kigoma, 27.6.1918, FP 2660/1167; Leboutte (Directeur des Finances): Note pour Monsieur le Commandant du SAB, Dodoma, 22.10.1917, FP 2660/1167.

34 Siehe Iliffe, Modern History, S.250; Hodges, Carrier Corps, S.19, 21.

sie dann unvermittelt nach Hause zu schicken oder sterbend am Weg zurückzulassen.[35]

Die wenigsten Träger starben aufgrund unmittelbarer Kriegseinwirkungen, obgleich beide Kriegsparteien kaum einen Unterschied zwischen Soldaten und Trägern machten. Während der Kämpfe am Kilimanjaro im Januar 1915 erhob ein deutscher Offizier schwere Vorwürfe gegen die Briten. Gezielt hätten diese unbewaffnete Träger beschossen und einige sogar regelrecht hingerichtet, als es ihnen gelungen war, deutsche Stellungen zu erobern.[36] Diese Kritik hielt die Deutschen allerdings nicht davon ab, kaum ein Jahr später in der Schlacht von Kibati britische Trägerkolonnen gezielt unter Beschuss zu nehmen. In dieser Schlacht verlor beispielsweise allein das Gold Coast Regiment 140 Männer. Unter den Toten waren zwei Offiziere, 26 Soldaten und 87 Träger.[37] Im ersten Jahr der Offensive starb im VIII. Bataillon der Force Publique weniger als ein Prozent der Soldaten, die Sterberate der Träger lag bei fast 50 Prozent. Wurden Soldaten ins Hospital eingeliefert, hatten sie gute Chancen, es gesund wieder zu verlassen, denn nur knapp sechs Prozent von ihnen erlagen ihren Verwundungen oder einer der vielen Krankheiten. Fast 20 Prozent der Träger dagegen überlebten ihren Aufenthalt im Hospital nicht. Die offiziellen Berichte geben keine Gründe für diesen gravierenden Unterschied an, doch man kann davon ausgehen, dass die Träger in den überfüllten Hospitälern eher das hintere Ende der Schlange bildeten.[38]

Hunger, Erschöpfung und Krankheiten waren aber bei Weitem die häufigsten Todesursachen unter den Trägern. Während die deutschen Kompanieträger und die Maschinengewehrträger der Carrier Corps noch eine einigermaßen fürsorgliche Behandlung genossen, so erwartete die zwangsrekrutierten Träger insbesondere die aus der deutschen Kolonie, ein schweres Schicksal. Der medizinische Dienst der Force Publique berichtete von erschreckenden Zuständen unter dieser Gruppe von Trägern. Sie würden den höchsten Preis für den Krieg bezahlen, wären sie doch anders als die Soldaten nicht auf ein Leben im Krieg vorbereitet. Von einem Moment auf den anderen würden sie aus ihrem Leben gerissen und

35 Rapport sur le fonctionnement du service médicale, undat. [circa 1919], FP 2661/1170.
36 Siehe Deutsch-Ostafrika. Kaiserliches Gouvernement, Zusammenstellung der Berichte über die in den Monaten November, Dezember 1914 und Januar 1915 stattgefundenen Gefechte der Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Morogoro, o. J. [1915], S.299.
37 Siehe Hugh Charles Clifford: The Gold Coast Regiment in the East African Campaign, London 1920, S.55.
38 Rapport sur le fonctionnement du service médicale, undat. [circa 1919], FP 2661/1170.

in den Kolonnen mitgeschleift. Sie hätten weder die erforderliche Ausrüstung, noch die notwendige Kleidung. Lungenentzündung sei eine der häufigsten Ursachen für den Tod der Träger, und dieser Umstand sei auf ihre mangelnde Ausstattung mit angemessener Kleidung zurückzuführen. Die dritthäufigste Erkrankung unter den Trägern, Dünndarmentzündung, habe ihre Ursache in der mangelhaften Nahrungsmittelversorgung. Sie bekamen entweder zu wenig oder das falsche Essen.[39]

Immerhin machten sich die Verantwortlichen noch die Mühe, das Sterben der Träger statistisch zu erfassen, die durch die Rekrutierungscamps gegangen waren. Für die Afrikaner, die von den Truppen aus ihren Dörfern geholt wurden und zum Trägerdienst gepresst wurden, existieren dagegen keine Statistiken. Vor allem die belgischen und deutschen Truppen gingen bei der Rekrutierung äußerst brutal vor. Folterungen, öffentliche Hinrichtungen von Chiefs und Vergewaltigungen begleiteten die Razzien.[40] Wer nicht in die Wälder fliehen konnte, hatte kaum Chancen, dem harten Trägerlos zu entgehen. Fliehende Träger wurden erschossen oder erschlagen, ermattete Träger entlang des Weges ihrem Schicksal überlassen. Der deutsche Arzt August Hauer gab den zurückgelassenen Trägern kaum Chancen, die nächsten Tage zu überleben: Entweder sie stürben an den Folgen von Unterernährung und Ermattung oder sie würden von der lokalen Bevölkerung erschlagen. Die Erinnerungen des Kriegsfreiwilligen Maximilian Decher zeichnen ein Bild vom Leben der Träger, das geprägt war von unzureichender Verpflegung und Kleidung, von Krankheiten und den strapaziösen Märschen unter der Knute der deutschen Soldateska.[41] So konnten rhodesische Truppen den Weg der Deutschen unter dem Kommando von Kurt Wahle im November 1916 anhand der am Weg liegenden Leichen von Trägern nachverfolgen. Unter den Toten waren beileibe nicht nur Männer, sondern auch alte Frauen, Jünglinge und Greise.[42]

---

39 Rapport sur le fonctionnement du service médicale, undat. [circa 1919], FP 2661/1170; Huyghe, Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917, FP 2661/1172. Ähnliche Relationen gab es auch in den Carrier Corps. Auch hier waren Dysenterie, Lungenentzündungen und Meningitis die häufigsten Todesursachen. Siehe Hodges, Carrier Corps, S.207.

40 Für Kriegsverbrechen während des Feldzugs siehe Pesek, Ende, S.242-266.

41 Siehe Hauer, Kumbuke; Decher, Afrikanisches, S.242.

42 War Diary of General Edward Northey, 30.11.1916, NA CO 691/1.

Es gibt einige wenige Hinweise auf offenen Widerstand gegen die Razzien. Belgische Patrouillen lieferten sich mitunter regelrechte Gefechte mit der Bevölkerung der von ihnen besetzten Gebiete. Auch die Deutschen mussten mit dem verbissenen Widerstand der Bevölkerung im Süden rechnen.[43] Doch meist blieb der Bevölkerung nur die Flucht in die Wälder oder Berge. Für die Afrikaner wurde es im Laufe des Krieges immer schwerer, reguläre Truppen von marodierenden Gruppen desertierter oder versprengter Soldaten und Träger zu unterscheiden. Auf der Suche nach einem Weg nach Hause oder etwas Essbarem wurden Träger schnell vom Opfer zum Täter.

Am Nyassa-See bildete die Chilembwe-Revolte von 1914 den Auftakt zu einem langjährigen Widerstand der Bevölkerung gegen Zwangsrekrutierungen zum Trägerdienst, Zwangsarbeit, höhere Steuern und steigende Preise während des Krieges. Als der Prediger der Watchtower Kirche John Chilembwe in seinen Predigten und Artikeln die Kriegslasten für die afrikanische Bevölkerung im Nyassaland scharf verurteilte, war das wie ein Fanal für seine radikaleren Anhänger. Sie stürmten europäische Verwaltungsgebäude und Farmen und brannten sie nieder. Die Briten konnten erst mit dem Einsatz der King's African Rifles (KAR, den britischen Kolonialtruppen in Ostafrika) den Aufstand niederschlagen. Doch damit war der Einfluss der radikalen Prediger nicht zu Ende. Inspiriert von den Predigten der Watchtower Kirche im Nyassaland, riefen afrikanische Prediger die jungen Männer in Nordrhodesien auf, sich dem Trägerdienst zu verweigern. Die Prediger der Watchtower und anderer afrikanischer Kirchen brachten vor allem ein wachsendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber ihren traditionellen und neuen geistigen Autoritäten zum Ausdruck. Chiefs und Missionare hatten bei den Zwangsrekrutierungen vielfach mit den Behörden kollaboriert. Um die Agitation der radikalen Prediger zu unterbinden, wurden viele von ihnen verhaftet und zum Trägerdienst an die Front geschickt.[44]

---

43 Rapport d'ensemble sur l'organisation du cercle de Ujiji du 10 août au 20 décembre 1916, MRAC Collection de Molitor; Watt The tribe: Historical notes from Felix Rutimbura, RHO MSS Afr. 267; siehe auch Theodor Bechler: Zur Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika, im Kongo und in Frankreich. Kriegserlebnisse und Gefangenschaft der Unyamwesi-Missionare der Brüdergemeinde in den Jahren 1914-17, Herrnhut 1918, S.29; Wahle, Erinnerungen, S.88.

44 Siehe Edmund Yorke: The Spectre of a Second Chilembwe: Government, Missions, and

Die Watchtower Kirche fand im Nyassaland und in Rhodesien auch deshalb so großen Zuspruch, weil sie mit den Bildern und Prophezeiungen eines christlichen Millenarismus operierte. Elliott Kamwana, einer der ersten afrikanischen Missionare der Watchtower Kirche im Nyassaland, hatte unter anderem die Auflösung der europäischen Kirchen und des Staates prophezeit. Diese Prophezeiung sollte 1915 viele Anhänger Chilembwes inspirieren, obgleich sich Kamwana von den politischen Forderungen Chilembwes später distanzierte. 1918 interpretierten die Anhänger der Kirche in Nordrhodesien die Flucht der britischen Kolonialverwaltung vor den anrückenden Truppen Lettow-Vorbecks als ein Zeichen des nahenden Endes britischer Kolonialherrschaft. Schon in den Jahren vorher hatte die Anhänger der Bewegung das nahe Ende der Welt prophezeit. Die Ungetauften würden sterben, die Weißen zu Sklaven oder aus dem Land verbannt.[45] Auch in der Ndochbiri-Rebellion in Uganda von 1916 waren Prophezeiungen vom Ende der europäischen Kolonialherrschaft eine wichtige Inspirationsquelle gewesen.[46] Viele Afrikaner sahen im Krieg eine Katastrophe, die ihren Glauben an die Versprechungen der Europäer nachhaltig erschütterte. Die größten Verlierer des Krieges waren in dieser Hinsicht die Missionen. Missionsstationen mussten während des Krieges ihre Arbeit ruhen lassen, weil die Deutschen die ausländischen Missionare als Kriegsgefangene in Lager brachten und deutsche Missionare zu den Truppen eingezogen wurden. Dieses Vakuum füllten oft afrikanische Prediger, aber auch Muslime. Um mehr als zwölf Prozent stieg der Anteil der Muslime an der Bevölkerung der deutschen Kolonie im Laufe des Krieges. Unter den neuen Muslimen waren vielfach Träger und Soldaten des Ersten Weltkrieges, die die Religion in ihre Heimatregionen brachten.[47] Auch unter den Muslimen standen Prophezeiungen hoch im Kurs. Noch 1922 erfuhr der britische Kolonialbeamte Bags-

Social Control in Wartime Northern Rhodesia, 1914-18, in: The Journal of African History, 1990, Nr. 3, S.373-391, hier S.379.

45 Siehe Karen E. Fields: Charismatic religion as popular protest, in: Theory and Society, 1982, Nr. 3, S.321-361, hier S. 335, 338; Richard Gray: Christianity, in: Andrew Roberts (Hrsg.): The Colonial Factor in Africa, Cambridge 1990, S.140-190, hier S.173.

46 District Commissioner's office, Kabale, an den Provincial Commissioner, Western Province, Kigezi District, 26.6.1919, NA WO 106/259; siehe auch Elizabeth Hopkins: The Nyabingi Cult of Southwestern Uganda, in: Rotberg/Mazuri (Hrsg.), Protest, S.60-132, hier S.87.

47 Siehe August H. Nimtz: Islam and politics in East Africa: the Sufi order in Tanzania, Minneapolis 1980, S.77.

have in einer Unterhaltung mit dem Liwali (Regierungsvertreter in den islamisch geprägten Gebieten Deutsch-Ostafrikas) von Singida, dass in der Region seit dem Krieg Prophezeiungen kursierten, in welchen behauptet wurde, dass ein gewisser Shaykh Ahmadi, der als ein Bewacher des Grabs von Mohammed in Medina gesehen wurde, eine Offenbarung gehabt habe. Der Prophet habe ihm seinen Gram über die Sünden der Menschen geklagt und das Ende der Welt vorausgesagt. Dem würde in diesem Jahr der Niedergang der Europäer vorangehen, dann würde der Himmel zur Hölle werden und schließlich der Dämon eines neuen Christus kommen. Der Liwali warnte Bagshave vor einer Welle islamischen Millenarismus, von der die Region gerade heimgesucht würde.[48]

Während für viele Afrikaner der Krieg wie die Erfüllung von Prophezeiungen vom Ende der europäischen Herrschaft wirken mochte, war er für die Soldaten und Träger mit sehr zwiespältigen Erfahrungen verbunden. Ähnlich den Soldaten in den Schützengräben Westeuropas machten sie mit der zerstörerischen Wirkung der neuesten Waffentechnologie auf Psyche und Physis Bekanntschaft. Das Donnern eines deutschen Geschützes habe ihn wie betäubt, erinnerte sich der Träger Amini bin Saidi, der mit den rhodesischen Einheiten die Kämpfe in Malangali am Ostufer des Nyassa-Sees mitmachte. Tagelang sei er taub gewesen, nachts habe er nicht schlafen können und in ständiger Angst gelebt, dass er sterben müsse.[49] Wie viele seiner Kameraden der Carrier Corps desertierte der Träger Marius Karatu, als er nach einem Gefecht vom Granatfeuer grausam verstümmelte Leichen sah. Ein Veteran des Krieges erinnerte sich an die furchtbare Wirkung der Geschütze und verglich den Krieg mit denen, die vor der Ankunft der Europäer in seiner Heimat geführt wurden. Nie habe es damals solch hohe Opferzahlen gegeben.[50]

Noch viele Jahre nach dem Krieg weigerten sich Veteranen über ihre Erlebnisse während des Krieges zu sprechen. Für viele der von Hodges und Greenstein interviewten Kriegsteilnehmer war es ein Krieg fern der Heimat und für eine Sache, die ihnen, trotz aller Propaganda, sinnlos erschien. Warum der Krieg in Afrika geführt wurde und wofür er gekämpft habe, wisse er auch nach all den Jahren nicht, gab ein ostafrikanischer Veteran, der aufseiten der Briten gekämpft hatte, zu Protokoll. Gleichwohl versuchte auch manch afrikanischer Kriegsteilnehmer, dem Krieg einen

48 Siehe F. J. E. Bagshave: Personal Diaries, Oxford o. J., 21.2.1922.
49 Siehe Amini bin Saidi: The Story of Amini bin Saidi of the Yao Tribe of Nyasaland, in: Margery Freda Perham (Hrsg.): Ten Africans, London 1963, S.139-157, hier S.145.
50 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.53, 63.

Sinn abzugewinnen. So betonten interviewte Veteranen immer wieder, für sie sei der Krieg in Ostafrika ein Krieg der Europäer gewesen und von ihnen um Territorien und Macht geführt worden.[51]

Doch der Krieg hielt auch andere Erfahrungen für die Soldaten und Träger bereit. Einige Songs spiegeln die Ambivalenz der Konfrontation mit der Technologie des Krieges wider. Sie erzählen gleichzeitig vom Schrecken und von der enthusiastischen Partizipation an der Welt der Moderne. In Watkins Carrier Corps war es zumindest einigen wenigen Afrikanern vergönnt, das Fahren von Lastkraftwagen zu erlernen, manche wurden als Telegraphisten ausgebildet, und andere wiederum lernten bei den KAR den Umgang mit Maschinengewehren und modernen Geschützen.[52]

Viele Songs, die uns aus der Zeit des Ersten Weltkrieges überliefert sind, stammen von Beni-Tanzgruppen, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren in Ostafrika äußerst populär wurden. Seine Ursprünge hatte der Tanz in den ostafrikanischen Küstenstädten des ausgehenden 19. Jahrhunderts, vor allem in Mombasa und Lamu. Hier hatten reiche Patrizier sich durch Tanzwettbewerbe gegenseitig ausstechen wollen und dabei die ersten Beni-Tanzgruppen gegründet. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte die neue Tanzmode auch die deutsche Kolonie erreicht. Europäisch anmutende Uniformen und Tänze, die wie Militärparaden wirkten, porträtierten die koloniale Welt, wie sie die Afrikaner tagtäglich wahrnahmen: als eine Herrschaft der Uniformierten, der Militärs.[53] Der Krieg trug die Beni-Tänze weit ins Innere des Kontinents. Es waren vor allem Veteranen des Krieges, die die Tänze in ihre Heimat brachten.[54] Die Tänzer waren in regelrechten Vereinen organisiert. In Ufipa hatten sich die Tänzer jeweils einem der zwei miteinander erbittert konkurrierenden Vereine, entweder den „Alinoti“ oder den „Marini“ verschrieben. Diese Bezeichnungen fand der britische Anthropologe Harold E. Lambert auch in den Städten Britisch-Ostafrikas und den Kriegsgefangenenlagern in Ostafrika wieder, wo die Askari ihrer baldigen Entlassung entgegensahen. Iliffe zufolge sollen die Askari vornehmlich den „Marini“ angehört haben, während die

51 Siehe ebenda, S.70, 170-181; Greenstein, Nandi, S.182.

52 Siehe Buchanan, Three Years, S.200. Siehe für die westafrikanischen Regimenter James K. Matthews: World War I and the Rise of African Nationalism: Nigerian Veterans as Catalysts of Change, in: The Journal of Modern African Studies, 1982, Nr. 3, S.493-502, hier S.495.

53 Siehe Terence O. Ranger: Dance and society in Eastern Africa, 1890-1970: the Beni -Ngoma, London 1975, S.19; Pesek, Herrschaft, S.261.

54 Siehe Yoshikuni, Strike action, S.459.

„Arinoti" oder „Alinoti" den Trägern vorbehalten waren.[55] Die Tänze dieser Vereine reflektierten den Krieg, so wie die Ostafrikaner ihn mehr als vier Jahre erlebt hatten. Da waren die eigentümlichen Regeln der europäischen Kriegsführung. Da war die Gewalt der Truppen, die ganze Dörfer auf der Suche nach Trägern zusammentrieben. Die Erfahrung von Gewalt gibt auch ein Song wieder, der während der Tänze gesungen wurde:

> „Hört all meine Geliebten! Schwestern.
> Sie jammerte, als sie in Sansibar verheiratet wurde.
> Hört Männer aus Mkanda
> Ich gebar wegen eines Soldaten des 7. K.A.R.
> Dieser Soldat kam und entjungferte mich in Sansibar."[56]

Dem Verfasser des Berichts zufolge, spielte der Song auf die massenhaften Verschleppungen und Vergewaltigungen von Frauen in der Region an. Das Thema des Frauenraubs und der Vergewaltigung war auch in den Aufführungen der Tänze zu finden. Den Siegreichen stand das Recht zu, nach dem Tanzwettbewerb sexuelle Beziehungen zu den Frauen des „Gegners" anzubahnen. Nach der Schlacht, so mit kritischem Unterton (der Verfasser war immerhin ein christlicher Konvertit), folgte die „Orgie" der Nacht.[57]

Für die britischen Kolonialbeamten, die seit 1917 eine Administration in den besetzten Gebieten aufzubauen begannen, waren die millenaristischen Bewegungen von Christen und Muslimen und die Tanzgruppen Ausdruck einer Krise europäischer Herrschaft. Die Afrikaner suchten nun die Antwort auf die Probleme ihrer Gesellschaften nicht mehr bei den Europäern, sondern anderswo. Die britischen Offiziere sahen in den Beni eine Bewegung, die die ethnischen Identitäten verschwommener und die Grenzen zwischen den einzelnen Ethnien durchlässiger machte. Politisch oder antibritisch seien diese Tanzvereine nicht, argumentierte ein britischer Offizier, jedoch erwachse aus dem Fakt, dass ihre Mitglieder aus den unterschiedlichsten Ethnien stammten, eine große Gefahr. Das würde den geeigneten Nährboden für den „Pan-Islamismus" und „Äthiopismus" bereitstellen.[58]

---

55 Siehe Lambert, Beni, S.18-21; Iliffe, Modern History, S.248.

56 Anonymous: The Beni Society of Tanganyika Territory, in: Primitive Man, 1938, Nr. 1/2, S.74-81, hier S.79. [Übersetzung des Autors].

57 Siehe ebenda, S.80.

58 Muggeridge Report, Nairobi, 29.7.1919, NA WO 106/259.

Der Krieg hatte viele Menschen aus ihren Heimatregionen gerissen, sei es als Flüchtlinge, sei es als Träger oder Soldaten. Städte wie Dar es Salaam hatten im Krieg eine nahezu kosmopolitische Aura bekommen. Soldaten aus allen Teilen Afrikas kamen durch die Stadt: Nigerianer, Menschen von der Goldküste, aus Britisch-Ostafrika, Sudanesen, Somalier, Soldaten aus dem belgischen Kongo, nicht zu vergessen die Hunderttausende von Trägern, die die Briten während ihres Feldzuges aus allen Ecken und Winkeln der Kolonie rekrutiert hatten. Die urbanen Zentren Tanganyikas waren zum Auffangbecken der afrikanischen Kriegsteilnehmer geworden, die nur wenig Lust verspürten, wieder in die heimatlichen Dörfer zurückzukehren. Im November 1918 begann die Kolonialverwaltung mit der Demobilisierung der Askari und Träger in der britischen Kolonie. Allein im Dezember kehrten 4.000 Askari in ihre Heimat zurück, bis April 1919 wurden 73.057 Träger entlassen.[59] 1919 wiesen die britischen Behörden 4.000 ehemalige Träger und Askari aus Dar es Salaam aus und ordneten ihre Rückkehr in die Heimatdörfer an. Die Deportierten reagierten mit öffentlichen Protesten und passivem Widerstand. Einen wichtigen Part spielten in diesen Protesten Beni-Gruppen, die sich immer mehr zu Wohlfahrtsorganisationen für Kriegsveteranen mauserten.[60]

Viele Veteranen des Krieges hatten große Probleme, ins Zivilleben zurückzukehren. Der Krieg hatte bei nicht wenigen physische und psychische Narben hinterlassen. Der koloniale Staat tat wenig für sie. Die entlassenen Askari und Träger sollten sich in ihren Heimatdörfern in eine Welt einfinden, die sich aus Sicht der Kolonialverwaltung nicht geändert hatte. Ausstehender Sold wurde nur sehr zögerlich ausbezahlt, oft nicht in voller Höhe. Soziale Fürsorge gab es kaum; die Beamten vertrauten auf familiäre Netzwerke, in welchen sie jeden Afrikaner eingebunden wähnten.

---

59 Siehe Diana Ellis: The Nandi Protest of 1923 in the Context of African Resistance to Colonial Rule in Kenya, in: The Journal of African History, 1976, Nr. 3, S.555-575, hier S.562; Melvin E. Page: The war of Thangata. Nyassaland and the East African Campaign, 1914-1918, in: Journal of African History, 1978, Nr. 1, S.87-100, hier S.95; James K. Matthews: Clock Towers for the Colonized: Demobilization of the Nigerian Military and the Readjustment of Its Veterans to Civilian Life, 1918-1925, in: International Journal of African Historical Studies, 1981, Nr. 2, S.254-271, hier S.260; Greenstein, Nandi, S.82; Timothy Hamilton Parsons: The African rank-and-file. Social implications of colonial military service in the King's African Rifles, 1902-1964, Oxford 2000, S.228; John Barrett: The Rank and File of the Colonial Army in Nigeria, 1914-18, in: The Journal of Modern African Studies, 2008, Nr. 1, S.105-115, hier S.114.

60 Siehe Ranger, Dance, S.91; Andrew Burton: African underclass: urbanisation, crime & colonial order in Dar es Salaam, London 2005, S.63.

Allein Kriegsversehrte bekamen eine schmale Pension und eine lebenslange Befreiung von der Kopf- oder Hüttensteuer zugesprochen.[61] Konflikte gab es vor allem mit den Chiefs, die oft maßgeblich an ihrer Rekrutierung beteiligt gewesen waren. Kaum ein Träger war freiwillig in den Krieg gezogen, und viele fühlten sich von ihnen betrogen. Die Rekrutierungen hatten kaum einen Zweifel gelassen, wie sehr die Chiefs in die koloniale Ordnung integriert waren und wie wenig sie die Interessen ihrer Leute vertreten wollten oder konnten. Vielfach weigerten sich die Veteranen, zum normalen Lauf der Dinge zurückzukehren und wie vor dem Krieg auf den eigenen Feldern oder denen der Siedler zu arbeiten. Viele Kriegsveteranen behielten ihre Uniformen. Das war der Anlass zu vielfältigen Konflikten mit den Chiefs und den Ältesten in ihren Dörfern, die ihrerseits ihre khakifarbenen Quasi-Uniformen als Zeichen ihres Amtes betrachteten.[62]

Diese Konflikte zwischen den Kriegsveteranen und den Chiefs waren durchaus geeignet, die koloniale Ordnung und insbesondere die Grundfesten der „Indirect Rule" zu stören. Die Indirect Rule basierte auf der Akzeptanz der Autorität lokaler Chiefs seitens der lokalen Bevölkerung. Doch solche Konflikte waren kein genereller Trend. Für die aus dem Krieg zurückkehrenden Nandi, die aufseiten der Briten einen beträchtlichen Teil der KAR und Träger gestellt hatten, scheint sich nicht viel geändert zu haben. Viele gingen nach dem Krieg ihrer gewohnten Arbeit nach. Einige waren zu Wohlstand gekommen und investierten ihr Geld in Land und Heiraten. Vereine von Kriegsveteranen – halb Wohlstandsorganisationen, halb Lobbygruppen, die sich beim Gouvernement für die Auszahlung von Pensionen und ausstehendem Sold einsetzten – wurden entlang bereits existierender Altersgruppen geschaffen.[63]

Die von den Kolonialbeamten und -offizieren befürchtete Politisierung der afrikanischen Kriegsteilnehmer blieb in den ersten Nachkriegsjahren weitestgehend aus. Die von Hodges interviewten Veteranen betonten, dass ihnen angesichts der traumatischen Erfahrungen des Krieges, der sozialen Unsicherheit und der verheerenden Epidemien der Nachkriegszeit

61 Siehe Ellis, Nandi Protest, S.562; Page, Thangata, S.95; Matthews, Clock Towers, S.260; Greenstein, Nandi, S.82; Parsons, Rank-and-file, S.228; Barrett, Rank and File, S.114.

62 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.199. Siehe für die westafrikanischen Veteranen: Matthews, World War I, S.502.

63 Siehe Albert T. Matson: Reflections on the growth of political consciousness in Nandi, in: Bethwell A. Ogot (Hrsg.): Politics and nationalism in colonial Kenya, Nairobi 1972, S.18-45, hier S.19; Matthews, World War I, S.502; Greenstein, Nandi, S.86, 92.

die Kraft für ein politisches Engagement fehlte.[64] Dennoch begannen sich schon in den ersten Nachkriegsjahren erste Formen afrikanischer Zivilgesellschaften, von den Young Baganda, der Kikuyu Association bis hin zu den afrikanischen Kirchen wie der Watch Tower Church oder die muslimischen Bruderschaften herauszubilden. In der ehemaligen deutschen Kolonie aber dauerte es bis 1929, bis Vergleichbares entstand. In diesem Jahr gründete sich die Tanganyika African Association, der Vorläufer der TANU. 1934 folgte die Muslim Association of Tanganyika. Eine bedeutende Rolle bei der Gründung dieser Interessenvertretungen spielten Mitglieder der islamischen Bruderschaften und Führer der Beni. Doch nur wenige ehemalige Askari und Träger fanden sich bei den ersten afrikanischen politischen Organisationen ein. Die ersten politischen Vereinigungen von Afrikanern in Britisch-Ostafrika formten sich entlang ethnisch definierter Identitäten und waren lokal begrenzt. Sie waren Interessenvertretungen von Farmern und Kleinhändlern oder Regierungsangestellten.[65]

Schluss

Der Erste Weltkrieg war gleichzeitig der Höhepunkt wie auch der Beginn des Endes einer Form von Mobilität, die interregionalen Karawanenhandel hervorgebracht und die in der kolonialen Vorkriegsökonomie nicht an Bedeutung verloren hatte. Nie vorher und auch nachher dienten so viele Ostafrikaner als Träger wie während des Ersten Weltkrieges. Doch nur wenige dieser Träger waren noch eingebunden in die Netzwerke professioneller Träger, kaum einer der oft mit Gewalt aus ihren Dörfern fortgeschleppten Männer kannte das Wissen der professionellen Träger, wie man sich auf dem Marsch gegen Krankheiten, Wetterunbilden und die schlechte Behandlung durch die Aufseher zur Wehr setzen konnte. Die harschen Realitäten des Krieges und der Kriegsökonomie ließen wenig Raum für die Aushandlung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. So setzte der Erste Weltkrieg eine Bruchlinie zwischen den Verflechtungen unterschiedlicher Formen und Praktiken von Mobilität und Arbeit. Diese Bruchlinie zeigt sich auch in der Rekrutierung von Arbeitern durch den kolonialen Staat. Die Notwendigkeiten des Krieges stellten den kolo-

64 Siehe Hodges, Carrier Corps, S.151.

65 Siehe Bethwell A. Ogot: British Administration in The central Nyanza district of Kenya, 1900-60, in: The Journal of African History, 1963, Nr. 2, S.249-273, hier S.261; Matson, Reflections, S.34; Ahmed I. Salim: Early Arab-Swahili protest in colonial Kenya, in: Ogot (Hrsg.), Politics, S.71-84, hier S.82.

nialen Staat, gleich ob britischer, belgischer oder deutscher Prägung, vor neue Herausforderungen. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges steckten koloniale Verwaltungen und Ökonomien vielerorts noch in den Kinderschuhen. Bis auf wenige Inseln kolonialer Ökonomien[66] und kolonialer Herrschaft[67] hatten es die Europäer bis dahin nicht vermocht, im Alltag der Kolonisierten Fuß zu fassen und sie in die Alltäglichkeit kolonialer Herrschaft und Ökonomie hineinzuzwingen. Dies änderte sich mit dem Krieg grundlegend; der Krieg läutete eine neue Phase kolonialer Durchdringung afrikanischer Gesellschaften ein. Neue Formen der Organisation von Arbeit, der Registrierung und Identifizierung afrikanischer Arbeitskräfte, die zunächst als Antworten auf die Bedürfnisse des Krieges entwickelt worden waren, erweiterten das Instrumentarium des kolonialen Staates nach dem Krieg. Allerdings basierte die Rekrutierung und Organisation auch auf Praktiken, wie sie seit der kolonialen Eroberung gang und gäbe waren, bei denen der koloniale Staat und seine Akteure auf die Kooperation mit lokalen Akteuren und auf die Androhung von Gewalt bei der Rekrutierung von Arbeitskraft setzten. Die Kooperation der Chiefs bezahlten die Träger mit ihrer Gesundheit oder auch mit ihrem Leben, die Chiefs selbst mit dem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit, Interessenvertreter ihrer Gefolgsleute gegenüber den Europäern zu sein.

Der Erste Weltkrieg war ein moderner Krieg, der auf einer kaum entwickelten Infrastruktur basierte. Industrielle Praktiken von Mobilität überlagerten sich mit denen des Karawanenhandels. Bürokratische Formen der Rekrutierung vermischten sich mit Razzien, Vertragsarbeit mit Zwangsarbeit. Für die afrikanischen Kriegsteilnehmer war der Krieg mit der Erfahrung neuer Technologien verbunden, aber auch mit Erinnerungen an den Sklavenhandel des 19. Jahrhunderts. Die Reaktion der afrikanischen Gesellschaften war von dieser Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen geprägt. Christliche Glaubenslehren vermählten sich mit millenaristischen Traditionen afrikanischer Gesellschaften, muslimischer Sufismus, oft mit einer sehr lokalen Prägung, mit pan-islamischen Ideen. Tanzvereine, die seit dem 19. Jahrhundert Orte für die Adaption neuer Welten waren, stellten erste Strukturen und Akteure für die Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Strukturen bereit.

Der Krieg endete mit einer Neugestaltung der kolonialen Landkarte, nicht aber mit einem grundlegenden Wandel kolonialer Politik. Sowohl

66 Siehe Frederick Cooper: Conflict and Connection: Rethinking Colonial African History, in: The American Historical Review, 1994, Nr. 5, S.1516-1545, hier S.1529.
67 Siehe Pesek, Herrschaft.

Briten als auch Belgier wollten so schnell wie möglich zum Status quo der Vorkriegszeit zurückkehren. Die Briten führten Mitte der 1920er-Jahre die Politik der Indirect Rule in der ehemaligen deutschen Kolonie ein, die Belgier griffen zu einer ähnlichen Politik. Es waren in beiden Fällen Versuche, die Verpflichtungen des kolonialen Staates zurückzuschrauben und die afrikanischen Gesellschaften zu re-traditionalisieren. Viele Verantwortliche hatten den Krieg als eine Krise kolonialer Herrschaft wahrgenommen. Ein wichtiges Moment in diesem Krisenbewusstsein war die Angst vor der Auflösung ethnischer Identitäten und traditioneller Autoritäten infolge der Kriegserfahrungen der Afrikaner, nicht zuletzt der afrikanischen Träger.

Produzenten und Konsumenten vereinigt euch! Soziale Unruhen während des Ersten Weltkriegs in Portugal

Joana Dias Pereira

1. Einleitung

Der Erste Weltkrieg war gekennzeichnet durch ein weltweites Aufflammen sozialer Unruhen. Im Folgenden werde ich die Beteiligung der portugiesischen Arbeiterschaft daran untersuchen und dabei einer historiografischen Traditionslinie folgen, welche sich aus einer strukturperspektivischen Analyse kollektiver Handlungsmuster zu einem dynamischen Modell von Auseinandersetzungen entwickelte. Bei der Erforschung sozialer Bewegungen haben die meisten Autoren die zentrale Bedeutung von Beziehungsprozessen und -mechanismen erkannt und dabei das analytische Modell mit neuen Konzepten bereichert. In diesem Sinn werden hier neben den Begriffen Möglichkeit, Mobilisierungsstrukturen, Rahmenbedingungen und vorgefundenen kollektiven Handlungsmustern weitere Kategorien angewendet. Dazu zählen die Wahrnehmung von Möglichkeiten, die gesellschaftliche Anwendung von Organisationsressourcen und die Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren mit spezifischen Handlungsweisen.

Das dynamische Modell von Auseinandersetzungen betont die zentralen Entwicklungen innerhalb des Mobilisierungsprozesses, etwa die Formierung neuer politischer Akteure und Identitäten sowie die Polarisierung und Transformation lokaler zu überlokalen Auseinandersetzungen. Darüber hinaus behandelt es die Veränderungen des Bewusstseins, der solidarischen Bindungen und der Bezüge zur Akteursgemeinschaft in so außergewöhnlichen Situationen wie dem Krieg.

Werden die Abgrenzungen zwischen verschiedenen Formen der Auseinandersetzung – unter anderem Streiks, Unruhen, Kriege, soziale Bewegungen, Revolutionen, Nationalismen – bewusst aufgehoben, werden verschiedene Akteure und ihre kollektiven Handlungsmuster zusammengeführt. Deshalb ist die von Tilly, Tarrow und McAdam[1] vorgeschlagene Herangehensweise besonders nützlich in Bezug auf die hier behan-

1 Siehe Adam McAdam/Sidney Tarrow/Charles Tilly: Dynamics of Contention, Cambridge 2001.

delte Fragestellung: Waren die anhaltenden Lebensmittelunruhen und die Streikwellen der letzten Konfliktjahre Teil derselben Mobilisierung? Und wie interagierten diese beiden Handlungsmuster?

Im Folgenden wird dafür plädiert, diese beiden kollektiven Handlungsmuster als Teile eines einzigen Mobilisierungsprozesses zu verstehen. Zusammengeführt wurden diese beiden Teile vom radikalsten Flügel der Gewerkschaftsbewegung. Dessen Akteure waren in der Lage, auf die Organisationsstrukturen der Arbeiter Einfluss auszuüben, welche seit dem späten 19. Jahrhundert von Sozialisten aufgebaut worden waren. Damit profitierten die Radikalen von deren großem Einfluss auf Arbeiternetzwerke. Gewerkschaften, andere Arbeiterorganisationen und informelle Beziehungen innerhalb der Arbeitergemeinschaften ermöglichten Kämpfe in der Produktions- und Konsumptionssphäre. Dank ihrer Einflussnahme auf Arbeiterorganisationen und -netzwerke waren die revolutionären Gewerkschafter in der Lage, ihre Bewegung auf einem nationalen Level und damit in bisher ungekanntem Ausmaß zu organisieren.

2. Struktureller Wandel

Während des späten 19. Jahrhunderts durchliefen Fabrikarbeit und Arbeiterhaushalte in südeuropäischen Ländern einen strukturellen Wandel. Die wichtigsten Veränderungen bestanden in der zunehmenden Verlegung industrieller Produktion in die Vorstädte und in der wachsenden Größe der Betriebe. Die Konzentration von Arbeitern in den Fabriken förderte nicht die Mechanisierung, brachte aber neue Arbeitsweisen hervor. Die neue Aufgabenverteilung ermöglichte es, zahlreiche ungelernte Arbeiter einzustellen. Dennoch konnten Handwerker und andere qualifizierte Arbeiter eine erhebliche Kontrolle über den Produktionsprozess beibehalten, da die Unternehmer nur wenig in technische Neuerungen investierten.

Nachdem sich das Lohnsystem allgemein durchgesetzt hatte, waren prekäre Verhältnisse und niedrige Löhne die Hauptmerkmale industrieller Arbeit. Außerdem reproduzierte sich die traditionelle innerfamiliäre Arbeitsteilung in den Fabriken und bewahrte damit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auch hier. Die Arbeitgeber profitierten davon, da sie die Arbeitskosten durch sehr geringe Löhne für Frauen und Kinder niedrig hielten. Aber ihre Zusammenführung mit höher qualifizierten und besser organisierten Arbeitern trug zugleich zu ihrer schrittweisen Einbindung in Streiks und Proteste bei.

Urbanisierung und wachsende Konzentration an den Arbeitsstellen beförderten die Herausbildung eines physischen und sozialen Kontextes, der

wiederum Vorstellungen von Einheit und Solidarität verstärkte. Industrielle Entwicklung und die Ausdehnung der Bauwirtschaft erlaubten die feste Ansiedlung bisheriger Saisonarbeiter, welche nun in die verschiedenen Sektoren der städtischen und vorstädtischen Arbeitsmärkte einströmten. Dieser Prozess war zugleich die Basis einer neuen sozialräumlichen Differenzierung innerhalb der europäischen städtischen Ballungszentren, welche sich in weitgehend homogenen Nachbarschaften rund um die Industriegebiete niederschlug. Hier lebten Handwerker, gelernte und ungelernte Arbeiter zusammen und erzeugten eine völlig neue soziale Homogenität. Das haben umfangreichere empirische Studien klar herausgearbeitet.[2]

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreichte die Arbeiterbewegung neue Dimensionen und brachte neue Protagonisten hervor. Es war das Industrieproletariat, welches den Streiks ganz neue Größenordnungen verlieh, wobei besonders in spät industrialisierten Ländern wie Portugal qualifizierte Arbeiter und ihre Organisationen eine entscheidende Rolle spielten. Traditionelle Handwerkerorganisationen, Überbleibsel des Ancien Régime, passten sich an die neuen Organisationsformen an. Dabei übernahmen sie auch die Forderungen der ungelernten Arbeiter, welche mittlerweile die Mehrheit der industriellen Arbeitskräfte stellten. Die Lohnansprüche stiegen und drängten althergebrachte Forderungen der Handwerkerorganisationen, etwa bezüglich der Produktionskontrolle, immer mehr in den Hintergrund.[3]

Trotz der Unternehmerstrategien zur Bekämpfung der Solidarität unter Arbeitern, etwa durch Spaltung aufgrund der Qualifikation und durch

---

2 Neben anderen: Yves Lequin: La formation de la classe ouvrière régionale. Les Ouvriers de la région lyonnaise (1848-1914), Lyon 1977; Michael Hanagan: The logic of solidarity: artisans and industrial workers in three French towns, 1871-1914, Urbana u. a. 1980; Maurizio Gribaudi: Itinéraires ouvriers: espaces et groupes sociaux à Turin au début du XX siècle. Paris 1987; Frédéric Vidal: Les habitants d'Alcântara: Histoire sociale d'un quartier de Lisbonne au début du 20éme siècle, Villeneuve d'Ascq 1987; Angel Smith: Anarchism, Revolution and Reaction: Catalan labour and the crisis of the Spanish State, 1898-1923. New York 2007; José Luis Oyon: La ruptura de la ciudad obrera y popular. Espacio urbano, inmigración y anarquismo en la Barcelona de entreguerras, 1914-1936, in: Historia Social, 2007, Nr. 58, S.123-150.

3 Neben vielen anderen: Eric J. Hobsbawm: The New Unionism in perspective, in: Workers: worlds of labour, New York 1984; John Breuilly: Labour and Liberalism in nineteenth Europe: essays in comparative history, Manchester 1994; Maurizio Antonioli/Luigi Ganapini: I sindacati occidentali dall'800 ad oggi in una prospettiva storica comparata, Pisa 1995; Keith Mann: Forging political identity: silk and metal workers in Lyon, France, 1900-1939, New York-Oxford 2010.

Wettbewerb um Beförderungen, konnten die Gewerkschaften das Einheitsgefühl in der Arbeiterklasse stärken. Frauen und Jugendliche waren durch ihre spezifische Arbeit zu Hause oder in kleinen Produktionseinheiten am schwächsten gestellt. Die Gewerkschaftsstrategien zur Überwindung dieser Hindernisse liefen meist darauf hinaus, sie in bereits existierende männliche Organisationen zu integrieren oder sie beim Kampf um bessere Löhne zu unterstützen.

Die Arbeiterhaushalte waren völlig abhängig von Löhnen, um Güter der Grundversorgung zu bezahlen. Dementsprechend waren sie auch in besonderem Maße dem Verhältnis von Einkommen und Preisen unterworfen. In der Zeitspanne vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg waren sie ebenso wie die Konsumenten allgemein von der wirtschaftlichen Konjunktur betroffen. Bereits ab der Jahrhundertwende stiegen die Preise langsam an. Besonders ab 1910 reflektierte dieser Prozess auf eindringliche Weise die Entwicklung der industriellen Löhne und beeinflusste die Lebensumstände der Arbeiterschaft negativ. Seit dieser Zeit spielten Frauen eine entscheidende und bislang unbekannte Rolle in Arbeiterprotesten. Das resultierte einerseits aus ihrer Einbindung in die Fabriken und andererseits aus ihrer Stellung im Haushalt. Vor allem in den Konsumentenauseinandersetzungen traten sie als Organisatorinnen informeller Solidaritätsnetzwerke hervor.

Bei der Ausweitung der sozialen Basis der Arbeiterbewegung waren in Südeuropa die lokalen Gemeinschaften besonders bedeutsam. In von Arbeitern dominierten Dörfern und Ortsteilen im Umkreis der Stadtzentren nahmen Streiks besonders signifikant zu. Die Vereinigung verschiedener lokaler Proteste beruhte auch auf Migrationsströmen vom Land in die Stadt und von urbanen Zentren an die städtische Peripherie. Die Bewegungen initiierten familiäre und kommunale Netzwerke bzw. verwandelten sie in einflussreiche Organisationsressourcen für Bevölkerungsproteste.[4]

In den ersten Kriegsjahren entzogen Unterdrückungsmaßnahmen den Handwerkern und Facharbeitern teilweise ihre traditionellen Wider-

4 Neben vielen anderen: Rosario Spampinato: Il movimento sindacale di una società urbana meridionale. Catania 1900-1914 (Archivio storico per la Sicilia orientale, LXXIII), Catania 1977; Giovanna Procacci: Dalla rassegnazione alla rivolta: osservazione sul comportamento popolare nella prima guerra mondiale, in: Ricerche Storiche, 1989, Nr. 1, S.46-111; Louise Tilly: Politics and class in Milan, 1881-1901, Oxford 1992; Stefano Musso: Gli operai nella storiografia contemporânea. Rapporti di lavoro e relazioni sociali, in: Annali, 1999, S.IX-XLVI; Cristina Borderias: Género y políticas del trabajo en la España contemporânea, 1836-1936, Barcelona 2007; Tyler Stovall: Paris and the spirit of 1919: consumer struggles, transnationalism and revolution, Cambridge 2012.

standsmöglichkeiten. Aber nunmehr bildeten die sozialen Netzwerke innerhalb der neuen städtischen Räume in ganz Europa die Grundlage der Mobilisierung im Zusammenhang mit den weitverbreiteten Lebensmittelunruhen. Kollektive Aktionen richteten sich vor allem gegen Spekulation und Hortung von Gütern des Grundbedarfs. 1917 erhielten die Konsumentenproteste eine neue politische Dimension, als sie mit einer Streikwelle der Arbeiter zusammenfielen. Europaweit brachen Streiks und Demonstrationen aus, an denen sich Tausende Arbeiter aus unterschiedlichen Branchen und mit verschiedenen Qualifikationsniveaus beteiligten. Das geschah vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten, die durch die Lohnerhöhungen nicht kompensiert werden konnten. Hinzu kamen die verschärfte Disziplinierung in den Fabriken und die politische Unterdrückung. Der Zyklus sozialer Unruhen nach der Oktoberrevolution kulminierte in einer globalen Streikwelle. Entsprechende Zahlen belegen den Aufschwung dieser Bewegung, die alle Kontinente umfasste. Sie zeigen zugleich, dass in den meisten Ländern die Anzahl der Streiks, der Streikteilnehmer, der betroffenen Bereiche, der innere Zusammenhalt und die Kraft der Bewegung deutlich zunahmen im Vergleich mit der Streikwelle von 1910 bis 1913.[5]

3. Die kollektive Wahrnehmung einer Möglichkeit

Meine erste Hypothese lautet, dass die zunehmenden staatlichen Interventionen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet von den unteren Klassen als eine Möglichkeit aufgefasst wurden, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Kriegswirtschaft zeigte in besonderem Maße die fundamentalen Widersprüche des kapitalistischen Systems und der Marktwirtschaft auf. Indem sie gesetzliche Regelungen einführte, die Spekulation und Hortung verhindern sollten, förderte die herrschende Klasse zugleich Bestrebungen der Bevölkerung, sich einzumischen und der Regierung eine moralische Ökonomie abzuverlangen.[6] Im Verlauf der Konsumentenkämpfe um Versorgungsgüter bildete sich ein Identitätsbewusstsein der lokalen Gemeinschaften heraus, das gleichermaßen gegen Landbesitzer und Kaufleute gerichtet war. Den Staat sah man dabei nicht mehr nur als Feind, sondern auch als Hilfsmittel.

---

5 Siehe u. a.: Leopold Haimson/Giullio Sappeli: Strikes, social conflict and the First World War, Milão 1992; Chris Wrigley: Challenges of Labour: Central and western Europe 1917-1920, New York 1993.

6 Siehe Edward Palmer Thompson: Customs in Common, London 1991.

Neben anderen Maßnahmen regulierte die portugiesische Regierung Preise und Warenbewegungen. Die von den steigenden Lebenshaltungskosten betroffene Bevölkerung sah darin eine Möglichkeit, die zügellos wachsenden Preise mit gesetzlicher Unterstützung abzusenken. Kollektivaktionen richteten sich daher vor allem an die staatlichen Autoritäten, um so eine Regulierung der Preise und der Verteilung von Lebensmitteln zu erreichen. Direkte Aktionen gegen Landbesitzer und Händler wurden dagegen nur vorgenommen, wenn sich die politischen Machthaber als unfähig erwiesen, die Versorgungskrise zu lindern.

Eine Untersuchung dieser Konsum- und Lebensmittelproteste in Portugal zeigt, dass sie sich nicht in der Form von spontanen Ausbrüchen von Zorn und Verzweiflung artikulierten. Der Widerstand gegen Spekulation und Hortungen brachte eine Bewegung hervor, die sich in unterschiedlichen Formen äußerte. Dazu gehörten politische Versammlungen, Delegationen an die Regierung, Demonstrationen und Streiks. All diese Formen können als staatsorientierte Kollektivhandlungen verstanden werden.[7] Folgt man den Polizeiberichten, protestierten die Massen meistens gegen Versuche von Händlern, ihre Waren teurer als zu den offiziellen Preisen zu verkaufen und gegen deren Weigerung, eingelagerte Grundnahrungsmittel zu veräußern. In vielen dieser Berichte wurde festgehalten, dass die Waren entsprechend den offiziell verordneten Preisen bezahlt wurden und dass es kaum zu Gewaltanwendung kam.[8]

In diesem Zusammenhang erweist es sich als nützlich, an das von John Bohstedt vorgeschlagene Modell zu erinnern.[9] In seiner umfangreichen Studie über Lebensmittelunruhen hat er festgestellt, dass Kollektivaktionen ausschließlich in stabilen Gemeinschaften stattfanden, üblicherweise in kleinen und mittleren Städten. Dort existierten starke soziale Netzwerke, entweder horizontal verbunden wie in Familien, Nachbarschaften und Arbeitsstellen oder vertikal zwischen Bevölkerung, Eliten und Behörden. Bohstedt interpretierte dieses Muster als Teil einer kontrollierten Aushandlung innerhalb der Gemeinschaften. Zwar machen die struk-

7 Siehe Marcel van der Linden: Introduction, in: Jan Kok (Hrsg.): Rebellious Families: household strategies and collective action in the nineteenth and twentieth century's, New York-Oxford 2002, S.7-9.

8 Polizeiberichte und Briefwechsel zwischen lokaler, regionaler und nationaler Verwaltung. Portugiesisches Nationalarchiv, Innenministerium: Generaldirektion für Zivile und Politische Verwaltung. Empfangene Korrespondenz zwischen 1917 und 1920.

9 Siehe John Bohstedt: Riots and Community Politics in England and Wales 1790-1810, Harvard 1983.

turellen Wandlungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und insbesondere bezüglich der kollektiven Handlungsmuster einen direkten Vergleich der verschiedenen Zeiträume kaum möglich. Dennoch ist das Modell hilfreich, um die Bedeutung sozialer Netzwerke im Mobilisierungsprozess zu bewerten.

Soziale Unruhen gab es im ganzen Land, aber es waren die Wohngegenden der Arbeiterklasse rund um Lissabon und Porto sowie einige industrielle Zentren in der Provinz, wo die Proteste am stärksten und effizientesten waren. Unter diesen Verhältnissen waren formelle wie informelle Netzwerke in den unteren Volksschichten stark und lokal einflussreich, selbst in den Verwaltungen vor Ort. Empirische Befunde zu den portugiesischen Lebensmittelunruhen zwischen 1917 und 1920 weisen darauf hin, dass gerade diese Verbindungen die Erfolge der Kollektivaktionen erst ermöglichten. Letztere waren dabei in Zusammenarbeit mit Verwaltungs- und Polizeibehörden auf die Erfassung und Verteilung der Güter gerichtet.[10]

Verschiedene Berichte lokaler Behörden bezüglich der Forderungen von Arbeiterschaft und Bevölkerung zeigen, wie diese Kämpfe die öffentliche Ordnung untergruben und zu Spaltungen innerhalb des Staatsapparats führten. Lokale und regionale Behörden weigerten sich häufig, die Anweisungen der Zentralregierung zu befolgen, welche sich im Allgemeinen auf Kosten der unteren Klassen zugunsten der Landbesitzer und Händler positionierte. Zahlreiche Drohungen und kollektive Amtsniederlegungen von Verwaltungsbeamten und Gouverneuren werden in der Korrespondenz zwischen lokalen, regionalen und zentralen Behörden thematisiert. Der Grund dafür waren stets die Vorschriften. Als sich die Versorgungskrise verschlimmerte, dehnten sich die Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit aus. Belege für eine direkte Ablehnung der Anweisungen von oben durch lokale Behörden zugunsten der Gemeinschaften lassen sich in einer ganzen Reihe von Korrespondenzen nachweisen.[11]

Darüber hinaus ist die Beteiligung von Polizisten in Zivil am dramatischsten Aufruhr in der Region Lissabon, der „Kartoffelrevolution", gut dokumentiert.[12] Gleiches gilt für die Weigerung des Militärs, gegen die Ak-

10 Bestandsliste zu Polizeiberichten und Briefwechsel zwischen lokaler, regionaler und nationaler Verwaltung. Portugiesisches Nationalarchiv, Innenministerium: Generaldirektion für Zivile und Politische Verwaltung. Empfangene Korrespondenz zwischen 1917 und 1920.

11 Ebenda.

12 Die Kartoffelrevolution war die dramatischste Unruhe in Portugal während des Krieges. Sie brach am 19. Mai 1917 in Lissabon, Porto und deren Umgebung aus und hielt mehre-

tion vorzugehen. Berücksichtigt man die Bedeutung von gemeinschaftlichen Bindungen in den vorstädtischen Bezirken während des ersten Viertels des 20. Jahrhunderts, wird die Weigerung der Behörden, gegen Lebensmittelraub vorzugehen, verständlich. In einem dieser Bezirke verbrüderte sich die Polizei sogar mit den Aufständischen, während die Frauen riefen: „Die Polizei steht auf der Seite des Volkes!"[13]

Meine zweite Hypothese lautet, dass sich die Unruhen, wie sie im ganzen Land zwischen 1917 und 1920 häufig vorkamen, zu Beginn einer neuen Welle von Arbeitskämpfen ereigneten. Tatsächlich begann der erste Streik der bis heute größten Sozialproteste Portugals während der „Kartoffelrevolution". Die Bauarbeitergewerkschaft leitete den Streik und organisierte eine Demonstration im Zentrum Lissabons am gleichen Tag, als der Aufstand seinen Höhepunkt erreichte. Danach fanden im Frühling 1917 begrenzte und allgemeine Streiks in der ganzen Region statt, die von Unruhen begleitet wurden. Die Proteste intensivierten sich noch während des Sommers und kulminierten im Post- und Telegrafenstreik. Dieser gehörte zu den ersten Arbeitsniederlegungen, die das ganze Land erfassten und endete mit der militärischen Mobilisierung der Streikenden.[14]

Am Jahresende 1917 entschieden die Gewerkschaftsführer, den Konsumkämpfen höchste Priorität einzuräumen, denn darin sahen sie eine große Chance für eine breitgefächerte Arbeiterbewegung. Im Jahr 1918 wurden alle Anstrengungen auf den sogenannten „Generalstreik aller Konsumenten" konzentriert, der für den 18. November 1918 vorgesehen war.

4. Gesellschaftliche Anwendung von Organisationsressourcen

Die traditionelle Geschichtswissenschaft tendiert dazu, Lebensmittelunruhen und ähnliche Aktionen von der organisierten Arbeiterbewegung zu

---

re Tage an. Ursachen waren die Rationierung und Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln. Dabei kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen, in denen einige Polizeibeamte und zahlreiche Personen aus der Bevölkerung ihr Leben ließen. Die Regierung verhängte den Belagerungszustand über Lissabon und angrenzende Regionen, konnte aber nicht die häufige Beteiligung von Polizei und Militär bei Plünderungen von Lebensmittelläden und Warenhäusern verhindern.

13 Portugiesisches Nationalarchiv, Innenministerium: Generaldirektion für Zivile und Politische Verwaltung. Empfangene Korrespondenz. Poço do Bispo police report, Box 45.

14 Die Regierung wendete harte Maßnahmen an, etwa das Dekret Nr. 3327 vom 1. September 1917. Es sah die Mobilisierung der Arbeitnehmer vor. Demnach wurde ein Streikender als Deserteur betrachtet. Die Arbeiter Lissabons antworteten aus Solidarität mit einem Generalstreik, der sich auch auf das Umland ausweitete.

trennen, empirische Erhebungen zeigen aber genau das Gegenteil. Das gilt insbesondere für Studien über die außergewöhnlichen Verhältnisse des Ersten Weltkriegs. Lester Golden und Temma Kaplan wiesen anhand der katalanischen Lebensmittelunruhen dieser Zeit nach, dass in den offensichtlich spontanen Bewegungen doch eine hochgradig disziplinierte, wenn auch informelle Organisation zu beobachten ist. Diese verband traditionelle Rituale und sprachliche Ausdrucksformen aus der Volkskultur und den Arbeitergemeinschaften mit der Ideologie und Dynamik moderner Massenbewegungen. Golden argumentiert, dass sich eine symbiotische Beziehung zwischen den modernen und disziplinierten Arbeitskämpfen und den Solidarbindungen der lokalen Gemeinschaften herausbildete. Die lokalen Gewerkschaften verwandelten sich unter dem Einfluss anderer Nachbarschaftsorganisationen in Gemeinschaftsinstitutionen.[15]

Unter Bezugnahme auf verschiedene Studien zu Lebensmittelunruhen stellte Lynne Taylor fest, dass die entsprechenden Aktionen im 20. Jahrhundert neue Merkmale trugen, welche sie von ihren Vorgängern im 19. Jahrhundert unterscheiden. Üblicherweise entwickelten sich diese Proteste in Reaktion auf steigende Lebensmittelpreise und wachsende Lebenshaltungskosten allgemein. Wenngleich sie im Umfeld sozialer Netzwerke organisiert wurden, konnten doch auch politische Organisationen mit einer engen Bindung an die Gemeinschaften mobilisiert und deren Ideen und Strategien adaptiert werden.[16]

Meine Hypothese in diesem Zusammenhang ist, dass sowohl Arbeiterorganisationen als auch informelle Netzwerke dazu beitrugen, Lebensmittelunruhen und Streiks in eine spezifische politische Bewegung zu verwandeln. Dieser Prozess war nur möglich durch die zunehmende Interaktion zwischen diesen Organisationsstrukturen innerhalb der Gemeinschaften der Arbeiterklasse. Die räumliche Verteilung von Streiks, Demonstrationen, Propagandaveranstaltungen und anderen Aktivitäten der Gewerkschaften einerseits und der Kämpfe um den Lebensunterhalt auf der anderen Seite beweisen, dass diese Typen der Auseinandersetzung eng verknüpft waren. Die Epizentren von beiden lagen stets in den industriell geprägten städtischen Gebieten. Einige Monografien zu Gemeinschaften

15 Siehe Lester Golden: The Women in Command. The Barcelona Womens' Consumer War of 1918, in: UCLA Historical Journal, 1985, Nr. 6, S.5-32; Temma Kaplan: Female Consciousness and Collective Action: The Case of Barcelona, 1910-1918, in: Signs. Journal of Women in Culture and Society, 1982, Nr. 3, S.545-566.

16 Siehe Lynne Taylor: Food riots revisited, in: Journal of Social History, 1996, Nr. 30/2, S.483-496.

der Arbeiterklasse zeigen, wie diese Interaktion möglich war.[17] Die traditionellen Arbeiterviertel und -organisationen waren ebenso in die Lebensmittelunruhen eingebunden, wie umgekehrt die informellen Netzwerke halfen, Streiks auszuweiten und aufrechtzuerhalten.

Die Beteiligung von Gewerkschaften an spontanen Aufständen ist in Zeitungen der Arbeiterbewegung, Polizeiberichten und Versammlungsprotokollen der Organisationen dokumentiert. Demnach wurden Tumulte und Angriffe in Gewerkschaftszentralen und in anderen Arbeiterverbänden geplant, etwa in mutualistischen Versicherungsgesellschaften,[18] Kooperativen und sogar Freizeiteinrichtungen. Das hatte zur Folge, dass sowohl präventive wie auch repressive Maßnahmen besonders gegen solche Assoziationen gerichtet waren. Die Einbindung von informellen Netzwerken in Streiks wiederum wird in der Lokalpresse ebenso wie in den bereits genannten Quellen ausführlich thematisiert. Feste, Darbietungen und Spendensammlungen wurden in Arbeiterbezirken durchgeführt und erlaubten es den Gewerkschaften, Streiks auch während umfangreicher und langer Kämpfe durchzuhalten.

Die Ausbreitung sozialer Unruhen befeuerte die Reorganisierung der Arbeiterbewegung, welche in den ersten Kriegsjahren durch Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung erheblich eingeschränkt worden war. Das führte zugleich zu einem Wechsel ihrer Taktik: Die União Operária Nacional (UON, Nationale Arbeiter-Union) wendete sich nun offiziell und vornehmlich Kämpfen und Protesten im Bereich der Konsumption zu. Die „Arbeiterkonferenzen" von 1917 übernahmen unter dem Vorsitz des Anarchosyndikalisten Manuel Joaquim de Sousa einen Leitantrag zu den Lebenshaltungskosten. Das Thema wurde sehr leidenschaftlich diskutiert und dann entschieden, dass angesichts der Machtlosigkeit und Unfähigkeit der Regierung, die Lebensmittelknappheit zu bekämpfen, die Arbeiterschaft selbst und direkt ihre Interessen mithilfe ihrer Gewerkschaften verteidigen sollte.[19]

---

17 Siehe Joana Dias Pereira: A produção social da solidariedade operária: o caso de estudo da Península de Setúbal (1890-1930) [Die soziale Erschaffung von Solidarität in der Arbeiterklasse. Eine Fallstudie zur Halbinsel Setúbal]. Dissertation, verteidigt an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Neuen Universität Lissabon 2013.

18 Mutualistische Gesellschaften bzw. Versicherungen auf Gegenseitigkeit waren, anders als im deutschsprachigen Raum, in romanischen Ländern weit verbreitete Einrichtungen der Arbeiterbewegung (Anm. des Übersetzers).

19 Zu diesem Thema fand in den folgenden Wochen eine breite publizistische Debatte statt in den Gewerkschaftsblättern, etwa „O Movimento Operário" (Arbeiterbewegung) und „A Greve" (Der Streik).

Zur Vorbereitung des „Generalstreiks aller Konsumenten" im Jahre 1918 nutzten radikale Gewerkschafter die traditionellen Arbeiterorganisationen, um die Bevölkerung gegen Spekulation und Hortung zu mobilisieren. Hunderte von Initiativen wurden eingeleitet, Kundgebungen, Versammlungen und Proteste in den Großstädten und Industriezentren abgehalten, darunter Lissabon, Porto, Coimbra, Viana do Castelo, Guimarães, Covilhã, Faro und Funchal. Ähnliches fand bezüglich der Landarbeiter statt, etwa in Évora, Beja, Portalegre, Sousel, Estremoz, Ferreira do Alentejo, Coruche, Aljustrel, Redondo und Sines. Das enttäuschende Ergebnis des Generalstreiks ist auf den Waffenstillstand, die Spanische Grippe und die Ermordung des Diktators Sidónio Pais im Dezember 1918 zurückzuführen.[20] Das mindert aber nicht die Bedeutung der Bewegung.

Die neuartige Mobilisierung hatte auch Hunderte neuer Arbeiterorganisationen hervorgebracht, die auf einen rasant wachsenden Mobilisierungsschub Anfang 1919 verweisen. Möglich wurde das nach dem Ende des Sidonismo, dem autoritären Regime unter Sidónio Pais im letzten Kriegsjahr.

5. Vermittlungen zwischen Produktions- und Konsumptionskämpfen

Die Proteste der Gewerkschaften gegen die Lebenshaltungskosten waren der breiteste Mobilisierungsprozess in der portugiesischen Geschichte, denn er verknüpfte die organisierte Arbeiterbewegung und die informellen Netzwerke der lokalen Gemeinschaften miteinander. Dabei ist festzuhalten, dass der radikalste Gewerkschaftsflügel die Rolle eines Vermittlers zwischen allgemeiner Bevölkerung und Industriearbeiterschaft übernahm. Indem die revolutionären Gewerkschafter und Anarchosyndikalisten diese Akteure und ihre kollektiven Handlungsweisen zusammenbrachten, transformierten sie lokale Proteste in eine breit angelegte politische Bewegung gegen die Lebenshaltungskosten.

---

20 Der Streik wurde keineswegs allgemein durchgeführt. Laut Berichten der linken und allgemeinen Presse verhinderten aber Eisenbahner die Zugbewegungen für mehrere Tage. Die Landarbeiter aus dem Alentejo blieben der Arbeit für eine Woche fern, ebenso die Bauarbeiter in Lissabon, Évora und Setúbal. Die Druckereiarbeiter sorgten dafür, dass für acht Tage keine Zeitungen erscheinen konnten. Auch in anderen Branchen in der Umgebung Lissabons und Portos sowie an der Algarve wurde der Streik teilweise befolgt. Hunderte von Streikenden im ganzen Land wurden verhaftet, Dutzende von ihnen ohne Gerichtsverfahren oder formale Anklagen nach Angola deportiert. Zugleich wurden zahlreiche Gewerkschaften einschließlich der Nationalen Föderation verboten.

Es gelang den Gewerkschaftern, die Auseinandersetzungen auf das ganze Land auszuweiten und ihnen damit einen politischen Charakter zu verleihen. Dabei richteten sie Forderungen an die Regierung, welche in Dutzenden von Versammlungen im ganzen Land artikuliert worden waren. Der in der Presse breit rezipierte Forderungskatalog illustriert, auf welcher Grundlage es zur Vermittlung zwischen der Produktions- und der Konsumptionssphäre kam. Sichtbar wird auch, welche Rolle der Staat in diesem Prozess spielte. Es war gerade den wachsenden staatlichen Eingriffen in wirtschaftliche und soziale Belange zu verdanken, dass die Arbeiterbewegung und andere soziale Gruppen ihre Ansprüche bezüglich Preisentwicklung und Lebensmittelversorgung gezielt artikulieren konnten. Dazu gehörten das Verlangen an den Staat, Frauen- und Kinderarbeit gesetzlich zu regulieren und den Achtstundentag einzuführen. Daneben erwartete man von den lokalen Behörden, Waren direkt einzukaufen und an die Verbraucher weiterzuleiten, um so die Zwischenhändler auszuschalten. An den hierzu eingerichteten Kommissionen sollten außerdem Vertreter der Arbeiterorganisationen beteiligt werden.

In den Jahren 1919 und 1920 fanden in den beiden größten Städten Portugals und deren Umland neben Konsumentenkämpfen auch breitangelegte Produzentenkämpfe statt. Durch solidarische Unterstützung weiteten sich diese mehrfach zu Generalstreiks aus. Die Proteste nahmen an Zahl und Intensität entlang einer Nord-Süd-Achse zu und führten zu außerordentlich bedeutenden Siegen. Die Korkarbeiter z. B. setzten den Achtstundentag und eine Lohnerhöhung um 40 Prozent durch. Besonders die Eisenbahnerstreiks entwickelten sich sehr dramatisch, was ihre Bedeutung, Ergebnisse und Dauer anbelangt. Außerdem reagierte die Regierung gerade hier sehr repressiv.

Im lokalen Rahmen ist die Verknüpfung von Kollektivaktionen professioneller Verbände und Kämpfen der Bevölkerung gegen Hortung und Spekulation offensichtlich. Dort entstand eine Mischform, indem in örtlichen Streiks Versorgungsgüter und ihre Aneignung und Verteilung durch Arbeiterorganisationen gefordert wurden. Durch größere Studien zeigte sich zudem, dass die Gewerkschaften während solcher Bewegungen ihren Einfluss in lokalen Gemeinschaften vergrößern konnten.[21] So wurde in der Streikwelle von 1917 bis 1920 eine bislang nicht dagewesene Beteiligung des Industrieproletariats und insbesondere von Frauen ermöglicht. Üblicherweise standen Frauen außerhalb der Verbände, was auf die

21 Siehe Pereira, A produção social.

geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die damit einhergehende Übernahme der besonders prekären und unqualifizierten Arbeiten durch Frauen zurückzuführen ist. Trotzdem organisierten sie Netzwerke gegenseitiger Unterstützung in den Wohngebieten.

Die Art der Artikulation und die Radikalisierung der Kämpfe von Bevölkerung und Arbeiterbewegung lassen die Charakterisierungen der Nachkriegszeit als „biennio rosso" in Italien oder „Jahre der roten Bedrohung" in Portugal als gerechtfertigt erscheinen. Neben der zunehmenden Breite der Mobilisierung war es auch die Politisierung, die die Eliten mit Schrecken erfüllte. Der Tag der Arbeit wurde an immer mehr Orten gefeiert. Noch umfassender als 1918 fanden Versammlungen im ganzen Land statt, in städtischen wie ländlichen Gemeinschaften gleichermaßen. Stets standen dabei die Lebenshaltungskosten im Zentrum. In Lissabon mobilisierte die UON 1919 die seinerzeit beeindruckende Zahl von 30.000 Demonstranten. Sie forderten die „schrittweise und zunehmende Sozialisierung von Land und Industrie". In allen Arbeiterbezirken verkündeten die Arbeiter: „Lang leben die Proletarier aller Länder und die Russische Revolution."[22]

6. Fazit

Zwischen 1917 und 1920 verstärkten und beschleunigten sich langfristige Trends aus der Zeit vor der Katastrophe des Ersten Weltkriegs. In Portugal entwickelten und vergrößerten sich seit der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts die Organisationen und Aktivitäten der Arbeiterschaft erheblich, verbunden mit einer wachsenden Einbindung in Gemeinschaften der Arbeiterklasse. Aber der Interaktionsprozess zwischen althergebrachten Netzwerken proletarischer Gemeinschaften und dem kollektiven Handlungsrepertoire in den industriellen Beziehungen war spürbar beeinflusst von den ökonomischen, sozialen und politischen Effekten des Krieges.

Länderübergreifende Studien zeigen, dass zwischen 1914 und 1918, als traditionelle Protestformen erschwert oder blockiert waren, andere soziale Akteure die Rolle der politischen Organisationen übernahmen.[23] Be-

22 Verschiedene Berichte im Presseorgan der CGT „A Batalha" (Die Schlacht) im Mai 1919.

23 Siehe Carmen Sirianni: Workers Control in Europe, in: James Cronin/Dies.: Work, Community, and Power. The experience of labor in Europe and America, 1900-1925, Philadelphia 1983, S.254-269.

kanntlich entstanden in vielen europäischen Ländern, wo Sozialisten und Gewerkschaftsführer in die Regierungen eintraten oder mit den Arbeitgebern kooperierten, neue Träger für die Forderungen der Arbeiter. Die Bewegung der Betriebsräte und Fabrikkomitees breitete sich in den kriegführenden Ländern aus und stellte eine neue Form von basisorientierter Organisation und kollektiver Aktivität dar. Diese neuen Organisationsformen erklären, warum es trotz der Kollaboration zahlreicher Sozialisten und Gewerkschaftsführer ab 1917 zur größten Streikwelle aller Zeiten kam.

Auch in Portugal wurden die sozialen Unruhen zwischen 1917 und 1920 von Basisaktivisten durchgeführt, die sich auf Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und informelle soziale Netzwerke in den Wohnbezirken der Arbeiterschaft stützten. Das kann nur durch das Bemühen der Gewerkschafter erklärt werden, welche seit dem späten 19. Jahrhundert die Arbeiterklasse auf lokaler Ebene organisierten. Dabei ließen sie traditionelle Hierarchien zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern hinter sich. Dieser Prozess kam während des Krieges zum Durchbruch und führte zu einer neuen Identität, dem Proletariat, in dem die Grenzen zwischen den einzelnen Gewerben und Gemeinschaften überwunden waren. Die Konsumenten- und Produzentenbewegungen nahmen Merkmale an, die schwer zu typisieren sind. Die arbeitenden Schichten entwickelten in dieser Zeit ein ganzes Repertoire an kollektiven Handlungen und solidarischen Bindungen, die sich inner- und außerhalb der Fabriken bildeten. Dabei vermischten sich neue Formen des organisierten Kampfes mit alten Widerstandsformen.

Die UON machte sich die Konsumforderungen zu eigen und konnte so rasch die Führung der Erhebungen übernehmen. Der radikalste Flügel der Arbeiterbewegung – der revolutionäre Syndikalismus – war in der Lage, die Forderungen zu artikulieren und im ganzen Land zu verbreiten. Das gelang vor allem in sozialen Räumen, in denen die Arbeiterklasse dominierte, und es verlieh der Bewegung einen überlokalen und politischen Charakter. Die Gründung der Confederação Geral do Trabalho (CGT, Allgemeine Arbeiterkonföderation) im September 1919 ist das eindeutigste Resultat dieses Prozesses. Als Fazit kann festgehalten werden: Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs war es die Dynamik der Auseinandersetzung, die eine entscheidende Rolle bei der Ausweitung, Politisierung und dem landesweiten Aufbau der portugiesischen Arbeiterbewegung spielte.

Aus dem Englischen von Axel Weipert

Arbeiten vor Gewehrläufen. Protest und Widerstand von Arbeitern im Hinterland der italienischen Front (1915 bis 1918)

Matteo Ermacora

Einleitung. Aufbau der Front

Während des Ersten Weltkriegs waren mehr als 650.000 militärisch organisierte zivile Arbeiter im Hinterland der italienischen Front eingesetzt, um Verteidigungsanlagen zu errichten und die militärische Logistik sicherzustellen.[1] Ab Juni 1915 war der von General Luigi Cadorna, dem Chef des Generalstabs, erwartete Bewegungskrieg zu einem Stellungskrieg erstarrt. Das erforderte einen komplexen Ausbau insbesondere der vorderen Stellungen in einem zumeist bergigen Gelände. Die militärische Führung sah sich vor Aufgaben gestellt, die unter diesen Bedingungen nicht erwartet worden waren: Die Stellungen mussten dauerhaft ausgebaut und stabile Verbindungswege angelegt werden. Die Versorgung der Truppe war durch den Bau von Unterkünften und Materiallagern zu gewährleisten. Diese Arbeiten konnten nicht von den regulären Truppen geleistet werden. Deswegen wurden zunächst im Gebiet von Friaul und Venetien und später auch im gesamtnationalen Maßstab Arbeiter vertraglich verpflichtet, die im Gefolge des Verbots der Binnenmigration und der Wirtschaftskrise aufgrund des Kriegsausbruchs, insbesondere des Rückgangs in der Bauindustrie und der Landwirtschaft, in großer Zahl ihre Arbeit verloren hatten. Zunächst standen diese Arbeiter unter der Leitung ziviler Unternehmer; im Januar 1916 schließlich entstand das sogenannte Generalsekretariat für zivile Angelegenheiten, eine Behörde, die dem Oberkommando des Heeres unterstellt war und die von General Agostino d'Adamo befehligt wurde. Zwischen 1916 und 1918 koordinierte das Generalsekretariat alle einschlägigen Arbeiten. Es stützte sich dabei auf die örtlichen Präfekturen und Arbeitsämter sowie auf Organisationen der Arbeiter. Ungeachtet der sogenannten industriellen Mobilisierung, bei der 900.000 zusätzliche Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie

1 Für weitere Informationen siehe Matteo Ermacora: Cantieri di guerra. Il lavoro dei civili nelle retrovie del fronte italiano (1915-1918), Bologna 2005.

bereitgestellt wurden, mobilisierte das Generalsekretariat 1916/1917 mindestens 210.000 Arbeiter aus Süditalien, unter ihnen 122.000 Arbeiter allein aus Apulien, die in das frontnahe Gebiet verlegt wurden. So entstand im unmittelbaren Hinterland der Front ein ziviles „Babel", das durch eine große Heterogenität hinsichtlich der beruflichen Qualifikation seiner „Bewohner" (von Maurern bis Bergarbeitern, von Bauern und Landarbeitern über Handwerker bis hin zu Fischern), ihres politischen und gewerkschaftlichen Engagements und ihrer Fähigkeit zur (körperlichen) Anpassung an die klimatischen und Arbeitsbedingungen gekennzeichnet war.[2] Tatsächlich gehörten zu diesen Arbeitern in erster Linie Erwachsene und Senioren, die vom Militärdienst ausgeschlossen waren. Doch es gab auch eine große Zahl von Jugendlichen, etwa 50-60.000 Personen im Alter von zwölf bis 17 Jahren. In den Jahren 1917 und 1918 kamen sogar etwa 10-20.000 Frauen und Mädchen hinzu, die zunächst nur als Trägerinnen und bei der Straßenausbesserung arbeiteten, in der Schlussphase des Krieges im Gebiet des Piave aber auch beim Ausheben von Stellungen eingesetzt wurden.

Die „Territorialisierung" des Konflikts erforderte umfassende Arbeiten, die in einer feindlichen Umgebung, entlang einer Linie von den Alpen bis zum Meer, verrichtet wurden. Dabei wurde die traditionelle Landschaft dauerhaft verändert. Insbesondere in der ersten Phase des Krieges überwogen Infrastruktur- und Logistikarbeiten. Es entstanden Straßen und Brücken, aber auch Kasernen. Mit dem Scheitern der Offensive im Hochland (Mai 1916) ging es um den Bau von Verteidigungsanlagen, nach den erneuten italienischen Offensiven im Frühjahr 1917 (Kuk-Vodice, Carso, Ortigara, Bainsizza) und dem Durchbruch bei Caporetto um die Wiederherstellung der Anlagen und Bauten entlang des Piave. In den Jahren des Krieges wurden mehrere Tausend Kilometer Verteidigungsanlagen, 730 Kilometer Eisenbahnstrecken und 5.400 Kilometer Straßen und Wege gebaut, auf denen der Transport mit LKWs, aber auch Maultieren erfolgte. Mehr als 10.000 Kilometer Straßen und Wege wurden regelmäßig repariert und instand gesetzt. Furten und Flussübergänge wurden eingerichtet, um Material und Ausrüstungen an die Front am Isonzo zu transportieren. An der Front und im unmittelbaren Hinterland unterschied sich die Lage des zivilen Arbeiters kaum von der des Soldaten. Sie waren fern von zu

2 Siehe Archivio Centrale dello Stato (Zentrales Staatsarchiv; im Folgenden: ACS), Segretariato generale per gli affari civili (Generalssekretariat für zivile Angelegenheiten; im Folgenden: SGAC), bb. 484-489 listen Arbeiter und Segretariato generale per gli affari civili, La gestione dei servizi civili. Relazioni, fasc. IV, Treviso-Bologna, 1919, p. 296.

Hause, den Strapazen und dem Wetter ausgesetzt. Sie mussten sich dem Rhythmus des Krieges anpassen, ihre Arbeit vor allem in der Nacht verrichten, um nicht zum Ziel von Artillerieangriffen oder Scharfschützen zu werden. Die Arbeit beim Tunnelvortrieb und beim Straßenbau in den Alpentälern war gefährlich und kräftezehrend. Wiederholt wurden die Arbeiter zu gefährlichen Einsätzen in großer Eile, unter feindlichem Feuer oder in Malariagebieten herangezogen, zum Beispiel während der Strafexpedition im Mai 1916, als innerhalb kürzester Zeit mehr als 50.000 Arbeiter aus dem Gebiet des Isonzo in das Hochland von Asiago verlegt wurden, um dort ein neues Verteidigungssystem zu errichten. Durch die mangelhafte und völlig unzureichende Vorbereitung der Mission, die extrem schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen und die körperliche Belastung fielen innerhalb kürzester Zeit 30.000 Menschen durch Krankheit oder Verletzungen aus, etwa 4.000 Menschen starben.

Die extremen Bedingungen der Arbeit und die brutalen Maßnahmen zur Disziplinierung hatten zur Folge, dass sich sehr schnell Protest, Rebellion und Flucht äußerten und es wiederholt zu Versuchen kam, die sogenannten Arbeitsverträge neu auszuhandeln.

Um die Motive und Formen des Arbeiterwiderstandes besser verstehen zu können, werden zunächst die Instrumente der Disziplinierung behandelt. Anschließend, gestützt auf Unterlagen und Berichte aus der Arbeiterbewegung und Dokumente des Generalsekretariats, wird der Versuch unternommen, sich dem Charakter und der Bedeutung dieses Widerstandes als Teil der italienischen Arbeiterbewegung unter den dramatischen Bedingungen des Krieges zu nähern.[3]

Militarisierung und Kontrolle der Arbeiter

Die zu erwartenden Schwierigkeiten und Risiken in der unmittelbaren Nähe der Kampflinie veranlassten den Generalstab, über die Arbeitsverträge dafür zu sorgen, dass die Arbeiter im vorgeschriebenen Gebiet blieben und die geforderten Arbeiten ausführten. Die Arbeiter wurden zunächst mit dem Versprechen hoher Löhne und umfangreicher zusätzlicher Leistungen (Reisegeld, Unterkunft, Verpflegung, kostenlose Gesundheitsversorgung aus staatlichen Mitteln) gelockt, mussten sich aber gleichzeitig

3 Für einen Überblick über die Repressionsmaßnahmen und die Auswirkungen auf die Industrie siehe Giovanna Procacci (Hrsg.): Stato e classe operaia in Italia durante la prima guerra mondiale, Mailand 1983; Luigi Tomassini: Lavoro e guerra. La „mobilitazione industriale" italiana 1915-1918, Neapel 1997.

einer rigorosen Disziplin unterwerfen. Die Vertragsbedingungen bedeuteten eine Militarisierung der Arbeiter. Die Arbeiter verpflichteten sich, mindestens zwei Monate bzw. (ab August 1916) drei Monate in unmittelbarer Nähe der Kampflinie zu arbeiten und tägliche Arbeitszeiten von sechs bis zwölf Stunden bei Tag und bei Nacht und unter allen Wetter- und Lagebedingungen zu akzeptieren. Die Arbeitslöhne lagen zwischen drei und acht Lire pro Tag, abhängig von der Art der Arbeit (Hilfsarbeiter, Arbeiter, Facharbeiter, Meister) und dem Grad der persönlichen Gefährdung am Arbeitsort. Urlaub und verbindliche Arbeitspausen wurden ausgeschlossen, Streiks verboten, und die Arbeiter mussten jederzeit damit rechnen, vom Militär dienstverpflichtet zu werden. Angesichts der allgemeinen Ablehnung des Krieges durch die italienischen Arbeiter und der Notwendigkeit, die militärische Sicherheit im Hinterland zu gewährleisten, wurde eine besonders strenge und rigorose Kontrolle der Arbeiterschaft durchgeführt. Die zivilen und militärischen Behörden hegten ein besonderes Misstrauen gegenüber den Arbeitern aus dem Gebiet von Friaul und Venetien, die sie generell der Spionage verdächtigten, und gegenüber den Arbeitern aus der Emilia Romagna, Ligurien und der Toskana, wo sie die Infiltration durch Sozialisten und Anarchisten befürchteten.[4] Bereits ab 1915 versuchten deshalb die militärischen Behörden, mithilfe der Präfekturen eine „politische Auswahl" der Arbeiter vorzunehmen und jene auszusortieren, die als „subversiv" oder „gefährlich" galten. Gegebenenfalls wurden solche Arbeiter durch die Militärpolizei aus dem eigentlichen Kampfgebiet eskortiert.

Zu den Methoden der Disziplinierung gehörte auch, bestimmte Gruppen von Arbeitern zu trennen bzw. in andere Gebiete zu versetzen, um so den Strom von unerwünschten Nachrichten in Bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterbinden. In unmittelbarer Nähe des Frontgebietes wurde ein besonders strenges Disziplinarsystem etabliert und durchgesetzt: Die Arbeiter trugen zur Identifizierung stets ein Armband, auch damit sie spürten, dass sie der Disziplin unterworfen waren. Zudem mussten sie einen speziellen „Identitätsnachweis" mitführen, in dem das Gebiet festgelegt war, das sie unter Androhung einer Gefängnisstrafe nicht verlassen durften. Obwohl das Generalsekretariat Arbeitsinspektoren und Schiedsleute zugelassen hatte, die bei Konflikten vermitteln soll-

4 Zum Problem der Loyalität der Bevölkerung siehe u. a. Aldo Durì: Carnia 1915-1916. Caccia alle „spie", in: Qualestoria, XIV, 1986, Nr. 3, S.49-65, hier S.49f.; Giorgio e Sara Milocco: Fratelli d'Italia. Gli internamenti degli italiani nelle „Terre Liberate" durante la Grande Guerra, Udine 2002.

ten, waren es tatsächlich Offiziere des Heeres, die sowohl hinsichtlich der Organisation der Arbeit als auch der Durchsetzung der Disziplin die letzte Entscheidungsgewalt hatten und dabei über einen großen Ermessensspielraum verfügten. Die große Masse der Arbeiter war daher in allen Fragen der Durchsetzung der Disziplin der militärischen Gewalt vollkommen ausgeliefert. Zudem bestand die Festlegung, dass Beschwerden an die direkten Vorgesetzten zu richten waren, also jene Personen, die für gewöhnlich für die beklagten Zustände verantwortlich waren. Das führte unter den Arbeitern zu großen Frustrationen. Wie die überlieferten Berichte über die typischen Beschwerden der Arbeiter belegen, hatten die Konflikte ihre Ursache häufig im sozialen Dünkel der Offiziere, in den großen Unterschieden der moralischen und ethischen Werte, die die militärische von der zivilen Gesellschaft trennten. Die Vorurteile der Offiziere und ihre Verachtung für die einfachen Arbeiter zeigten sich in einem beleidigenden und herablassenden Verhalten, im Verhängen willkürlicher Strafen bis hin zu Gefängnis, also einer „informellen" Justiz, die nichtsdestotrotz dokumentarisch belegt ist. Mit zunehmender Dauer des Krieges nahm auch die Diffamierung der Arbeiter als „Drückeberger" vor dem Militärdienst zu, was die Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräfte steigerte.

Um die zügige Durchführung der Arbeiten zu gewährleisten, wurde zunehmend auf Akkordarbeit gesetzt, auch und gerade beim Ausheben von Schützengräben, beim Bau von Straßen und Tunneln oder beim Verlegen von Stacheldraht. Um die Arbeitsleistung weiter zu erhöhen, übertrugen die zuständigen Offiziere die Verantwortung für die Arbeitsdisziplin und die Erfüllung der vorgegebenen Ziele den Vorarbeitern, die nun ihrerseits, um selbst einer Bestrafung zu entgehen, das Arbeitstempo noch mehr steigerten und mit Strafen gegen jeden Disziplinverstoß vorgingen. Die Arbeiter sahen sich so einer doppelten Kontrolle unterworfen – durch die Offiziere und durch die Vorarbeiter. Geldstrafen wurden verhängt und Zwangsversetzungen angeordnet, um hohe Arbeitsleistungen und strenge Disziplin zu sichern.

Um die Arbeiter auch unter Artilleriebeschuss oder unter den Bedingungen des Hochgebirges in ihren Einsatzgebieten zu halten, reichte die Gewährung von hohen Löhnen sehr schnell nicht mehr aus. Die Militärbehörden griffen daher in zunehmendem Maße zu Gewaltmaßnahmen wie der militärischen Dienstverpflichtung der Arbeiter oder ihre Überstellung an Kriegsgerichte. Das Verlassen des Arbeitsplatzes wurde als „unerlaubte Entfernung von der Truppe" mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Diese Vorgehensweise war vor allem für die Jahre 1915 und

1916 typisch, als der Mangel an Arbeitskräften im unmittelbaren Kriegsgebiet noch nicht so dramatisch war. Als in der zweiten Hälfte des Krieges der Arbeitskräftemangel deutlich zunahm, ging man dazu über, vor allem Geldstrafen zu verhängen und Lohnkürzungen vorzunehmen bzw. andere Strafen anzuwenden. Zwar wurde der Straftatbestand der „unerlaubten Entfernung von der Truppe" nicht mehr angewendet, trotzdem bestraften die Militärbehörden rigoros weiterhin jede „kollektive" Form der Disziplinlosigkeit, die geeignet war, die Arbeitsleistung zu vermindern oder die Moral und Disziplin in einem allgemeinen Sinn zu untergraben. In solchen Fällen kamen die Verantwortlichen weiterhin vor ein Gericht, und ganze Gruppen von Arbeitern wurden zwangsweise versetzt.[5]

Die Weigerung, unter „unzulänglichen Bedingungen" zu arbeiten

Die Gewalt des Krieges, die Risiken und die komplizierten Umweltbedingungen beförderten die Bestrebungen der Arbeiter, sich aus den Bindungen der Arbeitsverträge und vom Druck der militärischen Disziplin zu lösen. Die kollektive Weigerung, in Gebieten unter direktem Artilleriebeschuss zu arbeiten, und das gemeinsame Verlassen solcher Gebiete waren die häufigste Form des Widerstandes. Die wenigsten Arbeiter hatten Vorstellungen von den Bedingungen gehabt, die sie im frontnahen Raum erwarteten. Je näher sie der Front kamen, desto größer wurden die Ängste und Befürchtungen, und nicht wenige Gruppen weigerten sich, die Arbeit an oder in der Nähe der Front fortzusetzen. Die Arbeit in den Karstlandschaften des Gebietes von Gorizia (Görz), wo die österreichische Artillerie nicht nur die vorderste Frontlinie, sondern auch das unmittelbare Hinterland in ihrer Reichweite hatte, war angesichts der ständigen Präsenz von Krieg und Gewalt besonders traumatisch. Die Granateinschläge vermischten sich mit dem Feuer der Maschinengewehre und den Schüssen der Scharfschützen, der Boden war bedeckt mit Granatsplittern und Blindgängern. Gearbeitet wurde Tag und Nacht – während der kurzen Pausen der Artillerieduelle. Das führte zu einer deutlichen Zunahme der Verletzungen und Verstümmelungen, aber auch der Todesfälle – eine Folge der militärischen Aktionen sowie der zunehmenden Gefährlichkeit der Arbeiten auf dem eigentlichen Schlachtfeld.

5 Zu verschiedenen Aspekten der Repression und der Durchsetzung disziplinarischer Normen siehe Matteo Ermacora: Repressione e controllo militare degli operai civili nei cantieri del fronte italiano (1915-1918), in Bruna Bianchi (Hrsg.): La violenza contro la popolazione civile nella grande guerra. Deportati, profughi, internati, Mailand 2006, S.327-348.

Die überlieferten Briefe der Arbeiter, aber auch der Soldaten, berichten von Angst und Schrecken, von Desorientierung angesichts der fortgesetzten Bombardierungen, dem Leben in provisorischen Unterkünften und dem Gefühl des Ausgeliefertseins, angesichts von Entwicklungen, die sich der eigenen Kontrolle entzogen. Der Selbsterhaltungstrieb und der Wille zum Widerstand waren eng miteinander verbunden: Ganze Gruppen von Arbeitern weigerten sich angesichts des Terrors des Schlachtfeldes, ihre Arbeit fortzusetzen. Sie forderten ihre sofortige Rückführung. Und in Beschwerden und Eingaben an die zuständigen Behörden erklärten sie, dass bei der Anwerbung von gänzlich anderen Arbeits- und Lebensbedingungen berichtet worden war.[6] Eine solche Haltung war, zumindest in der Anfangsphase, kein Ausdruck der Ablehnung des Krieges, sondern ein Protest gegen eine Arbeit unter unerträglichen Bedingungen, unter Feuerhagel. Eine Gruppe von Arbeitern aus Trani wurde im November 1915 zwangsweise von der Isonzo-Front abgezogen, weil sie sich geweigert hatten im „Feuerregen des Todes zu arbeiten", denn sie waren gekommen, um „Brot für ihre Kinder zu verdienen, und nicht, um in der Fremde begraben zu werden". Hier zeigt sich der große Widerspruch zu der von der offiziellen Propaganda verbreiteten Losung von der Bereitschaft zum „patriotischen Opfer".[7]

Das Ziel, die militärischen Verluste zu verringern, führte zum ausgedehnten Einsatz ziviler Arbeiter, mit dem Ergebnis, dass Gewohnheitsrechte der Arbeiter, wie die allgemeine Arbeitsruhe im Falle eines tödlichen Unfalls, außer Kraft gesetzt wurden. Aus dem Kampf um die Würde des einzelnen Menschen und den Erhalt der Klassensolidarität wurde so Widerstand gegen den Krieg: Wiederholt verließen im Tal des Isonzo oder auf der Hochebene von Asiago Arbeiter als Zeichen der Trauer und des Protestes ihre zugewiesenen Arbeitsorte, nachdem Kollegen durch feindliches Artilleriefeuer oder Luftangriffe ihr Leben verloren hatten.[8] Selbstverständlich stand bei der Weigerung, unter feindlichem Feuer zu arbeiten, die persönliche Sicherheit im Vordergrund. Aber es ging auch um Freiheit, Würde und den Erhalt der familiären Beziehungen. Widerstand zu leisten, bedeutete hier, zu überleben, sich vor Tod und Gewalt zu schützen, auch um den Preis einer Freiheitsstrafe, des Verlustes des Ar-

6 Dazu u. a. der Brief des Vorarbeiters Silvio Belloni, Reggimento Genio Zappatori II Armata, n. 353, 23 aprile 1916, ACS. SGAC, b. 510.

7 Petizione di Pietro Caressa di Trani a Salandra, 26 novembre 1915, ACS.SGAC, b. 499.

8 Zum Beispiel Prefetto di Vicenza a SGAC, Sasso di Asiago, 21 luglio 1916, ACS.SGAC, b. 510.

beitslohnes oder des Ausschlusses von der nachfolgenden Arbeitsrekrutierung. Auf die Formen des kollektiven Protestes reagierten die Behörden mit äußerster Härte. Nicht selten wurden „Rädelsführer" den Militärtribunalen übergeben, in anderen Fällen Massenentlassungen verhängt. Im April 1916 zum Beispiel wurden im Bereich der II. Heeresgruppe (Isonzo) 168 Arbeiter, die sich weigerten, unter gegnerischem Feuer zu arbeiten, vor ein Militärgericht gestellt. 31 von ihnen wurden zu Haftstrafen von 30 bis 50 Tagen verurteilt und auf Dauer von allen militärischen Baumaßnahmen ausgeschlossen.[9] Gleichzeitig gab es Fälle, in denen sich die Arbeiter weigerten, in Richtung der Front verlegt zu werden: Überliefert ist der Fall von 660 Arbeitern, die im August 1916 ablehnten, von Treviso, wo sie Verteidigungsanlagen vorbereitet hatten, auf die Hochebene von Asiago zu gehen. Sie verloren die Erlaubnis, bei militärischen Vorhaben zu arbeiten.[10]

„Entwürdigende Arbeit" und Arbeiterprotest

Die Arbeiter, die mit unterschiedlichem beruflichem und persönlichem Hintergrund und losgelöst von traditionellen Bezugspunkten – wie den Gewerkschaften – in eine in jeder Hinsicht fremde Umgebung versetzt wurden, waren zunächst orientierungslos. Doch angesichts der sehr komplizierten Arbeits- und Lebensbedingungen erwiesen sich die zivilen Arbeiter sehr schnell als kämpferisch und fähig, auch angesichts einer umfassenden Repression zu geeigneten Formen des Protestes zu gelangen. Die überlieferten Dokumente der Militärbehörden und die erhalten gebliebenen Briefe der Arbeiter zeigen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, dass insbesondere die Arbeiter aus Süditalien – ungeeignet und intolerant – anfangs kämpferischer und kühner waren. Doch der Zusammenprall mit der Realität führte sehr schnell dazu, dass sie nicht nur „negativen" Widerstand zu leisten bereit waren, zum Beispiel den zugewiesenen Arbeitsort zu verlassen, sondern auch zu „positiven" Formen des aktiven Protestes übergingen. Die Aktionen und Reaktionen der Arbeiter waren von Anfang an von einer starken „moralischen" Komponente gekennzeichnet. Neben der Arbeit unter extremen Bedingungen war es vor allem der Drang nach Freiheit, der den Charakter des Arbeiterprotestes bestimmte. Die fortgesetzten Kontrollen durch die Polizei und die Um-

9 Comando II Corpo d'Armata a SGAC, Esclusione di operai dai cantieri, n.5205, 25 aprile 1916, ACS SGAC, b.510.
10 Ispettore Picotti a SGAC, 31 luglio 1917, ACS.SGAC, b. 482.

stände der Anwerbung und Rücksendung wurden als beleidigend aufgefasst. Nicht zufällig beschrieben die Arbeiter ihre Lage als die von Tieren oder Sklaven, die bei ihrer Arbeit ungehemmter Gewalt ausgesetzt waren. Angesichts der Gleichgültigkeit der Militärbehörden und seiner zunehmenden Schwierigkeit, die entwürdigenden Umstände seines Lebens zu ertragen,[11] schrieb der Arbeiter Giorgio Brusa aus Sondrio, beschäftigt bei einem Bauvorhaben im Bereich des II. Heeresgruppe (Isonzo), im Juni 1916: „Wir wollen nach Hause zurückkehren, denn wir haben die zwei Monate, die der Vertrag vorsah, gearbeitet. Doch man will uns nicht gehen lassen, obwohl wir gehen müssen, denn es gibt auch zu Hause Arbeit für uns. [...] Die Unterkunft ist sehr schlecht, mehr als zwei Monate haben wir dasselbe Stroh, wir sind voller Läuse. Für die Gefahr, in der wir uns ständig befinden, ist die Bezahlung sehr schlecht. Und wir werden sehr übel behandelt."[12]

Die Löhne gehörten zu den wichtigsten Motiven für Arbeitsniederlegungen. Diese Streiks hatten ihre Gründe in der Tatsache, dass die Arbeiter nicht nur selbst weitgehend mittellos waren, sondern große Teile ihres Lohnes an ihre Familien überwiesen. Dieser Umstand bekam während des Konflikts eine zunehmende Bedeutung. Nach einem anfänglichen Anstieg der Löhne wurden sehr schnell Lohnobergrenzen festgelegt, durch die verstärkte Einführung von Akkordarbeit wurde die Ausbeutung erhöht.[13] Den Protest trugen motivierte und selbstbewusste Arbeiter, die jedoch sehr ungleiche Kämpfe führten und sich regelmäßig mit Gewalt konfrontiert sahen. Zum Beispiel konnten 65 Arbeiter aus Catanzaro, die in Pocenia (Pordenone) eingesetzt und unzufrieden mit ihren Löhnen waren, auf Vorschlag ihrer Vorarbeiter ihren Protest auf die ganze Baustelle ausweiten. Die militärische Führung veranlasste jedoch die Entlassung der Vorarbeiter und entsandte Soldaten, um die Vorarbeiter wegzuführen. Das löste eine Welle der Solidarität der Arbeiter aus. Als Repressalie entließ der zuständige Offizier alle Arbeiter.[14] Im Juli und August 1916 – als Beispiel für ein allgemeines Problem – sah sich die Führung der IV. Heeresgruppe gezwungen, in der Gebirgsregion von Agordo (Cadore) 300 Arbeiter zu entlassen, weil sie wegen nicht gezahlter Löhne in einen unbefristeten Streik getreten waren.[15]

---

11 Lettera del caposquadra Luigi Sommaggio, 17 novembre 1916, ACS.SGAC, b.510.
12 Lettera di Giorgio Brusa all'on. L.Credaro, 4 giugno 1916, ACS.SGAC, b.503.
13 Bari. Comando I Armata a SGAC, n.3728, 1 febbraio 1917, ACS.SGAC, b.499, fasc.7.
14 Lettera di Francesco Rosi allo SGAC, 31 ottobre 1916, ACS.SGAC, b.485, fasc.46.
15 Intendenza IV Armata a SGAC, 28 luglio 1916, ACS.SGAC, b.510.

Viele Auseinandersetzungen hatten ihre Ursache in dem Umstand, dass die vertraglich vereinbarten Bestimmungen aufgrund der militärischen Lage nicht eingehalten werden konnten oder weil die befehlshabenden Offiziere diese Bestimmungen schlichtweg für ein unnötiges Hindernis hielten. Die Unwilligkeit oder auch Unfähigkeit der Gegenseite, die Vereinbarungen einzuhalten, war ein wichtiges Motiv der Proteste der Arbeiter. Giacomo Tavasci, der in Tirano zur Arbeit eingesetzt war, schrieb: „Der Major will die Maurer, Schmiede und Zimmerleute, die Bergleute nicht wie vertraglich vereinbart bezahlen, sondern als ungelernte Arbeiter. Da wir von der Unterkunft zum Arbeitsort eine Stunde zu Fuß marschieren müssen, will der Major nicht, dass wir früh Kaffee trinken. Doch es ist unmöglich, bei der Arbeit bis 11 Uhr mit leerem Magen durchzuhalten. [...] Ich habe die Ehre, eine gute Mannschaft zu führen. Aber wenn man nicht die vertraglich vereinbarten Bedingungen einhält und uns ohne Respekt behandelt, dann wird sich diese Mannschaft abwenden und es wird auch einem erfahrenen Vorarbeiter nicht möglich sein, eine Arbeit durchzusetzen, wie sie bei der Anwerbung festgelegt wurde. Es ist eine Schande, dass Facharbeiter wie ungelernte Arbeiter bezahlt werden. Unter anderen Umständen wären sie einfach zu Hause geblieben."[16]

Die Lohnforderungen waren eng verbunden mit der Verteidigung der beruflichen Kompetenz. In vielen Fällen fühlten sich Vorarbeiter und hoch qualifizierte Facharbeiter mit einer langen beruflichen Laufbahn, die es insbesondere unter den Arbeitern aus dem Friaul[17] gab, abgewertet, weil sie gemeinsam mit ungelernten und unerfahrenen, weil sehr jungen Arbeitern bei einfachen Arbeiten und mit Akkordlohn eingesetzt wurden.[18] Der Stolz auf die eigene Arbeit drückte sich auch durch die Petitionen und Eingaben von Arbeitern zugunsten der Unternehmen aus, die darauf gerichtet waren, die Arbeitsabläufe und damit die Situation der Unternehmen zu verbessern, und im Widerstand gegen die Übertragung von Arbeiten, die sie üblicherweise nicht ausführten.[19] Die Methoden der Arbeitsorganisation, verstärkt durch eine eiserne Kontrolle und Überwachung, provozierten deutliche Kontraste: Die außerordentlich lange Ar-

16 Lettera di Giacomo Tavasci allo SGAC, 24 aprile 1917, ACS.SGAC, b.503, fasc.60.

17 Siehe Matteo Ermacora: Imprenditoria migrante. Costruttori ed imprese edili friulane all'estero (1860-1915), in: Baumeister dal Friuli. Costruttori ed impresari edili migranti nell'Ottocento e primo Novecento, Tavagnacco 2005, S.115-131.

18 Udine. Lettera di Tommaso Fumagalli a SGAC, 29 aprile 1917, ACS.SGAC, b.503, fasc.66 bis.

19 Intendenza IV Armata a SGAC, 28 luglio 1916.

beitszeit und das Ausmaß der Akkordarbeit führten zum Widerstand der Arbeiter, die selbst ihren Arbeitsrhythmus bestimmen und das in ihren Arbeitsverträgen verankern wollten. Die Gefährdungen durch die komplizierten Umweltbedingungen an der Front und das fehlende Gefühl für den Wert der Arbeit seitens der militärischen Befehlshaber, die in starkem Widerspruch zu dem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften standen, zwangen die Arbeiter, wie viele Beispiele zeigen, sich selbst um ihre eigene Gesundheit zu sorgen. So weigerten sich die Arbeiter von San Vito dei Normanni (Apulien) als Zeichen des Protestes zu essen, weil sie nicht in einem Malariagebiet am unteren Isonzo arbeiten wollten.[20] Eine Gruppe von Arbeitern aus dem Friaul verließ aus Protest gegen die Behörden ihre Baustelle in Liga (am oberen Isonzo), weil die Arbeitsbedingungen zu schweren Erkrankungen geführt hatten.[21] Die Unhaltbarkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen zeigte sich insbesondere in den Wintermonaten. Mit der Feststellung „Wir können nicht mehr", flüchteten 400 Arbeiter aus Apulien von ihrer Baustelle am Berg Novegno, weil sie in Zelten untergebracht waren. In Alto Cadore protestierten die Arbeiter im Winter 1916/17 sehr nachdrücklich, weil sie zum Schneeräumen eingesetzt wurden.[22]

Weitgehend isoliert und von der Außenwelt abgeschnitten, mussten die Arbeiter sich selbst organisieren und ihre Forderungen auf der Ebene ihrer Arbeitskolonnen durchsetzen. Die Entscheidung zum Streik wurde gemeinsam innerhalb der Arbeitskolonne getroffen, wo die Solidarität aufgrund der gemeinsamen regionalen Herkunft und desselben beruflichen Hintergrundes besonders ausgeprägt war. Doch war man auch bemüht, den Aufruf zum Streik auf der gesamten Baustelle zu verbreiten. In den günstigsten Fällen gelang es, den Streik auf einen ganzen Tag auszudehnen, indem sich Arbeiter weigerten, die Unterkünfte zu verlassen und zur Arbeit zu gehen bzw. die Arbeitsgeräte aufzunehmen, und indem sie die Mahnungen der Vorgesetzten kommentarlos ignorierten. Die Streikenden wurden systematisch von den Baustellen abgezogen, und gegen die „Aufrührer" (oftmals Vorarbeiter) wurde mit besonderer Härte vorgegangen. Oftmals kamen sie wegen „Insubordination und Anstiftung zur

20 Lecce. SGAC a Prefetto di Lecce, 5 marzo 1917, ACS.SGAC, b.501, fasc.31.

21 Lettera del caposquadra Canciani, 6 gennaio 1917, ACS.SGAC, b.510. In einigen Fällen gelang es den Arbeitern, die Verteilung von kostenlosen zusätzlichen Decken zu erreichen. I Armata a SGAC, n.9315, 10 ottobre 1916, ACS.SGAC, b.493.

22 Reclamo di operai da Corato, 17 novembre 1916, ACS. SGAC, b.499.

Meuterei" vor ein Militärgericht.[23] Auf diese Maßnahmen reagierten viele Arbeitskolonnen aus Solidarität ihrerseits mit Streiks, was zu weiteren Disziplinarmaßnahmen führte. Solche Fälle bewirkten eine Explosion der kollektiven Wut. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass Arbeitskolonnen, die als Strafe von ihren früheren Baustellen abgezogen werden sollten, vor ihrem Abtransport Ausrüstungen und Lebensmittel stahlen, Werkzeuge und Material unbenutzbar und Unterkünfte unbewohnbar machten und dann in der Nacht heimlich flohen.[24]

Auch wenn der Streik die am weitesten verbreitete Form des Widerstandes war, machten es die sich verändernden Bedingungen erforderlich, neue Formen des Protestes zu erproben: betont langsames Arbeiten, verspätete Rückkehr zur Arbeit, Sabotage, das Vortäuschen von Erkrankungen.[25] Aus einer Position der Schwäche heraus wurde die militärische Macht durch die „Waffen der Armen" herausgefordert: demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit, allgemeines Desinteresse, das gedankenlose Ausführen von Befehlen, Ironie und Respektlosigkeit gegenüber Vorgesetzten und Verhaltensweisen bis hin zur „Majestätsbeleidigung", also Verhaltensweisen, die von den zuständigen Offizieren zutreffend als „politisch motiviert" charakterisiert wurden. Und schließlich gab es bereits seit den ersten Kriegsmonaten eine stille, aber wirksame Form des Widerspruchs – die Flucht. Dieses Phänomen beeinträchtigte die Stimmung auf den Baustellen und verlangsamte die Arbeiten, was schließlich, wenn auch spät, zur Folge hatte, dass die zuständigen Kommandostrukturen begannen, über die Lage der Arbeiter nachzudenken.

Von 1917 bis 1918. Erschöpfung und Wunsch nach Frieden

Der Zeitraum zwischen Ende 1916 und dem Frühjahr und Sommer 1917 markiert einen Wendepunkt: Die Erhöhung der Arbeitslasten, die Nichtauszahlung von Löhnen, die Reduzierung der Lebensmittelrationen sowie die allgemeine Verschärfung der Anforderungen in Zusammenhang mit der geplanten großen Offensive am Isonzo provozierten die Arbeiter. Die Proteste, die sich anfangs gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen richteten, bekamen nun verstärkt einen unmittelbar politischen Charakter.

---

23 Zum Beispiel: Comando Genio Zona Carnia a SGAC, n.14834, 8 agosto 1917, ACS. SGAC, b.484.

24 Zum Beispiel: Chieti. Comando Genio VI Armata a SGAC, n.11246, 12 febbraio 1917, ACS.SGAC, b.500, fasc. 19.

25 Zu dieser Form des Widerstandes: Intendenza IV Armata a SGAC, 28 luglio 1916.

Auf den Baustellen mehrten sich die Zeichen des Protestes. Es kam zunehmend zu Sachbeschädigungen, zu Insubordination oder Beleidigung von Vorgesetzten und Wachpersonal. Pazifistische Losungen tauchten an Hauswänden auf, deren Urheber junge Arbeiter sowie Sozialisten und Anarchisten waren.[26] Die Zeichen der wachsenden Unzufriedenheit zeigten sich insbesondere ab dem Frühjahr, als Berichte über die erste Etappe der russischen Revolution durch Soldaten und Arbeiter die Front erreichten. Sie verbreiteten „subversive Zeitungen und Flugblätter", in denen zur Desertion aufgerufen wurde. Die Militärbehörden reagierten mit einer Verstärkung der Polizeimaßnahmen. An der Führung des Krieges wurde keinerlei Kritik, die als „Verbrechen gegen die Staatsmacht" betrachtet wurde, geduldet. Die verschärften Maßnahmen gegen protestierende Arbeiter, die sich in Verhaftungen und dem häufigen Verweis von den Baustellen zeigten, hatten im Verlaufe des Jahres 1917 zur Folge, dass der Protest meistens von Arbeitern, Sozialisten und Anarchisten, aus Carrara, der Region um Mailand, der Toskana, der Emilia-Romagna und der Region von Marche geführt wurde. Diese politisch besonders engagierten und selbstbewussten Arbeiter schlossen sich bei Streiks noch enger zusammen und trugen ihre Forderungen verstärkt gemeinsam vor.[27] Der Protest verband sich schrittweise mit Forderungen nach revolutionären Veränderungen und brachte einen wachsenden Wunsch nach Frieden zum Ausdruck. Einige Beispiele können die Unzufriedenheit verdeutlichen, die in dieser Zeit das Klima im Hinterland bestimmte.[28] Im Juni 1917 wurde eine Gruppe von neun Arbeitern aus Süditalien, die in Ruchin am oberen Isonzo eingesetzt waren, von einem Gericht in Udine verurteilt, weil Polizisten gehört hatten, wie sie bei der Arbeit „unpatriotische Lieder" gesungen und gefordert hatten: „Wir wollen die Revolution und den Streik!"[29] In Chiusaforte (Gebiet von Fella-Tagliamento) wurde der siebzehnjährige

26 Comando Genio III Armata agli ufficiali direttori, n.28007, 19 maggio 1917, Archivio Ufficio Storico Stato Maggiore dell'Esercito (Historisches Archiv des Generalstabs des Heeres; im Folgenden: AUSSME), F-3, b.86, fasc.7.

27 Das Problem trat bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 auf und intensivierte sich im folgenden Jahr. Zum Beispiel wurde der Arbeiter Pietro Grossi aus Ferrara, der in Schio eingesetzt war, von einem Militärgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er die Armee beleidigt und sich in Gegenwart von anderen Arbeitern gegen den Krieg ausgesprochen hätte. SGAC a Prefetto di Bologna, 19 giugno 1916, ACS.SGAC, b.484.

28 Ferrara, Comando Genio I armata a SGAC, 19 novembre 1916, ACS.SGAC, b.500, fasc. 24. Die Arbeiter wurden im Januar 1917 angeklagt.

29 Rimpatri per ordine alfabetico, n.11642, 3 giugno 1917, ACS.SGAC, b.495.

Arbeiter Angelo Revoltella aus der Lombardei verhaftet, weil er „aus vollem Halse" das damals bekannte Lied „Il general Cadorna" gesungen und so die Armee und den König beleidigt hatte.[30]

Die verschiedenen Formen des Widerstandes, auch wenn sie oftmals nur symbolischen Wert hatten, verwandelten sich in Akte der Klassensolidarität. In der Tat fanden auf den Baustellen immer häufiger Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und junge Männer, die sich der Einberufung zum Kriegsdienst entziehen wollten, Zuflucht.[31] Ungeachtet der Risiken gab es viele Arbeiter, die durch die Übergabe von Zivilkleidung Soldaten, die von der Front geflohen waren, halfen. Auf der Baustelle von Dosoledo zum Beispiel gelang es einer Arbeitskolonne, einen Deserteur, der in der offiziellen Lohnliste nicht enthalten war, in die Arbeit auf der Baustelle einzugliedern und ihn mit ihren Lebensmitteln zu versorgen.[32]

Die großen Belastungen im zeitlichen Vorfeld der Offensive im Gebiet des Isonzo beschleunigten die Radikalisierung der Arbeiter. Die Vorbereitungsarbeiten für die Offensive auf der Hochebene von Bainsizza (August-September 1917) führten zur Verpflichtung von weiteren 12.000 Arbeitern. Das allgemeine Gefühl der Ermüdung und die Entbehrungen lösten heftige Reaktionen aus. Eine Gruppe von Arbeitern von der Baustelle in Serpenizza protestierte direkt beim Obersten Kommando der Zweiten Heeresgruppe gegen die schlechte Behandlung und zeigte sich empört wegen des Verbots, nach Hause zurückzukehren, obwohl die vereinbarte Dienstzeit abgeleistet war: „Diese Beeinträchtigung der Freiheit zum Nachteil der Arbeiter ist nur zu vergleichen mit den Zwangsdeportationen der Belgier, die in der ganzen Welt für Empörung sorgte."[33] In dieser Periode nahm die Weigerung, in Gebieten unter feindlichem Feuer oder auf Baustellen im hohen Gebirge zu arbeiten, solchen Umfang an, dass reguläre Einheiten, die in großer Zahl in die Venetien- und Friaulebene verlegt wurden, die zivilen Arbeiter ersetzen mussten. Das führte

30 Ministero dell'Interno, Direzione generale pubblica sicurezza, A5G, n. 2982, 5 aprile 1917, ACS.SGAC, b.125, fasc. 254.

31 Prefetto di Barletta a SGAC, Operai borghesi irregolarmente reclutati, 4 giugno 1917, ACS.SGAC, b.484.

32 Comando IV Armata a Sgac, Sorveglianza sugli operai borghesi, n. 1267, 12 giugno 1917, ACS.SGAC, b. 493. Beispiele für die Unterstützung desertierter Soldaten finden sich zum Beispiel in: Tribunale militare straordinario di guerra del XXIV Corpo d'Armata, vol. III, sentenza n. 3, 22 luglio 1917.

33 Lettera operai del cantiere di Serpenizza (II Armata) al Comando Supremo, 4 settembre 1917, ACS.SGAC, b.510.

zu „verbesserten" Arbeitsbedingungen und generell zu einer weiteren Reduzierung der Löhne, was eine Quelle weiterer Unzufriedenheit war, diesmal unter rein wirtschaftlichem Aspekt.[34]

Die Krise erreichte ihren Höhepunkt während des österreichisch-deutschen Durchbruchs bei Caporetto im Oktober 1917. Um der Gefangennahme zu entgehen, mussten sich die Arbeiter, gemeinsam mit den Soldaten und der Zivilbevölkerung, in einem Gewaltmarsch bis zum Piave zurückziehen.[35] Die Entbehrungen der Flucht und die Forderung von General Cadorna, neue Verteidigungslinien zu errichten, wirkten wie ein Schock. Die Notwendigkeit, im Augenblick höchster Gefahr in der vordersten Linie der Front zu bleiben, erschien unerträglich. Etwa 60-70.000 zivile Arbeiter entzogen sich ihren vertraglichen Verpflichtungen durch die Flucht. Diejenigen, die blieben, verstärkten ihren Protest und verlangten materiellen und moralischen Schadenersatz für entgangene und nicht gezahlte Löhne, für den Verlust persönlicher Dinge und für die Leiden während der Flucht. Die Proteste waren so weit verbreitet, dass sich das Generalsekretariat, trotz der sehr delikaten Lage, bereits am 17. November 1917 veranlasst sah, die Rückführung jener Arbeiter anzuordnen, die ihre vertraglichen Pflichten erfüllt hatten. Damit war die Möglichkeit verbunden, sich jener Arbeiter zu entledigen, die am lautesten und nachdrücklichsten protestiert hatten. Die „allgemeine Ordnung" wurde wieder hergestellt, indem für einen Zeitraum von vier Monaten (November 1917 bis Februar 1918) für die verbliebenen zivilen Arbeiter besondere Maßnahmen ergriffen wurden. In dieser Zeit, in der gewissermaßen ein „Ausnahmezustand" herrschte, wurden die zivilen Arbeiter gezwungen, gemeinsam mit Frauen, Jugendlichen und Flüchtlingen, die vor Ort rekrutiert wurden, nicht weniger als 1.100 Kilometer Verteidigungslinien zwischen dem Piave und den Ebenen der Lombardei und der Emilia Romagna zu bauen. Das Fehlen von Daten und Dokumenten macht es unmöglich, für das letzte Jahr des Krieges eine genaue Beschreibung der Entwicklungen zu geben. Die Angst vor einer feindlichen Invasion und die Erfordernisse der Verteidigung, verbunden mit den Bemühungen von General Diaz, die Lage der Arbeiter zu verbessern, schwächten im Verlaufe des Jahres 1918 deren Po-

34 Comando Supremo a SGAC, Centurie di lavoratori ed operai borghesi, n.22406, 19 luglio 1917, ACS.SGAC, b. 482.

35 Nach den offiziellen Zahlen des Generalsekretariats, die wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sind, wurden während des Rückzugs 659 Arbeiter gefangen genommen, von denen 496 erst im Jahre 1919 zurückkehrten. Ein Teil dieser Arbeiter war in Bayern interniert, in der Nähe der Stadt Traunstein.

sition, aber auch die Konflikte, obwohl eine gewisse Unzufriedenheit aufseiten der Arbeiter latent blieb.

Vom Krieg zum Nachkrieg

Es ist nicht leicht festzustellen, welche Wirkungen die Proteste hinsichtlich der Lösung der Probleme hatten, die sich auf den Baustellen im Frontbereich zeigten. Doch es ist sehr wahrscheinlich, dass insbesondere die zunehmende Flucht schrittweise zu Verbesserungen bei der Behandlung der Arbeiter führte. Die Beziehungen zwischen den militärischen Behörden und den zivilen Arbeitern waren gekennzeichnet von gegenseitigen Abhängigkeiten. Die Forderungen der Arbeiter standen im Widerspruch zu den militärischen Erfordernissen. So gelang es den Arbeitern immer wieder, sich zumindest für kurze Zeit die Schwäche der militärischen Macht im Hinterland nutzbar zu machen und ungeachtet der rigoros durchgesetzten Disziplin und des geringen Verhandlungsspielraums „Ausnahmesituationen" zu schaffen. Aus diesem Grunde stellten Streik und Rebellion ein wichtiges Moment gegen die Autorität des Militärs dar. Protest bedeutete eine Rückgewinnung der eigenen Freiheit und des Rechtes, der eigenen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Widerstand war in diesem Sinne mehr als eine symbolische Berufung auf einen Zustand in der Vergangenheit, er wurde zu einem Instrument der Befreiung, der Wiedergewinnung der persönlichen und beruflichen Würde.[36] Die entstandenen Konflikte hatten zunächst wirtschaftlichen Charakter, doch sie gewannen sehr bald auch einen „moralischen" Aspekt. Es entwickelte sich eine Art kultureller Widerstand gegen die Versuche einer Auflösung der Ethik der Arbeit und der Klassensolidarität. In diesem Sinne wurden die Militärbehörden gezwungen, die kollektiv ausgehandelten Arbeitsverträge zu respektieren und die dort aufgestellten Regeln zu akzeptieren. Der Protest wurde aufgrund der fehlenden Sensibilität der Behörden und der Härte des Disziplinarregimes immer radikaler. Die Tatsache, dass immer mehr Arbeiter bereit waren, die Konsequenzen zu tragen, zeigt die Unerträglichkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen, denen sie ausgesetzt waren. Es ist möglich, eine Gemeinsamkeit zwischen Konflikten in den Fabriken und den Konflikten auf den Baustellen im Hinterland der Front aufzuzeigen: Die Arbeiter kämpften zunächst nur für eine Verbesserung

36 Siehe Giovanna Procacci: Gli effetti della grande guerra sulla psicologia della popolazione civile, in: Storia e problemi contemporanei, 1992, Nr. 10, S.77-91, hier S.84.

der Arbeitsbedingungen, im Verlaufe des Jahres 1917 zeigten sich jedoch eine wachsende Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden, sodass aus kontroversen Positionen nun ein offener Konflikt wurde. Damit verbunden waren tief greifende Veränderungen in der Arbeiterschaft, es vollzog sich eine politische Reifung, die zur Herausbildung eines eigenen Arbeiterbewusstseins führte.[37] Die überlieferten offiziellen Dokumente und die Briefe der Arbeiter machen deutlich, dass die Agitation und der Protest quantitativ und qualitativ bedeutsam waren, obwohl die militärische Repression verhinderte, dass sich die Konturen dieses Protestes deutlicher ausprägten. Die Daten der Dritten Heeresgruppe zeigen, dass im Verlauf des Jahres 1917 nicht weniger als acht Prozent der etwa 100.000 Arbeiter wegen „einschlägiger Vergehen" militärisch bestraft wurden.[38]

Die stille Wut, die langsam auf den Baustellen wuchs, brach am Ende des Konflikts mit großer Wucht auf. Aus den Leiden des Krieges erwuchsen Spannungen, die sich als Forderung nach sozialen Veränderungen manifestierten. Die zivilen Arbeiter, die noch im Frühjahr 1919 zum Aufräumen der Schlachtfelder eingesetzt wurden, waren vom Wunsch nach Wiedergutmachung angetrieben, was zu einer breiten Welle von Agitation und Streiks führte, die auf eine radikale Veränderung der Arbeitsverhältnisse zielten. Das Thema „Arbeit" bekam dabei eine ganz neue Bedeutung. Es ging nicht nur um die Abschaffung der Akkordarbeit, die Einführung des Achtstundentages und die Wiederherstellung der Sonntagsruhe, sondern auch um neue Rechte, wie das Recht, die Vorarbeiter selbst zu bestimmen und sie zu ersetzen, wenn sie sich als „unwürdig oder ungeeignet" erwiesen hatten. Aus diesem Grund wurden nach der Auflösung des Generalsekretariats im Juli 1919 die weiteren Wiederaufbauarbeiten neu entstandenen Genossenschaften übertragen, in denen eine neue Art von Arbeitsbeziehungen, die nicht auf Ausbeutung beruhten, praktiziert werden sollte. Es handelte sich dabei um die ersten Erscheinungen des berühmten „biennio rosso".[39]

Aus dem Italienischen von Ronald Friedmann

---

37 Siehe dazu: Giovanna Procacci: Dalla rassegnazione alla rivolta. Mentalità e comportamenti popolari nella grande guerra, Roma 1999.

38 Relazione III Amata, 11 gennaio 1918, AUSSME, Rep. E-1/192, Terza armata. Fasc. Polizia stradale. Relazioni R. Carabinieri 1917-1918.

39 Mit dem „biennio rosso", dem roten Doppeljahr, werden in Italien die von großen Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen sowie einer allgemeinen revolutionären Gärung geprägten Jahre 1919 und 1920 bezeichnet [die Red.].

Die „unruhige Arbeiterschaft“. Rüstungsproduktion und Arbeiterbewegung in einer U-Boot-Werft. Die AG „Weser“ im Ersten Weltkrieg

Antonio Farina

Einleitung

Dieser Aufsatz will die Verflechtung zwischen Kriegsproduktion und Formen des sozialen Konflikts während des Ersten Weltkrieges in einer der bedeutendsten Werften Bremens, der AG „Weser“, analysieren.[1] Die Weser-Werft zählte zu den wichtigsten Produzenten von Kriegsmaterial (vor allem von U-Booten) und bildete gleichzeitig eines der aktivsten Zentren des Kampfes der Arbeiter gegen den Krieg. Dabei spielten die Bremer Linksradikalen eine bedeutende Rolle, die seit den Werftarbeiterstreiks von 1910 und 1913 starken Einfluss auf die oppositionellen Strömungen innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) der Hanse-Stadt ausübten.[2]

Die AG „Weser“ befasste sich bereits seit Beginn des Krieges mit der Konstruktion von U-Booten.[3] Das verhieß hohe Profite, da die Kriegführung in der Nordsee und die Seeblockade durch die britische Flotte, mit der das deutsche Kaiserreich „von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abge-

---

1 Zur Geschichte der AG „Weser“, der bedeutendsten Werft im Weserbecken, existieren einige Arbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen und Zielsetzungen. Von den wichtigsten seien angeführt: AG „Weser“ (Hrsg.): Aktien-Gesellschaft „Weser“ Bremen 1872-1922, Bremen 1922; Otto Höver: 100 Jahre Weser-Werft 1843-1943, von Waltjen & Leonhardt Werk bis Aktien-Gesellschaft „Weser“, Bremen 1943; Peter Kuckuk: Die AG Weser bis 1914, von der Maschinenfabrik zur Großwerft, Bremen 1987; Ders.: Die AG „Weser“ 1914-1933. Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise, Bremen 1987; Reinhold Thiel: Die Geschichte der Actien-Gesellschaft „Weser“, Bd. 1-3, Bremen 2005-2007.

2 Zu den engeren gewerkschaftlichen und politischen Aspekten siehe Jörg Wollenberg/ Gerwin Möller: Die AG „Weser“ zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf. Arbeitskämpfe und politische Streiks der Bremer Werftarbeiter, Bremen 1984; Fred Ludolph: Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte und Entwicklung der Werftindustrie in Bremen bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise am Beispiel der AG „Weser“, in: Schriftenreihe der Hochschule für Wirtschaft Bremen, Bd. 16, Bremen 1980, S.1-170.

3 Siehe Eberhard Rössler: Geschichte des deutschen U-Bootbaus, Bd. I, Augsburg 1996, S.56.

schnitten" wurde,[4] deren Bau zu den wichtigsten Aufträgen aus der Flotte werden ließen.[5]

Die weitreichenden, unkoordinierten und oft planlosen militärischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben schufen dabei auch im Falle der AG „Weser" eine fortschreitende Osmose zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Lenkung, insbesondere bei der Vermittlung der immer knapper werdenden Rohstoffe und der Arbeitskräfte. Durch die vielfältigen Aktivitäten u. a. der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) bildete sich dabei eine „Mischung aus Dirigismus und lassaiz faire"[6] heraus, ein Interventionsmodell in der Wirtschaft, das gegenüber der traditionellen Gestaltung der Befugnisse und der Handlungsspielräume im Kaiserreich neu war.[7]

1. Arbeitskräftemangel in einem militarisierten Arbeitsmarkt[8]

Wie Hans-Joachim Bieber feststellt, „blieben die Werften zur Deckung ihres Arbeitsbedarfs" für die gesamte Dauer des Krieges „im wesentlichen auf die Hilfe der Heeresverwaltung angewiesen".[9] Das betraf besonders den Bedarf an Facharbeitern. Große Teile der weniger spezialisierten Arbeitskräfte wurden der Kriegsindustrie hingegen von der städtischen Arbeitsvermittlung zugewiesen.[10]

---

4 Ulrich Gabler: Der U-Bootbau, in: Lars U. Scholl (Hrsg.): Technikgeschichte des industriellen Schiffbaus in Deutschland, Hamburg 1994, S.157.

5 Siehe Max Schwarte (Hrsg.): Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920, S.391-423.

6 Stephanie Tilly: Arbeit, Macht, Markt. Industrieller Arbeitsmarkt 1900-1929. Deutschland und Italien im Vergleich, Berlin 2006, S.117.

7 Für eine umfassende Beschäftigung mit der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft in den Kriegsjahren siehe die klassischen Arbeiten von Gerd Hardach: Der Erste Weltkrieg. 1914-1918, München 1973; Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1978; Gerald D. Feldman: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin-Bonn 1985.

8 Zum Thema des Arbeitsmarktes während des Ersten Weltkrieges existieren einige wichtige Forschungsarbeiten, so Kocka, Klassengesellschaft; Feldman, Armee; Anselm Faust: Arbeitsmarktpolitik im deutschen Kaiserreich. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung. 1890-1918, Stuttgart 1986, vor allem S.193-269. Eine neuere Publikation, besonders nützlich auch aufgrund des komparatistischen Ansatzes, ist die Arbeit von Tilly, Arbeit, S.111-204.

9 Hans-Joachim Bieber: Die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen auf den Hamburger Großwerften zwischen Hilfsdienstgesetz und Betriebsrätegesetz (1916-1920), in: Günther Mai: Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1985, S.77-153, hier S.90.

10 Der etwa zwanzigjährige Kampf der Arbeiterbewegung um die Errichtung eines staatlichen „Arbeitsnachweises" war bis dahin an der Haltung des städtischen Patriziats geschei-

Die Beteiligung der AG „Weser“ am Aufbau der U-Boot-Flotte verhinderte zunächst einen Einbruch der Beschäftigung in den ersten Wochen nach der Entfesselung des Krieges. Durch Einberufungen zum Heer sank zwar die Gesamtzahl der Arbeiter (ohne die Lehrlinge) von 5.481 im Frühjahr 1914 um ungefähr 20 Prozent auf 4.439 in den ersten Monaten 1915,[11]das sind jedoch weit niedrigere Zahlen als bei Blohm & Voss, die zeitweise von den U-Bootaufträgen ausgeschlossen waren und zwischen August und Dezember 1914 fast 40 Prozent ihrer Belegschaft verloren.[12] Der AG „Weser“ war es gelungen, die Einberufung einer großen Zahl von Arbeitern zu verhindern,[13] überwiegend ein „Stamm besonders wichtiger leitender Köpfe, Vorarbeiter, Meister“, die vom Reichsmarineamt (RMA) für den Kriegsfall eingeplant worden waren.[14] Ab Mitte 1915 führten verspätete Materialauslieferungen, die auch die U-Boote betrafen, und die fortschreitende Desillusionierung über einen schnellen Sieg zu einem Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik.[15]

„Die Eingriffe des stell. Generalkommandos in den Arbeiterbestand der Werften wurden immer empfindlicher“,[16] sodass der Schiffbauindustrie aus den Ersatztruppenteilen das erste Kontingent von 10.000 Facharbeitern zur Verfügung gestellt wurde. Dennoch entwickelte sich auf allen Werften „ein chronischer Arbeitermangel“, der ab der Jahreswende 1915/16 noch verstärkt wurde durch die wachsende Zahl der Kriegsaufträge, die die Produktionskapazitäten der Werften „bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“[17] trieben.

Die Entfesselung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verstärkte die Konzentration der AG „Weser“ auf die Produktion von U-Booten.[18] Dies drängte sowohl die zivile Produktion wie auch den Bau von Kriegsschiffen in den Hintergrund. Dabei entstanden auch immer engere Wechselbeziehungen zwischen den militärischen Institutionen und der Direktion der Werft. Der Anteil der Arbeitstage für die Produktion von U-Boo-

tert. Staatsarchiv Bremen (StAB), 3-A 15, Nr 10, Bl. 74.

11 Historisches Archiv Krupp, Essen (HAK), WA 143/55.

12 Siehe Olaf Mertelsmann: Zwischen Krieg, Revolution und Inflation. Die Werft Blohm & Voss 1914-1923, München 2003, S.28.

13 Siehe ebenda, S.27.

14 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg (BA-MA), RM 3/4685.

15 HAK, WA 143/5.

16 BA-MA, RM 3/4685.

17 Ebenda.

18 Siehe Kuckuk, AG „Weser“, S.3f.

ten stieg von 32,5 Prozent im ersten Trimester 1915 auf 71,59 Prozent im letzten Trimester 1917,[19] als 1.854.000 Arbeitstage von 2.654.000 dafür aufgewendet wurden.[20]

Jahr	Kriegsschiffe	U-Boote	Gesamte Kriegsproduktion[21]	Handels-schiffe	Reparaturen
1913	33,47	0	33,47	40,85	25,68
1914	34,80	1,80	36,60	45,70	17,70
1915	26,90	30,70	57,60	22,19	20,10
1916	34,20	42,70	76,90	2,17	20,91
1917	9,00	67,10	76,10	0,26	23,26
1918	3,60	62,70	66,30	0,81	32,89

Quelle: HAK, WA 143/55

Das Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes brachte auf den Großwerften „keine radikale Neuerung", obgleich es einige bereits wirksame Mechanismen bei der Vermittlung der Arbeitskräfte verstärkte und die Ausbeutung sämtlicher humaner und industrieller Ressourcen auf die Spitze trieb.[22] Deshalb wurde parallel zur Freistellung der Facharbeiter immer massiver auf Abberufungen aus dem Heer zurückgegriffen.

Während des Krieges wurde das Beschäftigungsniveau der Vorkriegszeit erst im zweiten Trimester 1916 überschritten, um dann in rasantem Tempo, wenn auch auf unsystematische und schwankende Weise, zu wachsen.

Quart./ Jahr[23]	1914		1915		1916		1917		1918	
I Quart.	6638	100,0	5733	86,3	6250	94,2	8203	123,6	10486	157,9
II Quart.	6978	105,1	6049	91,1	6982	105,1	9127	137,5	10946	164,9
III Quart.	6763	101,8	5867	88,4	7619	114,8	9341	140,7	10978	165,3
IV Quart.	6268	94,4	6020	90,7	7578	114,1	9471	142,7	10509	158,3

Quelle: HAK, WA 143/55, eigene Berechnungen

19 HAK, WA 143/55.

20 HAK, WA 143/146.

21 Die Aufteilung in Kriegsproduktion und Reparaturen ist in der Tabelle teilweise irreführend, da, insbesondere in der Kriegszeit, große Teile der Reparaturarbeiten mehr Kriegsschiffe oder U-Boote betrafen als zivile Schiffe.

22 Siehe Feldman, Armee, S.133-164.

23 Die Daten zeigen in der ersten Spalte jeweils die absolute Gesamtzahl der Beschäftigten (Arbeiter in der Produktion und Angestellte), in der 2. Spalte jeweils in Prozent, 100% bezogen auf das I. Quartal 1914.

Die Zahl der Arbeiter, die von der AG „Weser“ zurückgerufen wurden, blieb über längere Zeit deutlich unter denen anderer bedeutender Seeschiffswerften.[24] 37 Prozent der Belegschaft der AG „Weser“ bestanden aus den von den Hilfstruppen des Heeres zurückgerufenen Arbeitern, hingegen bei Vulkan in Hamburg 54 Prozent und der Germania Werft in Kiel 51 Prozent.[25] Zudem waren 76 Prozent der Arbeitskräfte, die vom RMA zugewiesen worden waren, ehemalige Arbeiter der Werft.[26]

Die unsystematische und fragmentierte Politik bei der Vermittlung der Arbeitskräfte verschlechterte das Gleichgewicht zwischen den Gewerken innerhalb der Werft.[27] Besonders ab dem Sommer 1916 fragte die Direktion immer beharrlicher die Zuteilung von hoch spezialisierten Fachkräften (z. B. Kupferschmiede, Schiffsschlosser, Nieter, Bohrer) an.[28] Dazu kam für die AG „Weser“ das Problem, dass die hohe Mobilität der Facharbeiter in den ersten zwei Jahren des Krieges zu einer Quelle der Instabilität wurde.[29] Schlosser, Dreher, Klempner wurden von den höheren Löhnen in anderen Zweigen der Kriegsproduktion (in Bremen Munition und Granaten) angezogen.[30] Dieses Problem versuchten das Militär und die zivilen Behörden durch eine progressive Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter einzudämmen, vor allem, indem sie „die Zurückstellung Wehrpflichtiger nur für einen bestimmten Betrieb“ aussprachen.[31] Das Ergebnis blieb aber auch nach dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes[32] hinter den

24 Im März 1915 erhielt die AG „Weser“ von 1.335 Arbeitern, die für die Anhebung der Produktion notwendig waren, nur 719. BA-MA, RM 3/5336.

25 BA-MA, RM 27 – XIII/373, Bl. 209.

26 Ebenda.

27 Zum Problem im Allgemeinen und zu den Versuchen, das Gleichgewicht zwischen den Berufszweigen wieder herzustellen: BA-MA, RM 3/5336.

28 HAK, WA 143/146.

29 Einen Überblick zu dem Problem des Arbeitsmarktes während des Krieges bieten Tilly, Arbeit, S.136-142, 155-159; Feldman, Armee, S.68-76, 243-248.

30 Im zweiten Trimester 1918 schwankte der Stundenlohn eines Facharbeiters der Hansa Lloyd zwischen 1,10 und 1,35 Mark (StAB, 4,2 – 140, Bl. 20). Das Gehalt seines Kollegen bei der AG „Weser“ überstieg im Mittel nicht 1,25 Mark (HAK, 143/55). Die Gründe für die Lohndrift werden in einer Denkschrift des KMA darin gesehen, dass „die Munitionsindustrie, als reine Kriegsindustrie, in der Lage war, die Löhne fast beliebig zu steigern, während die Werftindustrie in ihrer Lohnpolitik auf die Verhältnisse nach dem Kriege Rücksicht nehmen musste und dementsprechend den Lohnsteigerung der übrigen Kriegsindustrie nicht in vollem Umfang folgen konnten.“ (BA-MA, RM 3/4685).

31 BA-MA, RM 3/4685.

32 Zur Einführung des Systems der Abkehrscheine siehe Tilly, Arbeit, S.152.

Erwartungen zurück.[33] Erst 1917, im Zuge drakonischer Maßnahmen, welche die Zwangsrekrutierung für Arbeiter vorsahen, die den ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz verlassen hatten, wurde die besorgniserregende Spirale des Stellenwechsels eingedämmt.[34]

2. Frauen, Junge, Kriegsgefangene: eine Umschichtung der Werftarbeiterschaft?

Der Versuch des RMA, das Loch, das der Krieg in die Belegschaften der Schiffbauindustrie gerissen hatte, mit weiblichen Arbeitskräften zu stopfen und den Arbeitsmarkt auch in diesen Bereichen der Kriegsindustrie für Frauen zu öffnen, erwies sich als wenig energisch.[35] Die Arbeit auf den Werften, die eine starke Spezialisierung und hohe physische Intensität kombinierte, wurde als „für Frauen wenig geeignet"[36] gehalten. Das Anlernen der Arbeiterinnen auf den Schiffswerften galt als sehr aufwendig und wurde durch eine Tendenz zu höheren Löhnen in der übrigen Kriegsindustrie behindert.[37]

Auch in Bremen lassen sich einige der allgemeinen Grundtendenzen der weiblichen Beschäftigung während des Krieges erkennen.[38] So verdoppelte sich zwischen 1914 und 1918 die Zahl der versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder in der Krankenkasse der Stadt.[39] Die Zunahme weiblicher Arbeitskräfte war bereits eine Konstante im Arbeitsleben des Kaiserreichs; der Krieg verstärkte dies, vertiefte die Strukturen der weiblichen Beschäftigung in den traditionellen Bereichen (Textil-, Lebensmittel-, Bekleidungsindustrie) und verschaffte den Arbeiterinnen Zugang zur Kriegsindustrie.[40] Dennoch durchquerten erst in den ersten Monaten des

33 Siehe Bieber, Entwicklung, S.98.

34 Verfügung des Kriegsamtes an die stellv. Generalkommandos und die Kriegsamtstellen betr. Wiedereinberufung der für ein bestimmtes Arbeitsgebiet reklamierten Wehrpflichtigen, in: Wilhelm Deist (Hrsg.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg. 1914-1918, Düsseldorf 1970, S.616.

35 BA-MA, RM 3/4685.

36 Ebenda.

37 Zur Mobilität der weiblichen Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie von Hamburg siehe Mertelsmann, Krieg, S.62.

38 Einen reichhaltig dokumentierten Überblick zur weiblichen Beschäftigung während des Krieges liefert Ute Daniel: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, besonders S.36-51.

39 Siehe ebenda, S.41.

40 StAB, 3-G. 4. g., Nr. 32 (13), Bl. 184f. Zur weiblichen Beschäftigung in den Munitionsabteilungen von Krupp, wo sie zu Zeiten der größten Ausdehnung fast 50% der Gesamt-

Jahres 1916 Frauen die Tore der AG „Weser“ zum ersten Mal als Arbeiterinnen (Angestellte weiblichen Geschlechts waren bereits seit einiger Zeit präsent). Während des gesamten Krieges blieb die Zahl der weiblichen Beschäftigten begrenzt. Untenstehende Tabelle zeigt den Anteil der weiblichen Beschäftigung in der AG „Weser“ und erlaubt es, den nichtstrukturellen Charakter ihrer Verwendung zu erfassen. Tatsächlich gab es nach einer Phase konstanten Wachstums 1916 bis 1917 im Jahre 1918 wiederum einen konstanten Rückgang. Verursacht wurde dieser dadurch, dass die Werft zunehmend Teile der weiblichen Arbeitskräfte durch Kriegsgefangene und durch Arbeiter, die aus den Hilfstruppen zurückgerufen worden waren, ersetzte.[41]

	1914		1915		1916		1917		1918	
I Quart.	-	-	-	-	70	1,2%	374	4,7%	398	4,2%
II Quart.	-	-	-	-	156	2,5%	468	5,8%	320	3,2%
III Quart.	-	-	-	-	195	2,9%	490	5,8%	385	3,9%
IV Quart.	-	-	-	-	254	3,7%	492	5,9%	391	4,1%

Quelle: HAK, WA 143/55

Insgesamt war der Beitrag der weiblichen Beschäftigung zur Überwindung des chronischen Arbeitskräftemangels bei der AG „Weser“ „verschwindend gering“, besonders wenn man ihn mit der Massenbeschäftigung von Frauen in anderen Bereichen der Kriegsindustrie oder in anderen Werften vergleicht.[42]

Die Belegschaftsübersichten der AG „Weser“ erlauben es nicht, die Bereiche innerhalb der Werft auszumachen, in denen Frauen beschäftigt wurden. Nützlich sein kann hier ein Blick auf die 65 Arbeiterinnen, die im ersten Trimester 1918 bei der Bremer Vulkan beschäftigt waren.[43] Ungefähr ein Drittel (21 von 65) erledigte nicht spezialisierte Aufgaben im Schiffbau und in der Mechanik, während nur 15 Prozent in Gewerken mit

beschäftigung erreichte, siehe Stephanie van de Kerkhof: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Essen 2006, S.267f.

41 HAK, WA 143/55.

42 Bei Blohm & Voss waren zwischen Juli und September 1917 über 1.000 Arbeiterinnen beschäftigt. Siehe Mertelsmann, Krieg, S.62.

43 Der Anteil der Frauenbeschäftigung bei der Bremer Vulkan war leicht niedriger als der bei der AG „Weser“ (nur 2,7 gegenüber 3,5%).

hoher Qualifikation beschäftigt waren (Elektrikerinnen und Klempnerinnen[44]). Der größte Teil der Arbeiterinnen war in teilspezialisierten Bereichen tätig, in denen der Übergang von der manuellen und körperlichen Betätigung zur Verwendung von Werkzeugmaschinen bereits in großen Teilen vollzogen war (so bei der pneumatischen Nietung, dem mechanischen Bohren oder in der Dreherei).[45]

Die lange Dauer des Konfliktes zwischen vorhandenen Arbeitskräften und steigender Nachfrage nach Kriegsausrüstung führte zur wachsenden Beschäftigung von Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter.[46] Anders jedoch als in anderen industriellen Zweigen, wie der Eisen- und Stahl- oder der Chemieindustrie,[47] erreichte sie auf den Schiffswerften kein Massenniveau, da das RMA ab 1915 bei der Zuteilung auf eine sorgfältige Auslese von spezialisierten Handwerkern oder ehemaligen Werftarbeitern aus den Kriegsgefangenen achtete.[48] Bei der AG „Weser" zeigen sich dennoch einige Besonderheiten.[49] Die Zahl der Kriegsgefangenen lag weit über dem Durchschnitt: Im Sommer 1918 waren es 794 Kriegsgefangene,[50] vor allem Russen, Franzosen, Belgier und Engländer.[51] Die Gründe können auf die engen Beziehungen zurückgeführt werden, die die Werft – mit der Atlas-Werft unter dem Namen „Bremer Industriebund"[52] vereinigt – zu den administrativen Strukturen der Hansestadt bei der Vermittlung der Kriegs-

44 StAB, 7,2121/1-1251.

45 StAB, 3-G. 4.g., Nr. 32 (13), Bl. 188f.; Metallarbeiter-Zeitung, 28.10.1911.

46 Einige interessante Überlegungen zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Kaiserreich liefert Herbert Ullrich: Zwangsarbeit als Lernprozeß. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 24, 1984, S.285-304.

47 Siehe dazu Ute Hinz: Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914-1921, Essen 2006, S.267; StAB, 3-G. 4.g., Nr. 32 (13), Bl. 188f.; Metallarbeiter-Zeitung, 28.10.1911. In der Eisen- und Stahlindustrie bestanden 11% der Arbeitskräfte aus Kriegsgefangenen, in der Chemieindustrie waren es 19,5%, siehe Tilly, Arbeit, S.189.

48 BA-MA, RM 3/4685.

49 Eine gute Übersicht zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern in Bremen während des Ersten Weltkrieges bietet Johannes Beermann: Arbeitseinsatz im Feindesland. Das Bremer Kriegsgefangenenlager „Viehquarantäneanstalt" an der Schnittstelle von privatwirtschaftlicher Ökonomisierung und interkulturellem Austausch, in: Eva Schöck-Quinteros u. a. (Hrsg): Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914-1918, Bremen 2013, S.127-171.

50 HAK, WA 143/55. Es handelt sich um eine weit höhere Zahl als die 498 Kriegsgefangenen bei Blohm & Voss oder die 359 bei Vulkan in Hamburg, siehe Bieber, Entwicklung, S.89.

51 Siehe Höver, 100 Jahre, S.51.

52 StAB, 4,14/1 Kr A 21 a (3), Bl. 13.

gefangenen unterhielt und die die Errichtung eines eigenen „private[n] Kriegsgefangenenlager[s]“ ermöglichten.[53] Wir können daher unterstellen, dass dieser privilegierte Kanal die AG „Weser“ bei der Zuteilung von Gefangenen mit hoher Arbeitserfahrung begünstigte. Sowohl in den administrativen Quellen als auch den Erinnerungen der Unternehmensführung werden die Kriegsgefangenen mit paternalistischen Tönen für ihre Arbeitsamkeit und ihre Hingabe an die Arbeit[54] gelobt und ihre Leistung, vor allem die der Belgier und Engländer, als „durchweg befriedigend“[55] bezeichnet. Das ist ein durchaus anderes Bild als dasjenige der ungelernten Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, wo die Beschäftigung von Kriegsgefangenen nicht geringe Friktionen und Probleme hervorrief.

Untenstehende Tabelle liefert eine Gegenüberstellung der Zusammensetzung der Arbeitskräfte bei der AG „Weser“ (angezeigt als AGW) und der übrigen Kriegsindustrie in Bremen (R.I. – HB).

	Männliche Arbeiter		Lehrlinge		Frauen		Kriegs-gefangene	
	AGW	R.I. (HB)	AGW	R.I. (HB)	AGW	R.I. (HB)	AGW	R.I. (HB)
1914	90,2	91,5	8,8	8,0	-	0,4	-	-
1915	83,9	94,1	14,9	1,2	-	4,8	2,3	-
1916	78,6	78,9	14,1	0,7	4,2	15,2	4,1	5,1
1917	78,7	73,2	11,6	0,3	5,8	22,3	3,8	4,2
1918	78,8	72,5	9,7	2,8	3,4	19,8	8,2	4,9

Quelle: HAK, WA 143; StAB 3-G

Als evident erscheint die Stabilität traditioneller Formen der Beschäftigung in der mechanischen und Werftindustrie: die männliche Arbeit und die Lehre. Der bereits erwähnten begrenzten Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte bei der AG „Weser“ steht deren annähernde Massenbeschäftigung – bis zu 22,3 Prozent – in der Munitionsindustrie und der Granatenproduktion gegenüber. Daher lässt sich behaupten, dass die AG „Weser“, wie die gesamte deutsche Schiffbauindustrie, ab 1916 eine verstärkte oberflächliche Neukalibrierung ihrer Belegschaftsstruktur erfuhr. Neben Kategorien, die durch den Ausnahmezustand des Krieges entstanden (Kriegs-

53 Siehe Beermann, Arbeitseinsatz, S.152.
54 StAB, 4,2 - 135, Bl. 37.
55 Höver, 100 Jahre, S.51.

gefangene, Kriegsbeschädigte), stießen erstmals Frauen in diese „Männerdomäne" vor, während die Gesamtzahl der ungelernten Arbeiter in bedeutenderem Ausmaß wuchs. Nichtsdestotrotz zeigt im November 1918 die erste Erhebung zur Zusammensetzung der Arbeiterschaft bei der AG „Weser" nach dem Krieg mit 57 Prozent der Gesamtbelegschaft immer noch eine konsistente Mehrheit der Facharbeiter,[56] während als angelernte Arbeiter 14 Prozent (zu dieser Kategorie gehörten vor allem Nieter, Bohrer und Fräser) und als ungelernt zwölf Prozent eingestuft wurden.[57] In den Werkstätten und auf den Docks der AG „Weser" führte der Krieg daher nicht zur Bildung einer neuen Arbeiterklasse aus Jugendlichen, Frauen und ungelernten Arbeitern, wie dies in anderen Bereichen der Kriegsproduktion, vor allem der Chemie- und Munitionsindustrie, registriert werden kann.[58]

3. Arbeitsverhältnisse

Insbesondere über das Fachkräfteproblem lassen sich einige filigrane Elemente in der Produktionsstruktur der Werften während des Krieges erfassen.[59] Die Dringlichkeit der Anwerbung von Facharbeitern und die Unersetzbarkeit spezialisierter und erfahrener Arbeiter betraf alle Produktionssegmente der Werften, in den Bereichen Mechanik, Schiffbau und unter den Kesselflickern war sie jedoch chronisch. Das erlaubt den Schluss, dass die Unternehmen – im Unterschied zur Entwicklung in den Vereinigten Staaten – insgesamt während des Krieges nur teilweise die Expansion der Produktivkräfte mithilfe der Technik vorantrieben.[60] Die Ausdeh-

56 HAK, WA 143/5.

57 Zu diesen Daten werden noch die in Bezug auf die Frauen (4%) und die Lehrlinge (13%) hinzugefügt, HAK, WA 143/5.

58 Für die Klassenzusammensetzung in der Chemieindustrie sind die Leuna-Werke von Interesse, siehe die etwas ältere Arbeit: Kämpfendes Leuna (1916-1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Bd. I (1916-1933), Berlin 1962, S.51-63. Eine anregende Lektüre zu diesem Thema bleibt Karl Heinz Roth: Die „andere" Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974, S.39-54.

59 Es fehlt bisher leider eine Studie zur gesamten Schiffbauindustrie während des Ersten Weltkrieges. Elemente einer Übersicht finden sich jedoch in dem bereits erwähnten Buch von Mertelsmann, Krieg.

60 Eine zeitgenössische Lektüre zur US-amerikanischen Werftindustrie, dem eigentlichen Modell für die deutschen Industriellen und Techniker, bietet Walther Laas: U.S. Amerikas Schiffbau in Frieden und Krieg, Berlin 1918, S.12-28.

nung und Intensivierung der Produktion erfolgte vielmehr auf Basis der vor dem Krieg entstandenen Arbeitsorganisation.[61]

Dies geschah fast ausschließlich durch ein Gesamtwachstum der Belegschaften[62] und durch eine exponentielle Erhöhung der Ausbeutung der Arbeitskraft. So identifizierte die AG „Weser" in einem Rundschreiben als wichtigsten Hebel, die Produktivität zu steigern, die Ausdehnung des Arbeitstages und die Intensivierung des Arbeitsrhythmus durch den Akkord, begleitet von einer verstärkten Fabrikdisziplin und der Militarisierung der Werften.[63]

Die Unternehmensstatistiken zeigen zunächst das Wachstum der Überstunden, die den Arbeitern aufgebürdet wurden.[64] Wenn im Jahre 1913 in der AG „Weser" die Überstunden 6,8 Prozent der Gesamtarbeitszeit ausmachten, stiegen sie bis auf 13,7 Prozent 1916, um im nächsten Jahr bei 17 Prozent anzugelangen.[65]

Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt der Unternehmensstrategie war der Akkord. Dabei kann der – periodisch im Zuge von Verhandlungen wiederholte – Mythos der Unternehmer von den hohen Löhnen in der Schiffbauindustrie widerlegt werden.[66] In dem ausführlichsten Gewerkschaftsdokument der Werftindustrie aus den Kriegsjahren, der „Denkschrift über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften" des DMV und weiterer Gewerkschaften von 1917, wird nachgewiesen, dass die Verbesserungen der Nominallöhne der Werftindustrie, bei stagnierenden Stundenlöhnen, zu großen Teilen auf eine wachsende und massive Anwendung des Akkords zurückzuführen sind.[67]

---

61 Siehe dazu Marina Cattaruzza: Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs, Stuttgart 1988, S.58-70. Die Steigerung der Produktivität der Werften des Kaiserreichs wird von den technischen Zeitschriften der Zeit mit mehr als einer Verdopplung veranschlagt. Siehe Die deutsche Schiffbauindustrie und die Revolution, in: Hansa. Schifffahrt, Schiffbau, Häfen, 6/1918, S.132.

62 Die Zahl der Arbeiter der privaten Seeschiffswerften stieg von 70.864 im Jahr 1914 auf 93.900 im Jahr 1918, mit einer Gesamtsteigerung der Arbeitskraft um 32,5%. Einen stattlichen Sprung nach vorn machten die Arsenale der Marine in Kiel und Wilhelmshaven (+ 50%). In diesem Rahmen liegt das Wachstum der Belegschaft der AG „Weser" (+ 57%) gut über dem Durchschnitt. BA-MA, RM 3/4685.

63 HAK, WA 143/5.

64 Siehe Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.): Denkschrift über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften, Stuttgart 1917, S.26-31.

65 HAK, WA 143/55.

66 HAK, WA 143/146.

67 Siehe Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.), Denkschrift, S.21-23. Siehe außerdem

Die Verdienste der Arbeiter der AG „Weser" waren daher vom Anteil des Akkordlohns abhängig geworden.[68]

	1914		1915		1916		1917		1918	
I Quart.	37,7	100,0	38,4	101,8	40,7	107,9	49,0	129,9	62,6	166,0
II Quart.	37,9	100,5	39,0	103,4	42,0	111,4	53,0	140,5	67,9	180,1
III Quart.	40,2	106,6	39,5	104,7	42,5	112,7	56,7	150,3	70,1	185,9
IV Quart.	37,4	99,2	40,0	106,1	45,3	120,1	60,6	160,7	84,7	224,6

Quelle: HAK WA 143/55, eigene Berechnungen

Das Verhältnis zwischen dem Wachstum der Stundenlöhne und der Entlohnung aus den einzelnen Akkordsätzen (der Anteil der Löhne der aus dem Akkord bezahlt wird, nicht zu verwechseln mit den gesamten Akkordverdiensten) hilft die konkreten Modalitäten der Intensivierung der Ausbeutung zu verstehen. Die Entlohnung aus dem Akkord wuchs deutlich langsamer als die Stundenlöhne. Nach Angaben der AG „Weser" wuchsen die Stundenlöhne wie folgt: 1914=100, 1915=110, 1916=130, 1917=155, während zugleich die Akkordlöhne relativ stagnierten: 1914=100, 1915=105, 1916=115, 1917=115.[69]

In diesem Kontext – massive Erosion der Nominallöhne bei Ausdehnung des Arbeitstages, um die Tagesverdienste der Arbeiter zu erhöhen – repräsentierte die Beschneidung der Akkordlöhne einen Hebel der Unternehmer, um den Arbeitsrhythmus zu beschleunigen und den Druck auf die Arbeiter in der Werft zu steigern. Forderungen der Gewerkschaften und insbesondere des DMV, das Verhältnis zwischen Stundenlöhnen und Akkord wieder auszugleichen, wurden immer häufiger erhoben, von den Unternehmerorganisationen jedoch zurückgewiesen.[70]

Ein weiteres Element dieses Prozesses lässt sich im Wandel der Anteile von Arbeit für Stundenlohn und für Akkordarbeit an der Arbeitszeit ausmachen.[71] Der Anteil von Letzterem expandierte in den Kriegsjahren stark und zeigt das immer größere Gewicht der Akkordarbeit und die progressive Komprimierung der Arbeiten zu Festgehältern, die weniger den Beschleunigungsprozessen ausgesetzt waren. 1913 lag der Gesamtanteil

Bieber, Entwicklung, S.114f.

68 HAK, WA 143/55.

69 HAK, WA 143/146.

70 Bundesarchiv (BArch), R 3901/2587.

71 HAK, WA 143/55.

der Arbeitsstunden im Akkord bei 75,8 Prozent, 1914 bei 81,5 Prozent, 1915 waren es 80,8 Prozent, 1916 81,9 Prozent, 1917 erreichte er seinen Höhepunkt mit 82,2 Prozent. Die Zahl für 1918, 77,4 Prozent, ist irreführend, da im November dieses Jahres der Akkord abgeschafft wurde.[72]

Alle Formen der Lohnerhöhung, die einer Intensivierung der Ausbeutung geschuldet waren, unterlagen dabei einer progressiven Erosion durch die Inflationsspirale im Krieg. Die Löhne wurden dadurch auf ein sehr viel niedrigeres Niveau als in der Vorkriegszeit hinabgedrückt.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Lebenshaltungskosten (Indizes)	1,00	1,03	1,29	1,70	2,53	3,13
Lohn (Gelernte[73])	1,00	1,01	1,03	1,14	1,34	1,81
Lohn (Angelernte)	1,00	1,03	1,07	1,23	1,41	1,91

Quelle: Gerhard Bry: Wages in Germany 1871-1945, New York 1960, S.440-442; HAK, WA 143/55; eigene Berechnungen

Ein Bericht des Gewerkschaftskartells von Bremen aus dem Winter 1917 belegt mit großer Deutlichkeit die prekären ökonomischen Verhältnisse in der Hansestadt während des Krieges. Als Vergleichsmaßstab für die durchgeführte Untersuchung wurde eine typische Arbeiterfamilie herangezogen, bestehend aus fünf Mitgliedern (Vater Schiffzimmerer, Mutter Fabrikarbeiterin und drei Kinder). Diese konnte in der Vorkriegszeit ein hartes, aber menschenwürdiges Leben führen, erreichte das Subsistenz-Minimum nun nur durch intensive Arbeit, die zudem von vier auf fünf Familienmitglieder ausgedehnt werden musste.[74]

Die Pläne für eine allgemeine Intensivierung der Arbeitsrhythmen gerieten jedoch auf der Organisationsebene mit der Produktionsrealität in Konflikt. Insbesondere die wiederkehrenden Beschwerden der Werftdirektionen während des Krieges bei dem RMA oder der U-Bootinspektion weisen auf einen quantitativen wie qualitativen Rückgang der Produktion pro Mitarbeiter im Vergleich zur Vorkriegszeit hin.[75] Dies wird zu großen Tei-

72 Ebenda.

73 Die Daten für die Facharbeiter beziehen sich auf die Modelltischler, die der Angelernten auf die Bohrer. Letztere genossen aufgrund des chronischen Fachkräftemangels eine relative Verhandlungsmacht oder kamen oft aus anderen spezialisierten Berufszweigen der Werften (Stemmer).

74 StAB, 4,2 - 199.

75 BA-MA, RM 3/4685.

len auf die prekären Lebensverhältnisse und die ungenügenden Lebensmittelrationen zurückgeführt, „welche mehr und mehr zu Verweigerung der Überstundenarbeit und überhaupt zur allmählich sinkenden Leistungsfähigkeit der Arbeiter [führten]“,[76] während Fälle von Renitenz am Arbeitsplatz – wie Absentismus oder Bummelei – immer häufiger wurden.

4. Oppositionelle Vertrauensleute und Revolutionäre Obleute: die Streikbewegung 1916 bis 1918

Im Zusammenhang mit der Schwächung derjenigen Teile der Arbeiterschaft, die sich gegen den Krieg und den Burgfrieden stellten, waren auch die Positionen der Linksradikalen bei der AG „Weser“ in den ersten Kriegsjahren erodiert und hatten sich auf einige kleine Vorposten von oppositionellen Vertrauensleuten reduziert.[77] Eine Versammlung der Oppositionsgruppen in den Arbeitervierteln Bremens im Juli 1915 erlaubt, das Niveau der Ausdünnung des einst dichten Netzes aus Aktivisten und Vertrauensleuten in der AG „Weser“ zu rekonstruieren. Die organisierten und politisch aktiven Arbeiter in der Weser-Werft wurden auf ungefähr 900-1.000 geschätzt (von ungefähr 7.000 Arbeitern), während es vor dem Krieg 3.000 waren.[78] Das Klima aus starker Repression, Militarisierung der Werften sowie der Gefahr der Denunziation, die die Zwangsrekrutierung bedeuten konnte, hatten eine weitgehende Auflösung solidarischer Beziehungen hervorgerufen, sodass man „seinen besten Kollegen nicht mehr trauen könne“.[79] Sowohl in den einzelnen Fabriken als auch auf nationaler Ebene hatten die keinesfalls unbedeutenden Veränderungen in der Belegschaftszusammensetzung die Gewinnung von Kadern und Aktivisten nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die Oppositionsgruppen erschwert.[80] Es kann weiterhin beobachtet werden, dass

76 Im Fall der Lehrlinge warnte wiederholt die Lebensmittelkommission vor der physischen Entwicklung der jungen Arbeiter, HAK, WA 143/149.

77 Zum Konzept der oppositionellen Vertrauensleute, das im Kontext der Berliner Kriegsindustrie analysiert wurde, aber auch auf den Fall Bremen übertragbar ist und dabei hilft, die Mechanismen der Umgruppierung in der Arbeiterklasse besser zu verstehen, siehe Dirk H. Müller: Metallarbeiterverband, Betriebliche Arbeiterausschüsse, oppositionelle Vertrauensleute und der Januarstreik 1918, in: Chaja Boebel/Lothar Wenzel (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008, S.40-51.

78 Siehe Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S.215.

79 Siehe ebenda.

80 Siehe Bieber, Entwicklung, S.93.

während des Krieges nicht nur der Streik ipso facto einen politischen Akt erster Güte darstellte, sondern auch das Lebensmittel- und Ernährungsproblem durch das Eingreifen des interventionistischen Staats mit politischen Konnotationen verbunden war.[81] Während des Krieges fanden wiederholt Demonstrationen, Tumulte und Proteste statt, die oft mit politischen und ökonomischen Forderungen verwoben waren und mit den Ernährungsbedingungen des städtischen Proletariats zusammenhingen. Sie zeigten mit großer Deutlichkeit die Unfähigkeit der staatlichen Strukturen, den Lebensmittelbedarf zu garantieren.

Der Auslöser für die erste Welle von Streiks der hanseatischen Werftarbeiterschaft war die Verhaftung von Karl Liebknecht im Juni 1916.[82] Der um sich greifende „Liebknecht-Streik" stellte zusammen mit den Lebensmittelunruhen, die seit Tagen die öffentliche Ordnung der hanseatischen Stadt störten und die mit den politischen Forderungen im Zusammenhang mit der Verhaftung Liebknechts in Verbindung standen,[83] eine paradigmatische Wende dar. Die Arbeiterbewegung Bremens war, wie Quellen des Senats der Stadt belegen, besonders aktiv. Am 26. Juni verbreiteten die Linksradikalen Flugblätter in den peripheren Vierteln im Westen von Bremen,[84] deren Inhalt „stark aufreizend"[85] war und die zu Streiks und massiven Protestaktionen für die Befreiung Liebknechts und gegen den Krieg aufriefen. Am Nachmittag des 3. Juli 1916 legten die Beschäftigten der AG „Weser" die Arbeit nieder.[86] Am folgenden Tag beteiligten sich 4.500 von fast 7.000 Beschäftigten der Weser-Werft am Streik,[87] welcher faktisch die Gewerkschaftsorganisationen überging. Motiviert wurde diese erste große Protestaktion unter dem Belagerungszustand von den niederdrückenden Lohnverhältnissen und der prekären Lebensmittelversorgung.[88]

---

81 Eine Gesamtbeurteilung der sozialen Konflikte während des Ersten Weltkrieges bietet Leopold H. Haimson: General Introduction, in: Ders./Giulio Sapelli (Hrsg.): Strikes, social conflict and the first world war. An International Perspective, in: Annali della Fondazione Giangiacomo Feltrinelli, XXVII, 1990/1991, S.13-25.

82 Siehe Was ist mit Liebknecht? Von Rosa Luxemburg verfasster Aufruf der Spartakusgruppe vom Juli 1916, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe 2, Bd. 1: 1914-1917, Berlin 1958, S.398-401.

83 StAB, 4,89/1 - 301, Bl. 2.

84 Das Ereignis wird bezeugt von Eildermann, Jugend, S.150ff.

85 StAB, 3-M.2.h.2., Nr 71, Bl. 25.

86 Ebenda.

87 StAB, 4,89/1 - 301, Bl. 2.

88 Ebenda.

Im Wesentlichen losgelöst vom allgemeinen nationalen Kontext einer generellen Zunahme der Konflikte waren hingegen die Agitationen auf der AG „Weser" ab dem 31. März 1917. Auch in diesem Fall war die Beteiligung imponierend: Über 6.000 der 7.746 Arbeiter streikten,[89] zugleich dehnte sich der Protest auf andere Kriegsindustrien der Stadt und andere Werften an der Weser aus.[90] Auf einer überfüllten Versammlung am Abend des 31. März wurden die Gründe des Protestes offensichtlich. Sie können vor allem auf die physische Auszehrung der Arbeiter aufgrund der von der Kriegsproduktion aufgezwungenen beschleunigten Arbeitsrhythmen und der unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln zurückgeführt werden. Der Arbeiter der AG „Weser" Schulze erklärte, dass die „Arbeiter geschlossen diese Demonstration unternommen hätten, um Maßregelungen einzelner zu vermeiden", und fügte hinzu: „Bei der jetzigen Ernährung sei die schwere Arbeit nicht zu leisten, die die Werft verlange."[91]

Der neuartige Charakter des Streiks von 1917 bestand in dem gewaltsamen physischen Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden während des Protestzuges, der von der AG „Weser" aus den Marktplatz erreichen sollte. Die Zeichen des fortgeschrittenen Konflikts und der sozialen Spannungen hatten kaum noch etwas mit dem proklamierten Burgfrieden gemeinsam.[92]

Am 13. April desselben Jahres, einige Tage nach dem Streik, fanden auf der Werft die Wahlen für die Repräsentanten des Arbeiterausschusses statt, wie sie in Artikel 11 des Hilfsdienstgesetzes vorgesehen waren.[93] Die Linksradikalen bestätigten ihren starken Einfluss unter den Arbeitern der AG „Weser"[94] durch die Wahl ihrer beiden Kandidaten in den Arbeiterausschuss: den Zimmermann Bruchkaus und den Schiffsschlosser Seifert. Letzterer war aktiv im Kreis der oppositionellen Vertrauensleute innerhalb der Werften.[95]

Obgleich mit einigen Tagen Verzögerung gegenüber anderen Industriestädten des Kaiserreiches – wie Dresden, den Zentren des Ruhrgebietes und vor allem Berlin – wurde ab dem Morgen des 31. Januar 1918 auch

89 StAB, 3-S.3, Nr. 339, Bl. 321.
90 StAB, 4,2 - 140, Bl. 17.
91 StAB, 4,89/1 - 301, Bl. 2.
92 StAB, 4,14/1 - XII. A.3.b.13.
93 Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1916, Nr. 276, S.1336.
94 Siehe, Gewerkschaften, S.317.
95 StAB, 4,14/1 Kr.a 31 (3).

Bremen, wie immer mit der AG „Weser" als Epizentrum der Aktion, von der Welle der Januarstreiks erfasst.[96] Die Januarstreiks für den „allgemeinen Frieden und Republik in Deutschland"[97] hatten ihre Wurzeln in dem furchtbaren Winter 1917/18, der wachsenden Kriegsmüdigkeit der unteren Klassen und der weitverbreiteten Feindschaft gegenüber der OHL, die als verantwortlich für die Radikalisierung des Krieges gegen jede Friedensbemühung galt.

In den Wochen, die dem Streik vorangegangen waren, und vor allem in den letzten Januartagen hatte sich die Repression in Bremen deutlich verschärft.[98] Trotzdem war die Beteiligung am Streik und an den Protesten gegen den Krieg durchaus ansehnlich: Auf der AG „Weser" verließen 3.566 Arbeiter am 31. Januar den Arbeitsplatz,[99] tags darauf stieg die Anzahl der Streikenden auf 3.604, um am 2. Februar 3.270 zu erreichen.[100] In den anderen Fabriken der Bremer Kriegsindustrie war die Beteiligung an der Arbeitsniederlegung deutlich geringer: ungefähr 50 Arbeiter bei den Atlas-Werken und 500 bei der Hansa Lloyd.[101]

Obwohl es auch Motive gab, die die Arbeitsbedingungen und die immer schlimmer werdende materielle Situation betrafen, wurden der Streik und die anschließende Demonstration klar als „reines politisches Moment"[102] interpretiert. Das schlug sich in Bremen in der Übernahme des Forderungskatalogs der revolutionären Obleute Berlins nieder, der als Hauptpunkte die Einstellung der militärischen Feindseligkeiten und die Aufnahme von Verhandlungen für einen Frieden ohne Annexionen enthielt.[103] Wie bereits im Falle früherer Arbeitsniederlegungen versuchten die nationalistischen politischen Kräfte den Januarstreik in Bremen als ein im Wesentlichen von außen kommendes Phänomen zu brandmarken, das keine von den Arbeitern selbst aufgestellte Forderungen transportiere, sondern

96 Zu den Ereignissen um die Streiks im Januar 1918 siehe Boebel/Wenzel (Hrsg.), Streik.
97 Aufruf der Spartakusgruppe vom Januar 1918, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 2, Bd. 2: 1918-1919, Berlin 1957, S.69.
98 In den Wochen, die dem Streik vorangegangen waren, gab es zahlreiche Bekanntmachungen, die eine Belohnung für die Denunziation von „Streikhetzern" – die als im Sold feindlicher Nationen stehend abgestempelt wurden – versprachen. StAB, 3-M.2.h.2., Nr. 71, Bl. 146.
99 HAK, WA143/242; Bremer Bürger-Zeitung, 1.2.1918.
100 Auf der AG „Weser" gingen nach Berechnungen der Direktion in den ersten Tagen des Protestes „etwas weniges als 100.000 Arbeitsstunden" verloren. HAK, WA143/242.
101 StAB, 3-M.2 h.2, Nr. 71, Bl. 117.
102 Protokoll der Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 1918, S.70.
103 Siehe ebenda.

vielmehr eine von externen „Drahtziehern"[104] geleitete Aktion sei. Wie die übrigen militärischen Autoritäten des Kaiserreichs[105] reagierte auch das IX. Armeekorps mit einer Verschärfung des Drucks durch die weitere Militarisierung der AG „Weser"[106] und besonders durch die wiederholte Drohung der Zwangseinziehung, die „alle wehrpflichtigen Arbeitnehmer der Actiengesellschaft ‚Weser'" betreffen sollte, die bis zum Morgen des 4. Februar nicht die Arbeit wieder aufgenommen haben würden.[107]

Der Streikverlauf zeigte sowohl auf nationaler Ebene als auch im Falle der Bremer Werften einige Charakteristiken, vor allem in Hinblick auf die Beziehungen zwischen den traditionellen Organisationsstrukturen der Arbeiterbewegung (Generalkommission, DMV und MSPD) und den Organisationsformen der Arbeiterklasse, die im Streik hervortraten. Letztere, Ergebnis der Arbeiterausschüsse, die vom Hilfsdienstgesetz vorgesehen waren oder die sich spontan in den Tagen des Streiks bildeten, standen oft in offener Gegnerschaft zur MSPD und zum DMV. Sie zeigten ein bemerkenswertes organisatorisches Niveau und eine beachtliche Fähigkeit zur politischen Führung, die ab November 1918 noch eine herausragende Rolle bei der Bildung der Arbeiterräte spielen sollte.[108]

Den Januarstreiks folgte eine harte Gegenoffensive der Unternehmer. Das Generalkommando setzte „eine militärische Besetzung der Werft auf die Dauer von zwei Wochen"[109] fort, verbunden mit der Förderung von Denunziationen in den Fabriken[110] und der Einberufung von bekannten Persönlichkeiten der Arbeiteropposition. Letzteres wurde zwar nur selten, aber gezielt angewendet, um Exempel innerhalb der Werft zu statuieren. Die Initiatoren des Januarstreiks waren tatsächlich in ihrer Mehrheit Facharbeiter. Im Falle einer Entlassung oder der Einberufung „hätte sich die Werft selbst beschädigt".[111]

---

104 Ebenda.

105 Forderungen der streikenden Berliner Arbeiter vom 29. Januar 1918, in: Dokumente, Reihe 2, Bd. 2, S.75.

106 Siehe Josef Miller: Zur Geschichte der linken Sozialdemokraten in Bremen 1906-1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderh. 1958, S.817-821.

107 Bremer Tageblatt, 3.2.1918.

108 Zur Kontinuität dieser Formen der Arbeitervertretung siehe die mündlichen Zeugnisse gesammelt in Peter Kuckuk (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in Bremen in Augenzeugenberichten, in: Veröffentlichungen des Fachbereichs Allgemeinwissenschaftliche Grundlagenfächer der Hochschule Bremen, 2, Beiträge der Bremer Arbeiterbewegung, Bremen 1985.

109 Höver, 100 Jahre, S.53.

110 StAB, 3-M. 2.h.2, Nr. 71, Bl. 170.

111 Bieber, Entwicklung, S.128.

Diese drakonischen Maßnahmen sollten widersprüchliche Resultate hervorbringen: Wenn sich in der Tat auf der einen Seite die Verbindungen der Arbeiteropposition auflösten oder in die Defensive gedrängt wurden, so wurde das Problem des hohen Konfliktpotenzials auf den Werften nicht gelöst und ging in einen passiven Widerstand (Verlangsamung der Produktion, Renitenz am Arbeitsplatz u. ä.) über. Ein Beispiel des neuen Niveaus der Konflikthaftigkeit ist in den Daten zum Absentismus enthalten.[112] Die Aufzeichnungen der Werften zeigen, im Zusammenwirken mit den zermürbenden Arbeitsrhythmen und der Verschlechterung der Lebensmittelsituation, ein Wachstum der Gesamtzahl der Abwesenheit zwischen 1917 und 1918.[113]

5. Arbeitskämpfe in der Revolutionszeit

Bereits am 8. November 1918, während der ersten Auflösungserscheinungen der wilhelminischen Machtstrukturen, richtete der Arbeiterrat der AG „Weser" einen Fächer von Forderungen an die Direktion.[114] Im Besonderen wurden die „Auflösung des nationalen Werkvereins", „Entfernung eines Beamten, Beseitigung des [...] in Lohnabzügen bestehenden Strafsystem" verlangt. Zudem wurde ein „Bericht über die technische und wirtschaftliche Lage des Unternehmens, insbesondere die Möglichkeit der Beschäftigung in Friedensarbeit"[115] angefragt. Am 18. November, in einem politischen Klima, das in Bremen von den revolutionären Ereignissen und der Entmachtung der Institutionen der alten Ordnung geprägt war,[116] präsentierte der Arbeiterrat der Direktion neue Forderungen (u. a. nach dem achtstündigen Arbeitstag). Der Arbeiterrat schätzte die Kräfteverhältnisse als reif für einen entschiedenen Angriff auf das Akkordsystem ein.[117] In

112 Im zweiten Trimester 1918 erreichte der Anteil der Abwesenden 18% der Angestellten insgesamt, zumeist ohne irgendeine Entschuldigung oder Erlaubnis vonseiten der Direktion der AG „Weser". HAK, WA 143/146.

113 HAK, WA 143/55.

114 Der Text des Schreibens von Dr. Tetens an Friedrich Ebert, eine Quelle von primärer Bedeutung für die Rekonstruktion der Kämpfe auf den Werften der Weser, ist wiedergegeben in den unveröffentlichten Erinnerungen von Sepp Miller. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 76.

115 Ebenda.

116 Siehe Kuckuk, Revolution, S.9-17.

117 Siehe Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.): Denkschrift, S.24-26. Allgemein zum Thema der Akkordarbeit in der Metallindustrie siehe Herbert Zirpel: Unternehmensstra-

dem Dokument, das der Direktion präsentiert wurde, hatte er daher die Abschaffung der kollektiven Akkorde und die Festsetzung eines Stundenlohnes verlangt.[118] Mit der Abschaffung des Akkordsystems wollten die Arbeiter die markante Einkommenswillkür sowie das hohe Maß der Kontrolle und Überwachung beenden.[119]

Die neuen Tarife sahen einen Stundenlohn von 2,40 Mark für die Facharbeiter, 2,30 Mark für teilweise spezialisierte Aufgaben und 2,10 Mark für die Beschäftigten ohne Spezialisierung vor.[120] Durch die Neufestsetzung von drei Makrolohnkategorien und die Einschränkung der Lohnspreizung innerhalb der Fabrik strebte der Arbeiterrat vor allem danach, der Pulverisierung der Einkommensverteilung, die die Beschäftigten in unendliche Lohnstufen (nach Kategorien oder Akkordsätzen) segmentierte, ein Ende zu setzen.

Die Aktion der Arbeiter der AG „Weser", die sich zu großen Teilen außerhalb gewerkschaftlicher Verhandlungsführung nach Art der Freien Gewerkschaften der Vorkriegszeit entwickelte und darauf drang, die konkreten Modalitäten der Produktion neu zu gestalten, rief bei den Unternehmern nicht geringe Sorgen hervor. Sie sahen darin eine „gewaltsame plötzliche Erschütterung des Wirtschaftslebens". Die Forderungen der Werftarbeiter beurteilten sie äußerst negativ, deren Erfüllung würde „die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes"[121] untergraben und zu dessen Untergang führen.[122]

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung wurde am 28. November erreicht, als die Verhandlungen, die die Direktion der Werft verzögert hatte,[123] mit einem raschen Abschluss endeten.

Der Arbeiterrat, der aus Arbeitern im Umfeld der USPD und der Linksradikalen bestand, hatte versucht, die einflussreichsten Exponenten

---

tegie und Gewerkschaftspolitik um Lohn und Leistung. Entwicklung der Entlohnungsmethoden und Leistungskontrolle in der deutschen Metallindustrie bis zum ersten Weltkrieg, Marburg 1985.

118 SAPMO-BArch, Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 77.

119 Siehe Marina Cattaruzza: „Organisierter Konflikt" und „Direkte Aktion": Zwei Formen des Arbeitskampfes am Beispiel der Werftarbeiterstreiks in Hamburg und Triest (1880-1914), in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 20, 1980, S.325-355, hier S.333-335.

120 HAK, WA 143/103.

121 BArch, R 1501, 1711, Bl. 264.

122 Eine ähnliche Position nahm die dem Hamburger Werftkapital nahestehende Zeitschrift „Hansa" ein. Siehe Die deutsche Schiffbauindustrie und die Revolution, in: Hansa. Schifffahrt, Schiffbau, Häfen, 6, 1918, S.135f.

123 SAPMO-BArch, Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 74.

der Arbeiterbewegung Bremens als Unterstützung für die Auseinandersetzung zu gewinnen.[124] So wurde die Anwesenheit des Unabhängigen Alfred Henke und des Linksradikalen Johann Knief bei den kurzen Verhandlungen als Aufwertung der Arbeitervertreter interpretiert.[125] Der starke Druck, der durch den Arbeiterrat ausgeübt wurde, hatte ohne Zweifel im Kontext der Radikalisierung der politischen Verhältnisse nach links sowohl national als auch in Bremen, wo die Mehrheitssozialdemokraten in der Minderheit waren, ein entscheidendes Gewicht bei den Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern.[126] Direktor Tetens soll die „geringe Ausdauer der Direktion" schließlich auch damit gerechtfertigt haben, „dass bei der draußen versammelten Menschenmenge [...] doch für den Fall der Ablehnung der Forderungen nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen sei, dass nicht eine ernste Demolierung des Werkes und sonstige schwere Folgen eintreten".[127] Die Verhandlungen wurden mit einer Annahme der Forderungen der Arbeiter ohne Ausnahmen abgeschlossen, insbesondere wurde die sofortige Abschaffung des Akkordsystems durchgesetzt.[128] Die Arbeiter setzten darüber hinaus durch, dass Direktor Tetens persönlich die Annahme der Forderungen, die vom Arbeiterrat am 18. November aufgestellt worden waren, verkündete.[129]

Das unmittelbare Ergebnis des Erfolgs der Arbeiter war die Stärkung der Linksradikalen innerhalb der Werften der Stadt. Nicht nur die großen Demonstrationen in den folgenden Tagen, sondern auch der Beginn ähnlicher Verhandlungen in anderen Werften, so auf den Atlas-Werken,[130] machten die organische Verbindung zwischen den am meisten avancierten Schichten der Werftarbeiterschaft und dem linken Flügel der sozialis-

124 Ebenda, Bl. 78.

125 Zur Figur von Johann Knief, politischer Kopf der Linksradikalen, siehe die vortreffliche Arbeit von Gerhard Engel: Johann Knief. Ein unvollendetes Leben, Berlin 2011.

126 Nach dem preußischen Generalkonsul in Bremen seien dagegen die Verantwortlichen für die Radikalisierung der Arbeiter Henke und Knief, die in ewiger Konkurrenz sich gegenseitig überbietend, die Arbeiter dazu aufgehetzt hätten, immer übertriebenere Forderungen aufzustellen und jede Vereinbarung mit den Unternehmern zu brechen. BArch, R 1501, 1711, Bl. 267.

127 SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 79.

128 Eine Kopie des Flugblatts des Arbeiterrats, in dem triumphierend die Abschaffung jeder Form des Akkords verkündet wird, findet sich im Firmenarchiv Krupp. HAK, WA143/242.

129 SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 79.

130 BArch, R 1501, 1711, Bl. 266.

tischen Arbeiterbewegung Bremens deutlich. Auf der engeren gewerkschaftlichen Ebene und bei den Lohnverhältnissen entpuppten sich die Errungenschaften während der Revolutionsphase, auch für die Arbeiter der AG „Weser", als flüchtig und anfällig gegenüber dem Umschwung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Unternehmer, der bereits ab Sommer 1919 die Basis für die neuen Vereinbarungen untergrub.[131] Tatsächlich wurde die Akkordarbeit im Metallsektor bereits in den ersten Monaten des Jahres 1920 wiederhergestellt, in einem Klima starker Repression, charakterisiert von Massenentlassungen, mit denen die am meisten organisierten Sektoren der Arbeiterklasse geschwächt und ihrer Kampfkraft die Spitze genommen werden sollten.[132]

Aus dem Italienischen von Dietmar Lange

131 Siehe Dirk Hemje-Oltmanns: Materielle Bedingungen der Entwicklung des Verhältnisses von Sozialreform und Revolution in Deutschland. 1890-1924 unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Werftarbeiterbewegung, München 1982, S.141-206.

132 Die Akkordarbeit wurde nach einem langen und ausgedehnten Streik bei den Atlas-Werken im Oktober 1919 wieder eingeführt. Die Richtlinien, die vom Werftkapital für die Wiedereinführung der Leistungslöhne aufgestellt wurden, sind enthalten in den Akten: StAB 4,65-685, Bl. 66-69.

Zwischen Burgfrieden und „Neuorientierung". Politische Positionen und soziale Aktionen der Christlichen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg

Ingo Löppenberg

Für die im „Gesamtverband der christlichen Gewerkvereine Deutschlands" (GCG) organisierten Gewerkschaften war der Erste Weltkrieg die Zeit ihrer „Bewährungsprobe".[1] Vor dem Krieg hatten sie sich zwar organisatorisch gefestigt, aber ihren Platz im heterogenen Milieu des politischen Katholizismus, mit seiner starken Zentrumspartei, den Arbeiter- und Gesellenvereinen und dem Volksbildungsverein noch nicht gefunden. Erst die sozio-ökonomischen Entwicklungen im Krieg eröffnete ihnen die Möglichkeiten, eigene Positionen in der Sozialpolitik zu entwickeln, sich der politischen Einflussnahme über einige Abgeordnete und Ausschüsse der Zentrumspartei zu versichern, um schlussendlich neben den Arbeitervereinen und der Partei als gleichberechtigter Partner innerhalb des Milieus des Politischen Katholizismus zu gelten.

Die folgende Darstellung widmet sich diesem Aspekt. Untersucht werden die christlichen Gewerkschaften anhand ihres Dachverbandes, und nicht der Einzelgewerkschaften, als wichtiger gesellschaftlicher Akteur im Zusammenhang mit der Reformfähigkeit der sozialen und politischen Strukturen des Deutschen Reichs, welche durch den Ersten Weltkrieg massiv erschüttert wurden. Dazu wird die eigene Perspektive des GCG auf seine Tätigkeiten im Krieg und die Entwicklung verschiedener politischer Standpunkte dargestellt. Hauptquellen sind die „Jahrbücher der christlichen Gewerkschaften" (JB) und das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" (ZB) aus dem Zeitraum 1914 bis

1 Siehe Albrecht Siegler: Die Lohnpolitik der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (1894-1933), Diss. Mannheim 1978, S.30-36 unter der Überschrift „Die Phase der Bewährung (1914-1918)". Und auch Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S.379-387 unter der Überschrift „Der Krieg als Bewährungsprobe". Und auch Herbert Gottwald: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCG) 1901-1933, in: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 2, Köln 1984, S.729-768.

1920, die vom Generalsekretariat des GCG herausgegeben wurden.[2] Dieser Aufsatz gliedert sich dabei – nach einer Einleitung über einige allgemeine Entwicklungen und Positionen des GCG vor dem Weltkrieg – in zwei Abschnitte. Das Hilfsdienstgesetz aus dem Jahr 1916 dient dabei als Zäsur.[3] Forschungsleitend sind folgende Fragen: Wie stellte der GCG seine Tätigkeiten im Krieg gegenüber seinen Mitgliedern dar? Wie erklärte er den Verzicht auf Streiks? Welche Alternativen wurden zur Verbesserung der Lage der Arbeiter propagiert und wie wurden diese in den zentralen Periodika des GCG vermittelt? Wie wollte der GCG seine Mitglieder für die Kriegsanstrengungen motivieren und mobilisieren?

Die bisherige Forschung hat sich solcher Fragen nur selten angenommen. Über das Verhältnis von Katholizismus und Katholiken zum Ersten Weltkrieg ist bisher nur wenig geforscht worden, und dann lagen die Schwerpunkte auf den Gebieten der Nationalisierung,[4] der Kriegstheologie[5] oder den interkonfessionellen Gegensätzen.[6] Die christlichen Ge-

---

2 Nur selten ließen sich Autoren für die einzelnen Artikel nachweisen. Ergänzt werden diese Quellen durch Lexikon-Artikel aus dem programmatischen „Staatslexikon" der Görres-Gesellschaft und vereinzelte Broschüren. Zum Staatslexikon siehe Hans-Jürgen Becker: Der Staat im Spiegel der Staatslexika. Ein Vergleich des Evangelischen Staatslexikons und des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft, in: Historisches Jahrbuch, Bd. 121, 2001, S.367-399.

3 Diesen Zäsurcharakter des „Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5.12.1916" betonen auch Karl D. Erdmann: Der Erste Weltkrieg, München 1999, S.192, und Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Bd.: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, Studienausgabe, München 2008, S.116-119, 57.

4 Siehe Richard van Dülmen: Der Deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg, in: Francia, 1974, Bd. 2, S.347-376, hier S.352-358; Günter Baadte: Katholischer Universalismus und nationaler Katholizismus im Ersten Weltkrieg, in: Albrecht Langner (Hrsg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn u. a. 1985, S.89-109; Stephan Fuchs: Vom Segen des Krieges. Katholische Gebildete im Ersten Weltkrieg. Eine Studie zur Kriegsdeutung im akademischen Katholizismus, Stuttgart 2004.

5 Siehe Johann Klier: Von der Kriegspredigt zum Friedensapell. Erzbischof Michael von Faulhaber und der Erste Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen katholischen Militärseelsorge, München 1991.

6 Siehe Roland Haidl: Ausbruch aus dem Ghetto? Katholizismus im deutschen Heer 1914-1918, in: Gerd Krumeich/Hartmut Lehmann (Hrsg.): Gott mit uns. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S.263-271. Haidl betont dabei am Beispiel der Kirche, dass der „Erste Weltkrieg [...] gleichsam ein Katalysator zur Neuinterpretation und Selbstdefinition [...] um ihre Bedeutung in der Gesellschaft" war. Ebenda, S.266.

werkschaften und ihre Positionen im Weltkrieg fanden zwar schon früh Beachtung. Therese Hartmann befasste sich bereits 1922 in ihrer Dissertation mit diesem Thema,[7] und 1927 erschien eine ergänzende, regionale Studie von Erich Ackermann.[8] Aber anschließend ruhte die Forschung 50 Jahre lang, bis 1978 die Dissertation über die Lohnpolitik der Christlichen Gewerkschaften von Albrecht Siegler und 1982 die Habilitations-Schrift von Michael Schneider über die Christlichen Gewerkschaften allgemein im Zeitraum 1894 bis 1933 erschienen.[9] Einen biografischen Zugang zu diesem Thema stellt die Dissertation von Bernhard Forster über Adam Stegerwald aus dem Jahr 2003 dar.[10] Nach ihren Forschungen hatten sowohl die Aktionen als auch die politischen Inhalte des GCG während des Weltkrieges mehr Gemeinsamkeiten mit denen zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs als mit denen in der Weimarer Republik. Hartmann konstatierte, dass die christlichen Gewerkschaften nur einen „theoretischen", keinen „praktischen" Anteil an den sozialen Errungenschaften während des Krieges gehabt hätten.[11] Wolfgang Mommsen ging sogar davon aus, dass die christlichen Gewerkschaften während des Krieges gegenüber den Freien Gewerkschaften „an Bedeutung verloren" hatten.[12] Dies sind Ergebnisse, die im Wesentlichen durch die folgende Darstellung gestützt werden.

Gründung und Ausbau bis 1914

Jede Gewerkschaft im Deutschen Kaiserreich war hauptsächlich auf dem Gebiet der Lohnpolitik tätig. Die christlich-politische Soziallehre definierte das Arbeitseinkommen so: „Lohn ist, im weiteren Sinn verstanden, jedes Einkommen, welches durch besonderen Vertrag für die Leistung von Arbeit zwischen zwei Kontrahenten ausbedungen wird, also ein Entgelt

7 Therese Hartmann: Die Entwicklung und Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften während des Krieges und der Übergangszeit, Diss. Freiburg i. Br. o. J. [1922].

8 Erich Ackermann: Die christliche Gewerkschaft und ihre Bewegung im Kreise Hagen-Schwelm in den Jahren 1900-1920, Diss. Gießen 1927.

9 Siehe Siegler, Lohnpolitik; Schneider, Gewerkschaften. Allgemein zu den Gewerkschaften im Weltkrieg siehe Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, Hamburg 1981.

10 Bernhard Forster: Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

11 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.76.

12 Wolfgang J. Mommsen: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918, Erster Nachdruck, Stuttgart 2004, S.106.

für eine bestimmte Leistung.“[13] Dieses „Entgelt“ musste von zwei Seiten ausgehandelt werden, wobei sich Arbeiter und Unternehmer gegenüberstanden. Der Lohn musste gerecht sein. Auch wenn der Arbeiter für den Fabrikanten ein Produktionsmittel darstellte, so durfte dieser nach der katholisch-theologischen Lehrmeinung in Anlehnung an Thomas von Aquin vom Unternehmer nicht „erniedrigt“ werden, denn dies wäre „bare Sklaverei“.[14] Der gerechte Lohn konnte, nach dieser Auffassung, durch Sozialwissenschaftler und Moraltheologen zwar nicht exakt bestimmt, aber geschätzt werden. Dem Arbeiter wurde diese Fähigkeit nicht zugesprochen, ganz im Sinne der Vorstellung eines sozialen Ständestaates.[15] Als „Elemente des gerechten Lohnes“ galten der Ersatz des Unterhaltes des Arbeiters an „Nahrung Kleidung Wohnung“ auch für Ferien- und Feiertage; die Rückerstattung der Ausbildungskosten, sowohl der selbst finanzierten als auch der von den Eltern bezahlten; der Ersatz für seine nachlassende Arbeitskraft durch Rentenversicherung oder Zusatzzahlungen und schließlich ein Gefahrenzuschlag und/oder Zuschlag für „Unannehmlichkeiten“, z. B. für die „widerwärtige Arbeit des Fleischhauers“.[16] Als logische Konsequenz ergab sich für die christliche Soziallehre daraus die Forderung nach einem staatlich garantierten „Minimallohn“, der die Versorgung einer ganzen Arbeiterfamilie sicherstellen sollte.[17] Allein sei ein Arbeiter nicht in der Lage, sich seinen gerechten Lohn zu erkämpfen. Das Koalitionsrecht war daher die „absolut notwendige Folgerung“ aus den ökonomischen Strukturen eines modernen Staates.[18]

Diese Koalitionen auf Arbeitnehmerseite waren die verschiedenen Gewerkschaften im Kaiserreich. Die Christlichen Gewerkschaften waren nach den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, aber vor den linksliberalen Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften und verschiedensten Kleinorganisationen gewerkschaftlichen Charakters die zweitstärkste Or-

13 Walter: Lohn, in: Julius Bachem (Hrsg.): Staatslexikon. Dritter Bd.: Kaperei bis Paßwesen, Dritte, neubearb. Aufl., Freiburg i. Br. 1910, Sp.882-894, hier Sp.882.

14 Ebenda, Sp.883.

15 Siehe allgemein zur katholischen Sozialpolitik und den zugrunde liegenden Vorstellungen Peter Langhorst/Franz Josef Stegman: Geschichte der sozialen Ideen im Deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Sozialer Katholizismus – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S.599-865.

16 Walter, Lohn, Sp.888f.

17 Ein sogenannter „Familienlohn“, ebenda, Sp.892f.

18 Ebenda, Sp.885. Siehe Siegler, Lohnpolitik, S.50-78.

ganisation. Der GCG umfasste am 31. August 1914 insgesamt 26 Verbände mit 340.000 Mitgliedern, davon ca. 25.000 Frauen. Sein Vermögen lag bei rund 9,7 Millionen Mark.[19]

Der GCG definierte sein Selbstbild als „staatserhaltend" und lehnte im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften jeden „Klassenkampf" ab.[20] Seine Ziele waren die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder durch „guten Lohn, Schutz von Leben und Gesundheit, Sicherheit der Existenz durch Abschluss von Tarifverträgen und eine gesunde Lohnpolitik".[21] Diesen Fokus auf die eigenen Mitglieder und den staatsbewahrenden Charakter sollte der GCG im Weltkrieg aufgeben. Der GCG trat „für eine fortschreitende Aufwärtsbewegung unseres Wirtschaftslebens und damit für eine Sicherung der Lohn- und Lebenshaltung der arbeitenden Klassen" ein. Dies wollte der GCG durch eine reformorientierte Politik erreichen und lehnte daher jede revolutionäre Tätigkeit ab, worunter z. B. auch in seinem Wortlaut „soziale revolutionäre utopistische Generalstreikputsche"[22] fielen. Damit entsagte sich der GCG eines wichtigen politischen Mittels. Diese systemstabilisierende Position bedeutete für den GCG auch die Akzeptanz der deutschen Weltmachtpolitik. Seit 1909 hatte der GCG durch seine Bildungsarbeit auf die Arbeiter eingewirkt und teilweise zur Anerkennung der Wehrvorlagen und zum Eintreten für die Schutzzölle und die Kolonialpolitik gebracht. Der Arbeiter sollte dadurch aus seinem „Milieu gepackt werden" und über die „Lebensfragen der Nation" mitentscheiden.[23] Dies führte z. B. zu Programmen, mit denen christliche Textil- und Tabakarbeiter Projekte zum Anbau von Tabak und Baumwolle in den Kolonien unterstützten.[24] Doch diese Teilnahme verlief nicht emphatisch, sondern war rein ökonomisch-pragmatisch bestimmt. Die „Überlegungen zur Wehrvorlage" aus dem Jahr 1913 z. B. wurden von ökonomischen Argumenten wie dem Kampf gegen Arbeits-

19 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15. Siehe zur Mitglieder- und Vermögensentwicklung auch August Pieper: Gewerk- und Arbeitervereine, in: Julius Bachem (Hrsg.): Staatslexikon. Zweiter Bd.: Eltern bis Kant, Dritte, neubearb. Aufl., Freiburg i. Br. 1909, Sp.742-767; Siegler, Lohnpolitik, S.11-29; Schneider, Gewerkschaften, S.138-149.

20 Siehe Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für das Wirtschafts- und Staatsleben Deutschlands. Vortragskizze 14, M. Gladbach o. J, S.6.

21 Ebenda.

22 Ebenda, S.7.

23 Theodor Brauer: Der Krieg und die christlichen Gewerkschaften, M. Gladbach o. J. [1916], S.4.

24 Siehe ebenda.

losigkeit im Sinne eines Konjunkturprogrammes und dem Schutz „des volkswirtschaftlichen Organismus" vor Spekulationen in einer Hochkonjunkturphase dominiert.[25] Der Gesamtverband forderte insgesamt „eine wohlabwägende Wirtschaftspolitik", welche „den tunlichsten Schutz der heimischen Produktion mit der wirksamen Förderung des Exports zu verbinden weiß", wobei Schutzzölle und bessere Infrastruktur die Produktion einerseits und Kolonien und Subventionen den Export andererseits fördern sollten.[26] Die Bedingungen für diese Akzeptanz der wirtschaftlichen Seite des Imperialismus lauteten: „spezielle Fürsorgemaßnahmen für die Arbeiter direkt", wie erhöhter Arbeiterschutz, verbesserte Arbeiterorganisation und „Sicherung eines stetigen, dauernden Einkommens", und allgemein eine „Verbesserung der Lebensverhältnisse".[27] Solche politischen Stellungnahmen blieben aufgrund der in den Statuten des GCG festgeschriebenen parteipolitischen Neutralität aber Ausnahmen. Die politische Positionierung überließ der GCG vor dem Weltkrieg hauptsächlich dem Zentrum, wobei das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen nicht immer spannungsfrei geblieben war. Die Partei versuchte ihre Federführung gegenüber dem GCG in personeller und inhaltlicher Hinsicht zu festigen, was allerdings nur partiell gelang.[28]

Trotz dieser grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber dem Staat gehörte der Arbeitskampf auch für den GCG als Ultima Ratio zu seinem Selbstverständnis. Der Arbeitskampf wurde vom GCG unter dem Stichwort „Lohnbewegung" zusammengefasst. Hauptsächlich führten die Christlichen Gewerkschaften Gespräche und Verhandlungen mit den Unternehmern, ganz im Sinn der christlichen Ständesolidarität. Aber auch Angriffs- und Verteidigungsstreiks gehörten zum Instrumentarium im Kampf gegen niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und für geringere Arbeitszeiten.[29] Die Streikbewegungen und die Ausgaben zur Unterstützung der Streikenden, welche in den Jahren 1910 und 1911 jeweils

25 Rundschau Volkswirtschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (ZB), Bd. 13, 1913, Nr. 9, S.143f, hier S.143.

26 F[ranz] Hitze: Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeitersozialpolitik mit einer statistischen Übersicht der Hauptergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung, M. Gladbach 1911, S.22.

27 Ebenda.

28 Siehe Schneider, Gewerkschaften, S.163, 265-268, 322-335, 356-359.

29 Siehe ebenda, S.281-322; Siegler, Lohnpolitik, S.50-133. Siehe auch Heinrich Koch S. J.: Streik und Aussperrung, in: Julius Bachem (Hrsg.): Staatslexikon. Fünfter (Schluß-)Bd.: Staatsrat bis Zweikampf, Nachträge, Freiburg i. Br. 1912, Sp.329-351.

über eine Million Mark betrugen, zeigten nach Meinung des GCG, dass kein „römisches Streikverbot" existiere, wie vonseiten der Freien Gewerkschaften behauptet wurde.[30] Verglichen mit den Ausgaben der Freien Gewerkschaften für Streikende waren diese Summen allerdings eher gering, wie selbst das katholische „Staatslexikon" vermerkte. Für das Jahr 1907 führte es für die Freien Gewerkschaften die Summe von knapp 13 Millionen Mark an, die für Arbeitskämpfe ausgegeben wurde.[31] Die Christlichen Gewerkschaften kamen dagegen lediglich auf knapp 743.000 Mark.[32]

Vom Ausbruch des Krieges bis zum Hilfsdienstgesetz

Der Ausbruch des Krieges bedeutete zunächst einen Bruch mit der klassischen Gewerkschaftsarbeit. Alle bestehenden Arbeitskämpfe wurden in wenigen Tagen unter Berufung auf den Burgfrieden niedergelegt.[33] Dies machte eine neue Taktik des GCG für den Arbeitskampf notwendig: „Der in gewöhnlichen Zeiten durch Streiks und sonstige Bewegungen ausgeübte Druck äußerte sich nach Kriegsausbruch vorwiegend in einem ganz gewaltigen Anschwellen der Zahl der Eingaben."[34] Die Eingabe ersetzte den Streik. Adressaten waren hauptsächlich die Unternehmer, dazu kamen öffentliche Körperschaften wie Landesversicherungsanstalten, Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie die verschiedensten Behörden auf allen Ebenen des Staatswesens. Ein spezieller Adressat waren die mit dem Kriegszustand aufgrund des Reichskriegsgesetzes von 1912 eingesetzten Militärbehörden im Reich.[35] Sie wurden besonders in Fällen von Lohnkürzungen und bei Unternehmen mit großen Kriegsgewinnen mit Petitionen überhäuft. Dabei konnten die Gewerkschaften häufig auf die Unterstützung der Militärbehör-

30 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912, in: Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1914 (im Folgenden: JB und Jahr), S.22-29, hier S.22. Siehe auch Siegler, Lohnpolitik, S.100-133; Schneider, Gewerkschaften, S.283-322.

31 Pieper, Arbeitervereine, Sp.752.

32 Ebenda, Sp.759.

33 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914, in: JB 1916, S.121-132, hier S.128. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914, in: ZB, Bd. 15, 1915, Nr. 18, S.157-166, hier S.163. Die in der Streiktabelle aufgeführten Bewegungen für das Jahr 1914 galten ausdrücklich nur für die Vorkriegsmonate. Siehe ebenda, S.163, 158.

34 Gewerkschaften 1914, in: JB, S.128. Siehe auch Gewerkschaften 1914, in: ZB, 1915, S.159.

35 Siehe Wehler, Beginn, S.54-57.

den zählen.[36] In seinen Medien betonte der GCG die gute Zusammenarbeit mit den Militärbehörden gegen „Arbeitgeber[n] und Unternehmer[n], denen auch in der größten Zeit der Profit über alles geht".[37] Die Militärbehörden entschieden aber auch gegen die Gewerkschaften, was nur spärlich vom GCG zugegeben wurde.[38]

Inhaltlich zeichneten sich die Eingaben durch ein breites sozialpolitisches Themenspektrum aus. Schwerpunkte waren die Vermittlung von Arbeit,[39] die Teuerung der Lebensverhältnisse, Arbeiterschutzbestimmungen und das Tarifrecht. Andere Eingaben betrafen die Sicherung und Bereitstellung von Lebensmitteln, die Bekämpfung des Wuchers sowie die Unterstützung von Kriegsinvaliden und der Angehörigen von Soldaten.[40] Gerade diese sich unmittelbar aus der einsetzenden Kriegswirtschaft und dem Krieg ergebenden Eingaben erweiterten das Blickfeld des GCG auf neue sozialpolitische Felder, blieben aber noch auf die eigenen Mitglieder bzw. andere Arbeiter konzentriert. Die Umstellung der Wirtschaft vom Friedens- zum Kriegszustand brachte auch neuartige Lohnbewegungen hervor. Ältere Arbeiter mussten ihnen unbekannte Tätigkeiten übernehmen und wurden wie Lehrlinge entlohnt. Ein anderer Kritikpunkt war die breite Spanne von Löhnen innerhalb eines Betriebes, die für gleiche Arbeit bis zu 200 Prozent umfassen konnte.[41] Die Entschärfung dieses sozialen Sprengstoffs galt dem GCG als oberste Aufgabe und machte weiterhin Eingaben zu Lohnfragen notwendig. Bei der „Haltung der organisierten deutschen Arbeiter zur Volkswirtschaft im Kriege" sei es aber „selbstverständlich", dass „keine zum Streik fortgeschritten ist".[42] Drohende Streiks wurden bekämpft. Wie das ablief, zeigt folgendes Beispiel aus dem christlichen Metallarbeiterverband: „Die Verbandsleitung war bemüht, überall, wo Differenzen auftraten, schlichtend einzugreifen. In einigen Fällen, wo durch ungerechtfertigtes Vorgehen von Werksleitungen

36 Siehe Brauer, Krieg, S.11.

37 Die Arbeiterbewegung im Kriege, in: JB 1915, S.46-56, hier S.53. Siehe auch Vorbildliche Sozialpolitik, in: ZB, Bd. 14, 1914, Nr. 24, S.325.

38 Siehe Gewerkschaften 1914, in: ZB, S.165. Siehe auch Siegler, Lohnpolitik, S.144-146.

39 Als Beispiel siehe Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: ZB, Bd. 14, 1914, Nr. 18, S.276f.

40 Siehe Gewerkschaften 1914, in: JB, S.128. Siehe auch Brauer, Gewerkschaften, S.13f.; Arbeiterbewegung im Kriege, S.51-53.

41 Siehe Gewerkschaften 1914, in: ZB, S.158.

42 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 19, S.145-153, hier S.151.

Arbeiter plötzlich, ohne Wissen der Verbandsleitung, die Arbeit niedergelegt hatten, wurden die Arbeiter durch Zureden veranlasst, die Arbeit wieder aufzunehmen."[43] Sicherlich waren hiermit Arbeiter gemeint, die innerhalb der Christlichen Gewerkschaften organisiert waren. Mit dieser Aussage wurde den eigenen Mitgliedern nochmals deutlich gesagt, dass jegliche Arbeitsniederlegungen zu unterlassen waren. Dies war sicherlich auch als Botschaft an die staatlichen Stellen gedacht, um die stabilisierende Funktion des GCG hervorzuheben. Insgesamt hatte der GCG nur wenige Möglichkeiten, auf Mitglieder anderer Gewerkschaften oder auf unabhängige Arbeiter einzuwirken. Von den 880 „Lohnbewegungen" der Christlichen Gewerkschaften 1915 wurden allein 643 von den Metallarbeitern durchgeführt. Sie erbrachten Lohnerhöhungen für die Mitglieder von fast 2,5 Millionen Mark.[44] Erfolge waren in den Augen des GCG also auch ohne Streiks möglich, und dies sollte durch die Nennung der Millionensumme seinen Mitgliedern gegenüber illustriert werden. Allerdings befanden sich die Metallarbeiter durch die zusätzlichen Rüstungsaufträge in einer besonders privilegierten Position, was höhere Lohnabschlüsse möglich machte. Häufig wurden diese aber auch von der galoppierenden Inflation wieder zunichte gemacht. Konsequenterweise verzichtete man in den veröffentlichten Jahresberichten auf die bisherige Verwendung des Wortes „Streik" in den die Lohnbewegungen abbildenden Tabellen.[45] Eingaben wurden von allen christlichen Verbänden als „große[r] Erfolg" angesehen. Allein der Gewerkverein christlicher Arbeiter füllte in den letzten Monaten 1914 „mit seinen Eingaben ein Werk von über 200 Seiten [...] und hinterlässt damit für die spätere Forschung eine wertvolle Dokumentensammlung aus der denkwürdigen Zeit des Weltkrieges".[46] Die Nennung der Seitenanzahl sollte ebenfalls eindeutig Eindruck bei den Arbeitern machen. Sie sagt aber über die tatsächliche Effektivität der Eingaben nur wenig aus und beinhaltet auch die Möglichkeit, dass wiederholte Eingaben doppelt gezählt wurden.

Neben den Petitionen gab es betriebliche Kundgebungen, um Forderungen zu formulieren, was aber aufgrund der eingeschränkten Versammlungsmöglichkeiten im Betrieb seltener angewandt wurde als vor dem Krieg. Häufiger waren es persönliche Gespräche mit Unternehmern und

43 Ebenda.

44 Siehe ebenda.

45 Siehe ebenda. Erst ab 1920 kamen diese Begriffe wieder in die Jahresberichte. Siehe Siegler, Lohnpolitik, S.157-165.

46 Gewerkschaften 1914, in: JB, S.129.

Beamten, in denen Funktionäre der Christlichen Gewerkschaften versuchten, zusätzlichen Druck auszuüben, um eine Entscheidung zugunsten der Gewerkschaften zu erreichen.[47] Gescheiterte Gespräche blieben so allerdings hinter geschlossenen Türen, und die Funktionäre konnten anschließend ihr Gesicht gegenüber ihren Mitgliedern wahren.

Daneben erweiterte man die klassische Gewerkschaftsarbeit um neue Aufgaben. Um die Lebensmittelverhältnisse zu verbessern, sammelten die Gewerkschaften z. B. Informationen über Preise und möglichen Wucher, erstellten ein Dossier und sandten es an die zuständigen Behörden. Außerdem wurde die Konsumbewegung systematisch ausgebaut und ein gemeinsamer Ankauf von Lebensmitteln durch die Mitglieder organisiert. Auch wurde im verstärkten Maße „Aufklärung und Schulung" der Arbeiter durch Funktionäre betrieben. Thematisch bezog sie sich auf die „weltgeschichtliche[n] Entwicklungen", also die Kriegsursachen und „Deutschlands Stellung" und Aufgaben in der Welt, aber auch auf die Lage der Arbeiter im Krieg und ihre Zukunft. In der Agitationsarbeit wurden moderne Medien wie die „Verwendung von Lichtbildern in Versammlungen" eingesetzt.[48] Neben den für ihre Mitglieder wichtigen Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse betrieben die Christlichen Gewerkschaften die Unterstützung der wirtschaftlichen Mobilmachung, getreu dem Motto, „ehrliche Arbeit schändet niemand".[49] Die Gewerkschaften überzeugten ihre Arbeiter, Tätigkeiten aufzunehmen, auch wenn sie dafür nicht ausgebildet waren, oder in einem anderen Wirtschaftszweig, wie der Landwirtschaft, zu arbeiten. Sie trugen durch ihren Streikverzicht, ihre neuen Methoden und ihre Teilnahme an der wirtschaftlichen Mobilmachung erheblich zu der Stabilisierung des Reichs im Krieg und den Rüstungsanstrengungen bei. Der GCG betonte dabei, dass dies als „Saat erblickt werden darf, die wohl gehütet, in späterer Zeit Früchte zeitigen kann".[50] Dass sie damit den Krieg verlängerten, war für die Christlichen Gewerkschaften offensichtlich kein Problem.

Als ein weiteres Argument für seine positiven Erwartungen an die Zukunft führte der GCG die Integration des Arbeiters in die Nation an. Nun

47 Siehe Bauer, Gewerkschaften, S.14. Siehe auch Arbeiterbewegung im Kriege, S.54. Die stillen, persönlichen Gespräche schienen die Funktionäre zu bevorzugen: „Nicht in großsprecherischen Kundgebungen sahen die Gewerkschaften ihre Aufgabe, sondern in der geräuschlosen praktischen Arbeit zur Überwindung widriger Verhältnisse und zur Erhaltung des Vertrauens im Volke." Gewerkschaften 1915, S.145.

48 Kriegsarbeit der christlichen Gewerkschaften, in: JB, 1916, S.54-70, hier S.66f, 57f.

49 Ebenda, S.11.

50 Arbeiterbewegung im Kriege, S.50.

hätten auch die anderen Stände anerkannt, dass die Solidarität des Arbeiters „als Bürger des Staates" seiner Nation gelte und nicht einer Arbeiterinternationalen.[51] Es käme aber nicht auf „ein lautes Betonen vaterländischen Empfindens" an, sondern „auf das Handeln des einzelnen und jeder einzelnen Gruppe im nationalen Sinne innerhalb des eigenen Kreises".[52] Im Wesentlichen behielt der GCG seine nationalen Vorstellungen aus den Friedenszeiten auch im Krieg bei. Als Hauptprinzip der Nation betrachtete er die „Solidarität der Volksgenossen", welche sich in der Gewerbesolidarität und der nationalen Solidarität der Christlichen Gewerkschaften äußere.[53] Im Krieg bekannte sich der GCG erneut zur Rüstung des Heeres in den Vorkriegsjahren und zur Monarchie, welche in Deutschland eine tiefere und bessere Sozialpolitik hervorgebracht hätte als die Republik Frankreichs: „Wären wir keine Monarchisten aus Treue und Glauben, wir würden es aus Eigennutz und Vernunft."[54] Ein überschwänglicher Nationalismus oder eine Steigerung blieben aber aus, ebenso eine mentale Militarisierung des GCG im Krieg. Nur ein Aufsatz mit dem Titel „Auf Posten" betonte das positive militärische Vorbild für die Vertrauenspersonen der Christlichen Gewerkschaften in den Fabriken.[55] Auch sprachlich hielten sich die Zentralorgane von militärischen Ausdrücken meist fern.[56] Dies stand in einem Gegensatz zu den Anstrengungen des GCG, die Arbeiter zu weiteren Leistungen für die Kriegswirtschaft anzuspornen.

Dabei wäre eine mentale Militarisierung durch den Fronteinsatz vieler Gewerkschaftsmitglieder und die gute Zusammenarbeit mit den Militärbehörden durchaus zu erwarten gewesen. Bis Dezember 1914 kamen fast 80.000 Mitglieder als Soldaten, Eisenbahner oder Krankenpfleger an die Front. Doch durch die Einberufung und freiwillige Meldungen hatten sich viele Arbeiter bei ihrer Gewerkschaft abgemeldet bzw.

---

51 Siehe Brauer, Gewerkschaften, S.7. Siehe auch die Ablehnung des Internationalismus als „Giftblüten" für den Arbeiter in: Der Krieg und die Grundsätze der christlichen Arbeiterbewegung, in: JB, 1915, S.57-71, hier S.67.

52 Brauer, Gewerkschaften, S.7.

53 Siehe Der Krieg und die Grundsätze, S.58.

54 Ebenda, S.66. Siehe auch Rudolf Morsey: Die Deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch, Bd. 90, 1970, S.31-64, hier S.62-64; Baadte, Universalismus, S.90-94.

55 Auf Posten, in: JB, 1916, S.71-83.

56 Eine Ausnahme bildet z. B. „Arbeiterarmee" in „Kriegslöhne", in: JB, 1918, S.58-71, hier S.63. Siehe dazu Ingo Löppenberg: Wider Raubstaat, Großkapital und Pickelhaube. Die katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrums 1860 bis 1914, Frankfurt/Main u. a. 2009, S.112-120.

die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge eingestellt. Der GCG verlor massiv Mitglieder.[57] Die Organisation wurde besonders dadurch geschwächt, das gerade die „eifrigsten Vertrauensmänner sich unter den Fahnen" befanden.[58] Der GCG musste Sekretariate auflösen, Ortsverbände zusammenlegen und Zeitschriften einstellen. Mitte 1916 waren fast 160.000 Mitglieder im Fronteinsatz,[59] sodass die Gesamtzahl der Mitglieder auf knapp 178.000 Mitglieder sank.[60] Verglichen mit dem Vorkriegsjahr 1913, in dem der GCG 341.735[61] Mitglieder besaß, war dies fast eine Halbierung. Neben den geringeren Einnahmen durch die fehlenden Mitgliedsbeiträge reduzierten die neuen Gewerkschaftsaufgaben das Gewerkschaftsvermögen bis 1916 um zwei Millionen Mark.[62] Den in den Augen des GCG „erfolgreichen" Eingaben und den neuen karitativen Tätigkeiten des GCG stand eine deutliche Schwächung der Organisation gegenüber.

Dabei hatte sich in den ersten zwei Jahren des Krieges beim GCG die Erkenntnis durchgesetzt, dass er eine starke Organisation benötigen würde. Zwar hatten die Zentralorgane noch Ende 1914 bzw. zu Beginn 1915 die positiven Urteile über den GCG vonseiten der Arbeitgeber und der staatlichen Stellen betont, womit die „allgemein kulturelle Bedeutung" der Christlichen Gewerkschaften anerkannt sei.[63] Man meinte sogar, dass weder der „politische Feudalismus" noch der „Industriefeudalismus" und auch nicht die „Richter [...], Landräte [...], Polizeibehörde" dem GCG weiterhin Schwierigkeiten machen würden.[64] Aber es gab auch die Einsicht in die Realitäten. Denn trotz Burgfriedens und der Zusammenarbeit mit den Unternehmern im Krieg galt: „Sicherlich wird die Bewegung, die unsere Stände ergriffen hat, und in dieser Bewegung der Kampf um den materiellen Aufstieg nicht zur Ruhe kommen."[65] Mitten im Burgfrieden befürchtete der GCG, dass die Unternehmer seine Schwäche ausnutzen würden. „Dieser von den Gewerkschaften wohlgemeinte Burgfrieden darf jedoch

57 Siehe Arbeiterbewegung im Kriege, S.56.

58 Die christlichen Gewerkschaften unter Kriegseinfluß, in: ZB, Bd. 14, Nr. 25, S.333f., hier S.333.

59 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1916, in: JB, 1918, S.15-27, hier S.15. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.103f.

60 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15; Schneider, Gewerkschaften, S.366-369.

61 Ebenda, S.366.

62 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15.

63 Arbeiterbewegung im Kriege, S.46.

64 Vom alten zum neuen Deutschland, in: JB, 1916, S.15-23, hier S.20.

65 Weltkrieg und sittliche Volkserneuerung, in: JB, 1915, S.36-45, hier S.45.

nicht so ausgelegt werden, dass die Arbeiter nunmehr mit allem und jedem ohne Gegenwehr zufrieden sein müssten." Viele Unternehmen hätten versucht, Löhne zu drücken und Tarifverträge zu brechen.[66] Im Kreis Hagen-Schwelm z. B. führten die vielen Eingaben und Petitionen in den Jahren 1915 und 1916 wegen der „geschwächten Organisationsverhältnisse" nicht zu den gewünschten Erfolgen.[67] Unerlässlich zur Stärkung der Organisation war eine juristische Verbesserung der Lage des GCG und seiner Mitglieder.

Dabei betonte der GCG, er wolle die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht umstürzen, aber sie im Sinne der Arbeiter weiterentwickeln.[68] Ökonomisch gefordert wurden eine „Gewerbesolidarität" der Stände, eine Zusammenarbeit, die weder „Klassenkampf" noch „Wirtschaftsfrieden" war. Dadurch sollten die verschiedenen Klassen/Stände aber nicht vermischt oder gar aufgehoben werden, da dies eine Machtverringerung der Gewerkschaften zur Folge gehabt hätte.[69] Der gesellschaftliche Forderungskatalog für das „neue Deutschland"[70] umfasste eine „soziale Durchbildung" des Schulwesens und die Verbesserung der Bildung z. B. durch die Öffnung von Theatern für Volksvorstellungen und Aufführungen von Klassikern für das Volk. Das „Privileg des Besitzes in der Aneignung und im Genuss der nationalen Literatur und Kunst" sollte gebrochen werden. Gefordert wurde, dass auch Angehörige der unteren Schichten Reserveoffizier werden konnten. Auch sollten diesen die Ämter von Richtern und Landräten, die häufig „volksfremd" wären, zugänglich werden. Politisch wurden die „persönliche[n] Beziehungen"[71] zwischen den oberen Regierungsstellen sowie den Vertretern der Industrie und der Agrarier kritisch bewertet. Dieser einseitige Lobbyismus wurde entschieden abgelehnt und die Einbeziehung des GCG verlangt. Die Forderung, dies solle auf der Basis „tatsächliche[r] Gleichberechtigung" erfolgen, bedeutete im Prinzip das Eingeständnis der eigenen Schwäche durch den GCG. Im Bereich des Arbeitswesens wollte der GCG die bisherigen Arbeitsausschüs-

66 Arbeiterforderungen in der Kriegszeit, in: ZB, Bd. 15, 1915, Nr. 1, S.7f., hier S.7. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.198-200.

67 Ackermann, Gewerkschaft, S.21. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Petitions-Strategie der CG nur begrenzt wirken konnte. Allerdings müssten für ein abschließendes Urteil weitere Regionalstudien durchgeführt werden.

68 Siehe Der Krieg und die Grundsätze, S.69-71.

69 Siehe Brauer, Gewerkschaften, S.7.

70 Gewerkschaften 1915, S.148.

71 Wir und unser Vaterland, in: JB, 1916, S.24-38, hier S.36f.

se erneuern und erweitern. Auch die fehlenden Möglichkeiten zur Teilnahme am Arbeiterschutz seitens des GCG, die bestehenden Ausnahme-Paragrafen und die Ungleichbehandlung vor den Gerichten wurden kritisiert. Weitere sozialpolitische Forderungen waren die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und der gemeinschaftliche Ausbau der Arbeitsvermittlung. Zur „Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft" von Jugendlichen, Frauen und Männern sollte die Arbeitszeit vom Gesetzgeber allgemein gesenkt werden.[72] Alles Forderungen, die nach Kriegsende vom GCG in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, wobei der eigene Anteil im Wesentlichen in der Person Adam Stegerwalds gesehen werden muss, in der Weimarer Republik durchgesetzt wurden.[73] Zusammengefasst wurden diese bis dahin zerstreut vorliegenden Forderungen in einem Programm von Stegerwald, das am 16./17. August 1916 vom Ausschuss des Arbeiterkongresses der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gebilligt wurde. Es enthielt zentrale Elemente der christlich-gewerkschaftlichen Vorstellungen über die nach dem Krieg zu erhebenden sozialpolitischen Forderungen.[74] Ziel war, „entsprechend der Betätigung der Bewegung auf dem Boden der bestehenden Ordnung, die würdige Vollendung der begonnenen Einordnung der Arbeiter- und Angestelltenschaft als eines gleichwertigen, gleichgeachteten und vollberechtigten Standes in Staat und Gesellschaft, in Recht und Wirtschaft".[75]

Die zitierten Aufsätze in den Jahrbüchern und im „Zentralblatt" wie auch das Programm des Kongresses zeigen, wie der GCG – vor dem Krieg reine Vertretung der Interessen der Arbeiter (Lohn, Arbeitsschutz- und -zeitbestimmungen, Mitsprache) – sich zu einem wichtigen auch politischen Akteur wandelte, der nun Sozialpolitik für weite Teile der „kleinen Leute" auch jenseits einer christlichen Konfession machen wollte. Der GCG hatte sich thematisch verbreitert und eine größere Bevölkerungskreise ansprechende Programmatik aufgestellt. Durch diese seiner Meinung nach „fruchtbringende Werbearbeit"[76] für den GCG sollte Folgendes gesichert werden: „Der Arbeiterschaft winkt im neuen Deutschland

72 Siehe Anregungen aus der Kriegssozialpolitik für die Zukunft, in: JB, 1916, S.105-120, hier S.111-119, Zitat S.117. Dort auch noch viele kleinere Forderungen.

73 Siehe Forster, Stegerwald, S.242-257, 502-537.

74 Siehe Das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 20, S.161-163.

75 Ebenda, S.162f. Siehe auch Forster, Stegerwald, S.139-146; Schneider, Gewerkschaften, S.388-398.

76 Kriegsarbeit der christlichen Gewerkschaften, S.70.

eine einflussreichere Stellung als sie sie je inne hatte und die sie auf dem Wege einer normalen Entwicklung erst nach sehr langer Zeit hätte erreichen können."[77] Nach dem Verständnis des GCG hatte der Krieg als eine Art Katalysator gewirkt und eine natürliche Entwicklung künstlich beschleunigt. Es war nun aus der Sicht des GCG notwendig, die aufgestellten Forderungen zu institutionalisieren, und dies geschah in Form des Hilfsdienstgesetzes.

Von der Verabschiedung des Gesetzes bis zum Kriegsende

„Es ist bisher noch niemals ein Gesetz zustande gekommen, das für die deutsche Arbeiterschaft von einer solch gewaltigen Tragweite sowohl in wirtschaftlicher wie in persönlicher Hinsicht gewesen ist."[78] So urteilte das „Zentralblatt" über das „Gesetz zum Vaterländischen Hilfsdienst". Die drei Gewerkschaftsrichtungen hatten sich zusammengeschlossen und über ihre Abgeordneten Ergänzungsvorschläge unterbreitet. Hauptsächlich ging es ihnen dabei um die Anerkennung und die Beteiligung der Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Partner neben den Unternehmerverbänden und die Einrichtung von nach dem Verhältniswahlsystem zusammengesetzten Arbeiterausschüssen in den Betrieben, Einigungsämtern und Schiedsgerichten.[79] Daneben gab es Vorschläge zu Arbeitsschutzbestimmungen, besonders für Frauen und Jugendliche, und Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungen.[80] Letztendlich bedeutete das Gesetz auch, dass die Arbeiter mit außerökonomischem Zwang zur Arbeit in der Kriegsindustrie gezwungen wurden und Proteste reduziert werden sollten. Die allgemeine Arbeitspflicht für die männliche Bevölkerung führte zur Aufhebung der Freizügigkeit. Alle gesellschaftlichen Bereiche waren nun den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft untergeordnet.

Das Gesetz wurde vom GCG als Erfolg interpretiert, obwohl nur einige Forderungen des Programms der christlich-nationalen Arbeiterbewegung umgesetzt wurden. „Wir halten es auch für ausgeschlossen, dass diese Fortschritte mit dem Verschwinden des Gesetzes, das ja spätestens einen Monat nach Abschluss des Friedens mit den europäischen Großmächten verfällt, beseitigt werden. Dafür scheinen uns auch die Not-

77 Vom alten zum neuen Deutschland, S.21. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.249-253.

78 Vaterländischer Hilfsdienst, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 20, S.201f., hier S.201.

79 Siehe Bieber, Gewerkschaften, S.313-328.

80 Siehe Hilfsdienst, S.202.

wendigkeiten nach dem Krieg zu bürgen, wenn nicht die Konsolidierung des Wirtschaftslebens nach Kriegsschluss durch eine Menge von Lohnkämpfen stark beeinträchtigt werden soll."[81] Die Unsicherheit von 1914 bis 1916 innerhalb des GCG war verflogen und einem breiten Optimismus gewichen: „Der vaterländische Hilfsdienst rüttelt die Massen auf, fasst sie zu starken Einheiten zusammen, erleichtert die gewerkschaftliche Aufklärung und bietet vorher schmerzlich vermisste Möglichkeiten der Lohnaufbesserung."[82] Tatsächlich verbesserten sich zunächst die Strukturen des GCG deutlich. Die Mitgliederzahl stieg seit 1916 kontinuierlich. Sie betrug am Ende des Krieges 370.000 und hatte damit den Vorkriegsstand übertroffen. Das Vermögen belief sich Ende 1918 auf fast 11,5 Millionen Mark, bei gleichzeitig konstant gebliebenen Unterstützungsleistungen.[83] Rückblickend sahen sich die christlichen Gewerkschaften im letzten Kriegsjahr „auf einer vorher nie gekannten Höhe".[84]

Neben der verbesserten Organisation führte diese Erfahrung mit dem politischen System auch zu einem absoluten Novum in der Arbeit des GCG. 1917 wurde im ZB ein eigener Gesetzentwurf eines Arbeitskammergesetzes als Gegenentwurf zu dem Vorschlag der Regierung veröffentlicht.[85] Der Gesamtverband versuchte sich als ebenbürtiger politischer Akteur neben dem Zentrum zu etablieren, was aber von deren Abgeordneten nur bedingt begrüßt wurde. Neben diesen Aktionen zur inhaltlichen Teilnahme am politischen Prozess war bereits versucht worden, über die Person von Adam Stegerwald politischen Einfluss zu gewinnen. Der Generalsekretär des GCG Stegerwald wurde im Mai 1916 in den Vorstand des Reichsernährungsamtes berufen. Der GCG sah darin, wieder einmal, eine Anerkennung seiner Stellung in der Gesellschaft und begrüßte diese „Demokratisierung".[86] Intern hingegen wurden die Handlungen Stegerwalds auf dem Gebiet der Ernährung zur Zielscheibe von Kritik durch

81 Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst/Werdegang und Bedeutung des Gesetzes/Unsere Aufgaben bei der Durchführung des Gesetzes, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 26, S.209-214, hier S.211.

82 Gewerkschaften 1916, S.15. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.328-336; Schneider, Gewerkschaften, S.409-419.

83 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15; Siegler, Lohnpolitik, S.154-157.

84 Die Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1918, in: JB, 1920, S.15-26, hier S.15. Siehe auch Schneider, Gewerkschaften, S.369-372.

85 Siehe Der Gewerkschaftsentwurf eines Arbeitskammergesetzes, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 26, S.209-214.

86 Gewerkschaften 1916, S.27. Siehe auch Forster, Stegerwald, S.146-150.

Zentrumsparlamentarier und einige Gewerkschaftsfunktionäre.[87] Stegerwald vertrat schließlich den GCG bei den Konferenzen über die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes zum „Vaterländischen Hilfsdienst" vom 5. Dezember 1916, welche ab Ende Dezember 1916 bis Anfang 1917 in Berlin stattfanden.

Die verbesserte Organisation und die Einführung des Gesetzes zum „Vaterländischen Hilfsdienst" spiegelten sich auch im bereits erwähnten Kreis Hagen-Schwelm wider. Nach dem Hilfsdienstgesetz geschaffene Arbeiterausschüsse, Instanzen und Schlichtungsstellen, welche mit Nachdruck gegenüber den Unternehmern und mit Unterstützung der Militärbehörden eingeführt wurden, ermöglichten es den Arbeitern umfangreiche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die „Lohnbewegungen" auf Verhandlungsbasis im Kreis verdoppelten sich bis zum Ende des Krieges gegenüber der Vorkriegszeit, die Lohnerhöhungen für die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften betrugen 1917 z. B. über 1,36 Millionen Mark.[88] Bei den Arbeiterschutzbestimmungen gelangen den Gewerkschaften keine dauerhaften Verbesserungen. Diese wurden alle vom Regierungspräsidenten auf Antrag der Unternehmen aufgehoben.[89] Ein Hinweis darauf, dass der Staat zwar auf die Mitarbeit der Christlichen Gewerkschaften bei der Befriedung der Arbeiter angewiesen war, sich dadurch aber nicht von diesen abhängig machte, sondern weiterhin eine im Kern unternehmerfreundliche Politik verfolgte.

Die Unterstützung der Regierung durch die Verhinderung von Streiks bei gleichzeitiger Erhöhung des Reformdrucks durch die Eingaben hatte sich nach der Meinung des GCG für ihn in der Form des Hilfsdienstgesetzes ausgezahlt. Daher gab es für ihn keinen Grund von dieser staatsfreundlichen Linie abzuweichen. Dies zeigte sich, als am 16. April 1917 der Streik in der Berliner Rüstungsindustrie ausbrach. In seiner Stellungnahme gestand der GCG zwar zu, dass es „mancherlei Wünsche und berechtigte Forderungen" gäbe, doch könnten diese „im gegenwärtigen kritischen Augenblick in der Form von Riesenstreiks" nicht durchgesetzt werden. Folglich lehnte der GCG in einem Aufruf jede „Arbeitsniederlegung" entschieden ab.[90] Auch einzelne Verbände wie der Bayrische Eisenbahnerverband kämpften gegen die polemisch titulierten „Streikhet-

87 Siehe ebenda, S.149.

88 Siehe Ackermann, Gewerkschaft, S.22.

89 Siehe ebenda, S.23.

90 Streik der Berliner Rüstungsarbeiter, in ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 9, S.71f., hier S.72.

zer“ und gegen „falsche Propheten“.[91] Der GCG betonte die Schwierigkeit, die Arbeiter unter Kontrolle zu behalten, gerade wegen der Agitation der „im Dunkeln arbeitenden fanatisierten Kreise“.[92] Politische Streiks würden die christlichen Gewerkschaften in ihren Bestrebungen, sozialpolitische Verbesserungen mit der Regierung auszuhandeln, „schwächen“,[93] so schärfte der GCG seinen Mitgliedern ein. Jeder Streik in einem Betrieb verringere die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung in einem Lohnkampf.[94] Dass ein Lohnstreik die Verhandlungsposition der Arbeiter stärken konnte, sah der GCG nicht. Den Forderungen von Streikenden jenseits von Lohnfragen wurde nur selten Rechnung getragen. Ihre Parolen wurden zwar sprachlich von den Organen des GCG aufgegriffen, allerdings ganz anders interpretiert: „Frieden und Brot“ könnte es nur nach einem siegreichen Krieg geben,[95] wurde argumentiert. „Die Arbeiterbewegung würde Selbstmord begehen, wenn sie ihre im Krieg erworbene Stellung im Volksganzen verscherzte“, hieß es im „Zentralblatt“.[96] Die Regierung hatte es geschafft, für ihre Absichten eine wichtige Organisation wie den GCG als stabilisierenden Faktor in der Gesellschaft zu gewinnen. Alle Schritte der Regierung auf die gewerkschaftlichen Positionen zu, welche durch den Krieg immer wieder notwendig waren, förderten das Engagement des GCG, für eine Befriedung und Mobilisierung der Arbeiter während des Krieges zu sorgen und die Rüstungsanstrengungen zu unterstützen. Dieses Engagement des GCG schuf eine durch die Periodika kommunizierte Erwartungshaltung bei seinen Mitgliedern, dass nach dem Frieden die sozialpolitischen Fortschritte beibehalten und ausgebaut werden würden. „Der gegenwärtige Krieg bildet die historische, vielleicht nie wiederkehrende Stunde, in der in friedlicher Weise die Verbindung zwischen Staat und Gesamtvolk in Preußen hergestellt, die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staatsorganismus herbeigeführt und damit Preußen zu einem volkstümlichen Staatswesen umge-

91 Aufruf des Bayrischen Eisenbahnerverbandes, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 14, S.110.

92 Gewerkschaften 1916, S.23.

93 Siehe Die christlichen Gewerkschaften zur Streikfrage, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 4, S.29-31.

94 Gegen den Streikgedanken, in: ebenda, Nr. 3, S.27.

95 C[arl] M[atthias] Schiffer: Friede und Brot, Berlin o. J. [1917], S.22.

96 Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in der Bedrängnis des Vaterlandes, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 10, S.73-76, hier S.74. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.441-486, bes. S.451f., 473f.; Schneider, Gewerkschaften, S.419-422.

staltet werden kann."[97] Während an der Front Millionen Menschen getötet wurden, erhoffte sich der GCG, ohne Klassenkampf eine „sozialpolitische Ausbeute"[98] für seine Mitglieder und Teile der Bevölkerung durch die Anpassung an die Vorgaben der staatlichen Stellen – was mit „in friedlicher Weise" gemeint war – zu erhalten.

Diese Allianz des GCG mit den staatlichen Stellen wurde auch durch den erneuten Druck begünstigt, den die Unternehmer auf die Arbeiter ausübten. Die Unternehmer- und Arbeitgeberorganisationen wurden vom GCG in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 nun als „Feinde" dargestellt, womit die christliche Ständesolidarität aufgekündigt sei. Mit Sorge betrachtete der GCG die Meinungen der arbeitgebernahen Presseorgane, die die Schuld an den Preissteigerungen den hohen Löhnen zuschrieben. Diese „gehässigen Übertreibungen" müssten aufhören.[99] Es wären nicht die Mitglieder der Arbeitgeberverbände gewesen, die wie viele Gewerkschaftsmitglieder an der Front gestanden hätten und noch stünden, stattdessen wären sie durch die Kriegsgewinne und durch die Kartell- und Syndikatsbildungen zu „furchtbaren Gebilden" herangewachsen.[100] Innerlich hatte der GCG den Burgfrieden mit den Unternehmern aufgehoben und ging davon aus, dass nach dem Krieg die neuen Feinde die alten Feinde von früher sein würden. Das ZB stellte dazu 1918 fest, „dass die organisierten Unternehmer gewaltig am Rüsten sind, um für die Zeit nach dem Krieg ihren Bestrebungen gegenüber den Arbeiterbewegungen nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Zu diesem Zweck haben sie ihre Kräfte gesammelt, die Zentralisation ihrer Organisation vervollkommnet, den inneren Ausbau wesentlich gefördert. Ihre finanziellen Kampffonds sind durch den wirtschaftlichen Burgfrieden während der langen Kriegsdauer naturgemäß bedeutend gestärkt".[101]

Der GCG hatte bis dahin fast nur positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen gemacht. Der verstärkte Druck von Unternehmerseite her führte nun zu einer noch engeren Zusammenarbeit mit dem kaiserlichen Staat. Diese zeigte sich zum Beispiel an der Nicht-Beteiligung des GCG an den Kriegszieldiskussionen der deutschen Öffentlichkeit seit 1917. Ein Frieden sollte in den Augen des GCG die Gegner nicht „demütigen", aber zur wirtschaftlichen Sicherung Deutschlands

97 Friede nach außen – Kampf im Innern?, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 6, S.45f.
98 Das Jahr 1917, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 1, S.2-5, hier S.4.
99 Gewerkschaften 1916, S.22. Siehe auch Kriegslöhne, S.58-71.
100 Erweiterung der Grundlagen für unsere Agitation, in: JB, 1918, S.72-82, hier S.80.
101 Unternehmer-Rüstungen, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 7, S.60.

auch nicht ohne Annexionen geschlossen werden.[102] Die Kolonien sollten bei einem Frieden zurückgefordert werden, da für sie Soldaten gestorben waren und um den Weltmachtstatus zu behalten.[103] Mehrfach wurden die Einzelverbände zur Zurückhaltung im Streit um Kriegsziele aufgerufen, Ortskartellen wurde sogar verboten eigenständig Petitionen zu unterschreiben.[104] Ein weiteres Beispiel ist die Verteidigung der Monarchie. Sie habe sich vom „soziale[n] Kaisertum" zum „Volkskaisertum" entwickelt.[105] „Der Gedanke des überspannten alten preußischen Obrigkeitsstaates ist damit zu Grabe getragen und zu einer volkstümlichen Ausgestaltung des preußischen Staatswesens der entscheidende Schritt getan."[106] Eine Abschaffung des politischen Systems war in den Augen des GCG nicht notwendig. Er betonte insgesamt mehr die Kontinuitäten zu der Zeit vor dem Kriegsbeginn. Allerdings formulierte der GCG auch Reformziele zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und kleinen Leute.

Nach der Veröffentlichung der Osterbotschaft 1917 des Kaisers im „Zentralblatt"[107] formierte sich eine Reformrichtung innerhalb des GCG, die unter dem Stichwort „Neuorientierung" die bestehende politische Ordnung weiterentwickeln wollte. Neuorientierung wurde verstanden als „Möglichkeit [...] ungehemmt weiter zu wachsen und diejenige Kultur zu entfalten, wozu es [das deutsche Volk – I. L.] seiner ganzen Veranlagung nach fähig ist".[108] Dazu reichten nach Auffassung des GCG eine einfache Wahlrechtsänderung, die Berufung von Parlamentariern zu Ministern

---

102 Siehe Die christlich-nationale Arbeiterschaft zur innen- und außenpolitischen Lage, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 11, S.81-83.

103 Siehe Rödlach: Kolonien und Weltpolitik, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 17, S.130-132, hier S.132. Siehe auch Ders.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien I, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 19, S.155-157; Ders.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien II, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 20, S.163-165. Neben Rückgabe wurde „darüber hinaus womöglich eine Erweiterung" des Kolonialbesitzes gefordert. Ebenda, S.165. Siehe auch Horst Gründer: Nation und Katholizismus im Deutschen Kaiserreich, in: Langner (Hrsg.), Katholizismus, S.65-87, hier S.74-78.

104 Siehe Aufruf, in: ZB, Nr. 12, 1917, Bd. 17, S.96. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.490, 495-497.

105 Adam Stegerwald: Entscheidungsstunden, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 16, S.121-124, hier S.122.

106 Ebenda.

107 Eine Osterbotschaft des Deutschen Kaisers, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 9, S.64f. Erste Veröffentlichung bzw. Erwähnung des Kaisers überhaupt in der ZB im Krieg.

108 Was erwarten wir von der Neuorientierung?, in: JB, 1918, S.28-38, hier S.28. Siehe auch Schneider, Gewerkschaften, S.403-408.

oder Staatssekretären und Absichtserklärungen der Regierung nicht mehr aus. Gefordert wurde nun eine „Umgestaltung der politischen Körperschaften", welche einer weitumfassenden Demokratisierung gleichkam, wobei das „parlamentarische Regierungssystem", also eine Republik, nicht eingeführt werden sollte.[109] Als eine Weiterentwicklung des Konstitutionalismus sollten das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus" eingeführt werden. Das preußische Herrenhaus sollte reformiert werden, um keine „Domäne der Junker und Korpsstudenten" mehr zu sein, sondern ein „Spiegelbild" der Gesellschaft. Daher sollte mindestens die Hälfte der Mitglieder aus Arbeitern, Unternehmern, Handwerkern und Bauern bestehen. Für die Posten der Minister, der Staatssekretäre, der Unterstaatssekretäre und der Ministerialdirektoren sollten Personen gefunden werden „ohne Rücksicht auf ihren Stand und ohne Rücksicht auf ihre Verbindungen". Dies sollte auch für Diplomaten gelten, bei denen mit der vorherrschenden „Familientradition" in der Auswahl gebrochen werden sollte. Auch die Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen sollten allgemein, gleich, direkt, geheim abgehalten und die Kreis- und Provinzialverwaltungen reformiert werden, um die „stark einseitig agrarische Zusammensetzung dieser Körperschaften" aufzubrechen. Ergänzend wurde die Abschaffung des Grundbesitzerprivilegiums verlangt.[110] Ausdrücklich wurde eine Reform der Gesetzgebung auf der Basis des Programms der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gefordert: Reform des Koalitionsrechtes,[111] Erhalt und Ausbau der Arbeitskammern, Gründung eines Reichsarbeitsamtes, Reform des Wohnungswesens, Revision des Jugend- und Arbeiterschutzes, Reform des Schulwesens[112] und eine Umgestaltung des Steuerwesens im Sinne die kleinen Leute.[113] Eine ergänzende Forderung war die Reform des Siedlungswesens. Die Betriebe sollten wenn möglich auf das Land umgesiedelt werden, damit der Arbeiter „der ewig schenkfreudigen Natur näher sei" und durch Bodenbesitz zu seinem Lebensunterhalt beitragen könnte. Sollten Betriebe nicht versetzbar sein, so sollte die Infrastruktur ausgebaut werden, damit die Arbeiter in der Stadt nur noch arbeiteten und abends mit der Bahn zu ihrem „Heim mit Garten" fahren konnten.[114] Abgelehnt wurde vom

109 Was erwarten wir, S.28.

110 Ebenda, S.30-35.

111 Siehe auch Die Weiterbildung des Koalitionsrechtes, in: JB, 1918, S.83-90.

112 Siehe auch Zur Schulfrage, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 5, S.36f.

113 Siehe Was erwarten wir, S.37f.

114 Erweiterung der Grundlagen für unsere Agitation, in: JB, 1918, S.72-82, hier S.76f.

GCG das von Unternehmern favorisierte „Taylorsystem", das in der Realität nur zu einer „unglaubliche[n] Ausbeutung der Arbeiter" führe und „eine noch größere Mechanisierung und Entgeistigung der Arbeitstätigkeit" bedeuten würde.[115] Dieses Reformprogramm entwuchs im Wesentlichen der verbesserten Organisation des GCG in den Jahren 1917 und 1918, dem steigenden Druck der Unternehmerorganisationen, der hohen Streikbereitschaft unter den Arbeitern, welche der GCG auch bei seinen eigenen Mitgliedern kaum mehr beeinflussen konnte, und der seiner Ansicht nach positiven Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen. Allerdings hatte die Reformneigung des GCG auch klare Grenzen.

Ein Gebiet, auf dem der GCG nicht fähig war Veränderungen vorzuschlagen, sondern auf dem er von den sich wandelnden Realitäten eingeholt wurde, war die Zunahme der Frauenarbeit. Diese stellte das christlich-patriarchalische Selbstverständnis vor große Probleme. Ausdrücklich beklagt wurden in den ersten Kriegsjahren die Folgen des „lähmenden und niederziehenden Wettbewerb[s] der Frauenarbeit".[116] Die gestiegene Frauenarbeit würde von den Unternehmern nur als Druckmittel zur Reduzierung von Löhnen genutzt werden.[117] Bis zum Ende des Krieges überwogen diese Ansichten. So sollten Frauen sich hauptsächlich um den Haushalt kümmern[118] und nicht mehr arbeiten, da sie „als Trägerinnen des zukünftigen Geschlechts zu schonen und gesund zu erhalten" waren, um den „schrecklichen Aderlass des blutigen Weltkrieges"[119] zu ersetzen. Küche, Kinder und natürlich Kirche sollten weiterhin der einzige Horizont der Frauen sein, die berühmten drei „K". Daher gab es Schulungskurse über häusliche Pflichten im Krieg (Kochen und Lagerung von Lebensmitteln), einen Mietzuschuss und eine Wöchnerinnenunterstützung für Ehefrauen von Gewerkschaftsmitgliedern und den wenigen Gewerkschafterinnen während des Krieges.[120] Doch konnte sich auch der GCG nicht der Einsicht verschließen, dass die Frauenarbeit wohl „auf den früheren Stand [...] nicht wieder zurückkehren" würde.[121] Letztendlich wurde Frau-

115 Ebenda, S.79. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.373f.

116 Gewerkschaften 1915, S.153. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.203-210.

117 Siehe Arbeiterbewegung im Kriege, S.65.

118 So wurden spezielle Kurse über die Erziehung und Aufklärung der Frau über Lebensmittel im Krieg abgehalten. Siehe ebenda, S.54f.

119 Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, in: JB, 1918, S.91-110, hier S.98.

120 Siehe Brauer, Gewerkschaften, S.11.

121 Uebergang, S.98.

enarbeit als eine „ Dauererscheinung im deutschen Wirtschaftsleben“[122] hingenommen. In der Weimarer Republik wurden dann spezielle Richtlinien verabschiedet, um Frauen zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu bewegen.[123]

Ein anderes Gebiet war die Staatsform. Dem formalen Übergang zur parlamentarischen Monarchie im Oktober 1918 stand der GCG zwiespältig gegenüber. Ein Aufruf im „Zentralblatt“ betonte, „dass auf dem neuen Wege eine größere Anteilnahme des Volkes an den Regierungsgeschäften ohne Zweifel sicher gestellt ist.“[124] Damit wurde zwar an einige Forderungen des GCG angeknüpft, aber eine parlamentarische Monarchie war vom GCG nicht beabsichtigt gewesen, ganz zu schweigen von der Abschaffung der Monarchie. Als im November 1918 der Kaiser abdankte, hieß es bedauernd: „Der Kaiser ging. Der Thronfolger verzichtete. Noch hatten wir die Hoffnung, dass sich die Monarchie würde erhalten lassen, da wurde die Republik ausgerufen. Die Bundesstaaten folgten dem, was im Reich geschah.“[125] Der GCG akzeptierte diese Ereignisse zwar und stellte sich auf den Boden der Weimarer Verfassung, aber überzeugte Republikaner wurden seine Mitglieder dadurch nicht.

Schluss

Als der Erste Weltkrieg begann, stellte sich der GCG bedingungslos hinter die Politik der kaiserlichen Regierung und unterstützte durch seine Handlungen die Rüstungswirtschaft. So beendete er alle Streiks umgehend und gewährleistete für seine Mitglieder verschiedene soziale Unterstützungsleistungen. In den ersten Kriegsjahren verlor der GCG durch den Krieg viele Mitglieder und büßte weite Teile seiner Strukturen ein. Dennoch wurde in den Zeitschriften das Bild einer starken Organisation aufrechterhalten, welche sich für die Ziele seiner Mitglieder weiterhin einsetze. Erst das „Gesetz zum Vaterländischen Hilfsdienst“ brachte einen Umschwung. Die letzten beiden Jahre waren geprägt durch die Zunahme der Mitgliederzahl und der finanziellen Mittel, die Erprobung von neuen Arten der Teilhabe am politischen System und die weiterhin beibehaltende Befriedung von Arbeitern durch den Streikverzicht. Gleichzeitig wur-

122 Erfassung und Schulung der Arbeiterin, in: JB, 1919, S.63-73, hier S.63.
123 Siehe ebenda, S.63-73.
124 Aufruf!, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 22, S.177f., hier S.178. Siehe auch Forster, Stegerwald, S.195-199.
125 Kriegsende-Revolution, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 24, S.194.

de unter dem erneut wachsenden Druck von Angriffen der Unternehmerseite ein Reformprogramm unter dem Stichwort „Neuorientierung“ ausgearbeitet, welche einen behutsamen Ausbau des politischen Systems des Deutschen Kaiserreiches unter Beibehaltung seiner Grundstrukturen, besonders der Monarchie, ermöglichen sollte.

Anzeige

Marga Voigt, Reiner Zilkenat (Hrsg:)

Henry Skrzypczak
Als es „ums Ganze“ ging

Die vorliegende Sammlung mit Aufsätzen zur Politik der Gewerkschaften in der Weimarer Republik stammt aus der Feder von Henryk Skrzypczak. Von 1965 bis 1974 war er Generalsekretär, von 1961 bis 1988 Referent bzw. Leiter der Sektion Geschichte der Arbeiterbewegung der Historischen Kommission zu Berlin-West. Von 1965 bis 2007 Herausgeber und Autor der Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK).
Wie definierten und vertraten die deutschen Gewerkschaften – in den Zeiten der ökonomischen und sozialen Krisen von 1919 bis 1923 und von 1930 bis 1932/33 – die Interessen ihrer Mitglieder? Warum scheiterten sie daran, den Hitlerfaschisten den Weg zur Macht zu verstellen? Welche Konzepte lagen ihrem Handeln zugrunde und waren sie realitätskonform?
Sind die innen- und außenpolitischen Verhältnisse der Gegenwart im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung so vollkommen anders als in den 1920er und frühen 1930er Jahren? Achtzig Jahre nach der Machteinsetzung der Nazis und der Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen ist Zeit zum Nachdenken über Gestaltung, Möglichkeiten und Grenzen von Interessenvertretungen abhängig Beschäftigter.

edition-bodoni, 250 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 978-3-940781-53-6

„Zweieinhalb Tage waren wir frei." Zur literarischen und politischen Rezeption des Matrosenaufstands von Cattaro in Österreich

Simon Loidl

Zwischen dem 1. und 3. Februar 1918 kam es in der Bucht von Cattaro, dem heute in Montenegro gelegenen Kotor, zu einem der größten Aufstände in der österreichisch-ungarischen Armee. Auf fast allen Schiffen des nach Polar/Pult zweitwichtigsten k.u.k.-Kriegshafens[1] – Panzerkreuzer, Schlachtschiffe, Zerstörer, Torpedoboote und U-Boote lagen hier neben Spitals- und Werkstättenschiffen[2] – setzten 4.000 bis 5.000 Matrosen[3] ihre Offiziere fest und forderten die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen sowie eine bessere Verpflegung und Ausrüstung.[4] Am dritten Tag brach der Aufstand zusammen. Der von den Seeleuten gewählte Zentrale Matrosenrat hatte vergeblich auf Unterstützung von außen gehofft. Sowohl die lokale Bevölkerung, als auch Marinearbeiter und Matrosen in anderen Häfen, so die Annahme der Aufständischen, würden sich der entschlossenen Demonstration anschließen und dieser den Rücken stärken. Vor allem aber hatten die Aufständischen auf Unterstützung durch die

1 Plaschka zählt zur Bedeutung der Marinebasis Cattaro deren Funktion „a) als Operationsbasis für die Bekämpfung der Otranto-Sperre; b) als Operationsbasis für den U-Boot-Krieg im Mittelmeer, neben den k. u. k. U-Booten lagen auch kaiserlich-deutsche U-Boote im Hafen; c) schließlich als wesentlicher Stützpunkt für die so wichtige Nachschublinie der Adria für die Balkanfront". Richard Georg Plaschka: Avantgarde des Widerstands. Modellfälle militärischer Aufklärung im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1, Wien-Köln-Graz 2000, S.248.

2 Siehe Ders./Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: Innere Front. Militärassistenz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918. Erster Bd.: Zwischen Streik und Meuterei, Wien 1974, S.108. Siehe auch Plaschka, Avantgarde, S.248.

3 Siehe Plaschka, Avantgarde, S.246. In früheren Darstellungen sowie in den im Folgenden untersuchten belletristischen Bearbeitungen des Cattaro-Aufstands ist in der Regel fälschlich von 6.000 Matrosen die Rede. Siehe etwa Arnold Reisberg: Februar 1934. Hintergründe und Folgen, Wien 1974, S.76.

4 Für besonderes Unverständnis sorgte, dass Staat und Armee nicht einmal in der Lage waren, ihre Soldaten ordnungsgemäß auszurüsten. Selbst Offiziere sprachen in Berichten über Marinesoldaten vom „verlotterten Aussehen" der Mannschaft. Siehe etwa Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv, Präsidialkanzlei (ÖStA KA PK) 1918 XV 4/61-4/90 Karton 988.

Führung der Sozialdemokratischen Partei in Wien gesetzt. Unmittelbar nachdem die Matrosen von Cattaro am Mittag des 1. Februar die Macht auf Dutzenden Schiffen übernommen hatten, sandten sie Telegramme an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), Victor Adler, sowie an den ungarischen Abgeordneten Mihály Károlyi.[5] Heute weiß man, dass die Schreiben aufgrund von Sabotage in den Funkstationen nie bis zu ihren Empfängern vorgedrungen sind.[6] Allerdings ist aus heutiger Sicht auf die von der SDAP-Führung verfolgte Strategie ohnehin fraglich, ob die revolutionären Matrosen die erhoffte Unterstützung bekommen hätten, wenn die Wiener Parteileitung von dem Aufstand rechtzeitig erfahren hätte.

Die knapp drei Tage des Matrosenaufstands waren geprägt von Debatten der Aufständischen über die weitere Vorgangsweise. Ein Matrosenrat wurde gewählt, die von einigen Teilnehmern des Aufstands bereits vor Beginn der Aktion ausgearbeiteten Forderungen wurden an den festgesetzten Konteradmiral Alexander Hansa übergeben. Der Forderungskatalog bestand aus zwei Teilen. Zum einen stellten die Matrosen politische Forderungen, allen voran wollten sie „Maßnahmen zur Einleitung eines sofortigen allgemeinen Friedens". Dabei beriefen sich die Aufständischen sowohl auf den „russischen demokratischen Vorschlag" wie auch auf „Wilsons Note" zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Zum anderen verlangten sie Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der gröbsten Ungerechtigkeit, etwa: „Infolge Unternährung Weglassen jeder unnötigen Arbeit und Exerzitien", „Mehr Landgang und von längerer Dauer", „Gerechte Verteilung der Schiffskost", „Bessere Versorgung mit Rauchmaterialien" oder auch „Keine irgend geartete Konsequenz dieser Demonstration".[7]

Gleichzeitig versuchten die Aufständischen, jene Schiffe, die sich der Meuterei nicht angeschlossen hatten, zur Teilnahme zu bewegen. Während sich der Aufstand im Verlauf des 2. Februar noch ausweitete, begannen unter den Aufständischen bereits Diskussionen über die Vorschläge der Offiziere. Diese versprachen den Matrosen, sich für ihre Anliegen einzusetzen, wenn sie sich ergeben würden. In diesem Zusammenhang entstanden unter den Matrosen Auseinandersetzungen darüber, wie mit den Offizieren umgegangen werden solle. Aus Protokollen und Zeugenaussagen lassen sich heftige Debatten über die Frage der Entwaffnung der

5 Siehe Bruno Frei: Die Matrosen von Cattaro: Neue Forschungen, in: Weg und Ziel, 1962, Nr. 6 (Juni), S.447-452, hier S.451; Reisberg, Februar 1934, S.77.

6 Siehe Plaschka, Avantgarde, S.255.

7 Zit. nach: ebenda, S.253.

Offiziere rekonstruieren. Oberleutnant Ivan Lovrencič schildert in einem Protokoll ein entsprechendes Ereignis in der U-Bootstation in Đjenovići. Eine „20-30 Mann starke bewaffnete Patrouille" sei am Samstag, also am 2. Februar, vom „Matrosenkomitee vom ‚Georg'"[8] zum U-Bootstationskommando geschickt worden mit dem Auftrag, die Offiziere zu entwaffnen und einzusperren. Die Anführer der Patrouille „führten jedoch diesen Auftrag nicht aus, begnügten sich vielmehr mit der Erklärung der Offiziere, gegen die Mannschaft nichts unternehmen zu wollen. Ein Teil der draußen vor der Baracke wartenden Meuterer war jedoch damit nicht einverstanden und forderte die Entwaffnung."[9] Darauf kam es zu „einem heftigen Wortwechsel". Die Patrouille verließ die Station, nachdem die Mannschaft versichert hatte, für die Bewachung der Offiziere zu sorgen, was offenbar hier – wie anderen Darstellungen zu Folge teilweise auch auf den Schiffen – nur halbherzig geschah: „Die Posten hielten pro forma Dienst, ohne jedoch die Offiziere in ihrer Bewegungsfreiheit irgendwie zu hindern."[10] Die Offiziere nützten ihre Bewegungsfreiheit, um auf die Matrosen einzuwirken. Dies dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass sich bei einer Abstimmung über eine Fortsetzung des Aufstands am 3. Februar eine Mehrheit der Matrosen dafür aussprach, sich zu ergeben.[11]

Der Aufstand der Matrosen von Cattaro zählt zu jenen zahlreichen Ereignissen während der letzten Monate des Ersten Weltkrieges und während des Zusammenbruchs der Monarchie und der Gründung der Republik, die dazu führten, dass sich eine linke Strömung in- und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei als eigenständige Kraft etablierte. Seit Ende 1916 traten Repräsentanten der „Linksradikalen" innerhalb der SDAP offen gegen die Parteiführung auf und begannen sich zu organisieren. In Streiks im Frühjahr und Sommer 1917 trat die Gruppe[12] mit Flugblättern in Erscheinung und forderte unter anderem Friedensverhandlun-

8 Gemeint ist der Panzerkreuzer „Sankt Georg", auf dem der Aufstand zu Mittag des 1. Februar begann.

9 ÖStA KA Militärgerichtsarchiv (MGA), Cattaro Prozess, Kumbor, Đjenovići, U-Station, Fasz. 2, Bl. 658.

10 Ebenda, Bl. 658f.

11 Siehe Plaschka, Avantgarde, S.256.

12 Zur Geschichte der „Linksradikalen" siehe die Arbeiten von Hans Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916-1919, Wien 1970, zuletzt: Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen. Österreich im Epochenjahr 1917, T. 4, in: Ders.: Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen. Aufsätze und Referate für die Alfred Klahr Gesellschaft, Wien 2013, S.189-200.

gen, im Jännerstreik 1918 spielten die Linksradikalen bereits eine wichtige Rolle.[13] Im Herbst 1918 wurde dann die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (KPDÖ, später KPÖ) gegründet. In der neuen Partei versammelten sich jene, die der Ansicht waren, dass die SDAP-Führung im Lauf des Jahres 1918 entscheidende taktische Fehler begangen und zahlreiche Chancen hatte verstreichen lassen, den Krieg bereits früher zu beenden bzw. den Umsturz im November 1918 hin zu einer umfassenderen sozialen Umwälzung weiterzutreiben.

Der Jännerstreik 1918 war sicherlich das zentrale Ereignis, in dessen Verlauf die Rolle der SDAP-Führung in dieser Phase der österreichisch-ungarischen Politik deutlich wurde.[14] Der „Verrat" an der Streikbewegung löste an der Basis der Partei Enttäuschung aus, während sich der Auflösungsprozess der Monarchie und ihrer Machtorgane, insbesondere der k.u.k.-Armee, im Verlauf des Sommers 1918 immer mehr beschleunigte und immer wieder kleinere und größere soziale und nationale Proteste aufflammten. Der Matrosenaufstand von Cattaro war eines jener Ereignisse, die das Potenzial gehabt hätten, Auslöser einer breiten, systembedrohenden Protestbewegung zu werden.[15] Unerfahrenheit und Naivität der Protagonisten des Aufstands sowie die Entschlossenheit der Vertreter der alten Macht, den Protest zu isolieren und zu ersticken, führten letztlich dazu, dass der Aufstand der Matrosen erst lange nach seiner Niederschlagung und der standrechtlichen Hinrichtung von vier Protagonisten – Franz Rasch, Anton Grabar, Jerko Šižgorić und Mate Brničević – einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde.[16]

Eines der zentralen Merkmale des Matrosenaufstands war die Diskrepanz zwischen unmittelbarer Wirkung und längerfristiger Rezeption. Ob-

13 Siehe Hautmann, Revolutionäre, S.196-198; Siehe auch Ders.: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Wien-Zürich 1987, S.153-155.

14 Nach Hautmann bestand das „Wesen" der sozialdemokratischen Politik damals darin, „der Parteiführung eine Balance zwischen ihrer nach wie vor monarchietreuen Haltung und der nötigen Rücksichtnahme auf die Stimmung der Basis zu verschaffen". Dies führte zu einem „radikaleren Auftreten vor den Massen, das sich allerdings auf der von der Partei eingenommenen Grundposition der Erhaltung der Donaumonarchie und der damit unweigerlich verbundenen Kontinuität der politischen Unterstützung des Regimes [...] nur in Worten erschöpfen konnte und in der Parole von der ‚Abrechnung *nach* dem Krieg' Ausdruck fand". Hans Hautmann: Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen. Österreich im Epochenjahr 1917, T. 3, in: Ders., Permanenz, S.175-188, hier S.175.

15 „Nur dem Umstand, daß es den Behörden gelang, den Aufstand totzuschweigen, ist es zuzuschreiben, daß er keine weiteren Kreise zog." Reisberg, Februar 1934, S.77.

16 Erst im Herbst 1918 tauchten Berichte über die Ereignisse in Cattaro in österreichischen Zeitungen auf. Siehe etwa: Der Prozeß in Cattaro, in: Arbeiter-Zeitung, 19.10.1918.

gleich die Revolte ihr unmittelbares Ziel verfehlte, spielten der Aufstand und dessen Führungsfiguren für die sich ab 1918 neu formierende Linke in- und außerhalb der sozialdemokratischen Partei eine wichtige Rolle. Franz Rasch wurde zu einer Symbolfigur des aufrechten und selbstlosen Kämpfers, dessen Ermordung in der Darstellung von Vertretern aus diesem politischen Spektrum nicht nur das militärische Standgericht, sondern auch die sozialdemokratische Führung zu verantworten hatten. Der Aufstand der Matrosen von Cattaro konnte auch deshalb zu einem Identifikationspunkt derer werden, die sich positiv auf die Kämpfe der Arbeiterbewegung und die Formierung der Gruppe der „Linksradikalen" bezogen, weil sich in diesem Ereignis einige der zentralen Probleme der Phase des Niedergangs der Habsburgermonarchie und der Entstehung der Republik widerspiegelten. Er reflektierte die Nationalitätenfrage[17] und damit verbunden das Verhältnis von sozialen und nationalen Forderungen der Aufständischen[18] und stand beispielhaft für den Umgang der Führung der Sozialdemokratischen Partei mit Basisbewegungen und selbstständigen Aktionen von ArbeiterInnen oder – wie im Falle Cattaros – von Soldaten.

Bruno Freis Dokumentation des Aufstands

Eine der wichtigsten Quellen literarischer wie wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Cattaro-Aufstand sind die Arbeiten von Bruno Frei, insbesondere sein 1927 erstmals, 1962 in starker Überarbeitung erschienener Bericht über die Ereignisse vom Februar 1918.[19] Mit diesen beiden Büchern sowie mit Artikeln in österreichischen und deutschen Zeitungen und Zeitschriften[20] trug Frei stark dazu bei, den Cattaro-Aufstand insbesondere innerhalb der Arbeiterbewegung bekannt zu machen.

17 Zur nationalen Zusammensetzung von Offizierskorps und Mannschaft siehe Plaschka, Avantgarde, S.246f.

18 „Soziale und nationale Fragen bewegten und bohrten. Wo war das Schwergewicht? Die Mangelerscheinungen in den lebensnächsten Bereichen gaben dem Unwillen und der Bereitschaft zum Aufbegehren die primär soziale Prägung." Ebenda, S.249.

19 Bruno Frei: Die roten Matrosen von Cattaro. Eine Episode aus dem Revolutionsjahr 1918, Wien 1927; Ders.: Die Matrosen von Cattaro. Eine Episode aus dem Revolutionsjahr 1918, Wien 1963.

20 Siehe Ders.: Die Matrosen von Cattaro, in: Berlin am Morgen, 8.11.1930. Neuabdruck in: Friedrich Wolf: Die Matrosen von Cattaro. Stücktext/Dokumente zur Wirkungsgeschichte, hrsg. von Klaus Hammer, Leipzig 1988, S.88-90; Frei., Forschungen.

Der deutsche Dramatiker Friedrich Wolf stützte sich bei der Ausarbeitung großer Teile seines im November 1930 uraufgeführten Stücks „Die Matrosen von Cattaro" auf Freis Buch. In diesem Zusammenhang kam es zu einer vorübergehenden Verstimmung zwischen den beiden Autoren. Ein halbes Jahr vor der Uraufführung von Wolfs Stück bekam Frei, damals Chefredakteur der Zeitung „Berlin am Morgen", den Text des Stücks und wandte sich nach der Lektüre an den Dramatiker. Er, Frei, habe das Manuskript „mit begreiflichem Interesse durchstudiert und teils mit Befriedigung, teils mit Staunen festgestellt, daß Sie mein Buch gründlich ausgeschöpft haben. Die Befriedigung bezieht sich auf die ausgezeichnete Darstellung des historisch wie politisch gleich reizvollen Stoffes, die Verwunderung auf die Tatsache, daß Sie diese Dramatisierung ohne mein Einverständnis, ja ohne einen Hinweis auf mich resp. mein Buch vorgenommen haben."[21]

Wolf antwortete auf Freis Anspruch, bei der Behandlung des Cattaro-Stoffes um „Einverständnis" gefragt zu werden, resolut, aber versöhnlich. Er gestand Frei zu, dass dessen Bericht eine wichtige Quelle für das Drama darstelle, jedoch bei Weitem nicht die einzige sei. Zusammenfassend stellte Wolf fest, bei dem Thema handle es sich „ja nicht um einen Roman, der das geistige Eigentum *eines* Mannes wäre, noch um Geheimdokumente, sondern um Tatsachen, die Hunderten von Menschen bekannt sind, die in der Arbeiterzeitung und in mehrfachen Arbeiten behandelt wurden".[22] Obwohl Wolf also die „Deutung einer ‚Dramatisierung'" ablehnte, bot er Frei an, seinen „Wunsch zu würdigen, daß auf Ihr Buch auch in meinem Buch und später auch im Programmheft bei der Aufführung nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß im Programmheft ev[entuell] auch Stellen daraus abgedruckt werden".[23] Immerhin mochte er nicht, dass „Bürger sich freuen, wenn wir uns streiten",[24] so Wolf abschließend mit Hinweis auf das gemeinsame politische Anliegen.

Freis „Berichte" beanspruchen dokumentarischen Charakter und kommen durch die Einbeziehung von Quellenmaterial den späteren geschichtswissenschaftlichen Kenntnissen über die Ereignisse der drei Tage im Februar 1918 in Cattaro sehr nahe. Indem er literarische Stilmittel

21 Dr. Bruno Frei, Chefredakteur von „Berlin am Morgen", an Friedrich Wolf, 30.5.1930 (Friedrich-Wolf-Archiv [F. W. A.], Mappe 286), zit. nach: Wolf, Matrosen, S.114f.

22 Friedrich Wolf an Bruno Frei, 2.6.1930 (F. W. A. Mappe 286), zit. nach: Wolf, Matrosen, S.116.

23 Zitiert nach ebenda, S.117.

24 Zitiert nach ebenda.

verwendet und seine Schilderung aus persönlicher Erfahrung speist, geht Frei aber an vielen Stellen über eine sachliche Darstellung hinaus.

1962 beschrieb Frei seinen „dokumentarischen Bericht" aus dem Jahr 1927 selbst als einen Text, der verfasst wurde, noch bevor die wichtigsten Dokumente über die Ereignisse von Cattaro zugänglich waren. Deshalb „stützte sich mein dokumentarischer Bericht auf wenige in privater Hand befindliche Unterlagen sowie auf das mühsam rekonstruierte Protokoll der Standgerichtsverhandlung und des anschließenden Kriegsgerichtsverfahrens".[25] Dem Autor ist nach heutigem Stand der Forschung in der Einschätzung zuzustimmen, wonach sein Bericht die durch spätere Forschungen rekonstruierten Abläufe des Matrosenaufstands im Wesentlichen wiedergibt: „Es sind keine Tatsachen zutage gekommen, die in irgendeiner wichtigen Frage der ersten Darstellung den Boden entzogen hätten."[26] Was sich freilich in Freis eigener Neubearbeitung seines Werkes verändert hatte, waren die politische Einschätzung der Ereignisse sowie stilistische Aspekte des Textes, dessen zweite Version von allzu großem Pathos Abstand nimmt.[27]

Frei sah seine Aufgabe auch darin, den Matrosenaufstand vor der Vereinnahmung durch eine Geschichtsschreibung in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie zu bewahren, die seiner Ansicht nach die nationalen Elemente des Aufstands zu stark in den Vordergrund rückte: „Italienische, jugoslawische, tschechische Autoren haben keine Mühe gescheut, um der Meuterei von Cattaro einen nationalistischen, ja irredentistischen Charakter anzudichten. [...] So falsch es wäre, das nationale Element in der

25 Frei, Forschungen, S.447.

26 Ebenda.

27 Frei zufolge ergaben sich „aus dem Studium der nun zugänglich gemachten Dokumente sowie aus den von jugoslawischen und tschechischen Forschern erarbeiteten Tatsachen einige wichtige Gesichtspunkte, die unser bisheriges Wissen teils verstärken, teils ergänzen". Dabei gehe es um „1. Die Rolle der Oktoberrevolution, 2. die Bedeutung der nationalen Frage, 3. die Ursachen der Niederlage, 4. die Verantwortung der Sozialdemokratie" (Frei, Forschungen, S.447). Tatsächlich dürfte Freis Neueinschätzung der Ereignisse gerade in diesen Punkten vor allem mit seiner veränderten politischen Positionierung – der Text erschien im Theorieorgan der KPÖ – in Zusammenhang stehen. Auf diesen „persönlichen" Grund für die teilweise veränderte Bewertung des Aufstands macht Frei im Vorwort zu der im Jahr darauf erschienenen, überarbeiteten Fassung seines Buchs selbst aufmerksam: „Zu der Zeit, als ich zum erstenmal die Geschichte des Aufstandes von Cattaro niederschrieb, war ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Die harte Schule des Lebens hat mich gelehrt, daß der politische Glaube meiner Jugendjahre ein Irrglaube war. Ich wurde im politischen Kampf der zwanziger Jahre zum Kommunisten." Frei, Matrosen, S.5f.

Bewegung zu ignorieren oder auch nur zu unterschätzen, so unsinnig ist es, bestreiten zu wollen, daß die Matrosen mit dem Hissen der roten Fahne ihre Sympathie für die proletarische Revolution zum Ausdruck brachten, von der sie eine gründliche, staatliche und gesellschaftliche Umwälzung der alten Verhältnisse in der Monarchie erhofften."[28]

Freis Auseinandersetzung mit Cattaro stellt den Kern der politischen Rezeption des Matrosenaufstands in der österreichischen kommunistischen Bewegung nach 1945 dar. Der Aufstand ist aber auch in anderen Publikationen der KPÖ bzw. von der Partei nahestehenden AutorInnen immer wieder erwähnt.[29] Zumeist hoben diese in der Regel recht kurzen Darstellungen des Matrosenaufstands das abwiegelnde Verhalten der SDAP-Führung hervor. Die offizielle Parteigeschichte stellte das Anliegen der Militärführung, die revolutionären Matrosen zu isolieren, und die Bemühungen der sozialdemokratischen Parteispitze, eine Ausweitung bzw. ein neuerliches Aufflammen der Streikbewegung zu verhindern, als ineinandergreifende Bestrebungen dar: „Obwohl das Flottenkommando eine strikte Nachrichtensperre anordnete, hatte der Parteivorstand durch Julius Braunthal, der als Artillerieoffizier der Küstenwache im Kriegshafen von Cattaro stationiert war, von den Vorgängen Kenntnis. Er verschwieg jedoch den Aufstand von Cattaro vor der Öffentlichkeit, da er neuerliche Streikaktionen der österreichischen Arbeiter fürchtete."[30] Was dem Flottenkommando nicht zur Gänze gelungen war, so die Interpretation des Cattaro-Aufstands durch die Historische Kommission der KPÖ, das erledigte die SDAP in Gestalt des Julius Braunthal.

Braunthals Memoiren sind nach wie vor die wichtigste Quelle für die Einschätzung der Reaktion der SDAP-Führung auf den Matrosenaufstand von Cattaro. Der sozialdemokratische Funktionär und spätere Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" war während des Aufstands Kommandant einer

28 Ders., Forschungen, S.450. Auf den multinationalen Charakter des Aufstandes von Cattaro weisen KPÖ-AutorInnen stets nachdrücklich hin. So Eva Priester in ihrer „Kurzen Geschichte Österreichs": „In Cattaro wie anderswo kämpften Österreicher und Tschechen, Italiener und Slowenen, Ungarn und Kroaten zusammen, im Jännerstreik wie in Cattaro lautete die Forderung aller: Friede!" Eva Priester: Kurze Geschichte Österreichs. Aufstieg und Untergang des Habsburgerreiches, Bd. 2, Wien 1949, S.587.

29 Exemplarisch hervorgehoben seien an dieser Stelle Priester, Geschichte, S.587; Reisberg, Februar 1934, S.76f.; Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrsg.): Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien ^{2}1989, S.39.

30 Historische Kommission (Hrsg.), Kommunistische Partei, S.39.

Landbatterie[31] im Hafen von Cattaro, beobachtete die Ereignisse und sandte unmittelbar nach dem Ende der Meuterei Informationen an die Parteiführung, die auch tatsächlich in Wien ankamen: „Am 11. Februar war der Bericht in den Händen Otto Bauers."[32] Braunthals Beschreibung, wie die Spitze der Partei mit den Informationen umging, ist symptomatisch für die Rolle, in der sich Otto Bauer und Victor Adler selbst sahen. Ähnlich wie zuvor beim Jännerstreik versuchten sie auch im Fall Cattaro, moderat auf die Ereignisse einzuwirken und eine Eskalation in die eine oder andere Richtung zu verhindern. Durch die Drohung, ihre Kenntnisse über die Erschießung von vier aufständischen Matrosen öffentlich zu machen und damit die Arbeiterinnen und Arbeiter erneut zu mobilisieren, erreichten Adler und Karl Seitz der Schilderung Braunthals zufolge die Zusage von Kriegsminister Rudolf Stöger-Steiner, dass keine weiteren Erschießungen stattfinden würden: „Die Unterredung endete mit dem feierlichen Versprechen des Ministers, weitere Hinrichtungen zu untersagen und im übrigen die Angelegenheit ‚dilatorisch' zu behandeln."[33] Letzteres hatte zur Folge, dass der Aufstand und die standrechtlichen Erschießungen erst Monate später öffentlich bekannt wurden und das Ziel der Matrosen – durch ihre Aktion zu einer neuerlichen Mobilisierung der Arbeiterschaft von Wien und Umgebung beizutragen – nicht erreicht wurde. Allerdings waren zum Zeitpunkt der Unterredung von Adler und Seitz mit Stöger-Steiner ohnehin keine standrechtlichen Erschießungen in Cattaro mehr vorgesehen – das „Versprechen" des Ministers war also gegenstandslos.[34]

Erzählerisch verarbeitet von Eva Priester und Franz Xaver Fleischhacker

Der KPÖ-eigene Globus-Verlag hatte bereits einige Jahre, bevor 1963 die zweite Auflage von Freis „Matrosen von Cattaro" veröffentlicht wurde,

31Siehe Frei, Forschungen, S.451.

32 Julius Braunthal: Auf der Suche nach dem Millenium, Wien u. a. 1964, S.203.

33 Ebenda.

34 Die Urteile des Standgerichts fielen am 10. Februar, am Morgen des 11. Februar wurden Rasch, Grabar, Šižgorić und Brničević erschossen. Weiters gab es „zwei Verurteilungen zu 10- und 5-jähriger Kerkerstrafe, zwei Freisprüche, bei 14 Angeklagten war das Gericht der Meinung, die Herstellung des Schuldbeweises sei ‚innerhalb des stattgefundenen fristgebundenen Verfahrens' nicht möglich gewesen". (Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Front, S.144) Nach dem Ende des Standgerichtsprozesses begann ein weiteres Verfahren gegen Hunderte am Aufstand Beteiligte. Die Verhandlung wurde erst durch den Zusammenbruch der Monarchie beendet. (Siehe Frei, Matrosen, S.103-106).

zwei belletristische Arbeiten herausgegeben, die sich mit dem Aufstand befassten. 1955 erschien der Erzählband „Vom Baume der Freiheit" von Eva Priester. In sechs Erzählungen nähert sich die kommunistische Journalistin historischen Episoden an; neben dem von Touissant L'Ouverture angeführten Aufstand in Haiti geht es um Voltaire, die Revolution von 1848, Sun Yat Sen, den antifaschistischen Widerstand und – als vierte Erzählung – um den Matrosenaufstand von Cattaro. Die geschilderten historischen Ereignisse sollen, so Priester im Nachwort, „den Menschen, die heute für Freiheit und Fortschritt kämpfen, zeigen, wie groß und glorreich ihr Erbe ist, die Tradition, die sie fortsetzen und derer sie sich würdig erweisen müssen".[35]

Der Band soll auf die LeserInnen also lehrreich und ermahnend wirken; die Autorin stellte ihre Arbeit explizit in den Dienst ihrer politischen Überzeugungen. Sie beschreibt die Protagonisten ihrer Erzählungen als Teil eines kontinuierlichen Kampfes um Fortschritt und Emanzipation: „Unzählige Menschen sind im Kampf um die Freiheit weit über sich selbst hinausgewachsen, und ihre Leben waren Bäche, die in den großen Strom des menschlichen Fortschritts mündeten – den Strom, der heute breit und mächtig ist, wie nie zuvor."[36] Diese Skizzierung revolutionären Wirkens als beinahe übermenschliche Anstrengung, die aber stets nur einen kleinen Beitrag zu einem „großen Strom" leiste, charakterisiert auch Priesters Darstellung des Matrosenaufstands. In der Schlussszene der Erzählung erläutert ein desertierter Matrose, der zuvor am Aufstand teilgenommen hatte, dem Protagonisten der Erzählung, der fiktiven Figur des Richters Velonic, woher er die Motivation nimmt, trotz der Niederlage weiterzumachen: „‚Und wenn man weiß, was man zu tun hat und welchen Weg man gehen muß – dann hat man auch Kraft.' [...], und was wollt ihr also mit eurer Kraft alles vollbringen?' ‚Alles', sagt der Fremde einfach. ‚Daß es keine Kriege mehr geben wird und keine Not, und daß uns die ganze Welt gehören wird."[37]

Zwei Jahre nach Eva Priesters Erzählband erschien ebenfalls im Globus-Verlag Franz Xaver Fleischhackers umfangreiches Werk „Cattaro. Roman aus den letzten Tagen der k. und k. Kriegsmarine". Die autobiografisch gefärbte Romanhandlung – Fleischhacker hatte den Aufstand von

35 Eva Priester: Vom Baume der Freiheit, Wien 1955, S.389.

36 Ebenda.

37 Eva Priester: Begegnung im Morgengrauen, in: Dies., Vom Baume, S.177-278, hier S.276.

Cattaro selbst miterlebt[38] – zeichnet ein umfassendes Bild der Situation in den Wochen vor dem Aufstand. Anhand der Figur des Toni Straßl, der eine radikale Entwicklung vom unpolitischen, Vorgesetzten und Kaiserhaus loyal Ergebenen zum glühenden Teilnehmer am Aufstand der Matrosen durchmacht, will Fleischhacker die LeserInnen an die Ideen der revolutionären Matrosen heranführen.

Einige zentrale Motive finden sich in beiden im Globus-Verlag erschienenen literarischen Bearbeitungen des Aufstands. Eva Priester beschreibt den Zustand des kaiserlichen Österreich anhand eines Gebäudes. Der „Militärauditor Dr. Josef Maria Velonic“[39] sieht „plötzlich eines der kleinen gelbgestrichenen Barockschlösserln vor sich, mit ihren dicken Engeln und ihren graziösen Göttinnen, umgeben von einem schläfrigen, grünen Park, und es ist ihm, als krieche über die Mauer des kleinen Schlosses wie eine Schlange ein dicker, schwarzer Riß“.[40] Der „Riß“, den Velonic das Staatsgebäude Österreich-Ungarns bedrohen sieht, ist Resultat sowohl der von ihm missbilligten Auflehnung gegen diesen Staat, als auch der Ungerechtigkeiten, vor denen er die Augen nicht mehr verschließen kann. Als Jurist, der zur „Mithilfe bei der Untersuchung in Sachen der Matrosenmeuterei“ nach Cattaro abkommandiert wurde, gerät Velonic in einen Zwiespalt: Einerseits will er loyaler Diener seines Staates sein, andererseits fühlt er sich seinem Berufsethos verpflichtet, will Recht und Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen. Der Satz „Justitia fundamentum regnorum“, den Velonic vor dem Krieg manchmal beim Spaziergehen „an einem schönen Sommerabend“ in Wien las, sage „das Schönste und das Beste über unseren alten Staat aus“, so Velonic im Gespräch mit sich selbst.[41] Doch nun, da er selbst in der Rolle ist, diesem fundamentalen Grundsatz zu dienen, macht ihn eine „kleine, scharfe Stimme“[42] darauf aufmerksam, dass er die „Meuterer“ bereits verurteilt hat, ohne schon Genaueres über die Vorkommnisse zu wissen: „Und dann wunderst du dich, daß der Riß über die Mauer kriecht wie eine giftige Schlange!“, so Velonic im Selbstgespräch.[43]

38 Zur Biografie Fleischhackers siehe Manfred Mugrauer: „Vergessener Büchelschreiber“. Der Arbeiterschriftsteller Franz Xaver Fleischhacker (1891-1976), in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 2007, Nr. 4, S.13-17.

39 Priester, Begegnung, S.179.

40 Ebenda, S.183.

41 Ebenda, S.184.

42 Ebenda, S.183.

43 Ebenda, S.185.

Der Wahlspruch von Franz I., dem ersten Kaiser von Österreich, taucht auch in Fleischhackers Roman auf. Der Autor erzählt, dass der Zivilverteidiger der Aufständischen, Doktor Mitrovic, nur mit großer Verspätung an der Verhandlung teilnehmen und nichts mehr zur Unterstützung der Angeklagten unternehmen konnte: „Ihm hatten die Intrigen des Kriegshafenkommandos den Weg nach Cattaro erst geöffnet, als an den Beschlüssen des Standgerichts bereits nicht mehr zu rütteln war. *Justitia regnorum fundamentum*, steht auf dem Wiener Burgtor eingemeißelt. Gerechtigkeit sei der Herrschaft Fundament."[44]

An Velonic demonstriert Priester den Zweifel am gesellschaftlichen Status quo, der sich in der Spätphase der Monarchie auch bei relativ unpolitischen bzw. dem Kaiserhaus und der Regierung gegenüber loyalen Personen auszubreiten begann. Fleischhacker arbeitete ebenfalls mit Figuren, deren Zweifel und Reflexion den Leserinnen und Lesern Möglichkeiten bietet, sich während der Lektüre allmählich mit der Sache der Matrosen zu identifizieren. Die Protagonisten bei Priester und Fleischhacker, Dr. Velonic und Toni Straßl, beginnen ihre Politisierung aus einer Situation der individuellen Kriegsmüdigkeit heraus. Das private Bedürfnis nach Friede und Rückkehr in die Heimat, zu Familie und Geliebten, löst bei beiden Figuren Reflexionsprozesse aus. Fleischhacker beschreibt diese Glückssehnsucht als stärkste Antriebskraft für den Wunsch nach Frieden bei Soldaten wie Angehörigen: „Auch in Toni Straßls Brust lösten sich Wünsche nach Liebe und Geborgenheit, stiegen empor zum besternten Himmel und mengten sich mit jenen der Wachtposten droben auf dem Felsplateau, gleich ihnen Tröpfchen im unendlichen Strom der Sehnsucht, der aus abertausend Männerherzen über Land und Meer zu ihren Lieben floß, jenem anderen begegnend, der von dorther hinaus zu den Fronten zog."[45]

Den aus der individuellen Glückssehnsucht gespeisten Wunsch nach Beendigung des Krieges beschreibt Fleischhacker als geradezu revolutionierende Empfindung: „Und zum erstenmal schmolz in dem jungen Mann der starre Panzer militärischen Drills, und ohne sich zu wehren, ließ er das dunkle Ahnen einer anderen, besseren, friedlichen Welt an sich herankommen."[46] Toni Straßl fährt auf Urlaub nach Hause, wo er die Not und Ungerechtigkeit fern der Front kennenlernt, er sieht Arbeitermassen

44 Franz Xaver Fleischhacker: Cattaro. Roman aus den letzten Tagen der k. und k. Kriegsmarine, Wien 1957, S.311. Hervorhebung im Original. Siehe hierzu auch Frei, Matrosen, S.81f.

45 Fleischhacker, Cattaro, S.40.

46 Ebenda.

in Wiener Neustadt, die im Jänner 1918 streiken. Nach und nach fügen sich die verschiedenen Eindrücke zu neuen Erkenntnissen zusammen und lassen ihn schließlich den Aufstand der Matrosen unterstützen: „Er ahnte, daß er längst noch nicht alles begriff, aber er stellte erschüttert fest, daß er ein anderer geworden war.“[47]

Eva Priesters Protagonist Dr. Velonic vollzieht eine beinahe ebenso radikale Wandlung. Er wird zwar am Ende der Erzählung kein Revolutionär, immerhin aber Sympathisant und passiver Unterstützer der aufständischen Matrosen sein. Velonic beginnt, seine vorgefasste Meinung über die Aufständischen zu überdenken, als er mit diesen selbst konfrontiert ist. Die Tatsache, dass Angehörige unterschiedlicher Nationalitäten sich nicht nur am Aufstand beteiligt haben, sondern auch vor dem Standgericht füreinander einstehen, erschüttert das Weltbild des Untersuchungsrichters. Während des Verhörs macht er Anton Grabar darauf aufmerksam, dass Franz Rasch „doch Österreicher“ sei, „‚und Sie sind Kroate. Und ihr haßt doch alle Österreicher, nicht wahr? Und jetzt haben Sie als Kroate eine Aussage verweigert, die Sie vielleicht hätte retten können, nur um einem Österreicher zu helfen? Wie ist denn das?‘ ‚Das ist doch ganz einfach, Herr Major‘, sagt Grabar langsam, als sei auch ihm der Gedanke neu. ‚Der Rasch und wir – wir sind doch keine Feinde. Wir gehören zusammen.‘ [...] Dr. Velonic steht einen Augenblick lang unentschlossen da, als suche er Worte und finde sie nicht.“[48]

Wichtige Motive bei Priester und Fleischhacker sind Lernen und Erkenntnis. Beteiligte wie Beobachter machen während des Aufstands bzw. während der Auseinandersetzung mit diesem einen Erkenntnisprozess durch. Die Matrosen, auch wenn sie letztlich verloren haben, sind sich ihrer Stärke und der Möglichkeit des Widerstandes bewusst geworden. Derartige Erfahrungen können aus den historischen Quellen rekonstruiert werden. Aus Verhörprotokollen, die während des Cattaro-Prozesses angefertigt wurden, sowie aus Aufzeichnungen von Offizieren über die Geschehnisse geht hervor, dass es während des Aufstands abseits des koordinierten Vorgehens der Aufständischen zahlreiche individuelle Widerstandshandlungen gegen Offiziere und Vorgesetzte gab.[49] Die koordinierte kollektive Gehorsamsverweigerung machte vielen Matrosen offenbar erst bewusst, dass sie sich auch individuell gegen Ungerechtigkeiten und Demütigungen seitens der Vorgesetzten zur Wehr setzen können.

47 Ebenda, S.222.

48 Priester, Begegnung, S.218f.

49 ÖStA, KA, MGA, Cattaro Prozess, XV 4/61-4/90 Karton 988.

Priester und Fleischhacker formen in ihren literarischen Bearbeitungen dieses erwachte Bewusstsein der eigenen Stärke zur Überzeugung der zentralen Figuren, eine historische Rolle auszuüben. Die beiden Erfahrungen – sich der Möglichkeit bewusst zu werden, für die eigenen Interessen zu kämpfen, und damit zugleich einer größeren Sache zu dienen – kommen bei Priester in dem bereits zitierten Dialog zwischen Grabar und Velonic zum Ausdruck. Letzterer macht den gefangenen Matrosen darauf aufmerksam, dass sich letztlich „ja doch gezeigt" habe, „‚daß die Macht des Staates stärker ist als ihr und eure Fahne'".[50] Doch Grabar ordnet den Aufstand in eine größere historische Dimension ein: „‚Das ganze Leben hat man gedacht, daß die großen Herren und die Offiziere und die Generäle und die Beamten mit uns machen können, was sie wollen. Und das erstemal, daß wir getan haben, was *wir* wollten, ist es gelungen. [...] Stärker sind wir.'
‚Und jetzt seid ihr Stärkeren Gefangene', wirft der Richter ein.
‚Aber zweieinhalb Tage waren wir frei', erwidert der Matrose."[51]

Franz Rasch als zentrale Figur

Im Mittelpunkt der literarischen Bearbeitungen des Matrosenaufstands steht die Figur des Franz Rasch. Zwar stellen alle genannten AutorInnen entsprechend den historischen Quellen Rasch als zentrale Figur während des Aufstands und innerhalb des Matrosenrats dar. Bei der Darstellung der charakterlichen Eigenschaften von Rasch und vor allem bei seiner historischen Bewertung zeigen sich jedoch Unterschiede.

In der frühen Auseinandersetzung mit dem Stoff durch Friedrich Wolf wird Franz Rasch als ruhig abwägender Anführer des Aufstands gezeichnet, dessen Besonnenheit in den entscheidenden Augenblicken in Unentschlossenheit umschlägt. Dies führt schließlich auch zur Niederlage der Matrosen. Rasch findet in Wolfs Stück nicht in die Rolle des Anführers hinein. Für Wolf ist die zentrale Frage ohnehin weniger der geistige Prozess der Beteiligten hin zu der Erkenntnis, für den Frieden kämpfen zu müs-

50 Priester, Begegnung, S.214.

51 Ebenda, S.214f. Der ehemalige Fregattenkapitän Hans Hugo Sokol, der die Ereignisse von Cattaro aus der Perspektive der alten Macht beschreibt, spricht bei der Beschreibung von Äußerungen der Begeisterung der Matrosen freilich von „kindlich-naiven Erscheinungsformen einer unversehens erlangten Scheinfreiheit". Hans Hugo Sokol: Österreich-Ungarns Seekrieg 1914-18, Graz 1976 (Unveränderter Nachdruck der in Wien erschienenen Ausgabe von 1933), S.659.

sen. Den Autor interessieren das eigenständigen Handeln der Matrosen, die Gründe für ihre Niederlage und daraus abgeleitet die grundlegenden Fragen des Vorgehens in revolutionären Situationen. Das Lenin-Zitat, das Wolf seinem Drama voranstellt, fasst dessen Kernaussage zusammen und ist als Vorwurf an die zu unentschlossen agierenden Matrosen zu lesen: „Nie mit dem Aufstand spielen; wenn er aber begonnen ist, dann wissen, daß man bis zum Ende gehen muß!“[52] Diesen Aspekt lässt der Autor die Protagonisten im Verlauf des Stücks diskutieren und charakterisiert dabei auch den zwischen Besonnenheit und Unentschlossenheit schwankenden Rasch. „Wer die Macht hat und sie nicht gebraucht, macht sich schuldig!“, so der Funker Stonawski, als die Aufständischen unsicher sind, wie sie weiter fortfahren sollen und verzweifelt auf Antwort anderer Matrosen aus Pula warten. Aus der Bemerkung entspinnt sich eine Diskussion zwischen Stonawski und Rasch, anhand derer Wolf grundlegende Fragen demokratischer Entscheidungsprozesse in revolutionären Situationen stellt: „Franz: Schiet und Rotz, *hatte* ich denn [die Macht; S. L.]? War ich vielleicht gestern in der Vertrauensmännersitzung nicht für sofortige Ausfahrt? Wurden wir nicht überstimmt?
Stonawski: Von den Papas, die zu Weib und Kind wollten, weil sie die zwei oder drei Jahre nicht ans Herz gedrückt.
Franz: Na also.
Stonawski: Unsinn! Du mußtest die Kerle einfach zwingen [...]
Franz: Als ‚Kommandant Rasch‘?
Stonawski: Meinetwegen als ‚Kommandant Rasch‘! Hast du Bammel vor dem Namen? Hast du nicht die ‚Resolution‘ gemacht und die Sache bis hierher geschmissen? So ’ne Sache bleibt nicht stehen, Franz; die rollt weiter, oder sie fällt um.
Franz *am Fenster*: Schon verdammt helle.
Stonawski *bei ihm*: Franz, scheiß auf den Matrosenrat! Der mag über die Menage und den Urlaub Beschlüsse fassen; hier geht’s um Minuten! Franz, heute reißen wir noch alle mit, morgen haut schon die Hälfte ab, übermorgen ist’s nur noch...“.[53]

52 Zit. nach: Wolf, Matrosen, S.5. In der deutschen Ausgabe der Lenin-Werke heißt die Stelle: „*Nie* mit dem Aufstand *spielen*, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man ihn *bis zu Ende gehen* muß.“ W. I. Lenin: Ratschläge eines Außenstehenden, 8.10.1917, Erstveröffentlichung in der Prawda vom 7.11.1920, in: Ders.: Werke, Bd. 26, S.166-168, hier S.167.
53 Wolf, Matrosen, S.47f.

Zögern und Unentschlossenheit der Aufständischen macht Wolf stärker für die Niederlage verantwortlich als die Isolierung der Matrosen und das Versagen der Parteiführung. Letzteres spielt in Wolfs Drama keine entscheidende Rolle. Diese Gewichtung liegt darin begründet, dass der Cattaro-Stoff dem Autor als „Gleichnis" diente. Es ging ihm darum, mittels der Darstellung des Matrosenaufstands in die Diskussion tagespolitischer Probleme einzugreifen, mit denen sich die deutsche ArbeiterInnenbewegung in der Zeit der Entstehung des Stückes auseinandersetzte. Die „Ruhrkämpfe konnte man im Hindenburg-Deutschland nicht auf der Bühne zeigen. So mußte ich durch die Blume sprechen, im historischen Gleichnis des Aufstands der ‚Matrosen von Cattaro'. Aber jeder deutsche Arbeiter verstand sofort den Sinn und Hinweis des Stückes."[54] Und dieser „Sinn" bestand Wolf zufolge in einer zentralen Botschaft, einer „Lehre", die die Arbeiter aus dem Stück ziehen „werden und sollen": „Macht es *nicht* wie die Matrosen von Cattaro, wenn ihr einmal begonnen habt, sondern macht es wie die *Matrosen von Kronstadt* im Oktober 1917! Deshalb schrieb ich das Stück."[55]

Charakterliche Eigenschaften von Franz Rasch sind für dieses „Gleichnis" nicht so relevant wie für die Rasch-Figuren bei Priester und Fleischhacker, die ihren LeserInnen mit Rasch auch eine emotionale Identifikationsfläche bieten.

Bei Eva Priester erscheint Franz Rasch nur in den Berichten der Matrosen, mit denen sich Untersuchungsrichter Velonic unterhält. Sie charakterisieren Rasch ähnlich wie Wolf als vernünftig und ruhig agierenden Revolutionär, der insbesondere zwischen den Matrosen unterschiedlicher nationaler Herkunft zu vermitteln vermag. Ebenso wichtig für Raschs Charakterisierung sind dessen individuelle menschliche Eigenschaften, die ihn erst zu einem humanistischen Revolutionär und somit zu einem Vorbild machen. So lässt Priester den Ungarn Lajos Ferenc Rasch folgendermaßen beschreiben: „Ein ganz junger mit blonden Haaren und so einem Gesicht, wie es nur Arbeiterbuben haben, die sich nie daheim sattessen konnten und schon mit vierzehn Jahren in die Fabrik gegangen sind. Er kommt eigentlich aus der Arbeiterjugend, und gerade die jungen Matrosen sind

54 Friedrich Wolf: Weshalb schrieb ich „Die Matrosen von Cattaro"? (Geschrieben 1935), in: Ders., Matrosen, S.113. Siehe hierzu auch Sascha Kiefer: „Mehr als erlebt". Flottenkrieg und Matrosenrevolte bei Theodor Plievier, Ernst Toller und Friedrich Wolf, in: Sabine Kyore/Stefan Neuhaus (Hrsg.): Realistisches Schreiben in der Weimarer Republik, Würzburg 2006, S.181-192, hier S.189f.

55 Wolf, Weshalb schrieb ich, S.113.

ihm immer durch dick und dünn gefolgt, weil er immer für sie Zeit hatte und erklärte und half – ob es nun etwas über Politik war oder etwas wegen dem Mädel daheim."[56]

Franz Xaver Fleischhacker entwirft in „Cattaro" eine Rasch-Figur, deren Wirken weit über das historisch Gesicherte hinausgeht. Obwohl der Autor eine weite Rahmenhandlung spannt und die eigentliche Geschichte der drei Tage des Aufstands erst im letzten Drittel des Romans stattfindet, wird Franz Rasch bereits auf den ersten Seiten eingeführt. Gerüchte über den „Bootsmann" sind unter den Matrosen bereits lange vor dem Beginn des Aufstands im Umlauf. Selbst Toni Straßl, zu diesem Zeitpunkt fern jeglicher Sympathien für Meuterei und Revolution, weiß bereits über Vorkommnisse in Pula, dort „sollen sich etliche hundertzwanzigprozentige Sozialdemokraten um einen gewissen Franz Rasch, einen Bootsmann zusammengeschlossen haben und große Worte im Munde führen".[57] Rasch ist die zentrale Bezugsgröße, und im Verhältnis Toni Straßls zu ihm drückt der Autor dessen Abscheu gegenüber den unbotmäßigen Matrosen ebenso aus, wie Rasch im weiteren Verlauf des Romans für den Heroismus der Aufständischen steht.

Das zweite, „Der Bootsmann" betitelte Kapitel in Fleischhackers Cattaro-Roman, mit dem Rasch schließlich selbst in die Romanhandlung eintritt, beginnt mit dessen Fahrt von Schlesien an die Adria. Die ausführliche Schilderung der Anreise erinnert an die Zugfahrt, die Lenin am Vorabend der Oktoberrevolution durch halb Europa nach Petrograd brachte. Der Autor zeichnet Rasch als Figur, die eine ähnliche Rolle hätte spielen können wie der russische Revolutionär.

Auf Toni Straßl hat Rasch eine fast magische Wirkung. Straßl will Rasch bei einer ersten Begegnung zunächst seine „Ablehnung von Anfang an merken" lassen, doch kann er sich Raschs Charisma nicht entziehen: „Es fesselte ihn der aus Güte und Entschlossenheit gemischte Ausdruck in den Augen des Mannes. Toni wehrte sich gegen den beunruhigenden Strom, der von dem anderen auf ihn zukam, aber es wollte nicht recht gelingen; der Teufel mochte wissen, wie das zuging."[58]

Zu einem späteren Zeitpunkt, als Straßl von der Notwendigkeit des Friedens schon fast überzeugt ist, phantasiert er im Halbschlaf über einen Friedensbringer: „Und Toni Straßl begann eine glanzvolle uniformierte Heldengestalt zu bauen, die, von Liebe, Achtung und Ehrerbietung um-

56 Priester, Begegnung, S.237f.
57 Fleischhacker, Cattaro, S.19.
58 Ebenda, S.133.

geben, allen Menschen das Ende ihrer Sorgen, ihres Leides verkündete. Und er schuf dieser Gestalt auch ein Gesicht – es wurde sein eigenes. Und dann, endlich in den Schlaf hinüberdämmernd, sah er machtlos und ergriffen zu, wie es sich unaufhaltsam zu einem anderen wandelte, zu einem klaren, ehrgeizlosen, opferbereiten. Er schaute das Antlitz des Bootsmanns Franz Rasch."[59]

Durch die beinahe übermenschlichen Charaktereigenschaften, die der Autor dem Bootsmann zuschreibt, tritt die entscheidende Fehleinschätzung der aufständischen Matrosen umso deutlicher hervor. Auch Rasch setzt vor allem auf die Unterstützung des Matrosenaufstands durch die SDAP-Führung. Fleischhacker lässt Rasch sogar gegen entsprechende Einwände argumentieren. „‚Und du baust auf das Eingreifen der Parteileitung in Wien, Franz?' fragte Max Kreisel recht unvermittelt und seltsam gespannt. ‚Na hörst du!' erklärte der Bootsmann. ‚Die *müssen* uns doch helfen. Eine so phantastische Gelegenheit zu entscheidenden Kämpfen findet sich nicht alle Tage, das müssen sie doch begreifen, trotz aller Schwerfälligkeit. Anders ist's ja nicht auszudenken!'"[60]

Die Überhöhung des Franz Rasch durch Fleischhacker kulminiert in der Standgerichtsszene. Rasch hofft – wie dies auch aus anderen Darstellungen hervorgeht – bis zum Schluss auf eine positive Wendung und tritt dementsprechend ungebrochen vor Gericht auf. Er ist „Held der Verhandlung. Durch die Klarheit seiner Aussagen, durch die ruhige Festigkeit seiner Haltung erschüttert er selbst das Standgericht."[61] Fleischhacker lässt Rasch noch einmal die Motivation der Aufständischen zusammenfassen: „Ich kämpfe für eine Idee, für die Idee des Friedens. Ich kämpfe für sie, auch wenn ich für sie sterben muß. Um ihr zu dienen, mußte ich handeln, wie ich gehandelt habe – und unter gleichen Umständen wieder handeln würde."[62] Fleischhacker skizziert Rasch hier als Märtyrer, der für eine höhere Sache sterben wird – dies steht in deutlichem Gegensatz zu der Darstellung des allmählichen Erkenntnisprozesses, den Straßl durchmacht, dessen Überzeugung, dass der Krieg beendet werden müsse, nicht zuletzt in seinen persönlichen Erfahrungen wurzelt. Rasch wird vom Autor an dieser Stelle noch einmal als außergewöhnlicher und selbstloser Mensch mit beinahe mystischer Ausstrahlung gezeichnet und sogar in die Nähe Jesu Christi gerückt. Rasch hat soeben seine Rechtferti-

59 Ebenda, S.158f.
60 Ebenda, S.240f.
61 Ebenda, S.314.
62 Ebenda.

gungsrede gehalten. „Seither hängt die Einfachheit dieser Worte wie ein Menetekel im Raum. Ihre Wucht, ihre Lebendigkeit übertönt die stumme Sprache des Kruzifixes an der Wand, das ebenfalls einen trägt, der an der Liebe zu den Unterdrückten und Betrogenen gestorben ist. Den hat man damals gekreuzigt – wie nur könnte man diesmal den Verkünder einer neuen, einer tatenfreudigen und darum noch gefährlicheren Friedenslehre, einen fanatischen Prediger gegen Krieg und Ungerechtigkeit, einen ketzerischen Aufklärer des gemeinen Volks – wie könnte man diesen Apostel einer derart gegen die althergebrachte Rang- und Geldordnung verstoßenden Weltanschauung vom Leben zum Tode bringen? Oh, es ist nicht schwer, man braucht dazu nur den Paragraphen 159 des Militärstrafgesetzes vor das Kruzifix und dessen Botschaft zu rücken – und aus der Tat der Liebe wird ein Verbrechen, das ein Standgericht mit dem Tode zu bestrafen hat.“[63]

Alfredo Bauers Szenario

Der Cattaro-Aufstand spielte innerhalb der österreichischen kommunistischen Bewegung nur vorübergehend eine größere publizistische Rolle. Nach dem Erscheinen der Arbeiten von Frei, Priester und Fleischhacker geriet dieses Ereignis fast in Vergessenheit. Zuletzt fand der Aufstand vor einigen Jahrzehnten in einer literarischen Bearbeitung seinen Niederschlag – allerdings nur als eine Randepisode. In dem zwischen 1976 und 1985 erschienenen Romanzyklus „Los compañeros antepasados“[64] des in Wien geborenen Arztes und Schriftstellers Alfredo Bauer taucht der Aufstand als Teil der Ereignisse rund um den Jännerstreik auf. Alfredo Bauer thematisiert vor allem die Isolierheit des Aufstands, der seiner Ansicht nach unter anderen Umständen zum Auslöser einer größeren Bewegung hätte werden können. Der Autor hebt den Unwillen der SDAP-Führung, die revolutionäre Situation auszunützen, durch eine historische Ungenauigkeit besonders hervor. Er suggeriert, die großen Streiks in Österreich wären bei Ausbruch des Matrosenaufstandes noch im Gange gewesen. Zudem konstruiert er, die Parteiführung hätte über die Meuterei Bescheid gewusst.[65] Eine der Figuren des Romans hat als Soldat eher zufällig von

63 Ebenda, S.314f.

64 Das Werk erschien erst 2012 in deutscher Übersetzung, aus der im Folgenden zitiert wird. Alfredo Bauer: Die Vorgänger. Romanzyklus, hrsg. von Monika Tschuggnall, Wien 2012.

65 Tatsächlich war der Jännerstreik mehr als eine Woche vor Beginn des Aufstands in Cattaro beendet. In Wien wurde in allen bestreikten Betrieben die Arbeit am 23. Jänner wieder

dem Aufstand in Cattaro erfahren und nützt einen Wien-Urlaub, um den Parteivorsitzenden zu informieren. Als es ihm endlich gelingt, bis zu Victor Adler vorzudringen, weiß dieser aber bereits Bescheid. Ein „Fähnrich Sesam“[66] (sic!) sitzt im Büro Adlers, und der Parteivorsitzende erklärt: „‚Fähnrich Sesam kommt direkt aus Cattaro. Mit einem Aeroplan der Kriegsmarine. Er hat mir dieselbe Nachricht überbracht wie Sie.“[67] Bei der im Anschluss von Alfredo Bauer geschilderten Streikversammlung, in der über Weiterführung oder Abbruch des Streiks diskutiert wird, gibt Adler die Information über die Meuterei nicht öffentlich bekannt.

Trotz der literarischen Freiheiten, die sich Bauer erlaubt, sind in seiner Darstellung des Cattaro-Aufstandes die wichtigsten Aspekte zusammengefasst, die auch in früheren literarischen und politischen Auseinandersetzungen mit der Meuterei im Vordergrund standen. Die Hauptursache für die Niederlage der Matrosen von Cattaro war, Bauer zufolge, dass ihre Erhebung isoliert blieb. Wären die Nachrichten der Aufständischen nach außen gedrungen, darüber sind sich die AutorInnen einig, dann hätte Cattaro eine ähnliche Rolle spielen können wie die Erhebung der Matrosen in Kronstadt im Jahr 1917, die eine wichtige Etappe der Russischen Revolution markierte. Das bedingungslose Vertrauen in die SDAP-Führung hatte zur Folge, dass die Matrosen während der Tage des Aufstands vor allem auf Nachricht und Unterstützung von außen warteten. In den literarischen Bearbeitungen des historischen Stoffs wie auch in den Interpretationen in Dokumenten und Veröffentlichungen der KPÖ wird daran die politische Unreife der Aufständischen aufgezeigt. Die abwiegelnde Reaktion der SDAP-Führung auf die Nachrichten über die standrechtlichen Erschießungen von meuternden Matrosen wiederum präsentieren die AutorInnen als symptomatisch für die Rolle der SDAP.

Die verschiedenen Aspekte des Matrosenaufstands von Cattaro dienten den VerfasserInnen der belletristischen Werke als Stoff, an dem sie grundlegende Aspekte der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung thematisier-

aufgenommen, in Wiener Neustadt und anderen kleineren Städten war der Streik am darauffolgenden Tag ebenfalls zu Ende. Siehe Hautmann, Rätebewegung, S.171.

66 Die Figur ist offenbar angelehnt an den Seefähnrich Anton Sesan, der sich als Offizier den aufständischen Matrosen angeschlossen hatte und am letzten Tag des Aufstands zusammen mit zwei Unteroffizieren mit einem Flugzeug nach Italien desertierte. Siehe Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Front, S.141.

67 Bauer, Vorgänger, S.576.

ten – etwa die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung während des Ersten Weltkriegs oder Fragen revolutionärer Taktik. Mittels ihrer Protagonisten demonstrierten Friedrich Wolf, vor allem aber Eva Priester und Franz Xaver Fleischhacker und schließlich auch Alfredo Bauer die Möglichkeiten und Grenzen individuellen Handelns in revolutionären Krisensituationen wie auch die revolutionierende Wirkung derartiger Ereignisse auf die beteiligten Individuen.

Beginn des Ersten Weltkriegs – Ursachen und Wertungen. Internationales Kolloquium (Bericht)

Rainer Holze

Zu den wissenschaftlichen Veranstaltungen anlässlich des 100. Jahrestages der Entfesselung des Ersten Weltkriegs gehört das ganztägige Internationale Kolloquium der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. und des Vereins Berliner Freunde der Völker Russlands e. V., das mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Russischen Hauses der Wissenschaft und Kultur und des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 11. Juni 2014 im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin stattfand.

Nach der Begrüßung durch *Horst Schützler*, stellvertretender Vorsitzender des Berliner Freunde der Völker Russlands e. V., eröffnete *Kurt Pätzold* (beide Berlin) den Reigen der Vortragenden mit dem Grundsatzthema „Die Versager und andere Märchen vom Ersten Weltkrieg". Die vielfältigen Rückblicke auf den Beginn des Ersten Weltkriegs seien, so verdeutlichte er eingangs, auch von aktuellen politischen Interessen geprägt. Den gegenwärtig Herrschenden und Regierenden liege hauptsächlich daran, den Europäern bewusst zu machen, wie weit sie dank der klugen und weitschauenden Politik ihrer Führer die Vergangenheit hinter sich gelassen haben und nunmehr in einem befriedeten Kontinent leben. Aufgrund der deutschen Rolle im Krieg böte sich für die Bundesrepublik nicht die Möglichkeit, in Kirchen, auf ehemaligen Schlachtfeldern und vor den dort errichteten Monumenten sowie an Grabanlagen das ständige Bedürfnis zu befriedigen, historisch bedeutende Leistungen der eigenen Nation und der Verbündeten von Neuem zu würdigen und nationales Geschichts- und Selbstbewusstsein zu stärken. Keinesfalls sollen in dieser Erinnerung alte Feindbilder wieder belebt und alte Rechnungen aufgemacht werden. Unerwünscht seien aber auch Fragen nach den Ursprüngen des Ersten Weltkriegs, die eng mit der Fahndung nach jenen Personen und Kräften verknüpft sind, die für eben diesen Krieg die Verantwortung tragen. Durch die Legende vom letztendlich gemeinsamen Scheitern erscheine der Erste Weltkrieg als Ergebnis allgemein menschlichen Unvermögens. Auf diese Weise gebe es nur Schuldlos-Schuldige. Aber auch wenn es das derzeit in der Bundesrepublik dominierende Geschichtsbild anders vermittle, blieben, so Pätzold, Grunderkenntnisse der in der DDR unter der Leitung von Fritz Klein am Institut für Geschichte an der Akademie der

Wissenschaften erarbeiteten, umfassenden, marxistischen Darstellung zur Geschichte des Ersten Weltkriegs weiter gültig.[1] Sie habe auch den Antikriegskräften jene Aufmerksamkeit zuteil werden lassen, die ihr bürgerliche Geschichtsschreiber bis dahin konsequent verweigerten. Auch heute gelte: Dieser Weltkrieg wuchs aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem neuen, imperialistischen Stadium, in das sie um die Jahrhundertwende eingetreten war. An dem Kampf um die politische und ökonomische Vorherrschaft nahmen alle entwickelten Staaten in Europa und die USA teil. In diesem Kampf bildete der Krieg auf allen Seiten eine Option zur Durchsetzung der eigenen Ziele. Das deutsche Kaiserreich, das in wenigen Jahrzehnten zur wirtschaftlichen und politischen Großmacht aufgestiegen war, hatte ein besonderes Interesse an einer Neuordnung in Europa und in der Welt. Er wurde mit seinem Bundesgenossen Österreich-Ungarn zur treibenden Kraft auf dem Weg in den Krieg.

In der Bundesrepublik verbinde sich, so Pätzold, der Beginn einer anderen Sicht auf den Ersten Weltkrieg mit dem Wirken des an der Hamburger Universität lehrenden Historikers Fritz Fischer und seiner Schüler. Fischer habe mit seinem 1961 erschienenen Buch „Griff nach der Weltmacht" und anderen Publikationen dem bis dahin in der westdeutschen Historikerzunft unangefochtenen Bild von Deutschlands unschuldiger Rolle auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg einen nachwirkenden Schlag versetzt. Fischers Kernaussage, dass die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges trage, habe sowohl die These von Deutschlands Alleinschuld wie die von seiner Unschuld am Kriege zurückgewiesen, aber genauso das Nivellierende, wonach die Verantwortung des deutschen Kaiserreiches nicht größer und nicht kleiner als die der anderen Großmächte gewesen sei.

In seinen weiteren Ausführungen setzte sich der Referent mit den revisionistischen Thesen des in Großbritannien lehrenden Historikers Christopher Clark auseinander. Dieser habe in seinem in den Medien hochgelobten Buch „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" kein einziges Dokument oder Argument entkräften können, das von Historikern herangezogen worden war, um Deutschland als treibende Kraft in den Ersten Weltkrieg zu kennzeichnen. Für seine These, Deutschland

1 Siehe Fritz Klein/Willibald Gutsche/Joachim Petzold: Deutschland im Ersten Weltkrieg, 3 Bde., 1968-1970; Dies: Von Sarajewo nach Versaille. Deutschland im 1. Weltkrieg, Berlin 1974, ²1985; als Lizenzausgabe für Pahl-Rugenstein Dies: Der Erste Weltkrieg: Ursachen und Verlauf, herrschende Politik und Antikriegsbewegung in Deutschland, Köln 1985.

sei am Weg in den Krieg nicht mehr und nicht weniger beteiligt gewesen als seine Gegner, habe er keine überzeugenden Argumente anführen können. Mit seiner personalisierten Geschichtsschreibung bedeute Clarks Revisionsversuch auch methodologisch ein Zurück in das bürgerliche Geschichtsdenken der Fünfziger- und frühen Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. Seine „Schuldigen" fühlten sich als Getriebene, die unter einem Druck „von außen" gehandelt hätten, die nicht Täter, sondern Opfer ihrer Vorstellungen, Einbildungen, Gemütslagen geworden seien. Des Australiers Bekenntnis, es sei ihm nicht um das Warum des Krieges gegangen, ihn interessiere nur das Wie, sei eine Flucht vor der Kriegsschuldfrage. Clarks Einschätzung vom Versagen der Politik unterstelle zugleich, dass ihr Ziel die Erhaltung des Friedens gewesen sei.

Nach diesem grundlegenden Vortrag widmeten sich mehrere Referenten wichtigen Teilaspekten der Kolloquiumsthematik. Der österreichischen Historiografie wandte sich *Martin Moll* (Graz) zu. Sie sei stets und bis heute nicht umfangreich gewesen, auch habe es kaum eine Beteiligung an internationalen Debatten gegeben. Die Erörterung der entscheidenden Frage nach der Kriegsbereitschaft und Kriegsentschlossenheit der Habsburger Führung sei von der Behandlung eher sekundärer Aspekte überlagert worden. Als Grundkonsens der neueren österreichischen Forschung kennzeichnete Moll, dass die Donaumonarchie nach dem Thronfolgermord zwar zur Auslösung einer kriegerischen Strafexpedition gegen Serbien grimmig entschlossen gewesen sei, aber kein Interesse an einem ausbrechenden großen Krieg gehabt habe. In den letzten Jahrzehnten werde die Rolle der österreichischen Monarchie bei Kriegsausbruch etwas kritischer gesehen.

Horst Schützler stellte die russische Historiografie zu den Ursachen und zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor. Am Beispiel der Bewertung des letzten Zaren Nikolaus II. und seiner Außenpolitik durch den Biografen Petr Multatuli verdeutlichte Schützler die sich abzeichnende Aufwertung der Monarchie für eine „patriotische Geschichte" in der heutigen russischen Historiografie. Multatuli schätze den Zaren im Gegensatz zu früheren Darstellungen und im Widerspruch zu den Tatsachen als klugen, christlichen, friedfertigen Herrscher ein, der im Krieg keine imperialistischen Ziele verfolgt habe. In der sowjetischen Geschichtsschreibung habe sich, geprägt von Michail Pokrovskij und seiner Schule, frühzeitig eine Richtung herausgebildet, die im zaristischen Russland den Hauptschuldigen des Krieges sah. Diese Schule sei nicht unwesentlich vom Personenkult um Stalin beeinflusst gewesen. Spätere Darstellungen zeigten den globalen Konflikt zu stark im „Schatten der Oktoberrevolution". Nach dem

Zerfall der Sowjetunion sei vor allem die Rolle der Selbstherrschaft diskutiert worden.

Robert Waite (Washington) schilderte in seinem Referat zunächst die Reaktionen der US-amerikanischen Öffentlichkeit auf den Kriegsausbruch. Die Stimmung sei überwiegend pro-englisch und gegen das aristokratische Deutschland und dessen aggressive Staatsführung eingestellt gewesen. Trotz der täglichen Presseberichterstattung über den europäischen Krieg habe sich die Mehrzahl der Bürger sicher gefühlt. Da der europäische Krieg die amerikanische Wirtschaft negativ zu beeinflussen begann – vor allem stiegen die Lebensmittelpreise –, seien manche Arbeiter unzufrieden gewesen, habe es auch Streikandrohungen gegeben. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand die amerikanische Geschichtsschreibung zu den Ursachen und zum Beginn des Krieges. Sie habe sich in den einzelnen Perioden unterschiedlich positioniert. 1914 hätte die amerikanische Öffentlichkeit das kaiserliche Deutschland als den Hauptschuldigen betrachtet. Deutschlands Diplomatie, sein monarchisches System und seine militaristische Haltung habe Europa in den Krieg gestürzt. In den Zwanzigerjahren rückten dann vor allem jüngere Historiker nach dem Studium von nunmehr zugänglichen Quellen von der deutschen Alleinschuld ab und machten die europäischen Mächte insgesamt für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Unter dem Einfluss der zeitgenössischen Spannungen im politischen und wirtschaftlichen Leben in den USA suche die jüngere Historikergeneration heute die Kriegsursachen vorrangig in den inneren Verhältnissen Europas. Seit der Jahrtausendwende seien eine ganze Reihe von Aufsätzen und Beiträgen mit neuen Deutungsangeboten zu den Ursachen dieses Weltenbrandes erschienen, die auch nach der Verantwortung der „kleinen und mittleren Mächte" fragten.

In seinem streitbaren Vortrag „Arbeiterbewegung, Krieg und Nation. Fragen und Denkansätze" vertrat *Hartmut Henicke* (Altzeschdorf) den Standpunkt, dass eine wirklich aggressive deutsche Außenpolitik kontinental nur im Bündnis mit England gegen Russland oder global im Bündnis mit Russland gegen England möglich gewesen wäre. Die deutsche Weltpolitik wäre jedoch keinem dieser beiden Konzepte gefolgt. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie als Teil der Kriegsinszenierung, führte er weiter aus, werde überschätzt. Die Partei sei von den Ereignissen überrollt worden, nicht imstande gewesen, die Wirklichkeit richtig zu beurteilen. Nicht einmal Rosa Luxemburg sei auf den Gedanken gekommen, der deutschen Heeresleitung während der Julikrise 1914 Kriegsinteresse zuzuschreiben. Auch die Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie für die Befürwortung der Kriegskredite sei nicht so schwer zu gewichten,

wie dies wegen der Führungsrolle der Partei innerhalb der II. Internationale bislang geschehen sei. Der originäre Grund für das Ende der II. Internationale sei die Unfähigkeit der Sozialisten gewesen, das global-systemische Wesen des Imperialismus im Gewirr einer sich immer rasanter transformierenden Welt zu erkennen. Die deutsche Sozialdemokratie wäre dem von den herrschenden deutschen Eliten entwickelten Konzept der nationalen Solidarität aufgesessen und hätte, in dem guten Glauben, darin die Grundlage eines nationalen Sozialismus zu sehen, dem Klassenkampf abgeschworen. Henickes Thesen trafen in der Diskussion auf heftige Kritik.

Im abschließenden Vortrag analysierte *Manfred Weißbecker* (Jena) vor allem die konservativ-nationalistische Erinnerungspolitik an den Ersten Weltkrieg in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Er richtete den Blick auf die geschichtspolitisch und propagandistisch instrumentalisierte Erinnerung an den Krieg, mithin auf die „Brandstifter" in Friedenszeiten. Die konservativen Kreise in Deutschland hätten von Anfang an massiv daran gewirkt, sich des politischen Erinnerns an den Krieg – vor allem an die Niederlage – vielgestaltig, umfassend und gegen alle menschlichen Friedensbedürfnisse bemächtigten. Dabei zeichneten sich solche erinnerungspolitischen Argumentationsmuster ab, die zwar den Frieden als erstrebenswert priesen, gleichzeitig aber Kriege als unabänderlichen Teil der Menschheitsgeschichte werteten und konkret die kürzliche Niederlage mit der Frage verknüpften, wie sie wettzumachen sei. Kennzeichnend für die Erinnerungspolitik der damaligen Nachkriegszeit sei ihre ausgesprochen nationalistisch-kriegerisch gefärbte, religiöse Heilsvorstellungen nutzende Zukunftsorientierung gewesen. Es sollte – analog zur Schützengraben-Gemeinschaft – die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und Parteien in einer wahren „Volksgemeinschaft" überwunden werden. Weißbecker verdeutlichte Erscheinungsformen politischer Erinnerungsarbeit in der Weimarer Republik wie das Wirken jener vielen Organisationen, die nationalistisch-revanchistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die große Schnittmenge zwischen dem radikalen und rechtsradikalen, dem nationalliberalen, deutsch-nationalen, völkischen und nationalistischen Kriegsgedenken sowie die weitgehende Konsensfähigkeit der Hauptelemente des faschistischen Kriegs- und Heldengedenkens in der Weimarer Republik beweise, dass in dieser Hinsicht der 30. Januar 1933 keine besonders tief greifende Zäsur darstellte.

Weißbecker hielt auch das Schlusswort der Tagung. Sie habe Impulse für die nicht dem Mainstream verbundene Geschichtsforschung gegeben

und gezeigt, dass es kein Ende des analytischen und kritischen Sich-Befassens mit dem Ersten Weltkrieg, mit dessen Ursachen und seinen Folgen geben kann. Die hier vorgetragene Kritik lasse offenkundig werden, dass und wie mit aufgewärmten bzw. neuen Thesen alte und neuerlich erkennbare Vorherrschafts-Ambitionen in mildes Licht getaucht würden. Im Grunde gehe es nur scheinbar um den Krieg von 1914/18. Es sei deshalb dringend geboten, stärker und offensiver als bislang solche Fragen ernsthaft zu untersuchen, wie die zum Inhalt und zur Wirkung von Versuchen, Kriege als gesellschaftliche Erscheinung zu rechtfertigen oder gar zu beschönigen, sie am Beispiel des Ersten Weltkriegs als den Fortschritt befördernd zu bewerten, als Beschleuniger von Wissenschaft und Technik oder gar als Ausgangspunkt siegreicher Demokratie und des westlichen Parlaments-Modells anzupreisen. Weiter erinnert werden sollte auch an das Liebknechtsche „Nein" zu den Kriegskrediten und an die Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land". Mit dem Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung äußerte Weißbecker den sehr unterstützungswerten Wunsch, vor allem jene Diskussionen fortzusetzen, die der Komplexität der gesamten Jahrhundertgeschichte gelten.

Zum 150. Jahrestag der IAA

Zur Geschichte der Veröffentlichung der Generalrats-protokolle der Internationalen Arbeiterassoziation[1]

Rolf Hecker

Der 100. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) 1964 war der erste große Höhepunkt in der internationalen Marx-Engels-Forschung und -Edition der Nachkriegsgeschichte. Dokumentenpublikationen und Sammelbände erschienen aus diesem Anlass, Konferenzen und Ausstellungen wurden durchgeführt – sowohl in den sozialistischen als auch in den westlichen Ländern Europas.[2] Eine Publikation sorgte für internationales Aufsehen: die Veröffentlichung der „Minutes" – der Sitzungsprotokolle des Generalrats der IAA in englischer Originalsprache und in russischer Übersetzung zwischen 1961 und 1968 in jeweils fünf Bänden durch das Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der KPdSU.[3] Damit war ein altes, schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnenes Projekt David Borisovič Rjazanovs realisiert worden, das zwischenzeitlich in den 1930er-Jahren auch vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam bearbeitet worden war.

Rjazanov und das IAA-Projekt

David Rjazanov,[4] der sich seit November 1909 in Wien aufhielt, hatte den von der dortigen Stiftung „Anton-Menger-Bibliothek" finanzierten Auf-

---

1 Für Hinweise und Anregungen danke ich Dr. Jürgen Herres und Renate Mohl.

2 Siehe detailliert: Rolf Dlubek: Auf dem Wege zur MEGA². Die internationale Zusammenarbeit zum 100. Gründungstag der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), in: Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und DDR (1945-1968) (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge [NF], Sonderbd. 5), Hamburg 2006, S.429-462.

3 Documents of the First International. The General Council of the First International 1864-1872, Minutes, 5 vol., Moscow 1962-1968. Der erste Band der russischen Ausgabe erschien bereits 1961.

4 Siehe Rolf Hecker: Dawid Borisowitsch Rjasanow (1870-1938), in: Günter Benser/Michael Schneider (Hrsg.): Bewahren. Verbreiten. Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg 2009, S.258-267.

trag erhalten, die Dokumente und Protokolle der IAA zu sammeln und herauszugeben. Dazu besuchte er in den folgenden Jahren die einschlägigen Bibliotheken in London, Paris, Rom, Florenz sowie in Deutschland und in der Schweiz. 1914 kündigte er das Erscheinen des ersten Bandes des „Urkundenbuches der Internationale" an,[5] der jedoch infolge des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs nicht mehr gedruckt wurde. Sowohl in seinem Referat vor der Sozialistischen Akademie in Moskau am 20. November 1923,[6] als auch in einem Brief an das ZK der KPdSU nach seiner Verhaftung 1931 hob er hervor, dass er seit 1909 an der Geschichte der Internationale arbeitete und es ihm gelungen war, „unter Ausnutzung einer Wiener wissenschaftlichen Gesellschaft [...], eine beachtliche Anzahl von Dokumenten unter der Bedingung, sie nach Beendigung der Arbeit wieder zurückzugeben", aus dem SPD-Archiv in Berlin zu erhalten.[7] Möglicherweise waren bereits zu jener Zeit die drei im SPD-Archiv befindlichen Protokollbücher der IAA fotokopiert worden (aus den Jahren 1864 bis 1866 und 1869 bis 1872).

Seit der Gründung des Marx-Engels-Instituts (MEI) 1921 unter Leitung von Rjazanov gehörten die Erforschung der Geschichte der IAA und die Herausgabe ihrer Dokumente zu dessen wichtigsten Aufgaben. Bereits 1924 veröffentlichte Rjazanov im ersten Band des russischsprachigen „Marx-Engels-Archivs" einen großen Aufsatz über die Entstehung der IAA, der auch in die deutsche Ausgabe von 1926 aufgenommen wurde.[8] Die „Mitteilungen" im deutschsprachigen Band enthalten auch einen englischsprachigen Bericht von Raymond William Postgate, einem englischen Journalisten und Historiker, über die IAA-Dokumente in der George-Howell-Sammlung in der Bishopsgate Bibliothek in London.[9] Da

5 Siehe N. [d. i. David] Rjasanoff: Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels, in: Die Neue Zeit, Bd. 13 (32), 1914, S.566.

6 Siehe D[avid] Rjasanoff: Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd. 11, 1925, S.385-400, hier S.391.

7 Siehe David Rjazanov an das Politbüro des ZK der VKP (B), 12. April 1931, abgedr. in: David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderbd. 1), Hamburg 1997, S.256.

8 Siehe David Rjazanov: Die Entstehung der Internationalen Arbeiter-Assoziation (Zur Geschichte der Ersten Internationale, I.), in: Marx-Engels-Archiv, Bd. 1, Frankfurt/Main [1926], S.119-202.

9 Siehe R[aymond] W[illiam] Postgate: Papers of the First International, in: ebenda, S.441-447 (der Bericht wurde auch in die russische Ausgabe des „Marx-Engels-Archivs", Bd. 3, aufgenommen).

es mit der geplanten Veröffentlichung von Dokumenten der IAA nicht so voranging wie gedacht, musste Rjazanov auf einer Institutsversammlung im Herbst 1930 erklären: „Den Genossen kann ich sagen, warum wir sie [die Generalratsprotokolle] zurückgehalten haben, wegen der unwahrscheinlichen Dickköpfigkeit der ersten englischen Bibliothek konnten wir bisher nicht die Protokolle des Generalrates für die Jahre 1867-69 erhalten. Obwohl es uns in diesem Jahr gelungen ist, Minister, die englische Presse und eine Reihe von Wissenschaftlern zu mobilisieren, hat der Bibliothekar geantwortet: ‚Eher verbrenne ich sie, als sie den Bolschewiki zu übergeben.' Wir haben beschlossen, nicht weiter zu warten, wir geben den 1. Band heraus und erklären im Vorwort, warum wir gezwungen sind, einen kleinen Teil auszulassen, denn die Protokolle ab 1869 besitzen wir vollständig."[10] Zu dieser angekündigten Veröffentlichung kam es nicht mehr, denn Rjazanov wurde verhaftet.

Auch die neue Leitung des jetzt mit dem Lenin-Institut vereinigten Marx-Engels-Lenin-Instituts (IMEL) bemühte sich um den Erwerb von Marx-Engels-Dokumenten, darunter um das fehlende Protokollbuch. Nun sollten möglichst bald die Dokumente der IAA umfassend veröffentlicht werden; so sah der Arbeitsplan des IMEL für 1931/32 vor, im Band II des „Marx-Engels-Archives" in zwei Teilen Materialien und die Protokolle des Generalrats der IAA herauszugeben.[11] Diese Aufgabenstellung wurde jedoch nicht realisiert. Erst im Band XIII der ersten russischen Marx-Engels-Werkausgabe[12] und in Einzelbänden[13] kam es erstmals

10 Referat Rjazanovs über die Aufgaben des Marx-Engels-Instituts 1930/31, in: Rjazanov und die erste MEGA, S.108-124, hier S.123f.

11 Siehe Rolf Hecker: Fortsetzung und Ende der ersten MEGA zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus (1931-1941), in: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931-1941) (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderbd. 3), Hamburg 2001, S.181-269, hier S.213.

12 In der Werkausgabe musste der geplante Bd. XIII aufgrund des Umfangs in zwei Teilbände geteilt werden, die 1936 und 1940 erschienen.

13 In einer Serie von Einzelbänden sollten die Protokolle der Kongresse und Konferenzen der IAA in russischer Übersetzung veröffentlicht werden: 1934 erschienen die Gründungsdokumente der IAA, 1934 das Protokoll des Baseler Kongresses (1869), 1936 das Protokoll der Londoner Konferenz (1871). Die Bände wurden von Mark Solomonovič Zorkij vorbereitet und von Vladimir Viktorovič Adoratskij herausgegeben. Außerdem veröffentlichte Adoratskij zwei große Aufsätze: Istoričeskoe značenie I Internacionala [Die geschichtliche Bedeutung der I. Internationale], in: Bol'ševik, 1934, H. 17 und 18, und Karl Marks i I Internacional (1864-1872) [Karl Marx und die I. Internationale], in: Proletarskaja revoljucija, 1939, H. 1; beide erneut hrsg. in: V[ladimir] V[iktorovič] Adoratskij: Izbrannye proizve-

zur Veröffentlichung von IAA-Dokumenten, jedoch in russischer Übersetzung und nicht in der Originalsprache.

Hier kann nicht näher auf die Geschichte des IMEL eingegangen werden. Im Juni 1942 gelang es, von dem fehlenden Band der Generalratsprotokolle Kopien aus London zu erhalten. Dort hatte sich die frühere Korrespondentin des Moskauer Instituts Agnija Majskaja, die Gattin des sowjetischen Botschafters in Großbritannien, schon seit längerer Zeit dafür eingesetzt. Botschafter Ivan Majskij teilte dem Außenministerium offiziell mit, dass die Protokolle aus der Zeit von September 1866 bis August 1869 fotokopiert worden seien.[14] Offenbar hatte endlich die Bishopsgate Bibliothek in London ihre Zustimmung gegeben,[15] immerhin war die UdSSR jetzt Bündnispartner im Krieg gegen Nazi-Deutschland. Mark Borisovič Mitin, seit 1939 Direktor des IMEL, antwortete dem Außenministerium, wünschenswert wäre, die „von der sowjetischen Botschaft erhaltenen Fotokopien der Protokolle der Ersten Internationale [...] in der nächsten Zeit zu erhalten". Dafür mussten 50 Pfund nach London überwiesen werden.[16]

Die Protokollbücher und zur Einordnung von Marx' Wirken in der IAA

In Vorbereitung des 100. Jahrestages der IAA 1964 konnte endlich der Plan Rjazanovs – die Veröffentlichung der Minutes of the General Council of the International Working Men's Association, also der sogenannten Protokollbücher der IAA – verwirklicht werden.[17] Es handelt sich dabei um folgende Protokollbücher:

- 5. Oktober 1864 bis 28. August 1866,[18]

---

denija, Moskva 1961, S.312-382.

14 Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretär Sobolev an M. B. Mitin, 15. Januar 1942, Russländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI), f. 71, op. 1, d. 241.

15 Siehe Literaturnoe nasledstvo K. Marksa i F. Engel'sa. Istorija publikacii i izučenija v SSSR [Der literarische Nachlass von K. Marx und F. Engels. Geschichte seiner Publikation und Rezeption in der UdSSR], Moskva 1969, S.142.

16 Mitin an Sobolev, 27. Januar 1942, RGASPI, f. 71, op. 1, d. 241. Siehe auch Hecker, Fortsetzung und Ende, S.243-252.

17 Siehe Literaturnoe nasledstvo, S.455-466.

18 Dieses Buch umfasst 168 Seiten, etwa A4-Format, die Protokolle wurden von William Randall Cremer, Peter Fox, Robert Shaw, Victor Le Lubez und zwei weiteren – bisher nicht ermittelten – Protokollanten niedergeschrieben. Dieser Band befand sich in den 1920er-Jahren im SPD-Archiv in Berlin und gelangte 1938 in den Besitz des Amsterdamer IISG,

- 18. September 1866 bis 31. August 1869,[19]
- 21. September 1869 bis 21. Mai 1872,[20]
- 28. Mai 1872 bis August 1872.[21]

Da die Protokolle in der jeweils folgenden Sitzung – manchmal mit kleinen Änderungen – bestätigt wurden, sind sie zugleich Ausdruck eines autorisierten Textes. Die voluminösen Bände widerspiegeln die Geschichte der IAA als eine lebendige Organisation mit einem „anfangs äußerst heterogen zusammengesetzten Führungsgremium".[22]

Marx war in diesem Führungsgremium der Einzige, der politische Erklärungen im Konsens mit allen Mitgliedern formulieren konnte. Insgesamt verfasste und redigierte er von 1864 bis 1872 über 50 Dokumente des Generalrats in einem Gesamtumfang von mehr als 200 Druckseiten.[23] Der Historiker Wolfgang Schieder bewertete Marx' Anteil am Wirken der IAA 1991 wie folgt: „Obwohl er im Unterschied zu den meisten anderen, vor allem den englischen und französischen Mitgliedern, keine Arbeiterorganisation hinter sich hatte, nahm er aufgrund seiner überragenden intellektuellen Fähigkeiten zu politischer Vermittlung daher im Zentralrat der Internationale schon nach kurzer Zeit eine führende Stellung

---

wo er heute im Hermann-Jung-Nachlass aufbewahrt wird. Siehe MEGA², Bd. I/20, Berlin 1992, S.1343.

19 Der englische Gewerkschafter George Howell (1833-1910) hatte das Buch aufbewahrt und für eine von ihm verfasste Geschichte der IAA, die 1878 veröffentlicht wurde, ausgewertet (siehe Fußnoten 56 u. 57). Nach seinem Tod gelangte das Buch in das Bishopsgate Institute in London, wo es bis heute in der Howell Collection aufbewahrt wird. Die Protokolle in diesem 264-seitigen Band in etwa A4-Größe wurden von Robert Shaw, Peter Fox, Johann Georg Eccarius, Hermann Jung und zwei weiteren – bisher nicht ermittelten – Protokollanten niedergeschrieben. Siehe MEGA2, Bd. I/20, S.1542; Bd. I/21, Berlin 2009, S.1800f.

20 Der dritte Protokollband mit 458 Seiten ebenfalls in einem etwas größeren als A4-Format wurde von Johann Georg Eccarius, Heinrich Pfänder, Karl Marx und John Hales geschrieben. Auch dieser Band gelangte aus dem SPD-Archiv ins IISG und befindet sich im Jung-Nachlass. Siehe MEGA², Bd. I/21, S.1990, Bd. I/22, Berlin 1978, S.1351. Die Publikation der Protokolle von Ende 1871 bis Mai 1872 in der MEGA² ist für den Band I/23 vorgesehen.

21 Der vierte Protokollband mit 158 Seiten liegt im IISG ebenso im Jung-Nachlass, Sign. B 87. Die Protokolle bis zum 16. Juli 1872 wurden von John Hales notiert, danach von Hermann Jung, George Milner und anderen (siehe The General Council of the First International. 1871-1872, [vol. 5,] Moscow 1968, S.23). Sie werden in MEGA², Bd. I/23 veröffentlicht werden.

22 Wolfgang Schieder: Karl Marx als Politiker, München 1991, S.77.

23 Siehe ebenda.

ein.“[24] Marx war – so Schieder – der „führende Kopf der Internationale, aber doch immer ein primus inter pares“, ein „unbestrittener spiritus rector des Generalrats der IAA“.[25]

Im MEGA²-Band I/20, erschienen 1992 und von Rolf Dlubek und Monika Steinke[26] vorbereitet, heißt es, dass die Protokolle zeigen, wie „Marx zum theoretischen Kopf und politischen Führer“ der IAA wurde.[27] Die Protokolle belegen, mit welcher Intensität sich Marx an den Diskussionen beteiligte; immerhin trafen sich die Mitglieder des Zentralrats wöchentlich, vielfach auch im Hause der Familie Marx. Aber genau darum drehte sich seit vielen Jahrzehnten die Auseinandersetzung: Wie ist Marx' und seit 1870 – mit seinem Eintritt in den Generalrat – auch Engels' Anteil am Wirken der IAA zu bewerten? Dlubek hatte auf einem Kolloquium in Berlin zum 120. Gründungstag der IAA erklärt: „Die IAA ging als von Karl Marx und Friedrich Engels geführte erste revolutionäre Massenorganisation des internationalen Proletariats in die Geschichte ein.“[28] Damit befand er sich in Übereinstimmung mit sowjetischen Autorinnen und Autoren.[29]

---

24 Ebenda.

25 Ebenda, S.78, 96.

26 Siehe Monika Steinke: Die Protokolle des Generalrats als Quelle für Marx' führende Tätigkeit im Leitungsgremium der IAA (Oktober 1864-August 1867), in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, H. 22, Berlin 1987, S.248-260.

27 Entstehung und Überlieferung, in: MEGA², Bd. I/20, S.1325.

28 Rolf Dlubek: Marx, Engels und die Konstituierung und Festigung der Internationalen Arbeiterassoziation als erste revolutionäre Massenorganisation des internationalen Proletariats (1864-1867), in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, H. 18, Berlin 1985, S.7.

29 Trotz der in den 1920er-/30er-Jahren erschienenen und bereits erwähnten Aufsätze von Rjazanov und Adoratskij stellte Efim Pavlovič Kandel 1960 fest: „Es gibt jedoch bis heute in der sowjetischen Geschichtsschreibung keine gewichtige zusammenfassende Monographie über die Geschichte der I. Internationale und über die führende Rolle von Marx und Engels in der Internationale. Das Institut für Marxismus-Leninismus ist in dieser Hinsicht der sowjetischen Wissenschaft noch vieles schuldig.“ (J. P. Kandel: Die Marx-Engels-Forschung in der Sowjetunion, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 3, 1960, S.282-304, hier S.301.) Nach dem konstatierten Desiderat folgte 1965 das zweibändige Werk „Pervyj Internacional“, hrsg. von den Historikern des IML Irina Bach, Lev Gol'man und Valerija Kunina, dessen deutsche Übersetzung erst 1981 erschien (Die Erste Internationale, T. 1: 1864-1870, T. 2: 1870-1876, Moskau 1981). Darin sei in „umfassender Weise die Rolle von Marx als wahrer Gründer der Assoziation beleuchtet und sein Kampf gegen die Versuche der Mazzinianer und anderer kleinbürgerlicher Demokraten, die die Assoziation unter ihren Einfluss bringen wollten, dargestellt“ worden. (Literaturnoe nasledstvo, S.457, aus dem Russischen).

Im MEGA²-Band I/21, bearbeitet von Jürgen Herres und 2009 erschienen, wird differenziert gewertet: „Marx' Texte weckten Interesse, generalisierten und boten Interpretationen; sie waren argumentativ, aber auch emotional aufrüttelnd und suggestiv. Durch ihre Eloquenz und analytische Kraft waren sie in der Lage, den kommunikativen Raum zu füllen, den die Internationale eröffnet hatte. In ihnen war Marx aber immer auch um ideologische Vermittlung zwischen den verschiedenen sozialistischen Strömungen und Arbeitergruppierungen bemüht." So erreichte Marx – der herausgehobene Funktionen in der IAA, wie das angetragene Präsidentenamt, abgelehnt hatte – „eine vor allem intellektuell dominante Position".[30] Die von Marx initiierten Aufrufe und Erklärungen des Generalrats setzten Schwerpunkte und bestimmten die Agenda der IAA, insbesondere bei der Vorbereitung der jährlichen Konferenzen oder Kongresse.

Vor allem nach dem Scheitern der Pariser Kommune und den in diesem Zusammenhang abgegebenen Erklärungen verdichtete sich die kollektive Führung der IAA immer mehr in der Person Marx, der eine Alleinführerschaft beanspruchte. Daraus entstand der Konflikt mit Michail Bakunin. Im Herbst 1871 brach der Machtkampf zwischen den Anhängern von Marx und Bakunin, der eine andere Sichtweise auf die Pariser Kommune entwickelte als Marx, offen aus. Diese personifizierte Auseinandersetzung führte letztendlich zum Scheitern der IAA.[31]

In der MEGA² sind die Protokolle vollständig abgedruckt. Diese Entscheidung beruht auf der Erkenntnis, dass die Protokolle die „schriftliche Fixierung des mündlichen Gedankenaustausches der Mitglieder des Generalrats" darstellen.[32] Die Herauslösung der Meinungsäußerungen von Marx und Engels hätte die aufwendige Erläuterung des Kontexts zur Folge gehabt. Somit stellt die historisch-kritische Edition der Protokollbücher in der MEGA² mit einer umfangreichen Kommentierung eine Zäsur in der Historiografie der IAA dar.

30 Einführung, in: MEGA², Bd. I/21, S.1150.

31 Siehe Schieder, Karl Marx, S.91, 102. Schieder bemerkt dazu: „Daß sie sich gegenseitig autoritären Gebarens bzw. separatistischer Bestrebungen bezichtigten, sollte den Historiker heute nicht dazu verführen, seinerseits von vornherein entsprechende Partei zu nehmen." (S.102).

32 Editorische Hinweise, in: MEGA², Bd. I/21, S.1221.

Das IAA-Projekt des IISG

Mit der IML-Publikation der Protokolle zum 100. Jahrestag der IAA wurde aber auch ein – heute weitgehend unbekannter – wissenschaftlicher Wettlauf mit politischer und propagandistischer Konnotation gewonnen. Auch das IISG in Amsterdam hatte es sich in den 1930er-Jahren zur Aufgabe gemacht, die IAA-Protokolle zu veröffentlichen.[33] Neben Nicolaas Wilhelmus Posthumes[34] gehörte Boris Ivanovič Nikolaevskij[35] zu den Gründern des IISG – ein begnadeter Sammler und Archivar von Dokumenten zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Er war in den 1920er-Jahren der Korrespondent des MEI in Berlin und verantwortlich gewesen für die Fotokopierung des Marx-Engels-Nachlasses aus dem SPD-Archiv.[36] Nunmehr hatte er unter den veränderten politischen Bedingungen (er hatte sich in Paris niedergelassen) Gelegenheit, die Dokumentensammlung fortzusetzen und entsprechende Publikationen anzugehen.

Bereits im Sommer 1935, noch vor der Unterzeichnung der Gründungsdokumente des IISG (25. November 1935), war zwischen Posthumus und Nikolaevskij verabredet worden, eine mehrbändige Dokumentenpublikation der IAA vorzubereiten.[37] An dem Projekt wirkte seit Anfang 1936 Hans Stein[38] mit, der 1933 nach Amsterdam hatte emigrieren müssen. Als Leiter der deutschen Abteilung des IISG betrieb er die Materialsuche vor allem in Brüssel. Stein, der dort bereits in der zweiten Hälf-

33 Siehe Maria Hunink: De Papieren van de Revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947, Amsterdam 1986. Siehe auch: http://www.socialhistory.org/en. Das IISG ist heute eine international anerkannte Institution mit einem wohl einmaligen Dokumentenbestand zur Geschichte der weltweiten Arbeiterbewegung.

34 Siehe Eckhard Müller: Nicolaas Wilhelmus Posthumes (1880-1960), in: Benser/Schneider (Hrsg.), Bewahren, S.247-253.

35 Siehe Rolf Hecker: Boris Iwanowitsch Nikolajewskij (1887-1966), in: ebenda, S.231-237.

36 Siehe Ders.: Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928), in: Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928) (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderbd. 2), Hamburg 2000, S.9-118, hier S.25.

37 Siehe Hunink, De papieren, S.107.

38 Siehe Rolf Hecker: Hans Stein – wissenschaftlicher Mitarbeiter und Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts (1925-1929), T. 1 u. 2, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 1993, Hamburg 1993, S.17-40; Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 1994, Hamburg 1994, S.150-173.

te der 1920er-Jahren für das MEI Recherchen durchgeführt hatte, war das erste Mal wieder Ende März/Anfang April 1936 in Brüssel und sichtete das Material verschiedener Ministerien und der Sûreté für die Jahre 1850 bis 1886. Ihm teilte Nikolaevskij am 27. April mit, dass vorgesehen sei, „in erster Reihe [...] die Protokolle des Generalrats mit umfangreichen Kommentaren und Anhängen [zu] veröffentlichen".[39] Von August bis Anfang Oktober 1936 setzte Stein seine Suche in Brüssel fort. Aus dieser Zeit sind umfangreiche Berichte Steins über die aufgefundenen Dossiers von Mitgliedern der IAA vorhanden.[40]

In das Frühjahr 1936 fiel ein Ereignis, das für das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses von entscheidender Bedeutung war: Der Exilparteivorstand der SPD (SOPADE) stand seit August 1935 mit dem Moskauer IMEL in Verkaufsverhandlungen über den Marx-Engels-Nachlass. Zu diesem Zweck war ein international zusammengesetztes Komitee berufen worden (u. a. Léo Blum und Friedrich Adler), das die Gespräche führte. Anfang März 1936 kamen Nikolaj Bucharin und IMEL-Direktor Vladimir Viktorovič Adoratskij nach Paris. Bevor sie einen Vertrag unterzeichnen wollten, überzeugten sie sich von der Vollständigkeit des Marx-Engels-Nachlasses in Kopenhagen, wohin die Dokumente nach der „Machtergreifung" der Nazis in Deutschland gebracht und in einem Banksafe eingelagert worden waren.[41] Die Verhandlungen scheiterten letztendlich an der veränderten politischen Situation (Moskauer Schauprozess im August 1936).[42] So entschieden sich das Komitee und der SPD-Exilvorstand, konkrete Gespräche mit Posthumus – die bereits Anfang 1935 geführt worden waren – fortzusetzen, die zum Erfolg führten.[43]

---

39 B. I. Nikolaevskij an Hans Stein, 27. April 1936, Hoover Institution on Revolution and Peace, Stanford, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 503, folder 12.

40 Die Briefe von Hans Stein sind einerseits in der Nikolaevskij-Sammlung im Hoover-Institut in Stanford und andererseits im Stein-Nachlass im IISG (http://www.iisg.nl/archives/en/) überliefert.

41 Im Nachlass fehlten Marx' Hefte mit den ökonomischen Manuskripten von 1857/58 und 1861-63, die das IMEL von privater Hand bereits erworben hatte. Siehe Larisa Mis'kevič: Wie kamen die ökonomischen Manuskripte nach Moskau?, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2012/13, Berlin 2013, S.7-21; Jürgen Rojahn: Wer war Marek Kriger?, in: ebenda, S.22-45.

42 Siehe ausführlicher Rolf Hecker: Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß, in: MEGA-Studien 1995/2, Berlin 1996, S.3-25.

43 Siehe die Verträge der SOPADE mit dem IISG vom 31. August 1936 und über den Ankauf des historischen Archivs der SPD durch das IISG vom 19. Mai 1938 in: Hunink, De papieren, S.222f., 230f.

Nikolaevskij war in allen Verhandlungen ein „Drahtzieher" hinter den Kulissen. Er hatte sich schon vor dem 1. Juni 1935 gegenüber Gustav Hertz in Prag (wo sich der Sitz der SOPADE befand) dafür ausgesprochen, dass Posthumus und damit das IISG der „einzige Käufer des Archivs sein können", der „1. aus partei-politischen Gründen annehmbar ist, und 2. der zur Genüge Mittel hat".[44]

Nikolaevskij war auch dabei, als die erwähnten Gespräche in Paris stattfanden. Bei dieser Gelegenheit war er wohl mit Adoratskij auch auf das Thema der Generalratsprotokolle zu sprechen gekommen, denn er schrieb an Stein am 12. August 1936: „Es ist mir bekannt, dass das MEI [IMEL] die Veröffentlichung der Protokolle des Generalrats vorbereitet. Aber Adoratsky sagte mir, dass diese Arbeit aufgehalten wird durch das Fehlen des 2. Bandes der Protokolle, der sich bekanntlich in London in der Bishopsheiter Bibliothek befindet."[45] Weiterhin gab er die Meinung von Posthumus wieder, dass das IISG ohne Schwierigkeiten eine Kopie dieses Protokollbandes erwerben könnte.

Anfang Februar 1937 erhielt das IAA-Projekt – offenbar nach einer Nachfrage von Posthumus – neuen Vorschub. Stein hatte an der Sammlung biografischen Materials für die Register gearbeitet, vor allem in Auswertung seiner Brüsseler Studien. Nun galt es festzulegen, welche Materialien, Zeitungen etc. im neuen Jahr zu kopieren seien.[46] Stein beriet sich darüber mit Nikolaevskij, und sie einigten sich auf die Prioritäten bei der Fotokopierung von Periodica.[47] Aufgrund der Fülle dieses Materials kam die Arbeit an den Generalratsprotokollen nur langsam voran. Im Sommer 1937 arbeitete Stein erneut für einige Wochen in Brüssel, wobei er sich verstärkt den französischen Emigranten in der belgischen Hauptstadt im 19. Jahrhundert, vor allem Kommune-Flüchtlingen, zuwandte.[48]

Im Frühjahr 1937 konnte das IISG einen weiteren kompetenten Historiker und profunden Engels-Forscher für die Mitarbeit gewinnen: Gus-

44 Nikolaevskij an Posthumus, 1. Juni 1935, abgedr. in: Hunink, De papieren, S.205.

45 Nikolaevskij an Stein, 12. August 1936, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 503, folder 12.

46 Stein an Nikolaevskij, 3. Februar 1937, ebenda.

47 Stein an Nikolaevskij, 23. Februar 1937, ebenda.

48 Stein erfüllte damit einen Auftrag des Organisationskomitees einer in Paris geplanten Ausstellung über die Geschichte des Sozialismus in Frankreich „De Babeuf à Jaurès". Generalsekretär des Komitees war Amédée Dunois und sein Assistent Nikolaevskij. Letztendlich kam die Ausstellung nicht zustande.

tav Mayer.[49] Er hatte nach dem Entzug seiner Professur in Frankfurt/Main den Weg in die Emigration antreten müssen. Am 20. April 1937 traf er in London ein und meldete sich tags darauf bei Nikolaevskij in Paris. Dieser antwortete sofort mit einem vierseitigen Schreibmaschinenbrief, der teils privater, aber vor allem wissenschaftlicher Natur war und Mayer ein neues Studienfeld eröffnete: „Ich glaube, man muß in erster Reihe in England die englischen offiziellen Organe der Internationale (‚Beehive', ‚Commonwealth', ‚Workman's Advocate') durchsehen, die regelmäßig die Berichte über die Sitzungen des Generalrats veröffentlicht haben und den Text der offiziellen Protokolle mit den Zeitungsmitteilungen vergleichen. Bei dieser Vergleichung müssen folgende zwei Ziele verfolgt werden: In erster Reihe müssen die Texte der offiziellen Protokolle in Bezug auf die Namen verglichen werden. [...] Ferner muß man feststellen, wenn der in den Zeitungen veröffentlichte Bericht sich von dem offiziellen Protokoll unterscheidet, wenn irgendwelche Ergänzungen veröffentlicht worden sind etc. [...] Diese Arbeit – ist die eiligste."[50]

Mayer vermeldete bereits Ende Juni 1937, dass er mit der Durchsicht der Tageszeitungen und der zeitgenössischen Gewerkschaftsliteratur an verschiedenen Plätzen Londons beschäftigt sei. Er bedauerte zugleich, dass es sich zunächst nur um die Protokolle des Generalrates der IAA aus den Jahren 1864 bis 1869 handeln solle, da man dann die Arbeit später nochmals aufnehmen müsse.[51] So entwickelte sich in den folgenden Monaten eine rege Korrespondenz, die viele Detailfragen des Projekts berührte. Nikolaevskij hatte darauf hingewiesen, dass die Protokolle und die Kommentare in englischer Sprache erscheinen werden, deshalb bat er Mayer, alle Dokumente und Zitate im Original zu sammeln. So ist es nicht verwunderlich, dass der kreative Mayer nebenbei die Vorstellung entwickelte, wissenschaftlich „die Zeit vom Ende des Chartismus bis zu den Anfängen der heutigen Labour Party in Angriff zu nehmen".[52] Aber Nikolaevskij wies immer wieder daraufhin, auf welche Schwerpunkte sich Mayer konzentrieren solle: „Was die biographischen Angaben betrifft, so erwarte ich in erster Reihe von Ihnen natürlich die Angaben über die Eng-

49 Siehe Eberhard Flessing: Mayer, Gustav, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 16, Berlin 1990, S.538f.

50 Nikolaevskij an Gustav Mayer, 22. April 1937, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 491, folder 17.

51 Mayer an Nikolaevskij, 26. Juni 1937, ebenda.

52 Mayer an Nikolaevskij, 24. Juli 1937, ebenda. Der Nachlass von Gustav Mayer befindet sich im IISG.

länder, die Mitglieder der IAA waren. Es handelt sich aber nicht nur um Engländer. Die Sache ist nämlich die, dass einige Mitglieder des Generalrats – Franzosen, Engländer, Deutsche u. a. – viele Jahre in England lebten, dort gestorben sind, und in den französischen und deutschen Zeitungen und Quellen kann man nichts über diese Leute finden. Es wäre deshalb zweckmäßig, dass Sie alles anmerken sollen, was Sie in der englischen Presse über sämtliche Mitglieder der IAA finden werden. Ich möchte Sie ganz besonders bitten, alle Nachrufe zu registrieren."[53] Mayer fand bei seinen Recherchen den Bericht über die Sitzung des Generalrats der IAA vom 28. August 1866 in „The Commonwealth" vom 1. September 1866.[54] Darauf bezugnehmend schrieb Nikolaevskij: „Es freut mich, dass es Ihnen gelungen ist, den Bericht [...] zu finden. Wir haben es hier bei uns gemerkt, dass dieses Protokoll fehlt, haben sogar den Versuch unternommen, in den Zeitungen Berichte über diese Sitzung zu finden, haben aber bis jetzt nichts finden können. Ich glaube, dass man den Bericht über diese Sitzung fotokopieren lassen muss. Außerdem wird man auch all diejenigen Berichte fotokopieren müssen, die sich wesentlich von den offiziellen Berichten unterscheiden. All diese Fotokopien müssen den Originalprotokollen beigefügt werden und in den Archiven des Institutes aufbewahrt werden."[55] Ab Ende 1937 ließ Mayer dann Fotokopien der Zeitungsberichte anfertigen, auch solcher, die für die Kommentierung wichtig waren.

Den Fortgang der Arbeit an den Generalratsprotokollen bestimmten auch die finanziellen Möglichkeiten des IISG. So konnte zunächst nur der erste Band abgeschrieben werden, der möglichst schnell herausgegeben werden sollte. Damit waren für Stein und Mayer bestimmte Grenzen bei der Durchsicht der Zeitungen und der Sammlung von biografischen Angaben gesetzt. Beide bedauerten dies wiederholt, weil sie selbst in einem Arbeitsgang nicht alles Notwendige erfassen konnten.

Im Oktober 1937 „entdeckte" Mayer ein scheinbar zweites Exemplar des ersten Protokollbandes: „Nun spielt bei der Frage der Photokopien vielleicht auch ein Fund mit, den ich dieser Tage im Nachlass George Howells auf dem Bishopsgate Institute machte. Es handelt sich um ein handschriftliches Exemplar der Minutes von Beginn (also 1864) bis

53 Nikolaevskij an Mayer, 20. September 1937, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 491, folder 17.

54 Siehe MEGA², Bd. I/20, S.449f. und dazu die Anmerkung im Apparat, S.1497.

55 Nikolaevskij an Mayer, 20. September 1937, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 491, folder 17.

zum 31. VIII. August 1869. Die meisten der Sitzungsberichte sind wesentlich kürzer als jene, die Sie mir sandten. Doch finden sich schon zahlreiche Einzelheiten, die dort fehlen, und verschiedene Äusserungen von Marx."[56]

Der englische Gewerkschafter George Howell hatte an der Gründungsversammlung der IAA teilgenommen und gehörte dem Generalrat an. Seit Sommer 1866 ließ sein Interesse an der Tätigkeit im Generalrat nach, er nahm am 5. November 1867 das letzte Mal an einer Sitzung teil. Howell veröffentlichte 1878 eine Geschichte der IAA, für die er sich Auszüge aus dem Protokollbuch angefertigt hatte.[57] Marx sah in Howells Beitrag „massenweise Fälschungen über die Geschichte der Internationale" und nahm öffentlich dazu Stellung.[58]

Nikolaevskij schrieb zu dem „Fund" Mayers: „Ihr Fund interessiert mich ganz besonders. Wie erklären Sie sich die Entstehung dieses Exemplars der Protokolle? [...] Das Exemplar, das Sie gefunden haben, ist scheinbar eine Kopie, die eigenhändig von G. Howells angefertigt worden ist. Die Abschrift muss scheinbar in den Jahren 1877-78 erfolgt sein, als Howell seine Artikel in ‚Nineteenth Century' veröffentlichte. Er wollte scheinbar zu jener Zeit gründlich die Geschichte der Internationale studieren." Nikolaevskij schlug einen Textvergleich der Auszüge mit dem Originalprotokollbuch vor, um entsprechende Kommentare zum Text vorzubereiten.[59] Meyer stimmte nachfolgend Nikolaevskijs Überlegungen zu, machte jedoch darauf aufmerksam, dass keine Möglichkeit bestehe, an das Original der „Minutes" heranzukommen, da es in einem Banksafe eingelagert sei, wie ebenso die Mitgliederlisten der IAA.[60] Im folgenden Briefwechsel werden Einzelheiten des weiteren Vorgehens bei der Sammlung des Materials und der Personenannotationen erörtert.

---

56 Mayer an Nikolaevskij, 13. Oktober 1937, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 491, folder 17.

57 Das Heft mit den Auszügen befindet sich im Bishopsgate Institute, Howell-Collection (siehe MEGA²; Bd. I/21, S.1800). Siehe George Howell: The history of the International Association, in: The Nineteenth Century, vol. 4, London 1878, S.19-39.

58 Siehe Karl Marx: Mr. George Howell's History of the International Working-Men's Association, in: MEGA², Bd. I/25, Berlin 1985, S.151-157 (MEW, Bd. 19, S.142-147).

59 Nikolaevskij an Mayer, 18. Oktober 1937, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 491, folder 17. Etwas später, am 5. November 1937, erkundigte sich Nikolaevskij bei Stein in Amsterdam, ob der Artikel Howells über die IAA im IISG vorhanden ist. Nicolaevsky-Collection, series 248, box 503, folder 12.

60 Mayer an Nikolaevskij, 19. Oktober 1937, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 491, folder 17.

Bereits Anfang des Jahres 1938 ging Hans Stein davon aus, dass Nikolaevskij mit der Fertigstellung der Druckfassung des Protokollbandes beschäftigt war.[61] Dieser antwortete darauf: „Ich arbeite jetzt sehr intensiv über die Protokolle der IAA. Sie sind aber bei weitem noch nicht druckfertig."[62] Im Verlauf des Jahres 1938 stellte sich offenbar wieder die Frage nach dem Konzept einer Ausgabe mit Dokumenten aus der Vorgeschichte der IAA. Stein hatte immer wieder darauf bestanden – vor allem aus persönlichem wissenschaftlichen Interesse –, die Edition der Protokollbücher der IAA mit der dokumentarischen Darstellung der Organisationsbestrebungen der Arbeiterbewegung seit 1830 zu behandeln.[63] Posthumus hatte im Dezember 1938 Stein beauftragt, eine Skizze für den ersten Band einer solchen Dokumentenedition anzufertigen. Nach dieser Skizze sollte er eine Vielzahl von Dokumenten aufnehmen, beginnend mit dem „Manifest der Chartisten an die belgischen, holländischen und rheinischen Arbeiter" von 1836 bis zum Kölner Kommunistenprozess 1852 und der Emigration in die verschiedenen Länder.[64] Am 30. Dezember äußerte Stein gegenüber Nikolaevskij den Wunsch, „zu einer ausführlichen Besprechung der Sache" zusammenzukommen.[65]

Ende August 1939 bricht der Schriftverkehr zwischen Nikolaevskij, Stein und Mayer ab. Schon im Juli hatte Stein vermeldet: „[...] ich schreibe Ihnen in großer Hast, denn erstens sind wir wieder dabei Kisten zu packen, und zweitens will ich nun endlich meine Ferien beginnen".[66] Am 17. August fragte Nikolaevskij bei Stein nochmals bezüglich des Howellschen Aufsatzes über die IAA nach, worauf dieser am 19. August antwortete:

---

61 Stein an Nikolaevskij, 8. Februar 1938, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 503, folder 12.

62 Nikolaevskij an Stein, 23. März 1938, ebenda.

63 Siehe Hans Stein: Pauperismus und Assoziation, in: International Review for Social History, vol. I, Leiden 1936, S.1-120; Ders.: Der Amsterdamer Arbeiterbildungsverein von 1847 und die Vorläufer der modernen sozialen Bewegung in Westeuropa, in: ebenda, vol. II, Leiden 1937, S.105-170; siehe auch Arthur Müller-Lehning: The International Association (1855-1859). A Contribution to Preliminary History of the First International, in: ebenda, vol. III, Leiden 1938, S.185-286. – Arthur Lehning (1899-2000) war seit 1935 Leiter des französischen Kabinetts (inklusive Italien, Spanien und Südamerika) im IISG und hatte sich als Historiker mit der Revolution in Russland und dem Anarchismus beschäftigt. Siehe Hunink, De papieren, S.16f., und Fußnote 68.

64 Die Skizze befindet sich im IISG, Stein-Nachlass, Sign. 160, Bl. 33f.

65 Stein an Nikolaevskij, 30. Dezember 1938, Nicolaevsky-Collection, series 248, box 503, folder 12.

66 Stein an Nikolaevskij, 4. Juli 1939, ebenda.

„Zu meinem Leidwesen muss ich Ihnen mitteilen, dass der Artikel von Howell sich in der Kollektion Internationale befindet, die wir nach England geschickt haben." Auch alle von Stein in Belgien angefertigten Fotokopien, einschließlich der Portraitsammlung, waren bereits nach England abgesandt worden.[67]

Nach der Besetzung der Niederlande durch die Nazis am 14. Mai 1940 rettete Stein sich nach London, wo er im Juli 1941 verstarb. Gustav Mayer litt zunehmend unter dem Gefühl der Heimatlosigkeit, an Fassungslosigkeit und Entsetzen über den deutschen Faschismus. Er verstarb am 21. Februar 1948. Nikolaevskij übersiedelte mit „seinem" Archiv der russischen revolutionären Bewegung in die USA, wo er im November 1940 eintraf. Damit war das IAA-Projekt des IISG für lange Zeit eingefroren.[68] Die Sammlungs- und Forschungsergebnisse dieser drei Wissenschaftler sind jedoch bis heute eine profunde Quelle zur IAA-Geschichte.

67 Stein an Nikolaevskij, 19. August 1939, ebenda. – Glücklicherweise konnten große Teile des Archivs des IISG gerettet werden, darunter auch der Marx-Engels-Nachlass.

68 Nach dem Zweiten Weltkrieg war im Rahmen des „Ford-Projekts" des IISG (1959-1965) vorgesehen, die Protokolle der IAA in sechs Bänden zu veröffentlichen. Die Leitung sollte bei Nikolaevskij liegen, mit dem jedoch 1959 keine Übereinkunft darüber erzielt werden konnte (demnächst wird von Götz Langkau in den „Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung, NF, 2013" ein Aufsatz zu diesem Thema erscheinen). Mitte der 1960er-Jahre gab Arthur Lehning (siehe Fußnote 63) zwei Bände zur Geschichte der IAA und Michail Bakunin heraus: Michel Bakounine et l'Italie 1871-1872, Deuxième Partie: La Première Internationale en Italie et la conflit avec Marx, Leiden 1963, und Michel Bakounine et les conflits dans l'Internationale 1872, Leiden 1965. Nachfolgend hat sich Daisy Eveline Devreese um die Erforschung der IAA-Geschichte am IISG verdient gemacht.

Diskussion

Industriearbeiterleben unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft. UdSSR und USA 1941 bis 1945 im Vergleich

Jörg Roesler

1. Einführung

Bei den wieder zahlreich werdenden Veröffentlichungen der Historiker über den Zweiten Weltkrieg, dessen Beginn sich in diesem Jahr zum 75. Male jährt, stand und steht verständlicherweise das Geschehen an der Front im Vordergrund. Weit weniger Beachtung haben die sich im Hinterland vollziehenden Entwicklungen gefunden. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich hierbei in erster Linie auf die Waffenproduktion. Sehr viel seltener wird auf die Lage der Arbeiterschaft in der Rüstungs- wie auch der zivilen Industrie eingegangen. Angaben dazu finden sich – meist nur sporadisch – in Publikationen über die Teilnahme der Staaten am Zweiten Weltkrieg bzw. in den den Zweiten Weltkrieg behandelnden Kapiteln von Veröffentlichungen zur Geschichte bzw. Wirtschaftsgeschichte der betreffenden Staaten. Das gilt sowohl für die UdSSR als auch für die USA. In diesem Beitrag steht dagegen gerade die Lage der Industriearbeiterschaft beider Länder während des Zweiten Weltkriegs im Mittelpunkt. Zu diesem Zweck wurden die verstreut vorhandenen Informationen gesammelt und aufgearbeitet.

Dabei geht es erstens um die Analyse des einzelnen Landes und zweitens darum, generell die Hauptmerkmale der Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise der Industriearbeiter unter den Bedingungen des Krieges herauszuarbeiten. Die Untersuchung kommt dabei nicht umhin, auf einige spezifische Züge der Einbindung des Landes in das Kriegsgeschehen einzugehen, seine politische Verfassung (Präsidialdemokratie unter Roosevelt in den USA,[1] Diktatur unter Stalin in der UdSSR[2]) bzw. die

---

1 Siehe Arthur M. Schlesinger Jr.: The Age of Roosevelt, Bd. III: The Politics of Upheavel, Boston-New York 2003.

2 Siehe Sergej Medwedjew: USSR: Deconstruction of the Text, in: Klaus Segbers/Stephan De Spiegeleire (Hrsg.): Post-Soviet puzzles: Mapping the political economy of the former Soviet Union, Bd. 1: Against the background of the former Soviet Union, Baden-Baden

markt- bzw. planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft beider Staaten zu streifen, soweit dies zum Verständnis der Situation der Industriearbeiterschaft in den Kriegsjahren von Bedeutung ist.

Zum Vergleich wurden explizit die UdSSR und USA herangezogen, weil sie ungeachtet der gravierenden Unterschiede in ihren politischen und ökonomischen Systemen eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufwiesen: Beide Länder gehörten – gemessen an der Industriearbeiterschaft – zu den größten Teilnehmerländern des Zweiten Weltkriegs, beide waren ungefähr die gleiche Zeit am Kriegsgeschehen aktiv beteiligt, und der Krieg nahm für beide den gleichen – siegreichen – Verlauf.

2. Die Lage der Industriearbeiterschaft am Vorabend des Krieges und während der Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion

In der Sowjetunion war das Jahr 1940 das dritte Jahr des Dritten Fünfjahrplans zur sozialistischen Industrialisierung des Landes. Zu Hunderttausenden strömte die Landbevölkerung seit Ende der 20er-Jahre in die Industriezentren um Moskau, Leningrad und in den Donbass, um dort Lohnarbeit aufzunehmen. Vor allem durch Betriebserweiterungen und Neubau in der Industrie wuchs bis Ende 1940 das Nationaleinkommen der UdSSR gegenüber 1937 um ein Drittel. Die Löhne stiegen deutlich an, der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich um 39 Prozent. Auch die Arbeiterschaft der Sowjetunion profitierte vom weiteren Ausbau des Sozial- und Gesundheitswesens. Erhebliche Verbesserungen waren im Bildungswesen zu verzeichnen.[3] Im ersten Halbjahr 1941 ging – parallel zum weiteren Ausbau des in Terror mündenden politischen Unterdrückungssystems[4] – die positive Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet weiter. Allerdings mehrten sich seit 1940 in der Ökonomie und auch bei der Versorgung der Bevölkerung Stagnationszeichen.[5]

Zu den Zielen des laufenden Perspektivplans gehörte die Steigerung der Produktion von Handfeuerwaffen, Geschützen und Panzern. Von ei-

---

1995, S.91-96.

3 Siehe F[edor] Ja[kovlevič] Poljanskij/V[italij] A[lekseevič] Žamin (Red.): Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran [Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder], Moskau 1971, S.277f.

4 Siehe Thomas Marxhausen: Stalin, Stalinismus, Stalinismen: ein Beitrag zur Sozialismusdebatte, Berlin 2009, S.28-35.

5 Siehe Wladislaw Hedeler/Nadja Rosenblum: 1940 – Stalins glückliches Jahr, Berlin 2001, S.134f.

ner unmittelbaren Kriegsgefahr für die UdSSR ging die sowjetische Führung allerdings nicht aus. Sie glaubte sich nach Abschluss des als Hitler-Stalin-Pakt bekannten Nichtangriffsvertrages mit dem Deutschen Reich vom August 1939 gegen den schon im folgenden Monat in Europa ausbrechenden Krieg vorerst abgeschirmt.

Der wenig später, am 22. Juni 1941, beginnende Überfall der faschistischen deutschen Truppen traf die Rote Armee wie auch die Industrie kaum vorbereitet. Die Wehrmacht drang rasch tief in das Innere der UdSSR vor, die sowjetischen Streitkräfte erlitten schwere Niederlagen und hatten Millionen an Toten und Kriegsgefangenen zu beklagen. Erst im November 1941 konnte der deutsche Vormarsch zum Halten gebracht werden.[6] In die Hände der deutschen Besatzer gerieten bis zum Spätherbst 1941 Gebiete, in denen 40 Prozent der Gesamtbevölkerung der UdSSR lebten und die Mehrzahl der Industriezentren angesiedelt war. Mit dem Verlust des Donbass gingen 58 Prozent der Stahlproduktion und 68 Prozent der Roheisenproduktion, die wichtigste Rohstoffbasis für die Waffenherstellung, verloren.[7]

Parallel zur notwendigen Umstellung der zivilen auf Kriegsproduktion erfolgte aufgrund der Lage an der Front zwangsläufig die Evakuierung von für die Kriegsproduktion wichtigen Industrieausrüstungen und Arbeitskräften in den Osten des Landes. Dafür wurde beim noch im Juni 1941 geschaffenen „Staatlichen Verteidigungskomitee", das fortan „als eine Art Kriegskabinett"[8] alle Kompetenzen bündelte, ein „Evakuierungsrat" geschaffen. Während der ersten drei Monate nach Kriegsausbruch wurden 1.360 große Betriebe evakuiert, darunter 455 in den Ural, 210 nach Westsibirien sowie 250 nach Kasachstan und Mittelasien. Die Gesamtzahl der im 2. Halbjahr 1941 verlagerten Betriebe belief sich auf 2.539.[9] Sie mussten demontiert und an ihrem künftigen Standort wieder aufgebaut werden. Die Evakuierung wurde mit der Konversion verbunden. „Statt Kinderfahrräder wurden Flammenwerfer hergestellt, statt Schreibmaschinen Gewehre."[10] Es dauerte im Durchschnitt nur erstaunliche anderthalb bis

6 Siehe Horst Schützler: Der „Große Vaterländische Krieg" – neue Sichten und Einsichten in Rußland und seiner Geschichtsschreibung (Pankower Vorträge, 143), Berlin 2010, S.29.
7 Siehe G[rigorij] A[bramovič] Deborin: Der Zweite Weltkrieg. Militärpolitischer Abriss, Berlin 1959, S.158f.
8 Manfred Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, München 2007, S.59.
9 Siehe D[mitrij] A. Kowalenko u. a.: Geschichte der UdSSR in drei Teilen, T. III: Vom Anfang des Großen Vaterländischen Krieges bis zur Gegenwart, Köln 1979, S.19.
10 Hildermeier, Sowjetunion, S.60.

zwei Monate, bis in den verlagerten und umgerüsteten Fabriken die Waffenproduktion aufgenommen werden konnte. Die Belegschaften der evakuierten Betriebe hatten bei deren Wiederinbetriebnahme beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden. Oft gab es keine Werkhallen, um die Ausrüstungen zu montieren; die Produktion musste erst einmal unter freiem Himmel beginnen. Den Arbeitern und Ingenieuren mangelte es an Wohnraum, es fehlte an Brennstoff und an elektrischem Strom.[11]

Auch in den im Osten bereits existierenden Industriegebieten z. B. im südlichen Ural änderte sich viel. Mit der Herstellung von Landmaschinen, Transportmitteln, Maschinen und Geräten vertraute Arbeiter mussten nun lernen, Munition, Panzer und Granatwerfer herzustellen. Die Umstellung auf Kriegsproduktion erforderte einen Wechsel an Werkzeug und Ausrüstung sowie die Reorganisation des Produktionsflusses innerhalb des Betriebs bis hin zur Ausarbeitung neuer Arbeitsnormen.[12]

Unter den Bedingungen der Standortverluste im Westen und der Wiederaufbauschwierigkeiten im Osten sank zwischen Juni und November 1941 – im Unionsmaßstab betrachtet – die industrielle Bruttoproduktion auf 68 Prozent ab, die von Eisenwalzgut sogar auf 32 Prozent. Im Dezember konnte der Produktionsrückgang erstmals gestoppt werden. Trotz äußerster Anstrengungen erreichte die Waffenherstellung in den unbesetzten Gebieten nicht vor März 1942 den Stand der militärischen Vorkriegsproduktion der gesamten UdSSR. Nimmt man militärische und zivile Produktion zusammen als Ausgangspunkt, dann wurde erst 1944 das Niveau von 1940 übertroffen.[13]

Fast so dramatisch wie die Umstellung der Produktionskapazitäten auf Kriegserfordernisse verlief die Mobilisierung des Menschenpotenzials für den Krieg. Im September 1939 hatte der Oberste Sowjet das Gesetz „Über die allgemeine Militärdienstpflicht" erlassen. Bis zum Juni 1941 erhöhte sich die Zahl der in den Streitkräften dienenden Sowjetbürger auf 4,2 Millionen. Der gegnerische Vormarsch riss jedoch gewaltige Lücken in die Truppen. Die Rote Armee verlor in den Monaten August und September an Toten und Kriegsgefangenen allein in den Kämpfen um Białystok 323.000 Mann, um Uman 103.000 und um Smolensk 348.000.[14] Die Verluste mussten rasch – auch aus der Industriearbeiterschaft – wieder aufgefüllt werden. Gleichzeitig erforderte die Kriegsproduktion zusätzliche

11 Siehe ebenda, S.19.

12 Siehe ebenda, S.17.

13 Siehe Deborin, Der zweite Weltkrieg, S.159; Hildermeier, Sowjetunion, S.60.

14 Siehe Hedeler/Rosenblum, Stalins glückliches Jahr, S.178.

Arbeitskräfte in den Fabriken. Unter diesem Gesichtspunkt war es verdienstvoll, dass es gelang, ca. 7,4 Millionen Industriearbeiter und ihre Familien in den Osten zu evakuieren. Einschließlich der Bauern und anderer Bevölkerungsschichten handelte es sich um 16,5 Millionen Menschen.[15] Doch das reichte nicht. Im Februar 1942 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets einen Ukas „Über die Mobilisierung der arbeitsfähigen Stadtbevölkerung für Produktion und Bau in Kriegszeiten". Er verpflichtete alle bisher nicht in einem Arbeitsverhältnis stehenden Männer im Alter von 16 bis 55 Jahren und alle Frauen zwischen 16 und 45 Jahren, sich zur Arbeit in der Kriegs- bzw. zivilen Produktion bereitzuhalten.[16] Im Jahre 1942 mobilisierte allein das „Büro für Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte" 733.000 Personen, darunter 565.000 aus Städten und 118.000 vom Lande, wo die Arbeitskraftreserven nach der Abwanderung von Bauern im Ergebnis von Kollektivierung und Industrialisierung verhältnismäßig gering waren.[17]

Ende 1942 belief sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten im sowjetischen Hinterland auf 18,5 Millionen. Die wichtigste Arbeitskraftreserve in den Städten waren die Frauen. Bei einem nicht unbedeutenden Teil der mobilisierten Arbeitskräfte handelte es sich um Jugendliche: um Schüler nicht nur der Oberstufe und um Studenten. Auch Rentner nahmen Arbeit in den Fabriken auf. Selbst Behinderte wurden dort nunmehr benötigt. Zwangsweise in die „Arbeitsarmee" integriert wurden 300.000 Sowjetdeutsche, die zuvor in den asiatischen Teil der Sowjetunion zwangsumgesiedelt worden waren.[18] Ins GULAG-System überführte Verurteilte wurden zu Zehntausenden in die Rüstungsgüterproduktion integriert: 239.000 Strafgefangene arbeiteten in der Munitionsherstellung und Waffenproduktion, 20.000 bauten Panzer und Flugzeuge, 40.000 waren in der Kohle- und Erdölförderung beschäftigt. Als die Rote Armee nach dem Sieg bei Stalingrad Anfang 1943 nach Westen vorzudringen begann, gerieten massenhaft Wehrmachtsangehörige in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Sie wurden in Arbeitslagern zusammengefasst und großenteils ebenfalls in die Kriegsproduktion einbezogen.[19]

---

15 Siehe Hildermeier, Sowjetunion, S.61; Kowalenko, Geschichte, S.19.

16 Siehe A[leksandr] M. Samsonov: Sovetskij Sojus v gody Velikoj Otečestvennoj vojny [Die Sowjetunion in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges], Moskau 1985, S.258.

17 Siehe Poljanskij/Žamin, Ėkonomičeskaja istorija, S.275-277.

18 Zwangsumgesiedelt wurden u. a. auch Tschetschenen, Kalmücken, Inguschen und Krimtaren. Siehe Hildermeier, Sowjetunion, S.61.

19 Siehe Schützler, Krieg, S.48.

Das Gros der an die Front gegangenen Männer wurde in der Industrie durch Frauen ersetzt. Ihr Anteil an den Beschäftigten erhöhte sich zwischen 1940 und 1944 von 41 auf 53 Prozent. Noch stärker nahm die Frauenbeschäftigung im Handel zu – der Anteil stieg von 38 auf 62 Prozent.[20] Die Ersetzung der Männer in der Industrie vor allem durch Frauen und auch durch Jugendliche machte deren Qualifizierung für die zu verrichtenden Arbeiten notwendig. Dieser Prozess vollzog sich – angesichts der Dringlichkeit der Waffenproduktion für die Front – überwiegend auf dem Wege des Anlernens an der Werkbank.[21] Seitens der sowjetischen Führung wurden außerordentliche Leistungen der Bevölkerung bei der Umstellung der zivilen auf Kriegsproduktion von vornherein und fast selbstverständlich erwartet. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR erklärte Stalin in einer Rundfunkrede: „Es ist notwendig, dass die Sowjetmenschen [...] aufhören, sorglos zu sein, dass sie sich selbst mobilisieren und ihre ganze Arbeit auf den Krieg umstellen."[22]

Außerordentliche Einsatzbereitschaft für das Vaterland verlangte ebenso der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner Jahresbotschaft zur Lage der Nation am 6. Januar 1942 von den Arbeitern der USA,[23] nachdem die japanische Luftwaffe am 7. Dezember 1941 überraschend Pearl Harbour angegriffen und die meisten Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge der wichtigsten US-amerikanischen Marinebasis im Pazifik zerstört hatte, worauf die US-Regierung dem japanischen Kaiserreich den Krieg erklärte.[24]

Die Lage der Arbeiter in den USA unterschied sich vor Ausbruch des Krieges wesentlich von der in der UdSSR. Während die UdSSR in den 30er-Jahren eine Periode außerordentlichen wirtschaftlichen Wachstums – vor allem im Bereich der Industrie – durchlebte, hatte die USA-Wirtschaft ungeachtet der nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 von Roosevelt eingeleiteten Reformpolitik des „New Deal" am Ende der 30er-Jahre den Vorkrisenstand in der Industrieproduktion erst um 16 Prozent

20 Siehe R[obert] W[illiam] Davies/Mark Harrison/S[tephen] G. Wheatcroft: The Economic Transformation of the Soviet Union 1913-1945, Cambridge 1994, S.259.

21 Siehe Autorenkollektiv: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kurze Geschichte, Berlin 1988, S.159f.

22 Zit. nach: Verein Museum Berlin-Karlshorst e. V.: Erinnerungen an einen Krieg, Berlin 1996, S.90.

23 Siehe N[ikolaj] N. Jakowlew: Franklin D. Roosevelt. Eine politische Biographie, Berlin 1977, S.472.

24 Siehe Bryn O'Callaghan: An Illustrated History of the USA, Harlow 2005, S.105.

überschritten. Die Investitionen lagen noch um 18 Prozent unter dem Niveau von 1929, die Arbeitslosigkeit bei 17 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen US-Amerikaner belief sich 1939 auf 9,5 Millionen.[25]

Politisch dominierten in den USA – wie in der UdSSR – in der zweiten Hälfte der 30er-Jahre diejenigen Kräfte, die meinten, ihr Land könne sich aus dem sich in Europa anbahnenden Krieg heraushalten. Diese „Nichtinterventionisten" wurden als Isolationisten bezeichnet.[26] Allerdings reichten der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen im September 1939 und die Ausdehnung des Krieges auf Westeuropa im Frühjahr 1940, um denjenigen Repräsentanten der US-amerikanischen Regierung politisch das Übergewicht zu geben, die eine weitere Beibehaltung der 1935 beschlossenen strikten Neutralität ablehnten. Unter ihnen befanden sich auch Präsident Roosevelt und Vizepräsident Henry A. Wallace. Noch im September 1939 gab der Kongress dem Ersuchen des Präsidenten statt, den aufseiten Polens in den Krieg eingetretenen Mächten – Großbritannien mit den Staaten des Commonwealth sowie Frankreich – Waffen und Munition zu verkaufen, sofern sie den Überseetransport selbst bewerkstelligten („cash and carry"). Anfang 1941 akzeptierte der Kongress ein Leih- und Pachtgesetz („lend and lease"), das es der US-Regierung in weitaus größerem Maße als zuvor erlaubte, an die kriegführenden Gegner Hitlerdeutschlands, vor allem Großbritannien, zu für diese günstigen Bedingungen militärische Ausrüstungen zu verkaufen bzw. zu verleihen.[27] Ab November 1941 galten diese Bestimmungen auch für die UdSSR.[28]

Beide Gesetze kurbelten die Produktion von militärischen Ausrüstungen in den USA an. Als jedoch mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor der Krieg auch USA-Territorium erreichte, waren die Vereinigten Staaten auf diesen Fall keineswegs entsprechend vorbereitet. Die US-amerikanische Produktion von Kriegsgerät befand sich noch im Aufbau. Im Unterschied zur UdSSR existierte jedoch bei Kriegsausbruch bereits ein Plan für die weitere Ausdehnung der Rüstungsproduktion,[29] der nunmehr systematisch verwirklicht werden konnte. Zwei Jahre des Verkaufs

25 Siehe Harold G. Vatter: The U.S. Economy in World War II, New York 1986, S.3.

26 Siehe Larry Schweikart/Michael Allen: A Patriot's History of the United States, New York 2007, S.581-586.

27 Siehe Harold U. Faulkner: Geschichte der amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S.722f.

28 Siehe Valentin Falin: Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995, S.220-243.

29 Siehe Faulkner, Geschichte, S.725.

von Rüstungsmaterial an die nunmehrigen Alliierten blieben nicht ohne positive Folgen für die Umstellung der USA-Wirtschaft von ziviler auf Kriegsproduktion, die dann 1942 in großem Maßstab einsetzte.[30]

Mindestens genauso wichtig wie die Umstellung der industriellen Kapazitäten auf Kriegsproduktion war auch in den Vereinigten Staaten die Mobilisierung der menschlichen Ressourcen für den Krieg. 1938 war – in der USA-Geschichte das erste Mal in Friedenszeiten – die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden. Anfang 1940 standen 458.000 US-Amerikaner unter Waffen, Ende des Jahres waren es bereits 1,2 Millionen.[31] Die Einberufungen rissen zu einem Zeitpunkt Lücken in die Reihen der Produzenten, als die Aufgabe stand, die Waffenproduktion immens zu steigern. Ersatz musste rasch her. Arbeitskräftereserven waren allerdings vorhanden. Von den insgesamt zehn Millionen zusätzlicher Wehr- und Arbeitskräfte, die in den ersten Kriegsjahren mobilisiert wurden, kamen sieben Millionen aus den Reihen der Arbeitslosen. Einundeinviertel Millionen der benötigten zusätzlichen Arbeitskräfte rekrutierten sich aus der – personell überbesetzten – amerikanischen Landwirtschaft. In großem Maßstabe wurden Frauen für die Kriegsindustrie gewonnen. Die Anzahl der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten stieg zwischen 1940 und 1944 um ein Drittel auf 5,2 Millionen. Die weiblichen Beschäftigten machten somit 36 Prozent der Arbeitskräfte aus.[32] Auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter (bis 18 Jahre) in den Betrieben erhöhte sich rasch von einer Million 1940 auf schließlich drei Millionen 1944. Gleichzeitig sank die Zahl der Schüler an den Colleges.[33]

Es gab zwei Gruppen von Amerikanern, die nicht aufgefordert wurden, in den Rüstungsfabriken ihren Beitrag zur Niederringung der faschistischen Angreifer aus Tokio zu leisten, die Issei und die Nisei. Dabei handelte es sich um aus Japan eingewanderte bzw. in den USA geborene Japaner mit amerikanischer Staatsbürgerschaft. Sie lebten vor allem an der Westküste der USA und waren überwiegend in Kalifornien als Landwirte tätig. Als im März 1942 ein japanisches U-Boot vor der kalifornischen Küste auftauchte und Schüsse auf das Festland abfeuerte, sah sich die US-amerikanische Regierung veranlasst, die Issei und Nisei – mehr als 100.000 Menschen – aus ihren Wohnsitzen zu vertreiben und in sogenannten „Verlegungszentren" (relocation camps) bis Kriegsende festzu-

30 Siehe ebenda, S.727.
31 Siehe Vatter, US-Economy, S.172.
32 Siehe ebenda, S.17, 19.
33 Siehe ebenda, S.139.

halten.[34] Deutsch- und Italoamerikaner – überwiegend an der Ostküste lebend – wurden zwar vom US-Geheimdienst seit Kriegsbeginn scharf überwacht, hatten aber die Möglichkeit, sich als „gute Amerikaner" in der Kriegsproduktion zu bewähren.[35]

Die Umstellung auf Kriegswirtschaft bedeutete auch für US-amerikanische Arbeiter der zivilen Industrie ein Umlernen, wenngleich gerade in der Autoindustrie die seit den 20er-Jahren verbreitete Fließbandarbeit eine gute technologische Grundlage für die Herstellung von Kriegsgerät hergab. Mehr umstellen mussten sich die aus der Arbeitslosigkeit Kommenden, bei denen es sich oft um Langzeitarbeitslose handelte, die nach langer Pause erstmals wieder Beschäftigung fanden. Ums Anlernen ging es auch bei den Landarbeitern und den neu hinzukommenden weiblichen Beschäftigten. Bei den in die Kriegswirtschaft eintretenden Jugendlichen bestand generell die Notwendigkeit, sich beruflich zu qualifizieren. Staatlich organisierte „Auffrischungskurse" für Erwachsene halfen dabei ebenso wie die „Berufsschulung für Jugendliche und der Ausbau von Lehrlingsbetrieben in praktisch fast jeder Fabrik Amerikas".[36]

3. Arbeitsregime, Arbeitsbedingungen und Arbeitsmoral in den Industriebetrieben während der Kriegsjahre

Nach Ausbruch des Krieges stellte die Sowjetregierung klar, dass die bisher geltenden gesetzlichen und gewohnten Regeln für die Arbeit in Fabriken den Kriegserfordernissen untergeordnet werden müssten. „Es kann jetzt bei uns keine ‚Friedensbetriebe' mehr geben", hieß es in der „Pravda" zwei Wochen nach Kriegsbeginn.[37] Der Arbeitseinsatz im Betrieb wurde in vieler Hinsicht dem Einsatz an der Front gleichgestellt. „Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten", verkündete Stalin in einer Rundfunkrede an die sowjetische Bevölkerung Anfang Juli 1941. „Es ist [...] der große Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen Truppen".[38] Stalins Gebot, „in unseren Reihen keinen Platz für Miesmacher, Feiglinge, für Panikmacher und Deserteure" zu dulden, galt nicht nur für die Soldaten an der Front, sondern auch für die Beschäftigten an den Werkbänken, für

34 Siehe O'Callaghan, History, S.104; Jakowlew, Roosevelt, S.475.
35 Siehe Schweikart/Allen, History, S.608f.
36 Faulkner, Geschichte, S.733f.
37 Zit. nach: Verein Museum Karlshorst, Erinnerungen, S.96.
38 Zit. nach: ebenda.

die „Arbeitsarmee" in den Betrieben.[39] Wer unerlaubt seinen Arbeitsplatz verließ, beging demzufolge eine Straftat. Auch Mängel in der Produktion konnten an den Beschäftigten geahndet werden, wenn sie als Sabotage gedeutet wurden.[40]

Der wohl auffälligste Unterschied zwischen den Arbeitsbedingungen in Friedens- und in Kriegszeiten bestand in der Erhöhung der Sollarbeitsstunden. Die tägliche Arbeitszeit wurde generell auf elf Stunden je Schicht erhöht. An sogenannten „Sturmtagen" kamen die Arbeiter für 24 Stunden nicht aus der Fabrik heraus. „Kenne keine Müdigkeit – nicht am Tage, nicht in der Nacht".[41] Losungen wie diese, die 1943 in der Montagehalle des Čeljabinsker Traktorenwerkes zu lesen war, sollten die Arbeitenden zum Ertragen der Strapazen ermuntern.

Strapazen auf sich zu nehmen, forderte auch die US-Regierung von der an der „Heimatfront" tätigen Arbeiterschaft. „Kriege", erläuterte Franklin D. Roosevelt am 7. September 1942 in einem seiner berühmten, USA-weit von den Rundfunksendern übertragenen „Gespräche am Kamin", „gewinnt man nicht mit Leuten, die vor allem an die eigenen Bequemlichkeit, den eigenen Vorteil und die eigene Brieftasche denken."[42]

Die Einbeziehung der Arbeiterschaft in den Krieg verwirklichte die US-Regierung hauptsächlich über zwei Behörden: die Kommission für Kriegseinsatz (War Manpower Commission, WMC) und den Kriegsarbeitsrat (National War Labor Board, NWLB). Aufgabe der WMC war es, „grundlegende Richtlinien auf Bundesebene auszuarbeiten, um [...] ein Maximum an Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte des Landes für die Fortführung des Krieges zu sichern". Die WMC hatte die Oberaufsicht über Arbeitsverpflichtungen und Arbeitsschulungen in der Rüstungsindustrie und war generell verantwortlich für den Einsatz der Arbeiter „an der Stelle, wo sie am meisten gebraucht wurden". Sie entschied darüber, ob bestimmte Arbeiter für die Waffenproduktion im Werk unabkömmlich blieben oder ob sie in die Armee eingezogen wurden.[43] Gegen diejenigen, die sich nach Meinung der von der WMC beauftragten Kontrollinstitutionen vor der Aufnahme der Fabrikarbeit drückten bzw. die unentschuldigt von der Arbeit fernblieben, wurde hart vorgegangen.

---

39 Ebenda.

40 Siehe Ausstellungsmaterial des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst (Dezember 2013).

41 Siehe ebenda.

42 Zit. nach: Jakowlew, Roosevelt, S.491.

43 Faulkner, Geschichte, S.734; Vatter, U.S. Economy, S.18.

Den NWLB richtete die Roosevelt-Regierung als eine Art oberstes Gericht für Arbeitsstreitigkeiten ein. Sofern diese den Produktionsausstoß bedrohten, standen die Konfliktparteien nicht nur unter moralischem Druck. Es gab Untersuchungen über Sabotage, die, in einer geheimen Denkschrift über die Propaganda der „fünften Kolonne" zusammengefasst, den Regierungsvertretern als Handlungsanleitung zur Verfügung standen.[44] In tariflichen Arbeitskonflikten traf der NWLB die letzte Entscheidung. Streiks waren zwar in den USA auch im Krieg nicht prinzipiell verboten, sollten aber auf ein Minimum reduziert werden. Im Falle der Weigerung der einen oder anderen Konfliktpartei, den Anordnungen des Kriegsarbeitsrates Folge zu leisten, drohten Beschlagnahme und Weiterführung des Unternehmens durch einen Staatsbeauftragten.[45]

Wie in der UdSSR war auch in den USA das Ansteigen der Arbeitszeit die auffälligste Veränderung im Arbeitsregime der Betriebe während des Krieges. Vor Kriegsbeginn hatte diese – eine Spätfolge der Wirtschaftskrise – in der Industrie nur 38 Wochenstunden betragen. Bis 1943 erhöhte sich die Normarbeitszeit auf 45 Stunden.[46] Im Bauwesen stieg die Arbeitszeit im gleichen Zeitraum von 32 auf 40 Stunden an, im Bergbau von 32 auf 44 Stunden.[47] Einschneidender als die Verlängerung der Arbeitszeit selbst erwies sich für die Beschäftigten die Ausdehnung des Zweischicht- und die massenhafte Einführung des Dreischichtsystems.[48]

„Zweischichtsystem und lange Arbeitsstunden erschöpften alle bis auf die Zähesten", berichtet der US-amerikanische Wirtschafts- und Sozialhistoriker Harold U. Faulkner. Das neue Arbeitszeitregime führte bei den Arbeitern zu einer Zunahme von Erschöpfung und Erkrankungen in einem Umfang, wie er in den 30er-Jahren unbekannt gewesen war.[49] Die Regierung war hinsichtlich des Arbeitseinsatzes an der „Heimatfront" allerdings nicht zu Kompromissen bereit. Die weitere Entwicklung sollte ihr Recht geben.

Trotz der Verlängerung der Arbeitszeit, urteilte das Amt für Kriegsproduktion (War Production Board, WPB) in einer Stellungnahme vom Herbst 1945, „ging die Produktivität – der Ausstoß je Mann und Arbeitsstunde – steil in die Höhe, da der Produktionsumfang zunahm, die Herstellungsverfahren verbessert wurden und die Arbeiter den Aufforderun-

44 Siehe Jakowlew, Roosevelt, S.477.
45 Siehe Faulkner, Geschichte, S.734.
46 Siehe Vatter, U. S. Economy, S.16.
47 Siehe Faulkner, Geschichte, S.733.
48 Siehe Vatter, U. S. Economy, S.18.
49 Faulkner, Geschichte, S.734.

gen zu immer schnellerem Munitionsnachschub an die Kampffronten nachkamen".[50]

Zur positiven Haltung der Beschäftigten zu ihrem Arbeitseinsatz trug nicht nur die ständige Aufklärungsarbeit der US-Regierung über die faschistischen Kriegsgegner wesentlich bei, mit der auch die Arbeiterhaushalte über Rundfunk und Presse versorgt, teilweise sogar überschüttet wurden,[51] sondern auch die gezielte Einbeziehung der Gewerkschaften CIO und AFL in die Kriegswirtschaftslenkung. Viele der von der Regierung Roosevelt geschaffenen Behörden wurden an der Spitze nicht nur mit Regierungsvertretern, sondern auch mit Verantwortlichen der Arbeitgeberorganisationen sowie Gewerkschaftsführern paritätisch besetzt.[52] Die Führer von AFL und CIO traten für eine Politik des Nicht-Streikens ein und verlangten von ihren Mitgliedern in den Betrieben deren unumschränkte Mitarbeit bei der Herstellung kriegswichtiger Güter. „Im ganzen gesehen", lautet das abschließende Urteil von Faulkner über die Arbeitsmoral im amerikanischen Hinterland, „hat die Arbeiterschaft den Kriegseinsatz ausgezeichnet unterstützt".[53]

Dieses Fazit hinsichtlich der Arbeitsmoral an der „Heimatfront" kann für die Sowjetunion für die Zeit des „Großen Vaterländischen Krieges" ebenfalls gezogen werden. Auch die Sowjetregierung arbeitete – von ganz anderen Vorbedingungen ausgehend – eng mit den Gewerkschaften wie auch der Jugendorganisation Komsomol zusammen, um den Beitrag des Hinterlandes für die Sicherung der Bedürfnisse der Front zu erhöhen, und mobilisierte auch die Betriebsparteiorganisationen der KPdSU für diesen Zweck.[54] Die von der Regierung vorgegebene Losung „Alles für die Front, alles für den Sieg über den Feind" machten sich die Massenorganisationen voll zu eigen, ebenso die Mehrzahl der Beschäftigten – von der Stammarbeiterschaft angefangen bis zu den neu hinzugekommenen Frauen, Jugendlichen und den vom Lande in die Fabriken Verpflichteten. In der politisch-ideologischen Arbeit mit den Werktätigen während des „Großen Vaterländischen Krieges" spielte innerhalb der Medien die sowjetische Presse offensichtlich die entscheidende Rolle.[55]

---

50 Zit. nach dem WPB-Dokument Nr. 334 vom 6.10.1945 in: Faulkner, Geschichte, S.733.
51 Siehe Jakowlew, Roosevelt, S.477.
52 Siehe R[ussel] B[laine] Nye/J[ack] E[ric] Mopurgo: A History of the United States, Bd. II: The Growth of the USA, Baltimore 1955, S.682.
53 Faulkner, Geschichte, S.735.
54 Siehe Samsonov, Sovjetskij Sojus, S.259.
55 Siehe ebenda, S.259, 270.

Als wichtigstes Instrument zur Mobilisierung der Arbeitskräfte für die Steigerung der Kriegsproduktion in der Sowjetunion erwies sich die seit Beginn der 30er-Jahren zur Verwirklichung der Fünfjahrpläne der sozialistischen Industrialisierung entwickelte Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Nach einer Pause in den ersten beiden Kriegsjahren spielte sie für die Erfüllung der Kriegswirtschaftspläne in der Industrie eine bedeutende Rolle. Auf drei dieser „Initiativen" sei näher eingegangen.

Charakteristisch nach Anlass, Verlauf und Ziel dieser Wettbewerbe war eine Initiative von Arbeitern des Moskauer Dynamowerks, die diese während der Schlacht bei Kursk im Juli/August 1943 auslösten. Sie war eine der wichtigsten Schlachten nach der Stalingrader und führte zur Befreiung weiter Gebiete des Westens der UdSSR von deutscher Besatzung.[56] Die Dynamowerker verpflichteten sich, das Jahresplansoll für 1943 vorfristig bis zu Stalins Geburtstag zu erfüllen und dabei die Arbeitsproduktivität auf 120 Prozent zu steigern und die Selbstkosten zu senken. Dem landesweiten Aufruf schlossen sich rasch Arbeiter in Leningrader und Saratover Großbetrieben sowie die Belegschaften von Industriebetrieben in Kujbyšev und Čeljabinsk an. Bis Anfang Dezember folgten ihnen Arbeitskollektive in Fabriken an der Wolga, in Sibirien, Mittelasien und Transkaukasien. Die Moskauer Dynamowerker konnten ihr Wettbewerbsziel am 29. November vorfristig erreichen.[57]

Ende 1943 entstand die „Bewegung der Frontbrigaden", die unter der Losung „Wie an der Front, so am Arbeitsplatz" bis zur restlosen täglichen Planerfüllung geschlossen am Arbeitsplatz blieben. Solchen Wettbewerbsverpflichtungen schlossen sich die Belegschaften von während des Krieges neu entstandenen Betrieben im Osten und Fabriken in den 1943 befreiten Gebieten im Westen der UdSSR an. An der Wettbewerbsbewegung nahmen insgesamt 17.711 Brigaden teil. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Munitionsfabriken um 20 Prozent sowie im Elektromaschinenbau und Flugzeugbau um mehr als 15 Prozent wurde wesentlich als Ergebnis der „Bewegung der Frontbrigaden" bewertet.[58] Die Zahl der Frontbrigaden stieg bis Mitte 1945 – der Krieg in Fernost war um diese Zeit noch in nicht beendet – auf 155.000 mit mehr als einer Million Arbeitern. Das waren zweieinhalb Mal so viel wie noch Anfang 1944.[59] Den größten Beitrag zur Steigerung von Arbeitsproduktivität und

56 Siehe Hildermeier, Sowjetunion, S.58.
57 Siehe Samsonov, Sovjetskij Sojus, S.401.
58 Siehe ebenda, S.402.
59 Siehe ebenda, S.544.

auch Arbeitsintensität leisteten diejenigen Arbeitsbrigaden, die sich die „Fließbandmethode“ (potočnyj metod) zu eigen machten, d. h. zur Fließbandarbeit übergingen. Diese hatte eine lückenlos auf die einzelnen Fertigungsabschnitte abgestimmte Arbeitsorganisation zur Voraussetzung, wie sie insbesondere bei der Munitionsherstellung gegeben war. Der Wettbewerb zur Einführung dieser Methode nahm im Februar 1943 im Moskauer Großbetrieb „Roter Proletarier“ seinen Anfang. Im zweiten Halbjahr 1943 fand die Arbeitsmethode in fast allen Munitionsfabriken der UdSSR Anwendung und erhöhte in diesen Betrieben die Arbeitsproduktivität um 20 bis 25 Prozent.[60]

4. Die Ernährungssituation und die Verdienstbedingungen der Industriearbeiter in der Kriegszeit

Die überdurchschnittlichen Leistungen sowjetischer Industriearbeiter wurden erbracht, ohne dass damit eine Verbesserung ihres Lebensstandards verbunden werden konnte. Zwar wurde der Arbeitslohn zwischen 1941 und 1945 schrittweise erhöht. Das geschah zunächst in den wichtigsten Zweigen der Schwer- und Rüstungsindustrie. Danach folgten Lohnerhöhungen in der Textil- und Glasindustrie, der Papier- und holzverarbeitenden Industrie, beim Transport sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen.[61] Entscheidend für den materiellen Wohlstand blieb jedoch angesichts der Knappheit von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern aller Art der Umfang der staatlich verordneten Versorgung mit Lebensmitteln nach einem Kartensystem, das zunächst in den Zentren der Kriegsindustrie und dann generell in den Städten zur Anwendung kam. Bis zum März 1943 waren 50 Millionen Menschen in das Rationierungssystem einbezogen, ein Jahr später fast 57 Millionen, und im März 1945 galt es für 62 Millionen Bürger.[62] Die Bevölkerung erhielt Lebensmittelkarten nach dem „Prinzip differenzierter Versorgung“ einzelner Gruppen und Kategorien. So gab es für Arbeiter und Angestellte offiziell zwei Kategorien. Die erste umfasste die Arbeiter und Angestellten sowie das ingenieurtechnische Personal des Kohle- und Erzbergbaus, nochmals unterteilt nach Unter- und Übertagearbeitern. Der ersten Kategorie zugewiesen wurden auch die Beschäftigten der Eisenmetallurgie und der Erdölförderung. Arbeiter, Angestellte und das ingenieurtechnische Personal aller übrigen Indus-

60 Siehe ebenda, S.401.
61 Siehe ebenda, S.534.
62 Siehe ebenda, S.540.

triezweige waren der zweiten Kategorie, die niedrigere Zuteilungsmengen aufwies, zugeordnet. Die de facto drei Versorgungsgrade bedeuteten im März 1943 für den Berechtigten die monatliche Zuteilung von Fleisch und Fisch von 4,5, 3,2 bzw. 1,8 Kilogramm. Bei Fett differierte die verordnete Versorgung zwischen 1,0, 0,9 und 0,4, bei Zucker zwischen 0,5 und 0,4 Kilogramm.[63]

Selbst für die Rationenempfänger lag die Lebensmittelversorgung um 35 bis 40 Prozent unter dem in der Vorkriegszeit erreichten Niveau. Vor allem aber vollzog sich eine beträchtliche Veränderung der Struktur des Lebensmittelkonsums. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Kartoffeln hatte sich zwischen 1940 und 1945 auf 234 Prozent mehr als verdoppelt, der von Fett lag leicht (106 Prozent) über dem Vorkriegsniveau. Der Brotverbrauch war gegenüber der Vorkriegszeit auf 83,5 Prozent gefallen, der von Fleisch und Fleischprodukten auf 60 und der von Zucker sogar auf nur 22 Prozent. Erst gegen Kriegsende konnten die Rationen wesentlich erhöht werden.[64]

Ganz anders als in den Vorkriegsjahren wurde seitens der Sowjetbehörden bei der Herstellung von Nahrungsmitteln die Eigenproduktion nicht nur weiterhin hingenommen, sondern sogar teilweise propagiert. Eine Verordnung vom Jahre 1942 regte die Städter an, private Gemüsegärten anzulegen. Auf dem Lande wurde die Ausdehnung der Privatparzellen der Kolchosbauern geduldet.[65]

Wie Lebensmittel wurden in der UdSSR auch Industriewaren, von Geschirr bis Möbeln, für den konsumtiven Verbrauch rationiert. Von Lebensstandardeinbußen über die Lebensmittelversorgung hinaus besonders betroffen waren diejenigen Arbeiter bzw. Arbeiterfamilien, die evakuiert bzw. aus ländlichen Siedlungen in die Zentren der Kriegsindustrie umgesiedelt worden waren. Zwar hatte das Politbüro des ZK der KPdSU(B) mit der Schaffung des „Rats für Evakuierung" bereits in den ersten Kriegstagen eine wichtige Entscheidung getroffen, um Ablauf und Organisation der Evakuierung in geordnete Bahnen zu lenken. Jedoch blieb die Schaffung geeigneten Wohnraums in den Neuansiedlungsgebieten der Industrie ein Dauerproblem.[66]

USA-Territorium wurde von den feindlichen Streitkräften nicht besetzt. Evakuierungen waren nicht notwendig. Auf den ersten Blick gab

63 Siehe ebenda, S.119.

64 Siehe ebenda, S.543.

65 Siehe Hildermeier, Sowjetunion, S.60.

66 Siehe Samsonov, Sovjetskij Sojus, S.159; Kowalenko, Geschichte, S.18.

es das damit verbundene Wohnungsproblem also nicht. Tatsächlich traten allerdings in den Städten, deren Industriezentren auf Kriegsindustrie umgestellt wurden und die ihren Produktionsumfang erheblich erweiterten, nach Zuzug der zusätzlichen Arbeitskräfte beträchtliche Wohnungsprobleme sowie ein Mangel an Einrichtungen für die Kleinkinderbetreuung auf. Wohnungsbau wurde besonders an jenen Orten an der US-amerikanischen Pazifikküste notwendig, die „aus dem Boden gestampft wurden", um das dort produzierte Kriegsgerät per Schiff günstig unmittelbar zu den Kriegsschauplätzen im Stillen Ozean zu transportieren.[67]

Außerhalb des Bereichs der Wohnraumversorgung waren für die Industriearbeiter in den USA Einbußen beim Lebensstandard während des Krieges kaum zu verzeichnen. Das galt insbesondere für die Konsumtion von Lebensmitteln, aber auch von anderen Verbrauchsgütern. Zwar wurde auch in den USA die Rationierung eingeführt. Sie erfolgte – beginnend mit der staatlichen Regelung des Verbrauchs an Benzin und Reifen – schrittweise, erfasste dann Schuhe, danach Fleischerzeugnisse sowie Fette und Öle und schließlich auch Zucker und Bohnenkaffee.[68] Mengenmäßig blieb der Verbrauch jedoch stabil und lag 1943 bei 106 Prozent des Umfangs von 1940.[69] Dabei ist allerdings in Bezug auf die Arbeiterschaft zu beachten, dass das Vergleichsjahr 1940 noch ein Nachkrisenjahr war, mit einem – im Vergleich zu der Hochkonjunktur der 20er-Jahre – gedämpften Konsum der Bevölkerungsmehrheit. Das Angebot einiger zum Bereich der industriellen Konsumgüter gehörenden Erzeugnisse wie Waschmaschinen oder Personenkraftwagen verringerte sich beträchtlich, als deren Hersteller ihre Kapazitäten auf die Erzeugung von Kriegsgeräten umstellen mussten.[70] Die knapp werdenden Verbrauchsgüter waren zu überhöhten Preisen noch auf dem Schwarzmarkt zu haben. Während dieser in der Sowjetunion eine breite Palette von Waren, vor allem Lebensmittel, umfasste und schließlich wegen seiner Bedeutung für die Versorgung regelrecht legalisiert werden musste, beschränkte er sich in den USA auf einige rationierte Konsumgüter, vor allem auf Benzin und Fleischerzeugnisse.[71]

Gefördert wurde der Konsum der Arbeiterfamilien in den USA während des Krieges durch die positive Lohnentwicklung. Die Politik der

67 Siehe Vatter, U. S. Economy, S.18.
68 Siehe ebenda, S.138.
69 Siehe ebenda, S.20.
70 Siehe O'Callaghan, History, S.105.
71 Siehe Nye/Mopurgo, History, S.681; Faulkner, Geschichte, S.732.

Roosevelt-Regierung war auf eine Kontrolle sowohl der Löhne als auch der Preise gerichtet. Dem NLWB übertrug die US-Regierung 1942 auch die Aufgabe, die Löhne zu stabilisieren, d. h. Lohnsteigerungen, die auf einem freien Arbeitsmarkt wegen der gewachsenen Anforderung an Arbeitskräften beträchtlich gewesen wären, weitgehend zu dämpfen. Gleichzeitig sollte aber auch die Entwicklung der Preise für Verbrauchsgüter und Wohnungsmieten kontrolliert werden. Ein Amt für Preisverwaltung (Office for Price Administration) war noch vor Kriegsbeginn, im August 1941, gegründet worden. Insgesamt 66 Mal wurden während des Krieges Streiks für höhere Löhne unter Anwendung des im Juni 1943 beschlossenen Smith-Conally Gesetzes (War Labor Disputes Act), das Tarifkonflikte minimieren sollte, für illegal erklärt. Geld- und auch Gefängnisstrafen konnten verhängt werden.[72] Ungeachtet dessen wurden – von dem noch niedrigen Lohnniveau der Vorkriegszeit ausgehend – zwischen 1940 und 1945 in der verarbeitenden Industrie seitens der Arbeiter Lohnerhöhungen um 55 Prozent durchgesetzt. Im gleichen Zeitraum stiegen die Konsumgüterpreise nur um 27 Prozent. Zugleich machte sich für die Arbeiter auch ein von der Regierung beschlossener Mietpreisstopp – Mieten wurden auf dem Stand vom März 1942 eingefroren – positiv bemerkbar. Im Ergebnis stiegen die Reallöhne der amerikanischen Arbeiter während des Krieges um ein Fünftel (20,3 Prozent).[73]

7. Vergleich und Fazit

In den Krieg gegen die faschistischen Mächte traten 1941 zwei Staaten mit sehr unterschiedlichen, ja konträren Gesellschaftssystemen ein. Im Falle der UdSSR handelte es sich um eine Ende der 20er-Jahre entwickelte und in den 30er-Jahren voll ausgebaute Planwirtschaft, die auf staatlichem Eigentum in der Industrie und auf staatlich reglementiertem Kollektiveigentum in der Landwirtschaft basierte. Die USA hatten 1933 mit Roosevelts New Deal in der Wirtschaft von Laisser-faire Abschied genommen. In dem folgenden knappen Jahrzehnt nahm der Staat mit dem Reformprogramm wesentlich Einfluss auf die Gestaltung der Volkswirtschaft. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Paul S. Samuelson prägte für das unter der Präsidentschaft Roosevelts geschaffene Wirtschaftslenkungssystem den Begriff „Mixed Economy", der sich durchge-

72 Siehe Vatter, U. S. Economy, S.124f.
73 Siehe ebenda, S.123.

setzt hat.[74] Deutlich unterschiedlich waren auch die Herrschaftsformen beider Länder. Die USA waren von ihrer Gründung an eine Präsidialdemokratie. Bei der UdSSR handelte es sich um eine autoritäre Diktatur, die unter Stalin totalitäre Züge annahm.[75]

Der Eintritt in den Zweiten Weltkrieg stellte beide Länder vor neue Herausforderungen sowohl militärischer als auch wirtschaftlicher und politischer Art: Die Regierungen der UdSSR und der USA setzten sich das Ziel, den feindlichen Angriffen zu widerstehen und die faschistischen Staaten letztendlich zu besiegen. Bereits im Verlaufe des Ersten Weltkrieges war die Erkenntnis gewonnen worden, dass sich im Krieg zu behaupten nicht mehr nur hieß, massenhaft Truppen in den Kampf zu schicken, sondern dass der modernde Krieg es auch notwendig machte, die Wirtschaft vollständig in den Dienst der Kriegsziele zustellen.[76] Das bedeutete die massenhafte Mobilisierung von Männern für die Streitkräfte und die Gewinnung von Männern, Frauen und Jugendlichen für die Industrie, in der die für die Streitkräfte abgezogenen Beschäftigten ständig ersetzt und für die expandierende Rüstungsindustrie zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden mussten.

Diese Aufgabe wurde in beiden Staaten mit dem Einsatz systemfremder Methoden gelöst. Allerdings hatten sich in der UdSSR während der extrem raschen Industrialisierung der 1930er-Jahre bereits wichtige staatliche Ausnahme-Institute bewährt; ihre Systemhaftigkeit ist wissenschaftlich umstritten.[77]

Die Planwirtschaft, wie sie sich bis Mitte der 30er-Jahre in der Sowjetunion herausbildete, hatte der Masse der städtischen Bevölkerung die freie Arbeitsplatzwahl überlassen. Eine bedeutsame Ausnahme waren die nach Hunderttausenden zählenden Lagerinsassen des GULAG. Teile der Landbevölkerung wurde in gelenkten Verfahren im Zuge forcierter Urbanisierung in alte und neue Industrieinseln mobilisiert, teils ebenfalls als eine Art Bestrafung. Mit der Einführung der Kriegswirtschaftsgesetzgebung hatten sich in der UdSSR ab Mitte 1941 alle arbeitsfähigen Bürger ohne

74 Siehe Paul A. Samuelson: Economics, New York 1955, S.37.

75 Siehe Marxhausen, Stalin, S.28-35.

76 Siehe Hans Mottek,/Walter Becker/Alfred Schröter: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss, Bd. III: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1974, S.198-225.

77 Siehe Klaus Segbers: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg" 1941-1943, München 1987, S. 47.

Ausnahme dem Staate zur Verfügung zu stellen. Sowohl der Abzug der Arbeitskräfte aus Zweigen der Konsumgüterproduktion und der Landwirtschaft als auch die Konzentration der Investitionsmittel in der Rüstungsindustrie führten zur Einschränkung der Produktion in der Leicht- und Lebensmittelindustrie. Das zwang den Staat, die Verteilung der knapp werdenden Konsumgüter, vor allem der Lebensmittel, die ab Mitte der 30er-Jahre auch in der Sowjetunion frei verkäuflich gewesen waren, bis ins Detail zu organisieren. Das geschah über deren Rationierung und Preisgestaltung. In den USA vollzog sich die gleiche Entwicklung, allerdings langsamer und weniger umfassend.

Der Krieg führte parallel dazu zu weiteren Umstellungen im Wirtschaftsleben. In der UdSSR mussten nicht nur die ursprünglichen langfristigen Ziele des 3. Fünfjahrplans der Aufgabe, sich als Land militärisch zu behaupten, untergeordnet werden. Das betraf nicht nur die Planinhalte, sondern teilweise auch die Planmethodik. Die Kriegserfordernisse machten es notwendig, auf das sich verändernde Kräfteverhältnis an den Fronten rasch zu reagieren und in der Rüstungswirtschaft entsprechend flexibel zu disponieren, statt wie bisher den Bedarf langfristig und starr zu planen. Die forcierte Industrialisierung hatte auch hierbei bereits für Erfahrung gesorgt.

Bei Kriegsbeginn traten in der UdSSR direkt unter Stalin arbeitende Volkskommissariate (Ministerien) zur Organisierung der Kriegsproduktion, z. B. für Panzerbau, Granatwerferausrüstungen („Katjuschas“) und Munition, an die Stelle der bisherigen zur Durchsetzung der Industrialisierung und zur Lenkung der Industrieproduktion.[78] In den USA mussten entsprechende administrative Lenkungsstrukturen völlig neu geschaffen werden. Bereits ab Januar 1942 koordinierte der amerikanische Präsident alle Behörden, die sich mit der Lenkung der Industrieproduktion befassen sollten, im WPB. Das WPB war nicht nur für die Umstellung der zivilen auf Kriegsproduktion zuständig, sondern dirigierte die Produktion auch in der Folgezeit durch die Einrichtung eines Systems von Dringlichkeitsstufen, die Zuteilung von Material und Zulieferungen sowie durch den Bau neuer Betriebe, die mit Mitteln aus dem Budget errichtet und vielfach auch Staatseigentum wurden.[79] Darüber hinaus konnten Privatbetriebe, deren Eigentümer sich konkreten Produktionsaufforderungen widersetzten, beschlagnahmt und direkt den staatlichen Behörden unterstellt wer-

78 Siehe Kowalenko, Geschichte, S.76.
79 Siehe Faulkner, Geschichte, S.726.

den. – Durch die Kriegswirtschaft verringerten sich demnach die Unterschiede zwischen ursprünglich zentraler Lenkung über den Plan und dezentraler über den Markt, zwischen sowjetischem und amerikanischem Wirtschaftssystem, beträchtlich. Produktionsbefehle regelten auch in den USA zunehmend das Wirtschaftsleben.

In den USA galt unter den Bedingungen der während der 30er-Jahre entwickelten Mixed Economy das Gewinnmotiv nicht mehr als alleinige Triebkraft des wirtschaftlichen Wachstums. Aber erst im Kriege konnte die Roosevelt-Regierung zur Gewährleistung eines Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit flächendeckend sozialpolitische Mindestziele gegenüber dem Big Business durchsetzen. Durch die Kriegswirtschaft gewann in den USA die Einflussnahme des Staates auf die Privatwirtschaft an Intensität und die Mixed Economy eine neue Qualität.

Das galt auch für die in den Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Wer sich durch unzureichende Arbeitsverausgabung der Realisierung des Kriegsziels widersetzte, konnte nicht mehr nur arbeitsdisziplinarisch behandelt und im Höchstfall entlassen werden, sondern nunmehr auch der Begünstigung des Landesfeindes beschuldigt und strafrechtlich verfolgt werden.

Gleichzeitig lieferte der Krieg, der für beide Staaten ein Verteidigungskrieg gegen die faschistischen Angreifer war, den Arbeitenden neue Motivationen, sich in der Arbeit zu engagieren und dem Vaterland zum Siege zu verhelfen. Dieses Engagement erfasste auch Menschen, die in Friedenszeiten nicht bereit gewesen waren, sich über das den Arbeitsplatz bzw. das Einkommen sichernde Maß hinaus zu verausgaben. Wenn man es so interpretieren will, dann legten sich die der Kriegswirtschaft eigenen Erfordernisse und Notwendigkeiten – man könnte auch von Gesetzmäßigkeiten sprechen – auf die planwirtschaftlichen Strukturen der Sowjetunion und auf die der Mixed Economy in den USA.

Was die Arbeiter und Angestellten betrifft, so gab es unmittelbare Zwangsarbeit für Verteidigungserfordernisse in der UdSSR („GULAG-Industrie"),[80] nicht aber in den USA. Auch die Internierung bzw. Zwangsumsiedlung ganzer der Kollaboration mit dem Feind verdächtiger Bevölkerungsgruppen blieb in den Vereinigten Staaten die Ausnahme.

Geht man von dieser Dominanz der Kriegswirtschaft über die für die jeweiligen Wirtschaftssysteme charakteristischen Strukturen aus, wie sie sich in der UdSSR und den USA während der 30er-Jahre entwickelt hat-

80 Siehe Schützler, Krieg, S.48.

ten, dann ist es nicht verwunderlich, dass das Leben der Arbeiter unter Kriegsbedingungen 1941 bis 1945 in groben Zügen in beiden Staaten ähnlich verlief.

Der Kriegseintritt bedeutete für die Industriearbeiterschaft der UdSSR und der USA ausnahmslos eine umfassende Umstellung ihrer bisherigen Arbeits- und Lebensverhältnisse, die im Jahrzehnt zuvor von auf die „sozialistische Industrialisierung" des Landes gerichteten Fünfjahrplänen bzw. von der Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 mittels der Politik des New Deal charakterisiert waren. Mit Kriegsbeginn wurde ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiter zu den Streitkräften eingezogen und setzte an der Front sein Leben ein. Aber auch den im Hinterland verbliebenen Belegschaftsmitgliedern und den aus der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen kommenden Männern bzw. den vielfach erstmals Lohnarbeit aufnehmenden Frauen brachte der Krieg wesentliche Veränderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Umstellung auf die Erzeugung von Rüstungsgütern anstelle der gewohnten Produktpalette war von den Betriebsbelegschaften innerhalb relativ kurzer Zeit zu bewältigen. Für die Stammarbeiter bedeutete diese Umstellung auch das Anlernen neuer Arbeitskräfte. Weit mehr traf die Umstellung aber jene, die aus Arbeits- bzw. Lebensbereichen außerhalb der Industrie kamen und die für die Arbeit an der Werkbank in der Regel keine beruflichen Voraussetzungen mitbrachten, denen teilweise die Fabrikdisziplin fremd war und die sich erstmals einer beruflichen Qualifizierung zu unterziehen hatten. Für alle war diese Umstellung zeitlich gekoppelt mit der Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit, die beträchtlich über das Maß des zuvor Gewohnten, ja des bis dahin Vorstellbaren hinausging. Ungeachtet deren Nichtbewältigung durch einzelne Arbeiter erfüllte die Mehrheit der in der Industrie Beschäftigten diese neuen Anforderungen ohne zu klagen. Entscheidend dafür war nicht die Furcht vor in beiden Staaten angedrohten Sanktionen des verschärften Arbeitsregimes, das viele von der Arbeiterschaft im Ringen um eine menschliche Gestaltung des Arbeitsprozesses erkämpfte Rechte und Sicherheiten aufgehoben hatte, sondern die Bereitschaft, vielleicht sollte man sogar vom eisernen Willen der Betriebsbelegschaften sprechen, ihren Beitrag zum Sieg über den faschistischen Aggressor zu leisten. In den USA war Patriotismus zumindest für die weiße Mehrheit selbstverständlich. In der Sowjetunion verhalf dazu die Rückbesinnung der Führung auf patriotische Gefühle: Nicht nur

den Sozialismus galt es zu verteidigen, sondern auch die „Heimat".[81] Die Appelle von Stalin bzw. Roosevelt an den Patriotismus der Arbeiter und an ihre Bereitschaft, für das Vaterland bis zum endgültigen Sieg über den Feind hohe Opfer zu bringen, stießen bei der Arbeiterschaft der UdSSR wie auch der USA auf breite Zustimmung.

Neben den aufgeführten Gemeinsamkeiten bestanden jedoch unübersehbar Unterschiede in den Auswirkungen von Krieg und Kriegswirtschaft auf die Lage der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft.

Der „Preis des Sieges" lag für die Industriearbeiterschaft der Sowjetunion weitaus höher als für die der USA. Das betraf erstens die zu erbringenden Menschenopfer, die in der UdSSR sehr viel größer waren als in den Vereinigten Staaten.[82] Durch Kampfhandlungen und den Besatzungsterror der Nazis verlor die Sowjetunion nach jüngsten Berechnungen über 8,7 Millionen Soldaten, einschließlich gestorbener Kriegsgefangener. Von der Gesamtzahl der Einwohner der Sowjetunion, die sich Mitte 1941 auf 196,7 Millionen belief, blieben Ende 1945 nur 170,5 Millionen übrig.[83] Die USA dagegen verloren in Kampfhandlungen mit den Achsenmächten „nur" 314.000 Angehörige der Streitkräfte und hatten nur geringe zivile Opfer zu beklagen.[84]

Die nationalen Unterschiede im „Preis für den Sieg" betreffen zweitens die von der Industriearbeiterschaft während des Kriegs in Kauf zu nehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders die Einbußen an Lebensstandard, die die Bewohner des Hinterlandes, allen voran die Arbeiter und Angestellten in den Fabriken, zu tragen hatten. Der US-amerikanische Historiker Morton Blum hat – die USA mit der Sowjetunion (und Großbritannien) vergleichend – für die deutlich geringere Belastung der amerikanischen Arbeiter drei Gründe ausgemacht: Die Vereinigten Staaten wurden später in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen. Die Bevölkerung des Landes selbst war von unmittelbaren Kampfhandlungen nicht betroffen. Die USA verfügten über eine sehr leistungsfähige Industrie, die – im Ergebnis der Weltwirtschaftskrise – in der Zeit unmittelbar vor Kriegseintritt beträchtliche Kapazitätsreserven hatte.[85] Beson-

81 Siehe Hildermeier, Sowjetunion, S.60.

82 Hier kann nicht diskutiert werden, inwieweit die hohen Menschenverluste der UdSSR auf deren Art der Kriegsführung zurückzuführen waren. Zur aktuellen Diskussion darüber siehe Schützler, Krieg, S.63.

83 Siehe Hildermeier, Sowjetunion, S.58.

84 Siehe Vatter, US economy, S.147.

85 Siehe John Morton Blum: „World War II", in: C[omer] Vann Woodward (Hrsg.): The

ders das zweite Argument Blums – keine Kriegführung im eigenen Land – wiegt sicher schwer, aber auch das dritte ist nicht zu unterschätzen.

In Anknüpfung an das zweite Argument ist m. E. Blums Gründen unbedingt noch ein weiteres für die geringere Belastung der amerikanischen Arbeiterschaft zu ergänzen: eine realistischere Einschätzung der Aggressionsbereitschaft der faschistischen Mächte durch Roosevelt verglichen mit Stalin. Der amerikanische Präsident hatte 1935 das Gesetz über die strikte Einhaltung der Neutralität der USA gegenüber kriegführenden Staaten nicht ohne Vorbehalte unterschrieben.[86] Er hatte sich in den Jahren 1938 bis 1941 gegenüber den Isolationisten mit Kriegslieferungen auf der Basis „cash und carry" und „lend and lease" an die Gegner der Achsenmächte durchgesetzt, was eine den Lieferplänen entsprechende Ankurbelung der amerikanischen Waffenproduktion schon in der Vorkriegszeit zur Folge hatte. Stalin dagegen hielt seinen „Isolationismus" und die darauf gründende unzureichende Vorbereitung der Streitkräfte und der Industrie auf einen drohenden Krieg bis wenige Monate vor dem Einmarsch der deutschen Armee aufrecht. Das zog nicht nur die rasche Besetzung eines großen Teils der Sowjetunion durch die Wehrmacht nach sich, sondern führte auch dazu, dass der Vorkriegsstand der Industrieproduktion der gesamten UdSSR in den nicht besetzten Gebieten erst im März 1942 wieder erreicht werden konnte.[87] Von einer gut funktionierenden und schnell wachsenden Kriegswirtschaft konnte nicht vor Ende 1942, d. h. anderthalb Jahre nach Kriegsbeginn, die Rede sein.[88] Demgegenüber übertrafen die USA, ungeachtet aller auch für sie nicht zu leugnenden Probleme bei der Umstellung auf Kriegswirtschaft, bereits im ersten Kriegsjahr die Produktion des letzten Friedensjahres bedeutend, was seinerzeit allgemein als „Produktionswunder" bezeichnet wurde.[89]

Die zuletzt genannten Faktoren hatten auf das Leben der Arbeiter größere Auswirkungen als die – in beiden Ländern grundsätzlich vergleichbare – Einwirkung der Kriegswirtschaft auf die Arbeitsbedingungen und auch als die aus den jeweiligen politischen und ökonomischen Systemen beider Staaten resultierenden Unterschiede in den Belastungen, denen die sowjetische bzw. die amerikanische Industriearbeiterschaft während

Comparative Approach to American History, New York 1968, S.3.

86 Siehe Nye/Mopurgo, History, S.676.

87 Siehe Guidebook: The Centralmuseum of the Great Patriotic War of 1941-1945, Moskau 2008, S.299.

88 Siehe Kowalenko, Geschichte, S.19.

89 Siehe Faulkner, Geschichte, S.725.

des Krieges ausgesetzt war. Gewiss waren die Sanktionen gegen Verletzungen der Arbeitspflicht in kriegswichtigen Betrieben in der Sowjetunion härter als in den USA. Aber die schließlich im Landesmaßstab realisierte hohe Arbeitsleistung resultierte doch in erster Linie aus der Bereitschaft der Arbeiter, mit ihren Produktionsleistungen den Soldaten an der Front – darunter Arbeitskollegen und Familienangehörigen – zu helfen. Sie war keineswegs in erster Linie Ergebnis der angedrohten Strafmaßnahmen oder eines im Alltag gewohnten Terrors. Aufopfernde Arbeit war Ausdruck eines beachtenswerten gesellschaftlichen Konsenses – in beiden Gesellschaften.

Der in diesem Beitrag vorgenommene Vergleich des Industriearbeiterlebens unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft 1941 bis 1945 in den USA und der UdSSR hat Unterschiede offenbart, die hauptsächlich auf fünf Faktoren zurückzuführen sind: 1. auf die unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen, 2. auf die einander diametral entgegengesetzten politischen Systeme, 3. auf die generellen, zu realisierenden kriegswirtschaftlichen Erfordernisse, 4. auf die menschlichen und materiellen Ressourcen des Landes bei Kriegsausbruch und 5. auf die konkreten politisch und militärisch bestimmten Bedingungen, unter denen sich die Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft zu vollziehen hatte. Waren die kriegswirtschaftlichen Erfordernisse der Hauptgrund für viele Gemeinsamkeiten in den Veränderungen der Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft in USA und UdSSR während der Jahre 1941 bis 1945, so waren die sich stark voneinander unterscheidenden realen militärischen Kampf- und Reproduktionsbedingungen in erster Linie verantwortlich für die gravierenden Unterschiede in den Belastungen, denen die Industriearbeiter ausgesetzt waren.

Regionales

„Des Volkes Recht ...". Pfalz und Pfälzer 1848/49. Annäherungen an regionalgeschichtliche Ereignisse

Wilma Ruth Albrecht

Soziale Aufstände und Revolutionen sind nicht voraussetzunglos. Sie schließen oft an Traditionen volkstümlicher Freiheits- und Gerechtigkeitsbewegungen an. So auch die Pfälzer Revolution 1848/49.

Pfälzer waren an der ersten und zweiten Bundschuhbewegung 1502/13 beteiligt, erhoben sich in antiklerikalen und antifeudalen städtischen Volksbewegungen der Reformation 1521 bis 1523 und kämpften aktiv für soziale Rechte und Selbstbestimmung im Bauernkrieg 1525.

Auch die Ideale der Französischen Revolution 1789 und der französischen Republik 1792 wurden aufgenommen. Es gab positive Erinnerungen an die „Franzosenzeit", als die Pfalz als Department Donnersberg 1801 bis 1814 nach Frankreich eingegliedert war.

Das größte nationale und republikanische Volksfest, das von den Pfälzer Preßvereinen organisierte Hambacher Fest, fand Ende Mai 1832 bei Neustadt an der Haardt statt. In den 1840er-Jahren erhöhte sich das soziale Konfliktpotenzial infolge von Missernten 1842, 1845 und 1846. Turnvereine, Lesevereine und andere gesellige Zusammenschlüsse, die sich unpolitisch gaben, bündelten die oppositionellen Kräfte. Literaten, Publizisten und Wissenschaftler – auch aus dem Exil – erarbeiteten und verbreiteten liberale und demokratische Forderungen. Vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1847 und besonders nach der Tagung süddeutscher Demokraten im September 1847 in Offenburg am Rhein kursierten anonyme Flugblätter, Broschüren und Gedichte in Südwestdeutschland. Für die „Märzrevolution" 1848 fehlte lediglich als „zündender Funke" der Anlass.

Die Märzrevolution 1848

Dieser Funke sprang wieder aus Frankreich über, wo am 22. bis 24. Februar 1848 in Paris erneut eine Revolution ausbrach. Wie reif die politische Lage für einen Umsturz auch in Deutschland war, zeigt sich daran, dass nur wenige Tage nach dem Bekanntwerden der revolutionären Ereignisse in Frankreich sogleich im Lande Volksversammlungen abgehalten und

liberale und demokratische Forderungen aufgestellt wurden.[1] Schon am 27. Februar 1848 versammelten sich, angeführt von dem Anwalt und Demokraten Friedrich Hecker (1811-1881), in Mannheim 2.500 Menschen und forderten die zweite Kammer auf, sich einzusetzen für: „1. Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Offiziere. 2. Unbedingte Preßfreiheit. 3. Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands. 4. Sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments".[2] Auf der Bürgerversammlung am 29. Februar in Neustadt an der Haardt wurden ähnliche Forderungen aufgestellt.

Im März überstürzten sich die Ereignisse: Überall wurden Demonstrationen oder Versammlungen abgehalten und Forderungen nach Vereins- und Pressefreiheit, öffentlichen Schwurgerichten, Steuergerechtigkeit und Volksmiliz erhoben. Während die Radikalen, Kleinbürger und Bauern am Rhein, in Baden, Sachsen, Schlesien, eine demokratische Republik anstrebten, begnügte sich das liberale Besitz- und Bildungsbürgertum mit gemäßigten Positionen und strebte nach einer konstitutionellen Verfassung. Gemeinsam jedoch war der Wunsch nach nationaler Einheit.

Am 3. März 1848 veröffentlichte die von Georg Friedrich Kolb redigierte, viel gelesene „Neue Speyerer Zeitung" die Märzforderungen der Pfalz. Einen Tag später wurden sie in Neustadt im „Schießhaus" durch eine Bürgerversammlung mit 13 der 17 pfälzischen Deputierten der Ständeversammlung in ihre Petition an den bayerischen König übernommen.[3]

---

1 Meine Darstellung historischer Ereignisse orientiert sich an Otto Fleischmann: Geschichte des Pfälzer Aufstandes im Jahre 1849. Nach den zugänglichen Quellen geschildert, Kaiserslautern 1899; Wilhelm Blos: Die deutsche Revolution, Stuttgart 1922; Karl Obermann (Hrsg.): Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970 [im Folgenden: Obermann I]; Ders. (Hrsg.): Flugblätter der Revolution 1848/49, München 1972 [Im Folgenden: Obermann II]; Hellmut G. Haasis: Morgenröte der Republik. Die linksrheinischen deutschen Demokraten 1789-1849, Frankfurt/Main 1984; Jonathan Sperber: Rhineland Radicals. The democratic movement and the revolution of 1848-1849, Princeton (NJ) 1991; Wolfgang J. Mommsen: 1848. Die ungewollte Revolution, Frankfurt/Main 1998; Hans Fenske/Joachim Kermann/Karl Scherer (Hrsg.): Die Pfalz und die Revolution 1848/49, Bd. I, Kaiserslautern 2000; Frank Lorenz Müller: Die Revolution von 1848/49, Darmstadt 2002. Siehe auch die Zusammenstellung von Werner Krapp: Namenregister der am „Pfälzer Aufstand" von 1849 beteiligten Personen: http://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/aufsaetze/krapp-hochverrat.html (am 15. Mai 2014 überprüft). Siehe ausführlicher und mit zahlreichen Dokumenten Wilma Ruth Albrecht: Pfalz & Pfälzer. Lesebuch Pfälzer Volksaufstand 1849, Reutlingen 2014 [edition spinoza], 140 S., hier S.4-79.

2 Obermann II, S.41.

3 Siehe Karsten Ruppert: Die politischen Vereine der Pfalz in der Revolution von 1848/49, in: Fenske/Kermann/Scherer (Hrsg.), Pfalz, S.56-188, hier S.62.

In dem Dokument heißt es: „Die gewaltige Größe und tief eingreifende Bedeutung der jüngsten Ereignisse, welche sich heute schon als welterschütternd beurkunden, verpflichten die erwählten Vertreter der Pfalz Eurer Königlichen Majestät im Drange dieser ganz außerordentlichen Umstände anzurufen, diejenigen Mittel zu ergreifen, deren unverzügliche Anwendung unumgänglich notwendig ist, wenn die Ruhe, Ordnung und Sicherheit nach Innen und Außen erhalten werden soll.

Die Verhältnisse der Zeit erheischen gebieterisch, die bis heute noch nicht erfolgte Gewährung der den Völkern gebührenden ihnen längst verheißenden Rechte; – sie erheischen:

1. Unverzügliche Berufung der Stände
2. Revision der Verfassung, namentlich des Wahlgesetzes
3. Gewährung unbedingter Pressefreiheit
4. Ein deutsches Parlament, ein Parlament für das eine und einzige Deutschland
5. Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer und zwar unverzüglich für die Pfalz
6. Vereidigung des Militärs auf die Verfassung
7. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichte
8. Trennung der Justiz von der Verwaltung und Überweisung der Polizeistrafgewalt an die Justiz
9. Freiheit des Glaubens und der Lehre
10. Freiheit der Gewerbe, sowie des Grund und Bodens
11. Revision der Landrats- und Gemeindegesetze, freies Versammlungsrecht der Bürger
12. Revision der Steuergesetze."

Nur „die unverzügliche und ungekürzte Gewährung" dieser „Zugeständnisse" werde „geeignet sein, unendliches Unglück von Deutschland von den Fürsten und den Völkern abzuwenden. Nur dadurch kann die Überzeugung allgemein begründet werden, daß auch außer der republikanischen Regierungsform die Freiheit und die Rechte der Nation gesichert zu werden vermögen und einer solchen Überzeugung der Gesamtheit wird es bedürfen, um in diesen Momenten unendlicher Stürme – Umwälzungen vorzubeugen, deren intensive Stärke und Ausdehnung gleich unberechenbar erscheinen."

Unterzeichnet ist die Petition von den Pfälzer Deputierten Brunck, Rudolf Eduard Christmann, Eppelsheim, Josef Hack, Wilhelm Heintz, Johann Kern, A. Lilier, Reudelshuber, Jacob Scholler, dem Anwalt und Reichstagsabgeordneten Stockinger, Ph. Thillmann, Friedrich Justus Willich und

Wolf.[4] König Ludwig I. von Bayern, diskreditiert durch die Affäre um seine Geliebte Lola Montez und geschwächt durch die Münchener Bürgerschaft, die deren Verlassen aus München und die Wiedereröffnung der Universität erzwungen hatte, beugte sich zunächst den Forderungen des Volkes. Er versprach am 6. März in einer zwei Tage später im Amtsblatt veröffentlichten Proklamation die Einberufung der Stände für den 16. März nach München sowie unter anderem die Einführung der Ministerverantwortlichkeit, volle Pressefreiheit, ein verbessertes Wahlrecht sowie Öffentlichkeit und Mündlichkeit in Schwurgerichten, denn die „Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Widerhall gefunden".

„Ein großer Augenblick", heißt es weiter, sei „in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für die deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundes-Verfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizurufen, wird Mir ein teurer Gedanke, wird Ziel Meines Strebens bleiben. [...] Scharret Euch um den Thron. Mit Eurem Herrscher vereint, vertreten durch Eure verfassungsmäßigen Organe, laßt Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Not tut."[5]

Unbeirrt davon wurden in der Pfalz, z. B. in Mutterstadt, Oggersheim und Grünstadt, weitere Versammlungen abgehalten: „Am 9. März forderten Landauer Bürger in einem 9-Punkte-Programm ebenfalls mehr politische Freiheiten, unter anderem: Revision des Wahlgesetzes, Volksbewaffnung, Aufhebung des Judendekrets (vom 17. März 1808), Aufhebung der konfessionellen Schulen und der getrennten Lehrerausbildung, ein deutsches Parlament, Volkseinheit und auch eine Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen."[6]

Die Kirchheimer richteten am 12. März ihre Forderungen an die Zweite Bayerische Kammer, darunter Amnestie für politische Vergehen, Unverletzbarkeit der Richter, Reduktion des stehenden Heeres und Be-

4 Die Resolution ist abgedruckt in Konrad Lucae: Kirchheimbolanden und der pfälzisch-badische Aufstand, Kirchheimbolanden 1979, S.38f.

5 Abgedr. in: Obermann I, S.77f.

6 Hans Ziegler: Landau im April 1848, in: Pfälzer Heimat, 22. Jg., 1971, H. 1, S.19-22, hier S.20.

schränkung der Polizeiwillkür.[7] Ebenfalls am 12. März kam es in Neustadt im „Rathaushof" zu einer „Pfälzer Volksversammlung" unter der Leitung von Dr. Philipp Hepp (1797-1867). Sie verabschiedete „Märzforderungen des Pfälzer Volkes", die eine Delegation, der auch der Speyerer Notar Josef Martin Reichard angehörte, dem König überbrachte. Als die Delegation am 17. März, dem Tag des Zusammentritts der beiden Kammern in München eintraf, wurde sie freudig von der Bevölkerung begrüßt.[8]

Auch andere Herrschende zogen sich taktisch zurück, regierten mit Zugeständnissen und der Bildung der sogenannten Märzministerien, das meint die Aufnahme von Liberalen ins Kabinett. Zwischenzeitlich hatte sich die liberale und demokratische Bewegung emanzipiert: Am 5. März 1848 trafen sich in Heidelberg 51 führende süd- und westdeutsche Liberale. Die Mehrzahl der Anwesenden suchte die Zusammenarbeit mit den bestehenden Regierungen, wollte über Vereinbarungen die nationale Einheit und liberale Reformen erreichen. Andererseits setzte sie einen Siebener-Ausschuss ein, der die Einberufung des Vorparlaments und Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten sollte. Damit stand der Gedanke der Volkssouveränität auf der politischen Tagesordnung.

Mitte März spitzte sich die Lage zu. Die Forderungen und die Auseinandersetzungen wurden radikaler. Um die Kronen zu schützen, ließen die Regierungen in Wien und Berlin Militär einsetzen. Zwei Tage nach dem Beginn der Barrikadenkämpfe in Berlin, am 20. März 1848, musste Ludwig I. von Bayern zugunsten seines Sohnes Maximilian II. abdanken.

Vom 31. März bis 4. April tagte das Frankfurter Vorparlament mit 500 Mitgliedern und beschloss allgemeine und freie Wahlen für eine Nationalversammlung, die die künftige Verfassung Deutschlands erarbeiten sollte. Man einigte sich, dass ein Abgeordneter 50.000 Einwohner repräsentieren sollte. Allerdings lehnte das Vorparlament den Antrag der Linken um Hecker und Gustav von Struve (1805-1870) auf Permanenz der Tagung ab. Stattdessen wurde ein 50er-Ausschuss eingesetzt, der bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung die Interessen der Deutschen insgesamt gegenüber den Einzelstaaten und dem immer noch parallel bestehenden Bundestag wahren sollte. Die radikalen Demokraten erkannten, dass die Mehrheit des Vorparlaments eigentlich keine grundlegenden Systemveränderungen vornehmen wollte, insbesondere keine demokratischen.

7 Im Bestand des Heimatmuseums Kirchheimbolanden [Vitrine 67].
8 Ziegler, Landau, S.20.

Die badische Regierung versuchte, radikaldemokratische Strömungen mit Waffengewalt zu unterdrücken und erbat zur Unterstützung des eigenen Heeres hessische, württembergische und bayerische Truppen, die auch einrückten. Daher entschied sich Friedrich Hecker zu einem bewaffneten Aufstand, dem sogenannten Heckerzug (5. bis 27. April 1848). Er sammelte Freischärlertruppen um sich und erfuhr Unterstützung durch die von Georg Herwegh (1817-1875) geführte Legion deutscher Handwerker aus Paris. In der Schlacht von Kandern am 20. April 1848 wurden Heckers Freischärler, bei Dossenbach Herweghs Demokraten geschlagen.[9] Damit war der erste republikanisch-demokratische Aufstand der 48er-Bewegung gescheitert. Etwa zur gleichen Zeit meldeten sich die Kommunisten programmatisch zu Wort, ihre Forderungen erschienen Anfang April auch in der „Mannheimer Abendzeitung".[10]

In der Pfalz bestimmten weiterhin Versammlungen und publizistische Aufrufe das öffentliche Leben. So wurde am 4. April der Frankenthaler Volksverein[11] und am 9. April in Kaiserslautern in der „Fruchthalle" von 96 Volksabgeordneten der pfälzische Vaterlandsverein als Dachorganisation der Volksvereine gegründet. Im Sommer 1848 bildete sich dann in den größeren und kleineren Städten der Pfalz, besonders entlang der Haardt, in der Vorderpfalz, in Kaiserslautern und Zweibrücken ein Netz von Volksvereinen, die aus Volksversammlungen hervorgegangen waren.[12] Die Volksvereine wurden später zur treibenden Kraft sowohl der parlamentarischen und als auch der außerparlamentarischen Bewegung. Sie benannten die meisten Wahlmänner-Kandidaten und Kandidaten der einzelnen Wahlbezirke, die sie zu einem „politischen Glaubensbekenntnis" verpflichteten und begleiteten die Parlamentsarbeit mit auf Volksversammlungen beschlossenen Petitionen und Eingaben.

Da das Volk auf die Umsetzung der Märzforderungen drängte, wurden in den Einzelstaaten Wahlgesetze erstellt. Dabei zeigte sich sehr schnell, dass die alten Mächte nicht gewillt waren, das vom Vorparlament festgelegte demokratische Wahlrecht anzuwenden. So beinhaltete die bayerische

9 Siehe Theo Rütten: Friedrich Hecker – Volksheld und Revolutionär, in: liberal, 1998, H. 2, S.56-62.

10 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland; in: Dies.: Werke (MEW): Bd. 5, Berlin 1969, S.3-5, 505/Anm. 1.

11 Siehe Anna Maus: Frankenthal in der nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts, in: Frankenthal einst und jetzt, 1960, H. 2, S.4-7. Gründungsmitglieder waren unter anderen Dr. Julius Bettinger, Boye, Braun, Riehl, Heintz, Fränkel und Fries.

12 Siehe Ruppert, Vereine, S.73, 189-194 (Anhang I).

Wahlordnung vom 14. April 1848 für die Nationalversammlung, dass nur der männliche Staatsbürger, der dem Staat eine direkte Steuer entrichtete und nicht vorbestraft war, das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollte, ausgeschlossen von der Wahl war der Vermögenslose. Es waren zwei Wahlhandlungen vorgesehen: Im Urwahlbezirk mit 2.000 Personen wurden vier Wahlmänner gewählt, somit auf 500 Seelen ein Wahlmann, in einem zweiten Wahlgang sollten die Wahlmänner für den Wahlbezirk einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner wählen.

Gegen diese Wahlbeschränkungen protestierten am 16. April 1848 demokratisch engagierte Bürger aus Kirchheimbolanden beim 50er-Ausschuss des Vorparlaments. Sie forderten das Gremium auf, eine Erklärung abzugeben, dass „alle infolge des jetzigen bayerischen Wahlgesetzes gewählt werdenden Volks-Vertreter nicht als solche angesehen, mithin die gefasst werdenden Beschlüsse der Nationalversammlung nicht als gültig und bindend betrachtet werden können".[13]

Ungeachtet dessen wurden in Bayern die Wahlen durchgeführt: am Dienstag, dem 25. April die Urwahl und am Freitag, dem 28. April die Abgeordnetenwahl mit zwei Ersatzmännern. Da auf 50.000 Personen der Gesamtbevölkerung ein Abgeordneter kam, erhielt die Pfalz zehn Abgeordnete.

Nachdem sich am 18. Mai 1848 die Nationalversammlung in der Paulskirche konstituiert hatte, zeigte sich, dass fast alle Pfälzer Abgeordneten auf der Linken zu finden waren, einige sogar in der sogenannten Fraktion Donnersberg, der äußersten Linken. Thematisch beteiligten sich die Abgeordneten hauptsächlich an der Debatte der Grundrechte.[14]

Die Pfälzer Wahlkreise vertraten diese Abgeordneten: *Bergzabern*: Philipp Friedrich Umbscheiden (1816-1872), evangelisch, Friedensrichter, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Nürnberger Hof; *Frankenthal*: Carl Alexander Spatz (1810-1856), evangelisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Homburg*: Gustav Adolf Gulden (1808-1882), evangelisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Kaiserslautern*: Nikolaus Eduard Heinrich Schmitt (1806-1860), katholisch, Redakteur und Rechtskonsulent, Mitglied der Nationalversammlung (18.5.1848-30.5.1849),

13 Obermann II, S.130f.

14 Siehe Joachim Kermann: Die Pfälzer Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung, in: Fenske/Ders./Scherer (Hrsg.), Pfalz, S.243-321.

Fraktion Deutscher Hof, Donnersberg; Karl Adolf Ritter (1794-1863), katholisch, Gutsbesitzer und Posthalter, Mitglied des Rumpfparlaments (13.6.1849-18.6.1849), fraktionslos; *Kirchheimbolanden*: Joseph Martin Reichard (1803-1872), katholisch, später Freidenker, Notar, Mitglied der Nationalversammlung (18.5.1848-30.5.1849), Fraktion Donnersberg; Adolf Ernst Theodor Berkmann (1802-1878), evangelisch, Pfarrer, Mitglied des Rumpfparlaments (13.6.1849-18.6.1849), Fraktion Donnersberg; *Landau*: Maximilian Glaß (1816-1855), katholisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung (18.5.1848-5.9.1848), Fraktion Westendhall; August Ferdinand Culmann (1804-1891), evangelisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (27.11.1848-18.6.1849), Fraktion Donnersberg; *Lauterecken*: Friedrich Schüler (1791-1873), evangelisch, Advokat und Weingutbesitzer, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Donnersberg; *Neustadt*: Rudolf Eduard Christmann (1814-1867), evangelisch, Weingutbesitzer, Mitglied der Nationalversammlung (19.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Speyer*: Georg Friedrich Kolb (1808-1884), evangelisch, Verleger und Bürgermeister, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Zweibrücken*: Franz Tafel (1799-1869), katholisch, Pfarrer, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof.[15]

Wichtig blieb in der Pfalz die enge Verbindung von parlamentarischer Arbeit mit der Volksbewegung. Am 11. Juni 1848 fand eine Volksversammlung in Neustadt mit Robert Blum und Pfälzer Abgeordneten statt, an der sich etwa 10.000 Menschen beteiligten. Es schloss sich die Pfingstreise von 50 Parlamentariern der Linken durch die Pfalz an mit Volksversammlungen, z. B. in Edenkoben, Gleisweiler und zum Eschbacher Schloss.

Als erkennbar wurde, dass sich die Volksbewegung weiter radikalisierte, formierte sich die Reaktion und schlug zu. Nach der blutigen Niederwerfung der ersten proletarischen Revolution in Paris im Juni 1848 wurde deutlich, wie richtig die Forderung im März nach Bürgerwehren und Volksbewaffnung gewesen war. Im Sommer wurden Bürgerwehren auch aufgestellt. Die damit verbundene Fahnenweihe gestaltete sich zu wahren Volksfesten, so am 6. August in Kirchheim oder am 3. September 1848 allein in Kusel im Beisein von mehr als 10.000 Menschen.

15 Siehe ebenda; sowie Ruppert, Vereine, S.101f., Anm. 186.

Im Spätsommer zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Mehrheit der Paulskirchenversammlung eine Kompromisslösung mit den Fürsten suchte. Die Donnersberger Linke der Nationalversammlung, zu der, wie bereits erwähnt, auch Pfälzer Abgeordnete gehörten, sah in der Billigung des Waffenstillstands vom 26. August 1848 zwischen Preußen und Dänemark durch das Parlament am 16. September eine Entmachtung der Nationalversammlung. Sie forderte deshalb Neuwahlen und warnte: „[...] die Reaktion erhebt mächtig und übermütig ihr Haupt und macht Miene, die freiheitsgetreue Minderheit gänzlich zu unterdrücken".[16]

Tatsächlich begannen im Spätherbst die reaktionären Kräfte mit einer aktiveren Bekämpfung der Revolution und ihrer Ergebnisse. Nach der standrechtlichen Erschießung von Robert Blum am 9. November wurden aus Protest zahlreiche Totenfeiern auch in der Pfalz abgehalten, z. B. am 19. November in Neustadt, am 21. November in Speyer oder am 25. November 1848 in Kaiserslautern und Frankenthal.

Bestehende und neue politische Volksvereine in der Pfalz erhielten starken Zulauf, jetzt auch unter der ländlichen Bevölkerung und in kleinen Gemeinden: im März 1849 waren es etwa 200 mit 18.000 Mitgliedern.[17] Die Erkenntnis, dass die reaktionären Kräfte sich anschickten, die revolutionären Errungenschaften und Bewegungen zu bekämpfen, hatte zur Wiederbelebung der Pfälzer Volksvereine mit deutlich demokratischerem Profil und strafferer Organisation geführt. Sie nahmen auch entscheidenden Einfluss auf die bayerischen Landtagswahlen. Von den am 7. Dezember gewählten 19 Abgeordneten aus der Pfalz standen zwölf auf der Liste der Volksvereine.

Nach der Eröffnung des neugewählten bayerischen Landtages am 22. Januar 1849 versammelten sich die Pfälzer Abgeordneten zusammen mit Franken und Schwaben im „Club der Linken", der größten Fraktion der Zweiten Kammer. Dieser Club und die Mitglieder des linken Zentrums setzten sich für die Anerkennung der Grundrechte und die in Frankfurt noch erarbeitete Reichsverfassung ein. Die Pfälzer Mitglieder waren Boyé (Bezirksrichter aus Frankenthal), Johann Eckhard(t) (Pfarrer in Gönnheim), der Landtagsabgeordnete Gelbert (Pfarrer in Landau), Hack (Gutsbesitzer in Kaiserslautern), Hanitz (Dr. der Medizin in Zweibrücken), Heintz (Anwalt in Frankenthal), Kohlhepp (Bahnhofsverwalter zu Hass-

16 Ansprache der in den Klubs des deutschen und holländischen Hofes (Donnersberg) vereinigten Linken an das deutsche Volk vom 22. September 1848, abgedr. in: Obermann I, S.315-318, Zitat S.318.

17 Siehe Ruppert, Vereine, S.133.

loch), Kolb (Bürgermeister zu Speyer), Adam Müller (Landwirt zu Gerhardsbrunn), Scharpff (Landeskommissariatsactuar in Kusel), Schüler (Anwalt in Zweibrücken), Stockinger (Anwalt aus Frankenthal), Tafel (katholischer Pfarrer aus Zweibrücken), Friedrich Justus Willich (Anwalt aus Frankenthal).[18] Georg Friedrich Kolb, Franz Tafel und Friedrich Schüler vertraten zudem die Pfalz weiterhin in der Nationalversammlung.

Drei Wochen vor der Eröffnung des bayerischen Landtags hatte die Nationalversammlung am 27. Dezember 1848 die „Grundrechte" proklamiert. „Der umfangreiche Grundrechtskatalog war das Herzstück der Verfassung und ihr am stärksten in die Zukunft weisender Teil, durch ihn mußte Deutschland vollends zum Rechtsstaat werden, und zwar im liberalen Geiste. Er enthielt individuelle und assoziative Rechte und sprach sich auch über Gliedstaaten, Gemeinden, Rechtspflege, Kirche und Schule aus."[19] Sogleich wurden die Grundrechte auch in der Pfalz öffentlich verkündet, insbesondere in den politisch bewegten Orten Speyer, Neustadt und Kaiserslautern.[20]

Noch bevor die Reichsverfassung offiziell am 28. März 1849 proklamiert worden war, ließ das bayerische Ministerium am 23. März erklären, dass es zu deren Anerkennung in Bayern der Zustimmung der Krone und beider Kammern bedürfe. Proteste in der Pfalz folgten. Nach der Bestimmung der Termine zur Reichstagswahl (15. Juli) und der Parlamentseröffnung (22. August) löste sich faktisch die Nationalversammlung auf. Das am 30. Mai nach Stuttgart verlegte „Rumpfparlament" von etwa 100 Abgeordneten bestand nur noch aus Anhängern der Demokraten und Linken, darunter neun aus der Pfalz.

Doch nachdem Friedrich Wilhelm IV. am 27. April 1849 die ihm angetragene Kaiserkrone abgelehnt hatte und bereits am 21./22. April Preußen und Bayern ebenso wie Sachsen und Hannover die Reichsverfassung verworfen hatten – während 28 deutsche Staaten sie annahmen –, war klar, dass allein der parlamentarische Weg zur Reformierung und Demokratisierung Deutschlands gescheitert war. Entsprechend drängten Ende April 1849 die pfälzischen Volksvereine zum Aufstand zur Durchsetzung der Reichsverfassung. Die Reichsverfassungskampagne entstand.

---

18 Siehe Berichte des Klubs der Linken in der Bayerischen Volkskammer an die Wähler, München 1849.

19 Hans Fenske: Deutschland 1848/49. Ereignisse und Probleme, in: Ders./Kermann/Scherer (Hrsg.), Pfalz, S.8-55, hier S.36.

20 Siehe Der Bote für Stadt und Land. Pfälzisches Volksblatt, 1.1.1849.

Allein in Baden und der Pfalz hatte sich ein großer Teil der Bevölkerung für eine zweite Revolution entschieden, während die Aufstände in Dresden, Breslau und einigen Städten der Rheinlande schon Anfang Mai blutig niedergeschlagen werden konnten.

Den Auftakt zur zweiten Revolution bildete am 27. April 1849 ein Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses der Pfälzer Volksvereine in Frankenthal, unterzeichnet von Bauer, C. Behlen, Fr. Cörper, Peter Fries, Hamm, Hertle, G. Hillgärtner, Resch, M. Riel und P. Zöllner, in dem die männliche Bevölkerung der Pfalz aufgerufen wird, „sich am Mittwoch, den 2. Mai 1949 mittags 1 Uhr, zu einer allgemeinen Volksversammlung in Kaiserslautern einzufinden". Denn: „Wenn die Regierung zur Rebellin geworden, werden die freien Bürger der Pfalz zu Vollstreckern der Gesetze werden."[21] In weiser Voraussicht waren auch Kongresse der Turnvereine (29. April) und der Bürgerwehren (3. Mai) einberufen worden.

Am folgenden Tag schon, am 28. April, trafen sich in Neustadt drei- bis viertausend Männer zu einer Volksversammlung, die, angeregt von den Kommunisten Heinrich Loose (Pfarrer) und Johann Valentin Weber (Uhrmacher), beschloss: „Es soll eine ‚allgemeine Volksversammlung' für Südwestdeutschland, insbesondere für die Pfalz zusammengerufen werden, wozu alle Pfälzer, alle waffentragenden Bürger eingeladen sind. Die Unterzeichneten wenden sich daher im Auftrag obengenannter Versammlung an Euch, Pfälzer, mit der Aufforderung, der auf Mittwoch, 2. Mai, mittags 12 Uhr, zusammengerufenen Volksversammlung, welche der weltgeschichtlichen Hambacher Versammlung vom Jahre 1832 nicht nachstehen soll und auf welcher das Wohl und Wehe des Vaterlandes, die von den Volksvereinen angeregte Lebensfrage der Pfalz und Deutschlands auf dem gesetzlich errungenen Boden der Reichsverfassung besprochen werden sollen, beizuwohnen und durch kräftige That unser heiligstes Recht zu wahren."[22] Außerdem verpflichtete man die Pfälzer Abgeordneten darauf zu drängen, die bayerische Kammer einzuberufen, um dem Ministerium das Misstrauen auszusprechen.

Ende April fanden ähnliche Versammlungen in Offenbach bei Landau, in Speyer, Oggersheim, Eppstein und anderen Orten statt. Dabei forderte man unverhohlen, sich notfalls von Bayern loszusagen und sprach sich

21 Fleischmann, Geschichte, S.115.

22 Zit. nach: ebenda, S.115f.

dafür aus, für die Durchsetzung der Rechte mit Waffen kämpfen zu wollen. Dementsprechend fasste der am 29. April in Kaiserslautern tagende Turnerkongress den Beschluss, einen permanenten Turnerausschuss mit Sitz in Frankenthal zu bilden, der „sofort die Organisation eines bewaffneten Korps waffenfähiger Mannschaft der Pfalz übernimmt".[23]

Die Volksversammlung fand am 2. Mai in der „Fruchthalle" in Kaiserslautern statt. An ihr nahmen acht- bis zehntausend Menschen teil. Die Versammlung bestätigte eine Notablenversammlung, die aus Vertretern der politischen Vereine, des Landrates und mehreren Abgeordneten der Pfalz für Bayern und das Reich bestand. Der Notablenversammlung wurde die weitere Beratung übertragen. Sie beschloss: „1. Erwählung eines permanenten Landes-Ausschusses zur Durchführung und Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung; 2) Steuerverweigerung (Staatssteuern); 3) Rückberufung der pfälzer Soldaten; 4) Organisation der Volksbewaffnung von 18 bis 50 Jahren, die von 30 bis 50 Jahren kommen unter die Landwehr; 5) Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Reichsverfassung; 6) Aufforderung an die Gemeinden, um ihre Zustimmung zu erklären; 7) Beschlagnahme der pfälzischen Staatskassen; 8) Verbindung mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen".[24]

In den Landesverteidigungsausschuss wurden gewählt: August Ferdinand Cullmann (Landau, bis 18. Juni Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments), Josef Martin Reichard (Speyer, bis 30. Mai Mitglied der Nationalversammlung), Heinrich Didier (Landstuhl), Karl Wilhelm Schmidt (Kirchheim), Nikolaus Eduard Heinrich Schmitt (Kaiserslautern, bis 30. Mai Mitglied der Nationalversammlung), Theodor Ludwig Greiner (Pirmasens), Peter Fries (Frankenthal) und Dr. Philipp Hepp (Neustadt). Die gleichfalls gewählten Dr. Hanitz und Friedrich Schüler aus Zweibrücken, beide Mitglieder des im Dezember 1848 gewählten bayerischen Landtags, lehnten jedoch die Annahme der Wahl ab.[25] Die Beschlüsse der Volksversammlung wurden durch Flugschriften, Bekanntmachungen und Zeitungen verbreitet.

Der Landesverteidigungsausschuss wurde gestärkt durch die Beschlüsse des am 3. Mai 1849 ebenfalls in Kaiserslautern tagenden Kongresses der pfälzischen Volkswehren: Die Volkswehr stellte sich dem Landesverteidi-

23 Ebenda, S.117.

24 Zit. nach: [Daniel] Fenner von Fenneberg: Zur Geschichte der rheinpfälzischen Revolution und des bewaffneten Aufstandes, Zürich 1849, S.29f.

25 Flugblatt „Der Landesvertheidigungs-Ausschuß an den Adressaten." Kaiserslautern 3. Mai 1849 [Kopie im Archiv der Autorin].

gungsausschuss zur Verfügung und forderte ihn auf, Munition und Waffen zu beschaffen und Volkswehrmänner zu rekrutieren. Außerdem wurde beim Landesverteidigungsausschuss eine beratende Kommission, bestehend aus den Wehrmännern Dr. Hitzfeld (Kirchheimbolanden), Trauth (Landau) und Ph. Heinz (Zweibrücken) eingerichtet.[26] Wichtig war es auch, die bayerischen Soldaten zu neutralisieren oder gar für den Aufstand zu gewinnen und die Pfälzer zur Verteidigungsbereitschaft zu ermutigen.

Am gleichen Tag, dem 3. Mai erschien in der „Speyerer Zeitung" ein Aufruf der in Frankfurt versammelten bayerischen und Pfälzer Abgeordneten zur Verteidigung der Reichsverfassung und zur Durchführung einer damit verbundenen Unterschriftensammlung.[27]

Zwischenzeitlich versuchte die machtlose Zentralgewalt unter dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich die revolutionären Kräfte einzudämmen und zu kontrollieren. Dennoch gelang es den Pfälzer Abgeordneten, den Innenminister Heinrich von Gagern dahingehend zu beeinflussen, am 5. Mai 1849 einen Reichskommissar für die Pfalz zu ernennen. Es handelte sich um den Chemnitzer Abgeordneten und zweiten Vizepräsidenten der Nationalversammlung Bernhard Eisenstuck, einen Linken, denn ein Anderer wäre in der Pfalz nicht akzeptiert worden.

Eisenstuck wurde ermächtigt, „im Namen der Reichsgewalt alle zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze in jenem Lande erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sich deshalb sowohl mit den Zivil- als Militärbehörden in das Einvernehmen zu setzen, insbesondere Fürsorge zu treffen, daß der von gedachtem Landesverteidigungs-Ausschusse am 3. Mai zu Kaiserslautern gefaßte Beschluß wieder aufgehoben werde, oder denselben erforderlichen Falles von Reichswegen selbst aufzuheben, überhaupt aber alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung der gedachten Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Sämmtliche Zivil- und Militärbehörden der bayerischen Rheinpfalz werden hiermit angewiesen, zu dem gedachten Zwecke zu erlassenden Verfügungen des Reichskommissars Folge zu leisten, und denselben in Durchführung aller von ihm zu treffenden Maßregeln kräftig zu unterstützen."[28]

Entgegen diesem Auftrag legitimierte Eisenstuck jedoch den Landesverteidigungsausschuss am 7. Mai 1849, indem er ihn „als einen Landes-

26 Siehe Lucae, Kirchheimbolanden, S.76.

27 Fenneberg, Geschichte, S. 30f.; vgl. Plauderstübchen. Beilage zum Boten für Stadt und Land, Nr. 34, 5.5.1849.

28 Zit. nach: Fenneberg, Geschichte, S.37.

ausschuß für Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung" bestätigte und ihm weitgehende Befugnisse zugestand. Zudem wandte er sich an die Frankfurter Reichsregierung und verlangte, Bataillone aus Frankfurt sowie Truppen aus Württemberg und Hessen nach Neustadt, Kaiserslautern und Zweibrücken zu verlegen. Auch wohnte er in Neustadt am 7. Mai einer am Bahnhof stattfindenden Versammlung von 5.000 Bürgern bei. Danach begab er sich zum Kommandanten der Landauer Festung, um ihn erfolgreich zu überreden, die Anforderung von preußischen Truppen, die dieser zur Verstärkung seiner Besatzung verlangt und die das Ministerium von Gagern gebilligt hatte, zurückzunehmen. Schon am 9. Mai, wahrscheinlich als von Gagern die Nachricht vom Ersuchen um militärische Truppen zur Unterstützung der Pfalz erhielt, wurde Eisenstuck als Reichskommissar abgesetzt. Er selbst erhielt die Nachricht einige Tage später, in der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 1849.[29]

Wenn auch nicht besonders erfolgreich, so bemühte sich der Landesverteidigungsausschuss schon früh und gewiss redlich, den abzusehenden Angriff der Preußen abzuwehren. Er rief die Pfälzer auf, sich zu bewaffnen, versuchte Waffen zu beschaffen, Geld einzutreiben, Offiziere und Soldaten aus anderen Regionen zu werben – tatsächlich standen viele Polen, Elsässer, Rheinhessen und Männer aus dem Bergischen in den pfälzischen militärischen Verbänden – und diplomatische Verbindungen zu knüpfen.

Am 8. Mai 1849 war das Erste Bataillon des 28. preußischen Infanterieregiments (etwa 700 bis 800 Mann) an der Rheinschanze Ludwigshafen eingetroffen, konnte mit der Bahn jedoch nur bis Haßloch vorrücken, weil Freischärler zwischenzeitlich die Schienen abgebaut und nach Neustadt verbracht hatten. So biwakierten die Preußen zwischen Schifferstadt und Speyer, um am 9. Mai 1849 unverrichteter Dinge wieder über den Rhein abzuziehen.

In der Zwischenzeit war der Reichsverweser völlig ins reaktionäre Lager umgeschwenkt. Damit musste den letzten Liberalen und Demokraten klar sein, dass der parlamentarische Weg zur Durchsetzung der Reichsverfassung und der nationalen Einheit gescheitert war. Das erkannte man auch in Baden, wo nach der Erhebung des Militärs bei Rastatt Lorenz Peter Brentano und Amand Goegg am 13. Mai 1849 die bürgerliche Demokratie Baden ausriefen.

---

29 Siehe ebenda, S.41-46; siehe auch Plauderstübchen, Nr. 36, 12.5.1849.

In der Pfalz ging man den gleichen Weg. Der Landesverteidigungsausschuss berief zum 17. Mai 1849 eine Versammlung der Volksvertreter nach Kaiserslautern; außer Mutterstadt und Neustadt waren alle Körperschaften vertreten. In der Nachmittagssitzung am 17. Mai wurde die „sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung [...] zur Durchführung und Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und zur Rettung des schwer bedrohten deutschen Vaterlands" beschlossen und diese gewählt. Sie bestand aus Reichard, August Ferdinand Cullmann, Schüler, Dr. Hepp und Kolb sowie den Ersatzmännern Greiner, Fries und Schmitt. Damit sagte man sich auch in Kaiserslautern von Bayern los. Als einer der Schreiber diente der provisorischen Regierung Carl Schurz (er emigrierte später in die USA und wurde dort 1877 bis 1881 Innenminister).

Sogleich verkündigte die provisorische Regierung die Aushebung eines Volksheeres und verabschiedete ein Organisationsstatut.

Große Teile des Pfälzervolks unterstützten die revolutionären Bestrebungen. Das verdeutlichten die Gemeindewahlen vom 26. Mai 1849, wodurch die provisorische Regierung nachhaltig gestärkt wurde. Auch das Militär zeigte sich geneigt, sich der Bewegung anzuschließen und ging bald zu großen Teilen zu ihr über. Nachdem in den blau-weißen Bastionen Landau und Germersheim bekannt wurde, dass am 11. Mai 1849 in Rastatt die badischen Truppen rebelliert hatten, kam es besonders in Landau zu „wahren Massendesertionen. Außerdem waren Disziplinlosigkeit, Widerstand gegen Vorgesetzte an der Tagesordnung. Anfang Mai 1849 belief sich die Stärke der Garnison Landau auf 4.357 Mann, Offiziere eingeschlossen. Am 20. Mai, als der Freischaren-‚Oberst' Ludwig Blenker seinen Angriff auf die Festung unternahm, der jedoch leicht abgewehrt werden konnte, hatten sich aus der Festung 2.005 Soldaten abgesetzt, so daß bei Berücksichtigung des Krankenstandes – vier Offiziere und 282 Mannschaften – noch 2.393 Mann zur Verteidigung zur Verfügung standen." Unter den Desertierten war Theodor Graf Fugger-Glött (1823-1850), der am 18. Mai 1849 aus „Gewissensgründen" die Festung verließ. Er schloss sich dem Blenkerschen Freikorps an, kommandierte eine Einheit von 100 Leuten, die Mehrzahl davon desertierte Soldaten, beteiligte sich am Angriff auf die Landauer Festung und wirkte im Badischen als Ordonanzoffizier bei den Freischärlern. Er wurde am 25./26. Juni 1849 in der Nähe von Impflingen festgenommen und am 11. März 1850 wegen Desertion und Staatsverrat zum Tode verurteilt und erschossen.[30]

30 Hans Ziegler: Theodor Graf Fugger-Glött (1823-1850). Ein Leben für die Einheit des

Das militärische Kräftemessen fiel nicht zugunsten der Pfälzer und Badenser aus, standen doch ihren schlecht bewaffneten etwa 33.000 Mann 64.000 gut ausgebildete Soldaten gegenüber, dazu ein Vielfaches an Gewehren, Geschützen und Munition. Die Pfalz selbst stellte rund 13.000 Soldaten, darunter Hunderte Soldaten vom sechsten und neunten Bayerischen Regiment, auch eine Schwadron Kavallerie. Die Bewaffnung bestand aus 3.600 Gewehren, 1.300 Sensen, acht Kanonen, 80 bis 100 Säbeln und 50.000 Gewehrkugeln und Pulver.

Die Volkswehren der Pfalz setzen sich aus vier Freikorps unter Ludwig Blenker, August von Willich, Christian Zinn und Albert Clement zusammen. Hinzu kamen das rheinhessische Freikorps von Franz Heinrich Zitz und Ludwig Bamberger und verschiedene örtliche Freischaren.[31]

Der Wormser Blenker, der zuvor in griechischen Diensten stand und später im nordamerikanischen Bürgerkrieg in der Schlacht von Bull-Run Berühmtheit erlangte, hatte schon vor der Installierung der provisorischen Regierung begonnen, die Volkwehr zu organisieren. Er rückte mit ihr auf die Rheinschanze, wo bayerisches Militär stationiert war, vor und besetzte den Brückenkopf. Seine Macht wuchs durch die sich ihm anschließenden bayerischen Soldaten.

Doch zum Oberbefehlshaber aller Wehrmänner der Pfalz wurde am 9. Mai 1849 der ehemalige Kommandant der Nationalgarde in Wien während der Oktoberrevolution 1848 Daniel Fenner von Fenneberg ernannt, der alsbald die geringen finanziellen Mittel, die schlechte Ausbildung und Ausrüstung, den Mangel an Disziplin und die Konkurrenz unter den Befehlshabern beklagte. Auch konnte das Pfälzer Volksheer seiner Vorstellung von einer schlagkräftigen Armee nicht entsprechen, da den Soldaten weitgehende Selbst- und Mitbestimmungsrechte eingeräumt worden waren. Aus diesem Grunde beantragte von Fenneberg in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai seine Enthebung als Oberkommandant, dem die pfälzische Regierung sogleich entsprach.[32]

Anlass des Rücktritts war jedoch die Rivalität zwischen Fenneberg und Blenker. Letzterer wollte nämlich die Festung Landau einnehmen, um an das nötige Kriegsmaterial und vor allem an die schweren Geschütze zu kommen. Über die Vorgänge gibt es unterschiedliche Darstellungen. Während General Franz Sigel beschreibt, dass Blenker am 20. Mai mit

Vaterlandes, in: Pfälzer Heimat, 25. Jg., 1974, S.50-55, Zitat S.53.

31 Siehe Wilhelm Blos (Hrsg.): General Franz Sigels Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1848/49, Mannheim 1902, S.95-97; Lucae, Kirchheimbolanden, S.79.

32 Siehe Fenneberg, Geschichte, S.102f.

1.200 Mann, darunter 250 Mann mit Haubitzen gegen die Festung zog,[33] heißt es im Flugblatt des Hauptquartiers Neustadt vom 20. Mai 1849, dass „Obrist Blenker an der Spitze einiger Züge regulären Militärs in das äußere Pallisadenthor der Festung" eintrat, um „mit unseren Brüdern aus der Festung zu fraternisieren. Einen Eroberungsplan wird man einer Masse von kaum 40 Mann um so weniger unterstellen, als die Festung weder cerniert, noch von einer anderen Seite angegriffen war."[34] Tatsache ist jedoch, dass die Festung nicht eingenommen werden konnte, sondern von Truppen unter August Willich, Ferdinand Dreher und Eugen Oswald belagert und damit die Besatzung bis zum Eintreffen des preußischen Korps Hirschfeld am 17. Juni 1849 neutralisiert wurde.

Nach Fennebergs Rücktritt wurde die Organisation und Leitung der pfälzischen Streitkräfte am 20. Mai einer Militärkommission übertragen, der unter anderen Gustav Techow, bekannt vom Berliner Zeughaussturm, Friedrich Anneke, Friedrich Beust und als außerordentliche Mitglieder Blenker und Theodor Graf Fugger-Glött angehörten.

Diese Kommission bildete jedoch nur für eine kurze Übergangszeit die militärische Führung, nämlich bis der neue Oberbefehlshaber der pfälzischen Streitkräfte, ein Pole namens Franciszek Sznayde (Franz Schneider) eintraf: „Er hatte sich im polnischen Revolutionskrieg von 1831 als Kavallerieoffizier ausgezeichnet. Er wollte drei befestigte Lager bilden und darin die Pfalz verteidigen. Einem Polen Namens Ruppert oder Rauppert [...] gab Snayda den Befehl über das rheinhessische Freikorps."[35]

Angesichts der sich sammelnden und von Westen, Norden und Südosten vorrückenden feindlichen Truppen kamen die badische und die pfälzische Regierung am 18. Mai überein, enger zusammenzuarbeiten und sich in militärischer Hinsicht als einen Staat zu betrachten: „Es wird folgender Vertrag geschlossen: 1) In militärischer Hinsicht bilden Baden und die Rheinpfalz ein Land. 2) Das badische Kriegsministerium wird fürs erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und die Rheinpfalz verbinden, wird sogleich abgeschafft, die Entscheidung von privaten Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleich-

33 Blos (Hrsg), General, S.98.

34 Flugblatt des Oberkommandos der rheinpfälzischen Volkswehr „An unsere Mitbürger!" vom 20. Mai 1849 [Kopie im Archiv der Autorin].

35 Blos, Revolution, S.568. Der Name Sznayde ist bei Blos fälschlich mit „Snayda" angegeben.

heitlich getragen. 4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an. Karlsruhe, 16. Mai 1849. Der Landesausschuß Junghans, Struve, Damm, Starck, Steinmetz, Cordel, Degen – Kaiserslautern, 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Pfalz."[36] Als provisorischer Sitz der Regierung war Speyer vorgesehen. Oberbefehlshaber der badisch-bayerischen Truppen wurde der Pole Ludwik Mierosławski.

In München reagierte die Regierung auf diesen Akt mit einer papiernen Proklamation und dem Ausschluss der Pfälzer Abgeordneten aus der bayerischen Kammer: „Am 21. Mai erfolgte nach fünfstündiger Sitzung in der bayerischen Kammer die Abstimmung über die Adresse an den König, worin mit 72 gegen 62 Stimmen die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Pfordter ausgesprochen war. Da die 15 pfälzischen Stimmen den Ausschlag gegeben hatten, wurden dieselben als Vertreter einer aufrührerischen Provinz als unberechtigt in der Kammer betrachtet und bei einer namentlichen Abstimmung am 24. Mai vom Präsidenten geradezu übergangen."[37]

Diplomatische und militärische Unterstützung suchend, wandten sich die badische und die pfälzische Regierung auch an die französische Regierung. Sie sandten am 26. Mai 1849 den Mainzer Schütz, Mitglied des Frankfurter Parlaments, und den Pfälzer Culmann nach Paris mit der Bitte, „daß die französische Regierung das Volk der Pfalz in seinen Schutz nehme, daß sie ihm Hilfe gewähre, entweder durch Zusendung von Munition und Generalen, oder auch dadurch, daß sie ihre Truppen gegen die Preußen marschieren lasse, welche auf dem Punkte stehen, in unser Land einzubrechen". Die Mission hatte jedoch keinen Erfolg: „Die Abordnung wurde von der französischen Regierung nicht nur nicht empfangen, sondern sogar verhaftet und eine Zeit in Haft gelassen."[38]

Angesichts der vorrückenden Preußen äußerten sich nun auch innerhalb der Pfalz kritische Stimmen gegen die provisorische Regierung. Sie richteten sich besonders gegen die Mai-Dekrete. Diese bestimmten, dass Pferde zur Bespannung der Artillerie gegen Entschädigung bereitzustellen waren und Schmiede Sensen zur Bewaffnung der Freischärler anzufertigen hätten. Auch wurde der Holzpreis auf den Arealhöfen um 20 Prozent herabgesetzt, um durch vermehrten Verkauf dieses Holzes Geld für

36 Zit. nach: Fleischmann, Geschichte, S.186.

37 Ebenda, S.199.

38 Ebenda, S.175.

die Verteidigung zu erhalten. Unmut rief vor allem aber die Zwangsanleihe gegenüber vermögenden Bürgern hervor.

Auf einer am 1. Juni 1849 in Neustadt von Bürgermeister Jakob Kölsch abgehaltenen Versammlung, an der sich auch Stadträte aus Speyer beteiligten, wurde deshalb beschlossen, auf die Einberufung einer pfälzischen Volksversammlung zu drängen, ohne deren Zustimmung keine bestehenden Gesetze aufgehoben und keine neuen erlassen werden dürften. Auch sollten die drei Ersatzmänner der provisorischen Regierung neu gewählt oder in der Wahl bestätigt werden.

Die provisorische Regierung versprach im Aufruf vom 8. Juni 1849, diesem Ansinnen nachkommen zu wollen, nachdem die kriegerische Gefahr abgewendet worden sei.[39]

Um dem Angriff der feindlichen Truppen zuvorzukommen, entwickelte Franz Sigel, der Oberbefehlshaber der badischen Armee, in Verabredung mit Sznayde, dem Generalstabschef der pfälzischen Armee Gustav Adolf Techow und Blenker den Plan, den Aufstand nach Hessen-Nassau, Württemberg und Hessen-Darmstadt weiterzutragen und Frankfurt einzunehmen, eine Strategie, in der auch Friedrich Engels die einzige Möglichkeit sah, den rein lokalen Charakter des badisch-pfälzischen Aufstandes zu überwinden.[40]

Am 30. Mai 1849 überschritt Sigel die hessische Grenze. Ruppert, der das Gros befehligte und später zu den Preußen überging, sowie der Kriegsminister der provisorischen Regierung Karl Eichfeld folgten den Befehlen jedoch nicht. Blenker, der nach Worms zog, und Zitz, der auf Oppenheim vorstoßen sollte, wurden von der Pfälzer Regierung zurückbeordert.[41]

Am 10. Juni 1849 begann der Vormarsch der preußischen Truppen. In Erinnerung an die Große Französische Revolution gab die provisorische Regierung die Losung „Das Vaterland ist in Gefahr" aus und versuchte, den Landsturm zu aktivieren sowie Hilfe und Unterstützung von Elsass und Lothringen zu erhalten. Doch diese Hilfe blieb aus.

Am 12./13. Juni 1849 rückten 20.000 Mann unter General Hirschfeld von vier verschiedenen Seiten – über Homburg, Landau, Kirchheimbolanden und Frankenthal – in die Pfalz ein mit dem Ziel, Kaiserslautern ein- und die provisorische Regierung festzunehmen.

---

39 Siehe ebenda, S.211f.

40 Siehe Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne [1849/50], in: MEW, Bd. 7, Berlin 1969, S.109-197, hier S.134f.; dort findet sich auch eine Farbkarte: S.160+.

41 Siehe Blos, Revolution, S.574; Ders. (Hrsg): General, S.97f.; Engels, Reichsverfassungskampagne, S.158.

Ohne dazu befugt zu sein, erklärte Prinz Wilhelm von Preußen (der spätere deutsche Kaiser Wilhelm I.) am 14. Juni 1849 offiziell den Kriegszustand. Gleichentags zogen 8.000 preußische Soldaten von Bad Kreuznach über Alzey nach Kirchheim, um auf Kirchheimbolanden vorzurücken, wo das etwa 1.000 Mann zählende Rheinhessische Armeekorps sich befand.

Es kam zur ersten bedeutenderen Schlacht. Als sich mehr als 4.000 Preußen näherten, warfen die Freischärler am Eingang zum Schlossgarten eine Barrikade auf. Am Ende der heutigen Alleestraße, damals Kaiserstraße genannt, wurden vor den beiden letzten Häusern Barrikaden gebaut. Hieran beteiligte sich die radikale Demokratin Mathilde Hitzfeld aus Kirchheimbolanden. Die Bürgerschaft dagegen suchte schon weiße Tücher für die Kapitulation.

Das Rheinhessische Armeekorps gab kampflos die Stadt preis. Die Kommandanten Zitz und Bamberger ließen ihre Truppen im Stich und flohen in einer Kutsche auf einer anderen Route. Nur 40 rheinhessische Schützen blieben im Schlossgarten, da sie vom Rückzug offenbar nicht unterrichtet worden waren. Widerstand war vergeblich. In Kirchheimbolanden fielen 17 Freischärler.[42]

Ein anderer Trupp Preußen marschierte am 15. Juni 1849 in Frankenthal ein und nahm in einem Bombardement am 15., 16. und 17. Juni die Rheinschanze bei Ludwigshafen ein.

Auch das Gefecht am Rinnthal bei Annweiler am 17. Juni, wo das Corps Willich unter Beteiligung von Friedrich Engels gegen die Preußen kämpfte, brachte keine Wendung. Die Preußen nahmen Kaiserslautern ein, aus dem die pfälzische provisorische Regierung schon am 15. Juni geflohen war. Am 18. Juni 1849 musste der Zusammenbruch der Pfälzer Revolution konstatiert werden.

Die Preußen besetzten am 20. Juni die Pfalz und überschritten den Rhein nach Baden. Gegen die Übermacht der Preußen konnten die revolutionären badisch-pfälzischen Truppen nicht viel ausrichten: Die Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni, die bei Durlach am 25. Juni, die dreitägige Schlacht bei Rastatt vom 28. bis 30. Juni gingen verloren, und die Freischärler zogen sich – wenn auch nicht kampflos – in die Schweiz zurück. Nach der Kapitulation der Festung Rastatt am 23. Juli hatten die Preußen mit ihrem 80.000 Mann starken Heer die demokratische Revolution

42 Siehe Friedrich A. Karcher: Die Freischärlerin. Eine Novelle aus der Pfälzer Revolution von 1849 [...]. Hrsg. Hellmut G. Haasis, Frankfurt/Main 1977, S.211f.

erstickt. Am 18. August 1849 zog der Großherzog von Baden wieder in Karlsruhe ein, versicherte sich aber bis 1851 des Schutzes der Preußen. Während die Pfälzer Revolutionäre noch in Baden kämpften, erklärte am 22. Juni 1849 der Fürst Taxis im Namen der königlich-bayerischen Regierung die provisorische Regierung der Pfalz für abgesetzt und ihre Akte für nichtig. Alle Obrigkeiten wurden wieder eingesetzt, die Eidesleistungen auf die Reichsverfassung für ungültig erklärt und Gerichte aufgefordert gegen Demokraten vorzugehen. Es erfolgte die Verhängung des Kriegszustandes, der bis zum 19. Juni 1850 andauerte. Ausgenommen von der Aufhebung des Kriegszustandes waren aber die Städte Zweibrücken, Pirmasens, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden mit Obermoschel, Neustadt, Speyer und Ludwigshafen, also wichtige demokratischen Zentren, denen man auch weiterhin nur mit Gewalt beikommen konnte. 1851 wurden 1.364 Personen vor Spezial- und Schwurgerichten der Pfalz angeklagt, allerdings ohne dass ein Todesurteil vollstreckt wurde.[43] Die meisten Verurteilten waren flüchtig[44] oder wurden später begnadigt.

Ausblick

Vor einem geschichtstheoretischen Hinweis möchte ich eine historische Verortung des Pfälzer Volksaufstands im Revolutionsprozess 1848/49 in Form eines wertenden Resümees und eines bewegungs-, revolutions- und geschichtstheoretischen Ausblicks versuchen:

Der pfälzische Volksaufstand des Jahres 1849 war ein volkstümlich-demokratisches Ereignis. Der am 2. Mai 1849 gebildete Landesverteidigungsausschuss ging aus einer Volksversammlung hervor, die Organisation der Volkswehr erfolgte aufgrund eines Beschlusses des Volkswehrkongresses vom 3. Mai 1849. Die Bildung der provisorischen Regierung der Pfalz und die Lossagung von Bayern am 17. Mai 1849 beruhten auf dem Beschluss der Volksvertretung, die sich aus den am 12. Mai direkt gewählten Vertretern der 31 Kantone (bei 29 Anwesenden) zusammensetzte.

1. Die 1848/49 in weiten Teilen der Pfälzer Bevölkerung auferweckte aufklärerische, republikanische und demokratische Ideenwelt drückte

43 Siehe Müller, Revolution, S.138.

44 In den USA erschienen zeitnah tagebuchartige Momentaufnahmen der flüchtigen und ausgewanderten Franziska Anneke: Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Feldzug, Newark (N.J.): Selbstverlag F. Anneke 1853. Siehe Diana Ecker: Der Freiheit kurzer Sommer. Auf Mathilde Franziska Annekes Spuren durch die pfälzisch-badische Revolution von 1849, Heidelberg-Ubstadt/Weiher-Basel 2012.

sich in mannigfaltigen politischen Aktionen aus, die letztendlich zum Volksaufstand im Mai 1849 führten. Diese politischen Aktionen lassen sich auf mehrere Ursachen zurückführen: Einerseits gab es positive Erfahrungen mit der französischen Besatzung (ab 1792) und der Zugehörigkeit zur französischen Republik (1801 bis 1813/14), die in der Pfalz zur Abschaffung des Feudalismus, zur Säkularisierung und zur Übernahme des französischen Rechts führte. Damit einhergehende Errungenschaften wie Abschaffung des Zehnten und der Fronden, Auflösung klösterlichen Besitzes, Trennung von Justiz und Verwaltung sowie Zusicherung persönlicher und Eigentumsrechte wurden, nachdem die Pfalz zu Bayern kam, beibehalten. Andererseits existierten im gesamten südwestlichen Raum starke Traditionen aufklärerischen, demokratischen und jakobinischen Denkens, das unter anderem durch Pressevereine und „Feste" gepflegt wurde. Weiters gab es, ebenfalls von der Aufklärung geprägten, Protestantismus und Pietismus.

2. Die Herausbildung und Festigung demokratischer Ideen gingen einher mit neuen politischen Erfahrungen, die in der Revolutionszeit gesammelt wurden. Die Einsicht in die nachhaltige Wirkungslosigkeit von Petitionen an König und königliche Minister, die Militanz der Reaktion besonders in Preußen und Österreich seit September 1848 und die kompromisslose Haltung der vier großen deutschen Herrscherhäuser in der Verfassungsfrage der Nationalversammlung begünstigten den Schritt zur eigenständigen politischen Aktion. Insofern waren revolutionäre Handlungen und der Pfälzer Volksaufstand 1848/49 auch Ergebnis eines zeitverdichteten Revolutionsprozesses.
3. Im gesamten Verlauf der Revolution wandten sich die politischen Akteure in der Pfalz bewusst an große Teile der Bevölkerung und versuchten, sie aktiv handelnd einzubeziehen. Nachdem im März 1848 Presse- und Organisationsfreiheit erkämpft worden war, wurden neue Zeitungen, Volksvereine gegründet und Volksversammlungen abgehalten. Diese achteten besonders darauf, dass die Abgeordneten zumindest liberale und vorwiegend demokratische Positionen vertraten, ständigen Kontakt zu den Wählern hielten, um deren Erwartungen in den Repräsentativorganen, der Nationalversammlung und der zweiten bayerischen Kammer zu vertreten und eine Verselbstständigung der Politiker zur politischen Klasse zu verhindern. Darüber hinaus gab es permanente Aufklärung über parlamentarische Entscheidungen und politische Ereignisse – auch im Ausland – durch Presse und Flugschriften. Früh erkannt wurde auch, dass zum Schutz der Revolution und zur Abwehr reaktionärer Angriffe Bürgerwehren zu grün-

den sind. Weiters ging es den aktiven Demokraten darum, eine Spaltung der Bewegung zu verhindern, das Gemeinschaftsgefühl der Bevölkerung über Volksfeste zu stärken, Frauen und Minderheiten einzubeziehen und insgesamt einen regionalen Patriotismus zu fördern. Schließlich erkannten die politischen Verantwortlichen, dass Bündnispartner und Unterstützer außerhalb der Region gewonnen werden mussten, damit der Pfälzer Volksaufstand erfolgreich sein konnte.

4. Dass der Pfälzer Volksaufstand (wie sein badisches Pendant) militärisch blutig niedergeschlagen werden würde, war bei allen ersichtlichen militärischen Mängeln der Revolutionsarmeen nicht zwingend und damit auch nicht eindeutig voraussagbar. Plan wie Hoffnung war es, die sogenannte zweite Revolution in benachbarten Regionen zu entfachen und sie in ihre militärischen Aktionen einzubeziehen. Dies scheiterte nicht nur an den zersplitterten deutschen staatlichen Verhältnissen, sondern auch an den sich abzeichnenden neuen klassenpolitischen Konstellationen.

Über diese zusammenfassende Beschreibung hinaus finden sich bei Frank Lorenz Müllers Diskussion der revolutionären Prozesse 1848/49 Hinweise auf eine historiografisch weitgehend vernachlässigte empirische Tiefenschicht, die der marxistische Historiker Eric Hobsbawm (1917-2012) als *Vielschichtigkeit* von Menschen in der Gesellschaft („multidimensionality of human beings in society")[45] bezeichnete. Müller schreibt, dass das „Gesamtphänomen der Revolutionen von 1848/49 [...] weniger bürgerlich-elitär, weniger liberal, national und parlamentarisch, weniger städtisch und weniger fortschrittlich gewesen" sei als bisher angenommen. „Vielmehr nutzten zahlreiche Bevölkerungsgruppen die Chance, die ihnen der dynamische Veränderungsprozess bot. Ebenso unterschiedlich wie spezifisch wie die Interessen, die nun zum Ausdruck kamen, waren die zu ihrer Durchsetzung gewählten Politikformen. Erst wenn man Wirtshausdebatten, Katzenmusiken, Leseabende und Schmucksammlungen – neben den Märzforderungen, den Barrikadenkämpfen und der Paulskirche – mit einbezieht, kommt man zu einer angemessenen Gesamtbewertung. In ihrem Zentrum steht nicht die Frage nach dem Misserfolg eines bürgerlichen Projekts, sondern die Tatsache eines tiefgreifenden, umfassenden Wandels, eines bis dahin beispiellosen Politisierungs-, Mobilisierungs-

45 Eric J. Hobsbawm: Working-class Internationalism, in: Contributions to the History of Labour & Society, Bd. I, 1988, S.3-16; zu diesem marxistischen Universalhistoriker siehe den Nachruf von Richard Albrecht: http://soziologieheute.wordpress.com/2012/10/02/eric-j-hobwsbawm-1917-2012/ (am 15. Mai 2014 überprüft).

und Kommunikationsprozesses."[46] Dies bedenkend, könnte weiterführend an theoretische Überlegungen eines so dialektisch wie visionär denkenden linksrheinischen Pfälzers angeschlossen werden. Als Vordenker des Nicht-Mehr-Seins im faktischen Realen und des Noch-Nicht-Seins im real Möglichen, der den „alten Menschheitstraum" von Freien und Gleichen als *Geist der Utopie* „philosophisch subtilisierte zu einer allgemeinen Theorie der Gesellschaft, einer visionären Utopie",[47] entwickelte Ernst Bloch Überlegungen zum „Noch-Nicht-Bewußten" und zum „Latenten in der Welt" als Zugang zu dem „Land, wo noch niemand war, ja, das selber noch niemals war"[48] und verdichtete diese später zum Leitkonzept der *UnGleichzeitigkeit*. Würden Blochsche Kategorien auf die hier narrativ erinnerten Ereignisse angewandt, könnte sich eine erweiterte erkenntnisleitende Fragestellung als produktiv erweisen und helfen, den soziohistorischen Charakter der Pfälzer Bewegung 1848/49 zu verstehen als etwas Neues, mit *Tertium*-Charakter: praktisch noch immer im bäuerlich-kleinstädtischen Habitus und keineswegs proletarisch lebend, in der Breite kleinbürgerlich facettiert, theoretisch weder gleichzeitig noch ungleichzeitig und auch keinesfalls infolge wirksamer religiöser Ideologie/n reaktionär.

Die sich aus dieser Perspektive ergebenden *Fragen über Fragen* sollten hier nur ausblickend gestellt werden. Sie weiterführend auszuarbeiten konnte ebenso wenig Aufgabe dieser historisch-narrativen Erinnerung sein wie eine so sinnvolle wie mögliche weltgeschichtliche Verortung der Pfälzer Ereignisse.

---

46 Müller, Revolution, S.143.

47 René König: Soziologie in Deutschland. Begründer – Verfechter – Verächter, München 1987, S.241.

48 Ernst Bloch: Über Eigenes Selber; in: Morgenblatt für die Freunde der Literatur Nr. 14, Sondernr. Ernst Bloch am 2. November 1959, S.1f.; weiterführend Ders.: Erbschaft dieser Zeit, Zürich 1936. Zum Zusammenhang siehe Richard Albrecht: The Utopian Paradigm, in: Communications, 16. Jg., 1991, No. 3, S.283-318; zum „doppelten Doppelcharakter" und zum „soziologischen Doppelaspekt" Ders.: „Zerstörte Sprache – Zerstörte Kultur"; in: Bloch-Jahrbuch, 13, 2009, S.223-240; Ders.: Gesellschaft. Kurze Einführung in soziologische Sichten; in: Hintergrund, 12. Jg., 2012, H. 3, S.14-24.

Dokumentarisches

Erinnerungen von Gerhart H. Seger (1896-1967) an sein Leben nach der Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg

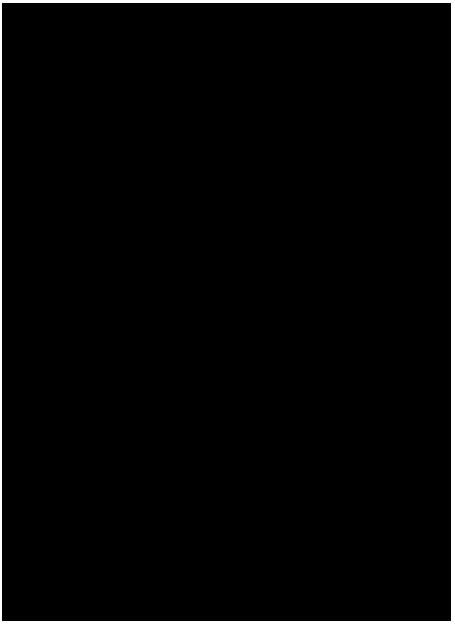
Horst Klein

Gerhart Heinrich Seger flüchtete am 4. Dezember 1933 aus einem Außenkommando des Konzentrationslagers Oranienburg und sorgte mit seinem wenig später in Prag veröffentlichten authentischen Bericht[1] über die menschenverachtenden und mörderischen Zustände im Konzentrationslager weltweit für die Verbreitung der Wahrheit über das verbrecherische Wesen der NS-Diktatur. Er zählte zu den bereits Anfang März 1933 ersten verhafteten Reichstagsabgeordneten und Journalisten der SPD. Am 14. Juni ins KZ Oranienburg überführt, teilte er dort das Schicksal seines nur wenige Tage später inhaftierten Freundes und Genossen Richard Hauschildt. [2] Dieser war wie Gerhart Seger Redakteur bei verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen und von 1929 bis 1933 alleiniger Redakteur der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz".[3] Im KZ muss-

1 Gerhart H. Seger: Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann, Karlsbad 1934.

2 Siehe Horst Klein (Hrsg.): Richard Hauschildt (1876-1934). Spuren eines sozialdemokratischen Lebens und Kampfes für eine bessere Welt. Mit einem Geleitwort von Gunter Fritsch und Uwe Frankenberger (Strausberger Studien zur Geschichte, 46), Strausberg 2011; Ders.: Richard Hauschildt (1876-1934) – ein von den Nazis in den Tod getriebener Sozialdemokrat, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2011/I, S.116-134.

3 Die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" wurde auf Initiative von Wilhelm Liebknecht 1877 ins Leben gerufen und diente der besseren Organisation und inhaltlichen Orientierung der Parteipresse, insbesondere der Information über Reichstagsverhandlungen und über die Entwicklung der sozialistischen Bewegung im In- und Ausland. Ab 1890 war der Bedarf für die gewachsene Anzahl von sozialdemokratischen Zeitungen beträchtlich gestiegen. Die Redaktion der Korrespondenz übermittelte den lokalen Parteiblättern komplette Berichte, Texte und Fahnenabzüge, die diese dann nur noch drucken mussten, zugleich dienten diese als Empfehlung für Parteiredner und Agitatoren. Richard Hauschildt gab die Korrespondenz von 1929 bis Februar 1933 als Alleinredakteur und letztmalig he-



Gerhart Seger um 1931. Foto: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sign: 6/FOTA023209

ten sie wie ihre Leidensgefährten erfahren, dass der Faschismus, dessen Abscheulichkeit sie zuvor in zahlreichen Beiträgen warnend enthüllt hatten, im wirklichen Umgang mit Andersdenkenden keine Grenzen der Menschenverachtung kannte. Gemeinsam nutzten sie die inzwischen gewonnenen Erfahrungen, um Schlüsse für das eigene moralische und politische Denken und Handeln unter den gegebenen grausamen Lebensbedingungen zu ziehen und Wege in die Zukunft zu erwägen. Während Richard Hauschildt im September 1933 seine Freilassung mit kaum erträglichen und letztlich tödlichen Auflagen erreichen konnte, glückte Gerhart Seger die riskante Flucht, die seine Emigration mit seiner Familie in die USA ermöglichte.[4] Dort und in weiteren Ländern (England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Frankreich) soll er ca. 11.000 Vorträge[5] über die Grausamkeiten der Nazi-Diktatur gehalten haben. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ehrte Gerhart Seger 1960 mit der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes.

In einem Brief an Richard Hauschildts Tochter Heidi vom 3. März 1947 schildert Gerhart Seger seinen nach der Flucht aus dem KZ fortgesetzten Kampf gegen die Nazi-Barbarei. Der Originalbrief, der sich im Besitz der inzwischen 100-jährigen Tochter befindet, darf hier als zeithistorisches Dokument veröffentlicht werden.

raus. Die Parteikorrespondenz ist eine wichtige und interessante Quelle für die Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

4 Siehe Günter Morsch (Hrsg): Konzentrationslager Oranienburg (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Nr. 3), Berlin 1994.

5 Eine exakte Quelle über die Anzahl der Vorträge liegt nicht vor; zuweilen werden auch ca. 20.000 Vorträge angegeben.

Dokument

Gerhart H. Seger
EDITOR / AUTHOR / LECTURER
P O Box 50, Sta K, New York, 28, N V

March 3, 1947

Liebe Genossin Hauschildt: Ihr Brief vom 17. Januar hat mich erst heute erreicht; ich bin, wie oft, auf einer Vortragsreise im Lande, und die Redaktion hat ihn mir nachgeschickt. Hoffentlich braucht meine Antwort nicht auch sechs Wochen, bis sie in Ihre Haende kommt. Sonst beginnen Sie inzwischen zu denken, ich haette ueberhaupt nicht geschrieben!

Natuerlich erinnere ich mich Ihres Vaters sehr gut; wir haben ja lange und gut zusammengearbeitet, und in Oranienburg waren wir unter den boesesten Umstaenden zusammen. Ich muesste allerdings die Unwahrheit sagen, wollte ich vorgeben, dass ich mich Ihrer erinnerte, aber das ist ja nicht entscheidend. Es tut mir sehr leid zu hoeren, dass Richard nicht mehr lebt; wir fangen ja von draussen auch erst allmaehlich an, die so lange abgerissenen Verbindungen mueselig wiederherzustellen, und um so mehr habe ich ueber Ihren und Erwins Brief gefreut. Ich nehme an, Sie haben nichts dagegen, meinen Brief Erwin zum Lesen zu geben; ich habe eine so umfangreiche Korrespondenz, teils mit Deutschland, teils innerhalb Amerikas, und keine Sekretärin; besonders wenn ich so im Lande herumfahre, wie augenblicklich wieder, dann muss ich meine Zeit zwischen Autofahren, Vortraege-Halten und Briefe-Schreiben sehr einteilen.

Ja, ich will Ihnen gern schildern, was sich so mit mir ereignet hat, obwohl ich fuerchte, dass manches davon selbst bei wohlwollenden Menschen etwas Neid hervorrufen koennte, denn nachdem ich mein Leben aufs Spiel gesetzt hatte und aus Oranienburg entflohen war, ist es mir materiell sehr gut gegangen, verglichen mit dem, was Ihr durchgemacht habt. Ich bin am 4. Dezember 1933 aus Oranienburg entflohen und kam am 5. nachmittags beim Parteivorstand in Prag an. Tschechische Versuche von Freunden, meine Frau aus Deutschland im Auto zu entfuehren, schlugen fehl, meine Frau und unser Kind, damals 17 Monate, wurden verhaftet und in dem Maenner-Konzentrationslager in Rosslau / Anhalt als Geiseln gefangen gesetzt. Ich arbeitete erst in Prag, wo ich eine Broschuere ueber meine Erlebnisse in Oranienburg schrieb, die in sechs Sprachen uebersetzt wurde und im Auslande ein ungeheures Aufsehen hervorrief. Dann ging ich zu Vortraegen nach Polen, Daenemark und Schweden, und folgte einer Einladung der englischen Arbeiterpartei, eine zweimonatige Vortrags-

reise in England zu unternehmen. Dort gelang es mir dann, einflussreiche englische Freunde, besonders auch die juengst leider verstorbene Ellen Wilkinson, und Lady Astor und andere, zu einer Hilfsaktion zu bringen. Da zu der Zeit auf Grund der englischen „Appeasement"-Politik die Nazis sehr um eine freundliche englische oeffentliche Meinung besorgt waren, so gaben sie in einzelnen Faellen nach; meine Frau und das Kind wurden auf englischer Intervention aus dem Lager entlassen. Eine andere englische Parlamentarierin flog kurzerhand nach Deutschland, lud meine Frau und das Kind ins Flugzeug und brachte sie mir nach London! Dann liessen wir das Kind bei dem nun leider auch verstorbenen Schriftsteller Rudolf Olden, ein Freund von mir, und meine Frau und ich gingen auf drei Wochen auf Einladung der Arbeiterregierung nach Norwegen zu einer ausgedehnten Vortragsreise. Es wurde eine zweite Hochzeitsreise; die norwegischen Genossen behandelten uns wie einen Koenigsbesuch, der einzige Schatten, der auf die Reise fiel, waren die auslaendischen Agenten der Gestapo: wir mussten auf Schritt und Tritt bewacht werden. In der Tschechoslowakei waren schon zwei Versuche gemacht worden, mich ueber die deutsche Grenze zu entfuehren, aber so schlau wie die Gestapo war ich auch und bin ihnen nicht in die Falle gegangen. Den Sommer 1934 verbrachten wir in Frankreich, dann lieferte ich meine beiden Frauen in der Schweiz bei befreundeten Parteigenossen ab, und ging zunaechst allein nach den Vereinigten Staaten. Ich habe das ganze unendliche Land bereist und ueberall Vortraege gegen die Nazis gehalten, aber zu der Zeit und noch bis 1939 war das ein beinahe vergeblicher Kampf. Es gibt hier fuenf Millionen Deutschamerikaner, von denen der groesste Teil sich weigerte, die Berichte aus dem dritten Reich zu glauben. Und obwohl ich fast immer englisch und vor rein amerikanischen Zuhoererschaften sprach, ging es mir da nicht besser, als in den wenigen deutschamerikanischen Versammlungen. Wenn auch der Bund, wie hier die Nazi-Organisation hiess, zahlenmaessig klein war, so waren die amerikanischen Nazis genau so frech wie die in Deutschland; ich glaube ich bin insgesamt sieben Mal von dem oeffentlichen Versammlungslokal zu meinem Motel im Polizeiauto gebracht worden, weil die Nazis einen Ueberfall geplant hatten. Im Jahre 1935 war ich dann noch einmal in Europa, und im Winter 1935 sind wir alle regulaer eingewandert und sind natuerlich schon einige Jahre amerikanische Buerger. Seit 1939 leben auch die Eltern meiner Frau bei uns, und unsere Tochter, die bald 15 Jahre wird, ist eine richtiggehende junge Amerikanerin. –

Seit September 1935 redigiere ich die „Neue Volkszeitung". Ich will unseren Geschäftsfuehrer veranlassen, sie Euch zu senden. Leider ist es nur eine kleine Wochenzeitung, denn von einer Arbeiterbewegung im europaeischen Sinne ist in den Vereinigten Staaten keine Rede. Wenn man, wie ich, zuletzt in der Mittelstadt Dessau Parteivorsitzender war, Dessau war ein kleines Wien, und hatte Parteimitgliederversammlungen von 1200-2000 Menschen, dann kommt einem das graue Elend an, in der 9-Millionenstadt New York in einer Parteiversammlung vor 60-70 Personen zu sprechen! Infolgedessen ist nach wie vor meine Hauptaetigkeit (und meine Haupteinnahme) das Reden vor amerikanischen Audienzen. Die Vortragstaetigkeit ist hierzulande eine regelrechte Industrie, und ich habe sehr viel zu tun. Natuerlich bekomme ich nur einen Bruchteil der Honorare, die die bekannteren amerikanischen Redner bekommen, aber es geht uns, verglichen mit Deutschland, wahrhaftig nicht schlecht. –

Ich habe vielleicht an einem Teile mit dazu beigetragen, dass in den Vereinigten Staaten eine etwas vernuenftigere oeffentliche Meinung gegenueber Deutschland besteht, denn ich habe in zwoelf Jahren 6994 Vortraege vor buchstaeblich Millionen von Menschen gehalten, da viele hunderte der Vortraege durch den Rundfunk uebertragen wurden. Gegenwaertig sind wir hier, d.h. unsere kleine Gruppe um die Neue Volkszeitung, mit dem Ausbau der Arbeiterwohlfahrt befasst. (Ich habe Ihren und Erwins Namen auf die Liste der Funktionaere gesetzt, die ein Paket bekommen; ich habe leider persoenlich zu viele Verwandte meiner Frau und nahe Freunde in meinem Wahlkreis – russische Zone! – zu versorgen, sonst wuerde ich Ihnen auch selber eins senden. Aber da ich zur Arbeiterwohlfahrt beitrage, kommt das ja beinahe auf's Gleiche hinaus.) Hoffentlich bekommen Sie es bald. –

Ich wuerde gern Eure Zeitung bekommen; koennt Ihr mir nicht mal ein paar Nummern senden? Vorigen Winter war ich fuer die amerikanische Regierung in Deutschland, als Zeuge und Mitarbeiter beim Nuernberger Prozess; Goering und Hess wurden schneeweiss vor Wut, als sie mich reinkommen sahen! Als ich drueben war, habe ich mit unserer Militaerbehoerde in Muenchen ein Abkommen getroffen, wonach ich alle in Bayern erscheinenden deutschen Zeitungen erhalte, und sie erhalten meine. Deshalb wuerde ich mich sehr freuen, wenn Ihr mir mal ein paar Nummern von Eurer Zeitung senden wuerdet. –

Ich hoffe, dass ich wieder von Euch hoere, und bin inzwischen mit den herzlichen Gruessen, auch von meiner Frau,

Ihr

Gerhart H. Seger

Herzliche Grüsse auch für Erwin Teuschert![6]

Brief in Maschinenschrift, Name und Grüße handschriftlich.

6 Erwin Teuschert war ebenfalls Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen.

Buchbesprechungen

Bruno Cabanes/Anne Duménil (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe, Theiss Verlag, Berlin 2013, 480 S., ISBN 978-3-8062-2764-2

Der vorliegende Bd. enthält 68 Beiträge. Die beiden französischen Hrsg. haben einen großen Teil davon selbst verfasst, für die übrigen sieben Autoren aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Belgien gewonnen. Die französische Originalausgabe ist 2007 erschienen. Als Aufhänger haben die Autoren jeweils ein bestimmtes Datum oder ein Ereignis gewählt, von dem ausgehend sie dann generelle Aussagen zum jeweiligen Thema machen.

Erwartungsgemäß werden die großen Schlachten des Krieges – bei Tannenberg, an der Marne, bei Verdun, an der Somme, bei Caporetto, bei Paschendaele und die deutsche Michael-Offensive 1918 – dargestellt. Nicht aufgenommen wurden die Skagerrak-Schlacht und die russische Brussilow-Offensive 1916. Beschrieben werden auch die Balkankriege 1912/13, die Mobilmachung in Frankreich und Deutschland, die Rekrutierung der britischen Armee, die Versenkung der „Lusitania", die Kämpfe auf Gallipoli, der Gaskrieg und die deutschen Luftangriffe auf London.

Fast alle Autoren des Bd. folgen einer kulturhistorischen Sicht auf den Ersten Weltkrieg. Die Mehrzahl der Beiträge gilt deshalb nicht rein militärischen Themen. Es werden abgehandelt: das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand, die deutschen Kriegsverbrechen in Belgien, die Rolle der Intellektuellen, Versorgungsprobleme und Hunger, der Völkermord an den Armeniern, die Pressezensur, die Hinrichtung der Edith Cavell, die Kriegsfinanzierung, das Los der Kriegsgefangenen, die Deportation von Belgiern, der „Osteraufstand" 1916 in Dublin, das Sykes-Picot-Abkommen, die Avantgardekunst der Kriegszeit, die Kriegsromane, die Kriegswirtschaft, das Unternehmen „Alberich" 1917, der Kriegseintritt der USA, die Militärjustiz, das russische Frauenbataillon der Maria Boschkarewa, die „Kriegszitterer", der Friedensappell des Papstes Benedikt XV., die Spionin Mata Hari, Wilsons „14 Punkte", der Jargon der Schützengräben, die Feldpost, die „Spanische Grippe" 1918, der Zusammenbruch der Donaumonarchie, der Einsatz farbiger Kolonialtruppen, der Krieg im Spielfilm, der Wiederaufbau in Frankreich, der Friedensvertrag von Versailles, das Los der Kriegsinvaliden, das Imperial War Museum in London, die Unbekannten Soldaten, Bevölkerungsverschiebungen und Vertreibungen, die Ruhrbesetzung 1923. – Es fehlen Beiträge zu den Ursachen des Krieges.

Vom Appell der Zimmerwalder Konferenz sozialistischer Kriegsgegner vom September 1915 ausgehend, wird die Rolle der Pazifisten im Kriege beleuchtet. Mehrere Beiträge befassen sich mit der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter. Zur „Disziplinierung" der Arbeiter heißt es: „Wenn es um die nationale Gesinnung der Arbeiterschaft geht, beherrschen Staat und Kapital das Zuckerbrot ebenso gekonnt wie die Peitsche". (Leonard V. Smith,

S.275) Je ein Beitrag befasst sich mit den Revolutionen in Russland im März und November 1917 (Februar und Oktober alten Stils). Die Autoren betonen, dass bei beiden Ereignissen revoltierende Soldaten eine maßgebliche Rolle spielten. Zur Politik, die Friedrich Ebert, der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten im November/Dezember 1918 betrieb, wird festgestellt: „Eberts Politik enttäuscht das Volk und heizt seine Radikalisierung noch an, denn sie verspielt offensichtlich die Gelegenheit zur Demokratisierung von Militär und Verwaltung und begünstigt obendrein republikfeindliche Einflüsse." (Anne Dumenil, S.372)

Es werden in dem Bd. auch Themen berücksichtigt, zu denen man an anderer Stelle nichts oder nur wenig findet, so die Deportation der Juden und Deutschen durch die zaristischen Truppen und die Jagd auf Kollaborateure in Belgien seit November 1918. Erwähnt werden auch die Judenpogrome, welche die Truppen des ukrainischen Nationalistenführers Petljura im Sommer 1919 verübten.

Der Bd. ist reich mit Illustrationen ausgestattet – bekannten und bislang unbekannten, auch solchen, welche die Schrecken des Krieges verdeutlichen. Eine Bibliografie, eine Chronik und ein Register beschließen den Bd. Es gab bisher kein Buch in deutscher Sprache, das ein so komplexes Bild des Ersten Weltkriegs vermittelt. *Gerd Fesser*

Ernst Piper: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des ersten Weltkriegs, Ullstein Buchverlage GmbH (Propyläen Verlag), Berlin 2013, 586 S., Abb., ISBN 978-3-549-07373-5

„Mein besonderes Interesse gilt den jeweiligen diskursiven Anstrengungen zur Legitimation des kriegerischen Handelns beziehungsweise des Handelns in Kriegszeiten, also der umfangreichen Literatur im Kontext der geistigen Mobilmachung, aber auch dem Propagandaschrifttum, den Kriegszieldiskussionen, den Werken der Kriegsteilnehmer und der Kriegsgegner und nicht zuletzt den Artefakten der Memorialkultur. Im Zentrum stehen dabei die Mittelmächte, die nach allem, was wir heute wissen, den Krieg nicht allein verschuldeten, aber durch ihr Verhalten in den entscheidenden Krisenwochen ihn doch jedenfalls maßgeblich mit [? – E. B.] auslösten. Korrespondierend soll aber auch das Geschehen in den gegen das Deutsche Reich und die Habsburger Monarchie verbündeten Staaten, namentlich in Großbritannien, Frankreich und Italien, sowie im neutralen Ausland in den Blick genommen werden." (S.11) Mit diesen Worten umreißt Piper sein dem Buch zugrunde liegendes ehrgeiziges Konzept. Es geht ihm nicht um den Krieg des kleinen Mannes, wenngleich die Namenlosen, die „Fabrikarbeiter der Zerstörung" (Arnold Zweig), in ihrem Schützengrabenelend wiederholt ins Bild geraten. Ihn beschäftigte das Denken und Handeln der künstlerischen, wissenschaftlichen und politischen Eliten. Mit seinem Fakten- und Materialreichtum und seinem besonderen Blick auf Biografisches ist das Buch, das sich auf die umfängliche Auswertung zeitgenössischer Literatur sowie späterer Publikationen stützt, eine Fundgrube für Literatur- und Kunstinteressierte, Publizisten oder Historiker. Der Vf. wollte so viel Vergessenes oder Verdrängtes wie möglich in das kulturelle

Gedächtnis zurückholen, sodass man sich im Detailreichtum dichter Beschreibung der je unterschiedlichen Bewusstseinslagen und Handlungsweisen in den kriegführenden Ländern durchaus verlieren kann. Aber gerade Detailversessenheit und anschauliche Präsentation individueller Positionierungen und Schicksale ergeben ein facettenreiches Bild, in dem die deutschen Akteure breiten Raum einnehmen, und die Zusammenschau von Bekanntem und weniger Bekanntem aus kulturhistorischem Blickwinkel vermittelt eine neue Sicht auf die Kriegsjahre. Dies alles kann hier nur sehr selektiv kommentiert werden. Hineingeboren in eine Verlegerfamilie, deren Verlagsgründer Reinhard Piper mit vielen Künstlern der frühen Moderne bekannt oder befreundet war, bewegte den Autor der Erste Weltkrieg wie „ein Ereignis der Zeitgeschichte“ (S.8). In seinen kriegshistorischen Abschnitten folgt er im Wesentlichen den Stationen des Krieges. Ausführlich behandelt er Fehlleistungen und Niederlagen der deutschen Kriegführung, äußert sich über deren brutale Besatzungs- und Ausbeutungspolitik sowie über Kriegsverbrechen (Remember Belgium), über den bedenkenlosen Einsatz neuer Waffen und Praktiken wie Giftgas, Bombardierung aus der Luft oder U-Boot-Krieg, er benennt aber auch österreichische und russische Gräueltaten und analysiert vor diesem Hintergrund die geistige Mobilisierung in Deutschland. Er beschreibt den nationalistischen Taumel, dem breite Bevölkerungskreise im Sommer 1914 anheimfielen und fragt nach den Motiven, die eher kritische Geister – Maler, Schriftsteller, aber auch Angehörige der jüdischen Minderheit oder die zumeist bildungsbürgerlichen Wandervogeljugendlichen – bewogen, in Kriegseuphorie zu verfallen bzw. sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Gerade Künstler der Avantgarde sahen im Krieg ein „reinigendes Gewitter“, das die Erneuerung Deutschlands und Europas zur Folge haben würde, andere glaubten an einen Verteidigungskrieg. Ernüchterung und auch Umdenken brachte schon in den ersten Kriegsmonaten die Konfrontation mit der bis dahin nicht gekannten Brutalität und Massengewalt des modernen, industrialisierten Krieges, der indes unbeirrt weiter geführt wurde, auch an der Heimatfront. Faktenreich berichtet P. über Expansionsprogramme von Industriellen und Alldeutschen, über das Wirken vaterländischer Vereine, Gesellschaften und Gruppierungen, über die umfängliche hurrapatriotische Kriegspublizistik (der sich auch der „Simplicissimus“ nicht entzog) oder die zahlreichen Künstlerflugblätter und -zeitschriften unterschiedlicher politischer Provenienz und Richtung. Nicht in den Blick kommt die mentale Militarisierung der Jugend durch die jeweiligen Bildungsinstanzen. Der bekannte, von 93 Geistesschaffenden (u. a. Max Liebermann, Gerhart Hauptmann, Max Reinhardt, Wilhelm Röntgen) unterzeichnete Aufruf „An die Kulturwelt“ sowie die ihn unterstützende „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“, die deutsche Kriegsschuld und Völkerrechtsverletzungen leugneten und zudem verkündeten, dass die deutsche Kultur ohne den deutschen Militarismus längst vom Erdboden verschwunden wäre (S.217), werden in ihren verheerenden und langfristigen Auswirkungen auf die internationalen kulturellen wie wissenschaftlichen Beziehungen untersucht.

Dem allgemeinen Versagen des Internationalismus und der Spaltung der Arbeiterbewegung sind ebenfalls mehrere Passagen gewidmet. Zugleich verfolgt P. die Feindbildproduktion und die „nationalistischen Gemütswallungen" (S.214) bei Kriegspartnern und Kriegsgegnern, vor allem Frankreich und England (die Denkwelten russischer Intellektueller bleiben weitgehend ausgespart). Schließlich war dieser Krieg der erste große Propagandakrieg des 20. Jh., der in allen beteiligten Ländern Kultur- und Ideologieproduzenten freiwillig oder unfreiwillig einbezog (in Großbritannien z. B. H. G. Wells, Connan Doyle und Edgar Wallace). In Wien entstand das Kriegspressequartier, das neben dem Kriegsarchiv immerhin Hunderte von Schriftstellern und Künstlern (u. a. Rainer Maria Rilke, Egon Erwin Kisch, Stefan Zweig) vor dem Fronteinsatz schützte. Doch: „Nie verloren so viele bedeutende Künstler und Schriftsteller ihr Leben an der Front wie im Ersten Weltkrieg" (S.281f.), resümiert P. Ausdrücklich hebt er Mut und Konsequenz der zeitgenössischen Kriegsgegner hervor, beschreibt die Aktivitäten Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs sowie das Bestreben der Spartakusgruppe, internationale Beziehungen neu zu knüpfen. Er würdigt darüber hinaus Otto Rühle, Heinrich Mann, Albert Einstein, Hermann Hesse, Arnold Zweig, George Grosz, Franz Pfemfert, Otto Dix, Johann Wilhelm Muehlon (einst Direktor für Kriegsmaterial bei der Krupp-AG), Gustav Landauer, Erich Mühsam und viele andere, lenkt aber auch die Aufmerksamkeit auf britische Pazifisten wie Bertrand Russell und George Bernard Shaw, auf die Franzosen Henri Barbusse und Romain Rolland oder Upton Sinclair aus den USA. Manche Kriegsgegner oder Angehörige binationaler Familien gingen ins Schweizer Exil (Hermann Hesse, Ernst Bloch, Ferruccio Busoni, Claire und Yvan Goll u. a., Rolland lebte ohnehin hier) und wirkten dort für ein neues kulturelles Miteinander. Geheime Konferenzen in Zimmerwald und Kiental suchten unter Beteiligung von Wladimir I. Lenin und Leo Trotzki die Kräfte der Internationale erneut zu sammeln, die „Weißen Blätter" erschienen und die Antikunstbewegung des Da-Da entstand. Sehr zugute kam dem Buch die frühere Beschäftigung P.s mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Vor allem seine Ausführungen über die schwierige Entscheidungssituation der Juden im Deutschen Reich, die prekäre Situation der Ostjuden und die Weiterentwicklung des zionistischen Bestrebens profitieren davon, nicht minder die Abschnitte über die von militanten Futuristen unterstützte Entstehung des Faschismus in Italien. Im Kapitel über die Ideen von 1917 wendet sich P. nochmals der Arbeiterbewegung zu, problematisiert die Gründung der Gruppe „Internationale" sowie das Entstehen der USPD, aber auch der Deutschen Vaterlandspartei, und erörtert das 14-Punkteprogramm Woodrow Wilsons. Nach Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die jeweiligen Bewusstseinslagen wird nicht gefragt. Zu den Vorzügen des Bd. gehört zweifellos, dass die fatalen Entwicklungslinien (und Personalien) sichtbar werden, die vom Ersten Weltkrieg zur Nazizeit und zum Zweiten Weltkrieg führten.

Evemarie Badstübner

Gerd Fesser: Deutschland und der Erste Weltkrieg (Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie), PapyRossa, Köln 2014, 123 S., ISBN 978-3-89438-540-8

Statt eines umfangreichen Bd. legt Fesser eine kleinere Publikation vor, die dennoch in komprimierter Form ein umfassendes Bild von der Rolle des deutschen Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg und bei dessen Entfesselung gibt.

Gegliedert in 23 in sich geschlossene Kapitel werden kenntnis- und materialreich teils in chronologischer Abfolge, teils mit thematischer Schwerpunktbildung politische, militärische, ökonomische, soziale und kulturelle Vorgänge beleuchtet.

Besonderes Augenmerk wird der Vorgeschichte des Krieges und seiner Entfesselung geschenkt. Kritisch setzt sich F. mit solchen Auffassungen wie der vom „Hineinschlittern" in den Krieg bzw. vom angeblich gleichen Schuldanteil aller Mächte an seinem Ausbruch auseinander und betont dabei die besondere Verantwortung des deutschen Kaiserreichs für den Weg in die Weltkatastrophe. Das in älteren Darstellungen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges arg strapazierte „Augusterlebnis" im Sinne einer Kriegsbegeisterung aller Volksschichten wird als ein Wunschbild zeitgenössischer Kriegsapologeten benannt, das von konservativen Historikern ungeprüft übernommen wurde. Kritisch beleuchtet wird auch der irreführende Begriff „Kriegssozialismus", wie er für das System halb staatlicher, halb privatwirtschaftlicher Lenkung der deutschen Kriegswirtschaft geprägt wurde.

Den ihr gebührenden Platz räumt der Vf. der Rolle der deutschen Arbeiterbewegung ein. Scharf kritisiert er die Mehrheit der führenden Sozialdemokraten, die sich für eine Politik des „Burgfriedens" mit den Herrschenden entschlossen, während er in den linken Gruppierungen die wichtigste Kraft der sich formierenden Antikriegsbewegung sieht. Den Höhepunkten des Klassenkampfes in Deutschland während des Krieges sind eigenständige Kapitel gewidmet, ebenso auch den beiden russischen Revolutionen von 1917.

Wenngleich der Schwerpunkt der Darstellung, wie es der Titel schon ankündigt, auf Deutschland liegt, werden auch, so es von der Sache her geboten erscheint – wie z. B. bei den Betrachtungen zum Kriegsverlauf – die Absichten und Handlungen der Verbündeten respektive Gegner des Kaiserreiches in die Darstellung einbezogen. Ein kurzer Streifzug durch die Literatur zum Ersten Weltkrieg und eine Bilanz des Krieges, die sich nicht nur auf die Zahl der Toten, Krüppel und Siechenden beschränkt, sondern auch die materiellen Schäden, die Kriegskosten und die Kriegsgewinne sowie die durch den Krieg bewirkten politischen Veränderungen und die Verschiebungen im ökonomischen und politischen Kräfteverhältnis zwischen den Mächten sichtbar macht, schließen den Bd. ab, der dem Anspruch, Basiswissen über Deutschland im Ersten Weltkrieg zu vermitteln, voll und ganz gerecht wird.

Thematisch gegliederte Literaturhinweise sind dem Bd. beigegeben.

Baldur Kaulisch

Alfred Pesendorfer: Die gescheiterte Revolution. Deutschland 1918/19, tredition Verlag, Hamburg 2012, 228 S., ISBN 978-3-8491-2090-0

Eine erschöpfende Gesamtdarstellung der Deutschen Revolution nach dem Ersten Weltkrieg steht immer noch aus. Pesendorfer unternimmt nun in dem vorliegenden Bd. den Versuch, ihre Vorgeschichte und ihren Verlauf nachzuzeichnen. Er referiert hierzu die allgemein bekannten Entwicklungsstationen. Den Auftakt bilden die Debatten in der SPD vor und während des Krieges, die Parteispaltung und die Antikriegsstreiks. Es folgen die Ereignisse der Revolution im Reich und in Berlin, die Politik der Arbeiterparteien und der Volksbeauftragten, schließlich die Ereignisse nach dem November 1918 bis hin zur Bayrischen Räterepublik.

In der Darstellung erfährt der Leser wenig Neues, vor allem, weil sich der Autor fast ausschließlich auf die ältere Literatur und einige wenige, bereits ausgiebig analysierte Quellen stützt. Wie der Titel schon verrät, setzt sich P. kritisch mit der Revolution auseinander. Er führt ihr Scheitern auf die illusionären Hoffnungen der SPD, die Zerrissenheit der USPD und den Putschismus der KPD zurück (S.203f.). Außerdem seien die Räte meist nur dem Namen nach Räte gewesen, deshalb hätten sie keine Basis für ein entschlossenes Weitertreiben der Revolution sein können. An dieser Stelle hätte man sich eine etwas tiefer gehende Analyse gewünscht, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die Rätebewegung in der zweiten Revolutionsphase ab dem Frühjahr 1919 auf eine Wiederbelebung der Räte setzte. Doch davon erfährt man bei P. nur wenig, auch weil generell dieser Abschnitt sehr knapp ausfällt.

Manche Thesen des Autors sind durchaus diskussionswürdig. Man kann beispielsweise mit guten Gründen gegen seine Feststellung argumentieren, die Revolution sei mit der Bayrischen Räterepublik zu Ende gegangen. Heinrich August Winkler beispielsweise datierte deren Ende schon auf die Wahl der Nationalversammlung, andere Historiker wollen noch den Kapp-Lüttwitz-Putsch oder gar die Krise von 1923 einbezogen wissen. Leider bleibt P. dem Leser eine Begründung für seine Datierung schuldig. Einer Erläuterung hätte auch die Feststellung bedurft, ohne eine revolutionäre Partei sei eine soziale Revolution nicht möglich (S.152). Ist denn das leninistische Revolutionskonzept tatsächlich so alternativlos, wie es hier impliziert wird? Und falls ja: warum? Wer in diesen und anderen Punkten eine Auseinandersetzung mit der reichhaltigen Forschungsliteratur erwartet, wird auch hier enttäuscht. Die wichtigsten Positionen werden weder dargestellt noch kritisch hinterfragt.

Ähnlich sorglos geht der Autor mit den Quellen um. Mehrfach werden aus diesen entnommene Ansichten umstandslos als Tatsachen präsentiert. Das zeigt sich beispielsweise an der Wiedergabe des berühmten Telefonats von Friedrich Ebert mit General Groener vom 10. November 1918. Dessen Inhalt und vor allem dessen Deutung werden ohne weitere Erläuterung oder gar kritische Analyse entsprechend Groeners Aussagen im „Dolchstoßprozess“ von 1925 wiedergegeben (S.87f.). Aber handelte es sich wirklich um ein Bündnis unter Gleichen, wie es Groener nachträglich behauptete? Und

stand dahinter tatsächlich ein solcher politisch-strategischer Weitblick, wie ihn der General für sich im Rückblick reklamierte?

Durch den gesamten Bd. ziehen sich kleinere und größere sachliche Fehler, von denen nur einige hier beispielhaft genannt werden sollen. Das Sozialistengesetz trat schon 1878, nicht erst 1879 in Kraft – und beschlossen wurde es natürlich von Reichstag und Reichsrat, nicht dem Reichskanzler (S.12). Ernst Mehlich war seit dem Frühjahr 1920 Reichs- und Staatskommissar für das Ruhrrevier, nicht aber seit Februar 1919 Volkskommissar (S.96). Ernannt hat er sich auch nicht selbst, sondern er wurde von seinem Vorgänger und Vorgesetzten, dem preußischen Innenminister Severing, eingesetzt. Weder die KPD noch die USPD boykottierten den zweiten Reichsrätekongress; außerdem fand dieser im April 1919 statt, nicht im Februar (S.97). Der Eisner-Mörder Graf Arco wurde 1924 nicht von Hindenburg aus der Haft entlassen, denn der war damals noch gar nicht Reichspräsident; vielmehr amnestierte Hindenburg ihn erst 1927 endgültig (S.188). Dass die revolutionären Obleute das Ende des Berliner Generalstreiks vom März 1919 forderten und durchsetzten, ist schlicht falsch (S.182). Das gleiche gilt bezüglich der Behauptung, für eine Beteiligung von Matrosen an den Märzkämpfen in Berlin gäbe es keine Beweise: Kein einziger ernstzunehmender Historiker bestreitet, dass die Volksmarinedivision involviert war. Schließlich war Otto Marloh als Verantwortlicher für den Mord an 29 Matrosen im Rang eines Oberleutnants, nicht Obersten.

Insgesamt hinterlässt der Bd. einen eher fragwürdigen Eindruck. So gelingt es dem Autor zwar, die grundlegenden Entwicklungen schlüssig darzustellen. Hervorzuheben ist insbesondere seine Fähigkeit, komplexe Sachverhalte leicht verständlich zu erklären. Diesen Verdiensten stehen aber teils erhebliche methodische, handwerkliche und bisweilen auch sprachliche Schnitzer gegenüber, von dem unzureichenden Lektorat ganz zu schweigen. Der Experte erfährt weder neue Fakten noch stößt er auf innovative Thesen. Der interessierte Laie dagegen bekommt hier zwar einen gelungenen Einstieg vermittelt, der aber leider durch die Unzuverlässigkeit in vielen Details nur sehr eingeschränkt zu empfehlen ist.

Axel Weipert

Alexander J. Schwitanski (Hrsg.): „Nie wieder Krieg!" Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale (Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, 21,) Klartext Verlag, Essen 2012, 136 S., ISBN 978-3-8375-0744-7

Der vorliegende Bd. entstand im Ergebnis der 2007 organisierten Tagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung anlässlich des 100. Gründungsjahres der Sozialistischen Jugendinternationale. Er umfasst neben einleitenden Bemerkungen des Hrsg. fünf weitere Beiträge. Entsprechend den Intentionen des Hrsg. versteht sich das Buch nicht zuletzt als Anregung zur weiteren Beschäftigung mit der im Titel formulierten Thematik und erhebt nicht den Anspruch auf eine lückenlose Darstellung. Dies wird der geneigte Leser auch akzeptieren. Dennoch bleibt zu fragen, ob die Auswahl aller

Beiträge und noch mehr deren Inhalt dem ambitionierten Titel des Bd. entsprechen. Noch problematischer erscheinen diverse Deutungsversuche zur Begrifflichkeit von Militarismus und Antimilitarismus und zu deren Definition als wandelbare Phänomene (S.9). Zweifellos stellte sich das antimilitaristische Engagement der verschiedenen Organisationen, die der Jugendinternationale angehörten, im Verlaufe ihrer Geschichte unter sich ändernden gesellschaftlichen und politischen Bedingungen differenziert dar. Aber der Antimilitarismus als wichtigstes Gründungsmotiv der Sozialistischen Jugendinternationale blieb den Protagonisten über alle Jahrzehnte und alle Veränderungen hinweg eine fix definierte Größe, eine auch programmatische Leitlinie in der Auseinandersetzung mit dem Militarismus, dessen Wesen sich nicht verändert hat. Insofern wurden weitgehend übereinstimmend „Krieg und Militarismus [als] unvermeidliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" (S.30) bestimmt.

Im ersten Beitrag des Bd. beschäftigt sich Wolfgang Uellenberg-van Dawen mit dem Antimilitarismus in der internationalen sozialistischen Arbeiterjugendbewegung im Zeitraum 1907-1939. In diesem kompakten und sehr informativen Abriss stellt der Autor alle wichtigen Etappen, Ereignisse und Probleme der Jugendinternationale im behandelten Zeitraum dar. Gleichzeitig wird das Wirken wichtiger Personen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wie Alexandra Kollontai oder Willi Münzenberg in der Jugendbewegung gewürdigt. Anzumerken bleibt, dass dieser Beitrag in Struktur und Inhalt kaum über die Arbeit von Heinrich Eppe (The Power of Solidarity, 80 Years Socialist Youth International, Bonn 1987) hinausgeht.

Guido Gründewald beschäftigt sich mit der deutschen Friedensbewegung im Zeitraum 1900-1933 und deren Platz im europäischen Rahmen. Er versteht seine Skizze, eine überarbeitete Fassung des Konferenzbeitrages von 2007, ausdrücklich nicht als Organisationsgeschichte, sondern stellt Ideen und Motive, aus denen sich pazifistisches Denken speiste, in das Zentrum seiner Betrachtungen. „Revolutionäre Pazifisten" (S.59) wie Berta von Suttner oder Alfred Hermann Fried erhalten in diesem Zusammenhang ebenso wie Ludwig Quidde, langjähriger Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1927, die ihnen gebührende Erwähnung. Kann man dem Autor auch weitgehend darin zustimmen, dass sich die Pazifisten vor dem Ersten Weltkrieg in all ihren divergierenden Strömungen vor allem als Teil einer allgemeinen Kulturbewegung verstanden, so darf deren Beurteilung als „entschiedenster Verteidiger der Weimarer Republik" (S.74) bezweifelt werden, ohne den Anteil der Pazifisten an der Unterstützung der deutschen Zwischenkriegsrepublik gering zu schätzen.

Gerd-Rainer Horn untersucht die Krise in der Sozialistischen Jugendinternationale (SJI) von 1934-1936. H. skizziert, wie sich die Auseinandersetzungen in der SJI um eine angemessene Reaktion auf die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland sowie um eine Erfolg versprechende Orientierung im Kampf gegen die faschistische Bedrohung in Europa zuspitzten. Der Diskurs um die Schaffung der Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten, zwi-

schen den romanischsprachigen und belgischen Vertretern einerseits sowie den britischen und nordeuropäischen Protagonisten in der SJI, barg durchaus die Möglichkeit der Spaltung in sich.

Die unterschiedlichen Positionen und organisatorischen Bestrebungen der jeweiligen Gruppierungen in der SJI werden von H. detailliert beschrieben. Seine Behauptung, dass die sich herausbildenden Volksfronten de facto die angestrebten Einheitsfronten der Arbeiterbewegung ersetzten und nicht deren Weiterentwicklung im Kampf gegen Faschismus und Krieg waren (S.97), erscheint jedoch mehr als fragwürdig.

In einem weiteren Beitrag beschäftigt sich der Hrsg. des Bd. mit der Dialogfähigkeit der International Union of Socialist Youth (IUSY, als Nachfolgeorganisation 1946 in Paris gegründet) während des Kalten Krieges, in Sonderheit mit dem sogenannten CIA-Skandal. Gerade unter dem Blickwinkel aktueller Entwicklungen, die unter der verharmlosenden Formel „NSA-Affäre" firmieren, erlangen diese Ausführungen besondere Bedeutung. Sch. beschreibt informativ und sehr detailliert die Versuche US-amerikanischer Behörden, und in Sonderheit der CIA, Einfluss auf verschiedene Organisationen zu nehmen und damit antikommunistische Positionen zu befördern. Welche Reaktionen solche Bestrebungen in der Organisation und deren Führungspersonal in den 1960er-Jahren auslösten, wird aufschlussreich dokumentiert.

Abschließend beschäftigt sich Karl Lauschke mit der Einflussnahme der CIA auf die europäische Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Warum dieser durchaus interessante Beitrag in einen Bd. zur Geschichte der Jugendinternationale Eingang gefunden hat, erschließt sich kaum.

Die trotz aller Einwände durchaus lesens- und empfehlenswerte Publikation hätte durch Berücksichtigung diverser Forschungsleistungen von Historikern, vor allem aus Rostock, Leipzig, Halle und Berlin zur behandelten Thematik gewiss gewonnen. Insofern ist das Buch auch ein Spiegelbild der nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik verbreiteten Praxis, Leistungen von DDR-Historikern nicht zur Kenntnis zu nehmen. *Detlef Ziegs*

Kurt Pätzold: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung, spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2012, 125 S., ISBN 978-3-360-02076-5

Ein Tucholsky-Zitat aus der „Weltbühne" vom Juli 1929 stellt der Vf. seiner kleinen Schrift voran: „Die Zahl der deutschen Kriegerdenkmäler zur Zahl der deutschen Heine-Denkmäler verhält sich hierzulande wie die Macht zum Geist". Auf Tucholsky nimmt er immer wieder Bezug, so auch am Buchende. Dort findet sich als Anlage die vollständige Wiedergabe des Artikels „Die Tafeln", der ebenfalls in der „Weltbühne" (April 1925) abgedruckt wurde. Der Antimilitarist Tucholsky, Pseudonym Ignaz Wrobel, schließt mit den Worten: „Uns fehlen andre Tafeln. Uns fehlt diese eine: Hier lebte ein Mann, der sich geweigert hat, auf seine Mitmenschen zu schießen. Ehre seinem Andenken!" Auf den Seiten dazwischen erläutert P., warum aus seiner Sicht „die Tafeln lügen" (S.11).

Denkmäler in allen Zeiten, Kulturkreisen und Gesellschaftssystemen dienen der Selbstvergewisserung einer Gemeinschaft und/oder einer territorialen Einheit. Finden wir in früheren Jahrhunderten fast ausschließlich Statuen und andere Symbole der Herrschenden und ihrer siegreichen Feldherren zum Zwecke ihrer kultischen Verehrung und somit der Verfestigung ihrer Macht – sieht man von Dichtern, Philosophen und Theologen, von Erfindern und Industriellen ab –, so entstanden in der Weimarer Republik einige wenige und nach 1945 in der DDR zahlreiche Denkmäler, die eine andere Botschaft transportieren. Die meisten Denkmäler, die in der Wilhelminischen und Weimarer Zeit entstanden, sind Kriegerdenkmäler. Nach dem Sieg gegen Frankreich und der sich daran anschließenden Reichsgründung 1871 wurden fast flächendeckend in deutschen Städten und Dörfern Reliefs und Tafeln angebracht – in Kirchen, an Schulen und Rathäusern –, Kleinskulpturen und Gedenksteine zierten bald öffentliche Plätze und Friedhöfe. Alle Objekte sollten die siegreichen Schlachten und das Gedächtnis an die Nichtwiedergekehrten im Bewusstsein der Lebenden bewahren helfen. Stein, Holz und Metall fanden für diesen Zweck Verwendung. Träger der Erinnerung waren neben Kommunen und Kirchengemeinden, Veteranen-, Krieger- und Schützenvereine, Korporationen und betuchte Einzelpersonen.

Diese erste Welle der Errichtung von Erinnerungszeichen hielt bis 1913 an und beförderte auch eine Reihe monumentaler Gedenkbauten, so z. B. das 1883 fertig gestellte rheinische Niederwalddenkmal und zuletzt das Völkerschlachtdenkmal, das rechtzeitig zum 100. Jahrestag des Sieges der Anti-Napoleon-Koalition bei Leipzig eingeweiht wurde. Diesen und anderen Monumenten kam überregionale Bedeutung zu, sollten sie doch die Nation einen und identitätsstiftend wirken. Sie waren darauf angelegt, Größe und Macht des Reiches zu betonen, weniger der Kriegstoten zu gedenken. Erstaunlich, dass der Autor die vor dem Ersten Weltkrieg entstandenen Großbauten keiner kritischen Würdigung unterzieht.

Anders verhält es sich mit dem Tannenberg-Denkmal, das ab 1924 in dreijähriger Bauzeit entstand. Die Gegend um das ostpreußische Hohenstein war Ende August 1914 das Hauptkampfgebiet zwischen der kaiserlichen Armee und der des Zaren, die Schlacht endete mit einer Niederlage der russischen Truppen. Der ehemalige Feldmarschall Paul von Hindenburg, ein Meister der Selbstinszenierung und Heroisierung – der „Sieger von Tannenberg" –, konnte im Herbst 1927 dann als Reichspräsident den Monumentalbau einweihen, eine Totenburg. In ihr wurde er acht Jahre später selbst beigesetzt und die Anlage zum „Reichsehrenmal" erklärt. Hindenburg war es schon unmittelbar nach der Schlacht gelungen, die geografischen Koordinaten Richtung Tannenberg zu verschieben, konnte doch so eine 500 Jahre zurückliegende Niederlage des Deutschen Ritterordens an dieser Stelle überstrahlt werden. Die Entstehung nationaler Mythen lässt sich hier exemplarisch nachvollziehen, woran erstmals das noch junge Medium Film erheblichen Anteil hatte.

Ab 1920 setzte eine zweite Welle des Erinnerns ein. Nun wurden keine Kaiser- und Siegesdenkmäler mehr erbaut, sondern Zeichen gesetzt, um der et-

wa zwei Millionen „gefallener" Soldaten zu gedenken. Hier setzt P. mit seiner Sprachkritik an (die Ikonografie der Denkmäler interessiert ihn erst in zweiter Linie) und fragt: „Gefallen, wohin"? Er führt den Euphemismus des „Gefallenen" auf Kriegsformen zurück, in denen die Kämpfenden noch mit Trommelwirbel und Fanfaren aufeinander zu marschierten und „die Getroffenen in der ersten Reihe" zu Boden sanken, „sie waren *gefallen*". Neben dem „natürlichen Tod" – so der Vf. – ist „das häufigste auf andere Weise verursachte Ende eines Menschenlebens [...] seit Generationen jenes auf Schlachtfeldern von Kriegen. Merkwürdig, dass davon und zur Unterscheidung vom natürlichen Tod nicht von einem *gesellschaftlichen Tod* gesprochen wird. Das wäre der Sache angemessen, denn es sind gesellschaftliche Zustände und Interessen, die Kriege hervorbringen und mit ihnen den ‚Soldatentod'." (S.30)

Weitere Euphemismen („Auf dem Bette der Ehre", „Unsere Heldensöhne", „Gott war mit uns") werden kapitelweise ausgeleuchtet und beispielhaft belegt. Die zahlreichen und überlegt ausgewählten Abbildungen von Erinnerungszeichen, seien es nun einfache Holztafeln in Kirchen oder Kriegerdenkmäler auf öffentlichen Plätzen und Friedhöfen, dienen zur Unterstreichung seiner Argumentationskette. Überhaupt ist die Illustrierung des Buches hervorzuheben.

Im Kapitel „Unsere Heldensöhne" gibt sich der Vf. verwundert darüber, dass das im NS-Staat errichtete Hamburger Denkmal für das Infanterie-Regiment Nr. 76 – das „das in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten wohl am meisten umstrittene" ist (S.41) – die Alliierte Kontrollratsdirektive Nr. 30 vom Mai 1946 unbeschadet überdauern konnte. Die in der Anlage vollständig wiedergegebene Direktive sah die Zerstörung oder zumindest Entfernung von Texten und Symbolen mit „militärischem und nationalsozialistischem Charakter" vor. Der „martialische Klotz" (ebenda) mit seinen lebensgroßen Soldaten, die in einem vierseitigen Relief umlaufend „ins Feld" ziehen, und der Aufschrift „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen" steht noch immer. Richtig, doch seit Mitte der 1980er-Jahre wird es von einem zweiteiligen Gegendenkmal des Wiener Bildhauers Alfred Hrdlicka flankiert. Die hinzu gefügten Skulpturen sind den Opfern des Hamburger Feuersturms und den Insassen des KZ Neuengamme gewidmet, die von der SS 1945 auf Schiffe verbracht und durch britische Flugzeuge irrtümlich bombardiert wurden. So starben auf der „Cap Arcona" und der „Thielbek" mehr als 7.000 Menschen einen überaus tragischen Tod. Die von Hrdlicka geplanten Teile „Soldatentod" und „Frauen im Faschismus" sollten das Gegendenkmal komplettieren, wurden aus Kostengründen aber nicht mehr realisiert. Ist dies dem Autor nicht bekannt? Zumindest findet es keine Erwähnung.

Das Gedenken an die im Zweiten Weltkrieg getöteten deutschen Soldaten halten heute keine jüngst entstandenen Kriegerdenkmäler wach. Allerdings bediente man sich viele Jahrzehnte lang in der Bonner Republik der „alten" Symbole und ergänzte sie in der Regel mit den Jahreszahlen 1939-1945 und den Namen der „Gefallenen". Verneint wird vom Autor die mögliche Annahme, dass „die rühmenden Sprüche, die der Väter Generation gegolten

hatten, nun auch für die Söhne gelten sollen". Denn „der Mehrheit der Deutschen galt das Deutschland unter dem Hakenkreuz nicht mehr als ihr Vaterland" (S.65). Sie fühlten sich von den NS-Machthabern betrogen, wollten vergessen und schlüpften flugs in eine Opferrolle hinein.

Die letzten Kapitel behandeln Denkmäler, die die vier Siegermächte nach 1945 in Deutschland – meist auf Soldatenfriedhöfen – erbauten, „andere Tafeln" (z. B. in Torgau) oder Plastiken von Barlach und Kollwitz sowie Mahnmale für die Opfer des Faschismus und Erinnerungszeichen für Menschen, die Widerstand leisteten.

P. hat eine nützliche Arbeit vorgelegt, die zur Auseinandersetzung mit der Symbolik des Gedenkens an vergangene Kriege anregt und vielleicht bewirken kann, dass militaristische Überzeugungen und ihre skulpturalen Ausdrucksformen korrigiert werden.

Herbert Bauch

Peter Brandt/Detlef Lehnert: „Mehr Demokratie wagen". Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010, Vorwärts Buch Verlag, Berlin 2013, 300 S., ISBN 978-3-86602-092-4; **Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart**, Verlag C. H. Beck, München 2012, 144 S., ISBN 978-3-406-63717-9

Aus Anlass des 150. Jahrestages der Gründung der SPD gab es zahlreiche parteioffizielle Reden und Publikationen. Die vorzustellenden Bde. reihen sich hier ein. Beide reflektieren im Wesentlichen gleiche Fakten und Entwicklungsprozesse, übereinstimmende und ähnliche Wertungen, auch teilweise differierende und kontroverse Einschätzungen. Während Brandt/Lehnert einen quellenfundierten wissenschaftlichen Überblick bieten, legt Faulenbach einen populären Geschichtsabriss für einen breiten Leserkreis vor.

B./L. haben ihren Titel einem Zitat Willy Brandts entlehnt. Sie vermitteln den Stoff in sechs Kapiteln, die jeweils 30 Jahre umfassen. Die Periodisierung der Autoren scheint zwar etwas schematisch, ist aber doch äußerst interessant und begründet: Sie ist in Generationsspannen gedacht. Ihr Nachteil: Einschneidende geschichtliche Zäsuren werden damit eingeebnet und Bewertungen verschoben.

B./L. verweisen nachdrücklich auf die Wurzeln der Sozialdemokratie in der elementaren Arbeiterbewegung des 19. Jh., werten den Bund der Gerechten als Vor- oder Frühform der Sozialdemokratie und würdigen auch den Bund der Kommunisten und die Arbeiterverbrüderung. Die Jahre 1830-1860 charakterisieren sie als die Zeit, in der die sozialdemokratische Arbeiterbewegung entstanden ist, ohne bereits eine Parteiorganisation hervorzubringen; sozialistische Ideen und gesellschaftliche Bewegung blieben noch weitgehend getrennt. Die Jahre 1860 bis 1890 standen im Zeichen von Arbeitervereinsbildungen und der Konstituierung sozialdemokratischer Organisationen. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) 1863 durch Ferdinand Lassalle erscheint weniger für die Gründung der SPD bestimmend als vielmehr die logische Fortsetzung der Entwicklung der proletarischen Bewegung und relativ gleichwertig mit der Gründung des Vereinstags Deutscher Arbeitervereine (VDAV) bzw. der Sozialdemo-

kratischen Arbeiterpartei (SDAP). Das Parteiprogramm der „recht harmonischen" Vereinigung von SDAP und ADAV in Gotha 1875 zur SAPD war von einer überwältigenden Mehrheit getragen, die dann „zu einer reichsweit organisierten Klassenpartei mit Schwerpunkt in der Industriearbeiterschaft" wurde (S.69).

Für die Zeit von 1890 bis 1920 heben die Vf. den kontinuierlichen Anstieg von Stimmenzahl und Organisationsmacht der Sozialdemokratie hervor. Das Erfurter Programm 1891 ließ die „Übernahme von Theorieansätzen des Marxismus" deutlich werden, die Überwindung der Widersprüche der bestehenden kapitalistischen Ordnung schien der Sozialdemokratie allein durch „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln" und die politische Macht der Arbeiterklasse möglich (S.75f.). Unter dem Aspekt „Theoriediskussion und Organisationspraxis" analysieren B./L. Reformismus-Streit und Revisionismus-Debatten, die zwischen rechten Reformisten und radikalen Linken und einem dazwischen stehenden Zentrum ausgetragen wurden. Zur Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 habe es keine realistische Alternative gegeben. In der Novemberrevolution verfolgte der Rat der Volksbeauftragten, den Vf. zufolge, keine konsequente, auf die Arbeiter- und Soldatenräte gestützte Politik, sondern setzte auf die Mitarbeit des alten Regierungsapparats und brachte Militärgewalt gegen „Arbeiter und Soldaten" sowie gegen „Protestdemonstrationen" in Stellung (S.116f.); das Ende der Münchener Räterepublik im Mai 1919 zerstörte die Hoffnungen auf eine sozialistische Erneuerung (S.119).

Die Jahre 1920 bis 1950 charakterisieren die Autoren als Enttäuschung der Hoffnungen und als Epoche ständiger Niederlagen der SPD. Obwohl das Görlitzer Programm 1921 einen „revisionistischen Charakter" getragen habe, sehen B./L. den „Boden marxistischer Programmtradition nicht grundsätzlich verlassen", während das Heidelberger Programm 1925 das „Dokument eines demokratisch-marxistischen Reformsozialismus" gewesen sei (S.125, 135). Für die Weimarer Republik betonen B./L. die Beeinträchtigung der Abwehrfähigkeit der Arbeiterbewegung durch den ultralinken Kurs der KPD, kritisieren aber auch das Vorgehen der SPD gegen die KPD und das defensive Agieren der sozialdemokratischen Führung. Für den Zeitabschnitt nach Hitlers Machtantritt wird die „Politik der Konzessionen gegenüber dem NS-Regime" (S.151) aufgezeigt. Die Kurskorrektur im Prager Manifest erfolgte, um den Forderungen aktiver Widerstandsgruppen entgegenzukommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es in der Bevölkerung eine „antikapitalistische Stimmung" gegeben, die antifaschistische Neuordnung sollte nicht auf die Demokratisierung der politischen Institutionen beschränkt bleiben, sondern ein Entwicklungsweg „jenseits des Kapitalismus" eröffnet werden. Aber die Umwälzungen in Osteuropa hielten die sozialdemokratische Arbeiterbewegung „vom Primat der sozialistischen Neuordnung" ab, heißt es (S.161). Im Frühjahr/Sommer 1945 habe eine größere Zahl, wenn nicht die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten eine Einheitspartei der Arbeiterbewegung befürwortet. In der Verschmelzung von KPD und SPD zur SED in der SBZ erblicken B./L. jedoch einen radika-

len Bruch, da diese hinsichtlich „des auf die Sozialdemokraten ausgeübten Drucks manche Züge einer Zwangsvereinigung [zeige], ohne in dieser Bezeichnung aufzugehen“ (S.168). In diesem Zusammenhang stellen sie zur Urabstimmung in West-Berlin fest, deren Ergebnis sei „zumeist in der einen oder anderen Richtung einseitig interpretiert“ worden, zeige aber sowohl den Kampf um Eigenständigkeit der SPD (Schumacher) als auch das Bemühen um ein politisches Bündnis mit den Kommunisten (Grotewohl) (S.168).

1950 bis 1980 etablierte sich die SPD mehr als zuvor in einem deutschen Staat und trug sogar Regierungsverantwortung. Sie habe sich von Anfang an darauf eingestellt, den westdeutschen Staat mitzugestalten, auch wenn die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und sozialdemokratischer Programmatik so groß war, dass die SPD die BRD „nur sehr bedingt als ihren Staat empfinden konnte“ (S.177f.). Die im Godesberger Programm allgemein gehaltenen Grundwerte und -forderungen ließen sich „nicht auf Realisierung in praktischer Politik“ überprüfen, meinen die Autoren; die SPD habe sich mit dem Sozialismus als „dauernder Aufgabe“ vom Scheitern an eigenen Ansprüchen entlastet (S.188). Anschließend beleuchten B./L. den folgenden „Kurs der Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU: Bei Entstehen der Großen Koalition 1966 begann die SPD wieder, ein deutlicheres Eigenprofil zu gewinnen (S.195). Die Bildung der Regierung Schmidt 1974 sei als „Umstellung der SPD von Reformzielen auf Krisenmanagement“ und als Auslaufphase der Reformpolitik zu werten (S.211).

Im letzten Kapitel behandeln die Autoren die Jahre 1980 bis 2010, wodurch 1989/90 als Einschnitt unterbelichtet bleibt. Diese drei Jahrzehnte waren B./L. zufolge durch veränderte Handlungsbedingungen für die europäische Sozialdemokratie und durch die globalistisch-neoliberale Gegenoffensive zum sozialdemokratischen Sozialstaatsmodell geprägt. Die Autoren zeichnen für die 80er-Jahre die sicherheits-, ost- und friedenspolitischen Konzepte in der SPD nach. Das Dokument von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ werten sie als „Rahmen für die sozialdemokratisch-kommunistische Auseinandersetzung angesichts der drohenden Selbstzerstörung der Menschheit“ (S.237). Die SED habe aber den vereinbarten „gesellschaftlichen Dialog in der DDR“ eingeengt (S.238). Die 1989 in der DDR gegründete SDP hatte, so die Autoren, analog zur Volksbewegung in der DDR die innerstaatliche Demokratisierung zum Ziel, begann sich aber mit dem Ausweiten der Bewegung ab November 1989 zu ändern. Für die westdeutsche Sozialdemokratie habe keine Möglichkeit bestanden, eine maßgebende Rolle im Einigungsprozess zu spielen, die Bilanz fällt 1990 für die SPD damit „ziemlich ungünstig“ aus (S.242).

Beim Blick auf die Herstellung der staatlichen Einheit verweisen die Autoren auf politische Fehlentscheidungen. Im Laufe der 90er-Jahre sei dann in der SPD ein breites Unbehagen gegenüber „technokratisch-liberalen Modernisierern“ (S.249) entstanden, das Schröder-Blair-Papier habe weder Traditionalisten noch Anhängern neuer, nicht einseitig ökonomischer Zielsetzungen eine Perspektive vermittelt können. Die im Zeichen des Neoliberalismus vertretenen wirtschaftlichen und sozialen Positionen der SPD unterziehen B./L.

schließlich einer deutlichen Kritik. Mit Blick auf die letzten im Buch analysierten Landtagswahlen 2010 kommen sie zum Ratschlag, nun „nicht dem konservativen Reflex der häufig angstbesetzten Rufe nach einer Großen Koalition nachzugeben", sondern als „eine mögliche Variante von ‚mehr Demokratie' wagen" eine rot-grüne Minderheitsregierung zu bilden (S.265).

Faulenbach behandelt die Thematik in 14 Abschnitten. Er legt sich stärker auf 1863 als Gründungsdatum der SPD fest. Zwar versäumt auch er nicht zu betonen, „ihre Wurzeln reichen bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurück". F. fixiert sich aber auf die „organisatorische Kontinuität" seit der ADAV-Gründung 1863. Die 1860er- und 1870er-Jahre gelten ihm als die eigentliche formative Phase der SPD. Als zweiten Gründungsstrang betont er jedoch den VDAV bzw. die SDAP. Bei der Vereinigung 1875 in Gotha konnten sich im Programm der SAPD „beide Richtungen wiedererkennen" (S.15). F. hebt hervor, dass die Sozialdemokratie schon „von ihrer Entstehung" eine demokratische Volkspartei war, da sie Forderungen nach Demokratie und nach Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung miteinander verband (S.15f.).

Für die Zeit nach der Jahrhundertwende konstatiert er, dass die Partei für die Mitglieder einen hohen Wert gehabt habe, durch die zahlreichen Funktionäre sei aber eine „Oligarisierung" und „Verbürgerlichung" eingetreten (S.25). Das revolutionäre Ziel einer sozialistischen Gesellschaft und ein radikaldemokratisches Reformprogramm hätten nebeneinander bestanden; zwischen dem linken und rechten Flügel „lag das Zentrum, die Parteiführung mit August Bebel" (S.31).

Als entscheidend für die Parteienspaltung im Ersten Weltkrieg hebt F. die Kriegskreditfrage und die Burgfriedenspolitik hervor. „Der in der Novemberrevolution 1918/19 sich herausbildende Gegensatz von Sozialdemokraten und Kommunisten", vom Autor als „Demokratie-Diktatur-Gegensatz" bestimmt, habe in der Folgezeit „die Position der Linken" geschwächt (S.40). Die KPD habe die SPD „mit allen Mitteln" bekämpft (S.54). Für die gesamte Weimarer Republik stellt F. im Sinne des Totalitarismus-Klischees die Sozialdemokratie als „demokratische Alternative sowohl zum NS-Lager als auch zum Kommunismus" dar (S.37, 55).

In der Weimarer Republik begann die SPD sich, F. zufolge, „einerseits zu einer staatstragenden Partei zu entwickeln, andererseits aber an ihrer Tradition als Oppositionspartei mit klassenpolitischen Zielen festzuhalten" (S.37). Das Fehlverhalten des Rats der Volksbeauftragten in der Novemberrevolution und das Bestreben, den „revolutionären Prozess zu kanalisieren", entschuldigt F. damit: „Sie waren Demokraten, die sich entschieden gegen jede Diktatur wandten." (S.39)

Das Görlitzer Programm 1921 habe dann „auf den marxistischen Geschichtsglauben" verzichtet, demgegenüber sei das Heidelberger Programm 1925 „wieder stärker zu marxistischen Grundsätzen" zurückgekehrt, nicht zuletzt „unter dem Eindruck der Konkurrenz zur KPD" (S.45f.). Für die Zeit der NS-Diktatur wird der Anpassungskurs der SPD-Führung 1933 nicht erwähnt, das Prager Manifest letztlich auf einen Aufruf zur „Freiheit" reduziert.

Für 1945/46 verweist F. auf verschiedene Möglichkeiten von der Wie-

dergründung der SPD bis hin zu einer Einheitspartei mit den Kommunisten. Doch sei Letzteres infolge der Politik der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht gescheitert. In der Gründung der SED sieht F. „den – mit fragwürdigen Mitteln der Besatzungsmacht und der KPD herbeigeführten – Zusammenschluss (‚Zwangsvereinigung' aus sozialdemokratischer Sicht) von KPD und SPD" (S.65f.). Er betont, dass die SPD maßgeblichen Anteil an der Gründung des westdeutschen Staates und an der Ausarbeitung des Grundgesetzes hatte. Das Godesberger Programm wertet er als Abkehr von traditionalistischen Positionen und Hinwendung zu einem modernen Konzept reformerischer Politik. Die Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU beschönigt der Autor als „Umarmungsstrategie", um an die Macht zu kommen; die Politik der Großen Koalition wäre dann aber „durchaus erfolgreich" gewesen (S.80f.).

Im Kapitel „Das sozialdemokratische Jahrzehnt" betont F., dass die eigentliche Klammer der sozial-liberalen Koalition die neue Ostpolitik war, innenpolitisch sei die Reformeuphorie durch die Wirtschaftskrise 1973/74 gebremst worden. Der von der FDP herbeigeführte Bruch der Koalition habe dann in der SPD zu einer „Neuorientierung in der Opposition" (S.102), zu einer Umstellung der Arbeitsweise und inhaltlicher Schwerpunkte geführt. Auch als Oppositionspartei führte die SPD die Gespräche mit kommunistischen Parteien des Ostens fort, vor allem mit der SED. F. kolportiert unbewiesen die Auffassung, dass die SED das gemeinsame Dokument „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" zurückgezogen hätte.

Im Abschnitt „Die SPD in der Umwälzung 1989/90" verweist F. auf unterschiedliche Positionen in der SPD-Führung zur deutschen Einheit und zum Einigungsprozess. Die innerparteiliche Auseinandersetzung in den 90er-Jahren um die Führung in der SPD reduziert er stark auf persönliche Machtkämpfe. Schröder und seine Regierung erhalten Lob für „neue wirtschaftspolitische Konzepte", die SPD habe sich als kraftvolle Partei dargestellt, die sozialdemokratische Werte mit Innovationen verband (S.120f.). Die Regierungsbeteiligung von 1998 bis 2009 erscheint bei F. als zweites „sozialdemokratisches Jahrzehnt", in dem sich die SPD „Neoliberalismus und Marktradikalismus" freilich nicht entschieden entgegengestellt und in dem die „Trendwende" beträchtliche Opfer (Mitgliederschwund, Wählerverlust, Identitätskrise) gebracht habe. Realitätsfern scheint die Bewertung, die SPD habe der Großen Koalition ihren Stempel aufgedrückt (S.132f.).

B./L. und F. beenden ihre Texte mit Lehren und Konsequenzen aus der SPD-Geschichte. *Herbert Mayer*

Wolfgang Schröder: Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier; ein Fragment, hrsg. von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, 18), Karl Dietz, Berlin 2013, 478 S., ISBN 978-3-320-02289-1

2013 legte der Verlag Karl Dietz Berlin den Bd. 18 zur Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus vor. Die SPD feierte zur gleichen Zeit den 150. Jahrestag ihrer Gründung. Es ist

also gerechtfertigt, dass linke Historiker einer Persönlichkeit ihre Aufmerksamkeit widmen, die die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie im 19. Jh. weitgehend prägte. Die heutige SPD legt auf solche Führer wie Wilhelm Liebknecht wenig Wert. In den Veröffentlichungen zum 150. Jahrestag der SPD kommt sein Name nicht vor; seinen 100. Todestag im Jahre 2000 hatte man schlicht vergessen.

Der Autor des vorliegenden Bd. Prof. Dr. Wolfgang Schröder ist durch seine jahrzehntelangen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jh. national und international bekannt. Nach seinem leider viel zu frühen Ableben veröffentlichen seine Witwe Renate Dreßler-Schröder und Prof. Dr. Klaus Kinner, vormals Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, einen bedeutenden Teil seines Nachlasses.

Auf etwa 400 Seiten beschäftigt sich Sch. kritisch und zugleich liebevoll mit dem Leben und Wirken von Wilhelm Liebknecht. Der Autor weist nach, dass Liebknecht als enger Freund und Mitstreiter von Karl Marx und Friedrich Engels das Fundament für eine revolutionäre Arbeiterbewegung im nationalen und internationalen Rahmen schuf. Liebknecht verbreitete marxistische Auffassungen, so wie er sie verstand, unter Arbeitern und Gleichgesinnten. Er hatte neben August Bebel, Wilhelm Bracke und anderen an der Vorbildwirkung der deutschen Arbeiterbewegung hervorragenden Anteil.

Der vorliegende Bd. stellt keine Einheit dar. Er enthält wichtige Ausarbeitungen zu einer noch fertig zu stellenden Wilhelm-Liebknecht-Biografie. Anhand von zum Teil verstreut lagernden Aktenbeständen in Amsterdam, Moskau, Dresden, Berlin und in Auswertung vieler örtlicher Bestände, vor allem Sachsens, verfolgt der Autor Liebknechts Schaffen. Manche Abschnitte in der Arbeit sind noch nicht endgültig ausgearbeitet, enthalten aber interessante Details aus dem persönlichen Leben Liebknechts, werfen auch neue Fragen für die Forschung auf. Verblüffend für jeden Leser sind die gründlichen Verweise auf die Quellen, die so manch Interessierten ob ihrer Vielfalt verwirren können. Auch die häufigen Hinweise auf veröffentlichte Literatur vergangener Jahrzehnte (leider kommen sowjetische Autoren wenig vor) tragen insgesamt zum Fundus der Arbeit bei.

Liebknecht selbst verfasste, wie Sch. nachweist, als Redakteur bzw. Chefredakteur verschiedener sozialdemokratischer legaler und illegaler Blätter mehr als 10.000 Artikel. Er hielt sich in Arbeiterkneipen auf, sprach auf anstrengenden Agitationstouren und in Tausenden von Volks- bzw. Arbeiterversammlungen, nahm seine Landtags- und Reichstagsmandate sehr ernst und entwickelte sich somit zu einem wahren Volksvertreter – und dies alles ohne finanzielle Unterstützung oder Diäten. Eigene Fehler gestand Liebknecht offen ein, korrigierte sie und setzte, getragen vom Vertrauen vieler sozialdemokratischer Anhänger, seine Tätigkeit für die Arbeiterbewegung unermüdlich fort, was in der Arbeit vielfach gewürdigt wird.

Sch. untersucht fehlerhafte Auffassungen in der Geschichtsschreibung auch in der DDR. So widmet er einen speziellen Abschnitt dem Gothaer Parteitag 1875 und korrigiert die harte Kritik, die Bebel, Bracke, aber auch vor allem Marx und Engels an dem Kom-

promiss zwischen ADAV und marxistischen Sozialdemokraten sowohl theoretisch als auch praktisch übten.

Sch. legt bei seinen Darlegungen oftmals wenig Wert auf Bekanntes, wie den antimilitaristischen Kampf der Sozialdemokratie im 19. Jh. Auch Liebknechts Anteil an der Erarbeitung programmatischer Aspekte nimmt nur wenig Raum ein. Die letzten zehn Jahre Liebknechts konnten in der Begrenzung bis 1890 leider kaum Beachtung finden. Lediglich in dem Abschnitt „Wilhelm Liebknecht und Friedrich Engels" widmet er sich dem Themenkreis ausführlicher und nimmt Liebknecht gegenüber Engels' oftmals unbegründeter Kritik in Schutz. Trotz mehrfacher Differenzen vor allem in der praktischen Parteipolitik, aber auch in theoretischen Fragen bewahrte Liebknecht stets seine enge Freundschaft zu Engels und bemühte sich, die Lehren der beiden Theoretiker in der Arbeit umzusetzen.

Insgesamt ist diese Veröffentlichung ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung im 19. Jh. Sie trägt zur Würdigung jener deutschen Sozialdemokraten bei, die vor allem in der SPD-Geschichtsschreibung immer mehr in Vergessenheit geraten.

Dem Bd. sind ein ausführliches Personenregister, eine Aufreihung Liebknechts wichtigster Lebensdaten, eine Bibliografie der wissenschaftlichen Veröffentlichungen Wolfgang Schröders aus den Jahren 1961 bis 2011 sowie ein Curriculum vitae Schröders beigegeben. *Marga Beyer*

Jürgen Schmidt: August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie, Rotpunktverlag, Zürich 2013, 285 S., ISBN 978-3-85869-538-3

Nach reichlich 20 Jahren erschien im Frühjahr 2013 eine neue Bebelbiografie, gerade zur rechten Zeit. Am 13. August jährte sich Bebels Todestag zum 100. Mal. Außerdem feierte die SPD mit der Konstituierung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 23. Mai 1863 ihren 150. Gründungstag. Damit war der Biografie ein Interesse weit über den Kreis der Historiker hinaus gesichert. Der Autor rückt Bebels Entwicklung als Politiker in den Mittelpunkt. In seiner Aussage unterscheidet er sich von der 1988 erschienenen Biografie von Brigitte Seebacher-Brandt: Bebel. Künder und Kärrner im Kaiserreich, Berlin-Bonn 1988. Diese leitete aus Bebels Konfrontation zum Kaiserreich dessen Scheitern als Politiker ab. Sch. weist dagegen mit viel Kenntnis und Sympathie für Bebel nach, wie dieser in Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen Aufstieg der Arbeiterbewegung zur herausragenden Politikerpersönlichkeit im Kaiserreich reifte. Er zeigt, wie es der Sozialdemokratie angesichts zunehmender Industrialisierung und weiterer Ausprägung gesellschaftlicher Gegensätze gelang, Massen politisch zu mobilisieren und den Interessen der Arbeiter eine qualitativ neue öffentliche Tribüne zu geben. Damit einhergehend wurde für die Arbeiterrepräsentanten die Politik immer mehr zum Beruf. Dieser Prozess spiegelt sich in herausragender Weise in Bebels Lebensweg wider.

Der Vf. gliedert ihn in vier Abschnitte. „Der Weg in die Politik" beginnt 1862/63 und führt bis zu Bebels Trennung von liberalen Auffassungen, seiner Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeiterassoziation, der Wahl zum Mitglied des Konstituierenden Norddeutschen Reichstags sowie zum Vor-

sitzenden des Verbandes Deutscher Arbeitervereine im Jahr 1867. „Leben für die Politik" ist bis 1888/89 datiert, gekennzeichnet durch das Nebeneinander von Politik und Erwerbstätigkeit. Der Abschnitt „Politik als Beruf" umfasst die 90er-Jahre des 19. Jh. und reicht bis zum Parteitag in Dresden 1903. „Politik bis in den Tod" setzt mit dem Internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam 1904 ein und ist auf „Rededuelle und Kriegsprophetie" konzentriert.

„Vom Handwerksgesellen zum Politstar" heißt es auf dem Einbandrücken des Buches. Unter diesem Gesichtspunkt wählt Vf. die Fakten und Zitate aus, mit Vor- und Rückgriffen. Flüssig geschrieben, legt er zügig seine Überlegungen dar. Wer Bebels Wirken detailliert und in chronologischer Abfolge kennenlernen möchte, muss dagegen zu der 1989 in Berlin erschienenen, bisher umfangreichsten Bebel-Biografie greifen: August Bebel. Eine Biographie, Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich.

Die Jahre 1867 bis 1872 hebt Sch. besonders hervor. Sie „bildeten das Fundament für Bebels künftiges politisches Leben" (S.111). In dieser Gründungsphase der Sozialdemokratie entfaltete er seine Talente „als Organisator, Agitator, Volksredner, Theoretiker und Reichstagsabgeordneter. [...] Überhaupt war es die Kombination aus all diesen Rollen, die Bebel eben erst zu der Führungsfigur werden ließ." (ebenda) In diesem Sinn verfolgt der Vf. Bebels Wirken, das sich in enger Verbindung mit der Basis vollzog. Er kennzeichnet die sozialistische Ideologie und Programmatik, die politische und soziale Reformen auf dem Weg dahin einschließt, und betont die marxistische Sicht Bebels. Das Buch macht Schluss mit dem Vorurteil, Bebel sei lediglich ein Pragmatiker gewesen, der keine theoretischen Fähigkeiten besessen hätte. Das ließe sich angesichts der 1997 abgeschlossenen zehnbändigen Werkausgabe „August Bebel: Reden und Schriften" auch schwerlich halten (siehe Jahr-Buch, 2013/III, S.7f.) Ein Bebel tief prägendes Ereignis dieser Jahre wird jedoch nicht einmal erwähnt: die Pariser Kommune von 1871.

Ein Anliegen des Vf. ist es, in Bebels Lebenswerk aktuellen Fragen nachzugehen, wie Problemen der Integration in die Gesellschaft, sozialer Gerechtigkeit, politischer Teilhabe und Zukunft der Gesellschaft. So bezeichnet er Bebels Rede vom 26. November 1870 gegen den Annexionskrieg des Deutschen Reiches als „eine Sternstunde seines parlamentarischen Engagements". Bebel „sah die künftigen strukturellen Probleme im deutsch-französischen Verhältnis voraus, forderte völkerrechtliche Standards ein und entwarf die Vision eines friedlichen Europas jenseits von Nationalitätenhass" (S.110f.).

Bebels Hauptwerk „Die Frau und der Sozialismus" wertet Sch. als einen wichtigen Faktor für Bebels Ansehen und Ausstrahlung – sowohl wegen der sozialistischen Perspektive als auch wegen der Forderungen nach Frauenemanzipation. Dass „Bebel trotz aller Gleichberechtigungsradikalität die duldsame Ehefrau predigte, die vom Mann zu Hause politisch erzogen" wird (S.123) – diese Feststellung des Vf. steht in Widerspruch zu Bebels Buch und zu dessen politischem Handeln. Sch. ignoriert die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau und ihre politische Entmündigung im Kaiser-

reich. Er unterstreicht aber, dass sich die Bebel-Familie „deutlich vom kleinbürgerlichen und bürgerlichen Familienmodell“ unterschied (S.155). Bebels Kampfgefährten kommen kurz weg. Dagegen findet die „intensive, intime Freundschaft“ (S.161) zu Karl Marx und Friedrich Engels angemessenen Raum.

„Mit dem Sozialistengesetz nun wurde Bebel zu einer der zentralen Anlaufstellen in der Partei.“ (S.129) Bebels Feststellung, man könne in dieser zugespitzten Situation die Partei unmöglich ohne einen Zentralpunkt lassen, ist aber mit 1879 zu spät datiert. Bebel bezieht sich in seinen Erinnerungen auf die Beratung der Reichstagsfraktion mit dem Parteivorstand in Hamburg nach der ersten Lesung des Ausnahmegesetzes 1878. Weitere Irrtümer lassen sich benennen. Auch führt die Knappheit der Darstellung manchmal zu Vereinfachungen, wie bei der Schilderung der Reichstagswahl 1881.

Der Abschnitt über Bebel im 20. Jh. verdeutlicht in besonderem Maße die Vorzüge und Nachteile der Biografie. Auf 25 Seiten wird in lebendigem Stil Bebels Rolle in ihrer Widersprüchlichkeit nachgegangen. Rund sechs Seiten entfallen auf den Internationalen Sozialistenkongress 1904 in Amsterdam. Mit diesem gestalterischen Mittel wird die Revisionismusdebatte in den internationalen Rahmen gestellt. Das Rededuell zwischen Bebel und dem französischen Sozialisten Jean Jaurès steht dem Leser bildhaft vor Augen. Zentraler Gegenstand dieses Abschnitts ist Bebels scharfe Kritik an der Aufrüstung des Kaiserreichs, an der Flottenpolitik, an den Gräueln im Kolonialkrieg. Zitiert wird Bebels Warnung vor dem verheerenden Charakter eines künftigen Krieges in seiner Reichstagsrede vom 9. November 1911: „Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Männerblüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken. Aber nach meiner Überzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch.“ (S.205)

Und doch wird der Zusammenhang von Kapitalismus, Militarismus und Krieg, der Bebels Stellungnahmen kennzeichnet, nicht deutlich genug. Dazu trägt bei, dass Bebels Einfluss in der II. Internationale nur sporadisch benannt wird; der internationale Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 ist ausgeblendet. Ohne sein internationales Wirken ist Bebel aber einer wesentlichen Seite seiner Größe beraubt. Es fehlt die Rolle des 1. Mai für die wachsende Politisierung der Massen. Die internationale Ausstrahlung des theoretischen Hauptwerks „Die Frau und der Sozialismus“, das zu Bebels Lebzeiten in 20 Sprachen übersetzt wurde, ist nicht genannt. Bebels Solidarität für die Revolution in Russland 1905 und seine Schlussfolgerungen (siehe JahrBuch III/2013, S.15-18) sind kein Thema. Wer um das enge Zusammenwirken von Bebel und Rosa Luxemburg gerade in dieser Zeit weiß, zählt die ambivalenten Beziehungen beider schwerlich zu den „politischen Feindschaften“ (S.162).

Der thematischen Eingrenzung auf Deutschland entspricht die Bezeichnung „Kaiser der Arbeiter“, die anlässlich Bebels 100. Todestag zur gängigen Metapher in der Medienwelt wurde. Zu Bebels Lebzeiten spielte sie kaum eine Rolle. Als sie 1893 wohl erstmals auf-

tauchte, diente sie wie 1913 dazu, sich von den Jubelfeiern der 1888 erfolgten Kaiserkrönung Wilhelms II. abzugrenzen. Im Abschnitt „‚Gegenkaiser der Massen': Eine Heldenverehrung?" äußert sich der Vf. zu diesem Begriff. Offensichtlich soll damit die Einzigartigkeit von Bebels Ausstrahlung erfasst werden, die „nur unter den Bedingungen des Deutschen Reichs mit all seinen Widersprüchen möglich" war (S.232). Der Begriff soll die Gegenbewegung zum Kaiserreich, die kulturelle Gleichwertigkeit der Arbeiterbewegung mit dem bürgerlichen Staat ausdrücken. Meines Erachtens ist der Begriff „Kaiser" mit Bebels Persönlichkeit und seinem Handeln jedoch unvereinbar. Er verwischt Bebels prinzipiellen Gegensatz zum Kaiserreich. Er verharmlost das reaktionäre militaristische Herrschaftssystem, das Wilhelm II. repräsentierte. Der Begriff negiert den Demokraten, den Republikaner, den Sozialisten, den Internationalisten, den Atheisten Bebel.

Insgesamt gesehen hat diese Biografie August Bebel größere öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Seine Persönlichkeit wird dem Leser vielseitig nahegebracht. Aber ohne Bebels Stellungnahmen zu den revolutionären Ereignissen seiner Zeit, ohne seine Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung fehlen entscheidende Züge dieser Politikerpersönlichkeit von europäischem Rang. *Ursula Herrmann*

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 6: 1893 bis 1906, hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014, 992 S., ISBN 978-3-320-02301-0

In den Jahren 1970 bis 1975 erschienen fünf Bde. der „Gesammelten Werke" (GW) Rosa Luxemburgs, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML). Von diesen Bden. sind bis 2007 je bis zu acht überarbeitete Neuauflagen erschienen (siehe das Vorwort von Annelies Laschitza, S.19). Der „Grundstock" der Edition war also gelegt. Inzwischen sind sechs Bde. der „Gesammelten Briefe" Rosa Luxemburgs publiziert worden (S.27, Anm. 24). An allen Bden. war Annelies Laschitza maßgeblich beteiligt. Sie erarbeitete eine quellengesättigte Biografie „Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie" (1996, [3]2009). Alle diese Publikationen zeugen von der unermüdlichen Forschungsarbeit der Autorin, die gestützt u. a. auf die 1980 in Zürich/Paris gegründete Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, auf weltweit zahlreiche Historiker und Publizisten, Archive und Bibliotheken und seit 2010 gemeinsam mit Eckhard Müller an einem 6. Bd. der „GW" arbeiten konnte. Er liegt jetzt vor und beinhaltet 270 Dokumente aus den Jahren 1893 bis 1906. Es sind mehrheitlich erstmalig veröffentlichte Texte, verfasst in deutscher Sprache, acht aus dem Französischen und eine Übersetzung aus dem Russischen. Für die nächsten Jahre ist ein siebenter Bd. (1907-1918) mit deutschen Texten und ein achter Bd. mit den Übersetzungen der Arbeiten Luxemburgs aus dem Polnischen vorgesehen.

Der 992-Seiten-Bd. enthält das überaus informative Vorwort von Annelies Laschitza, Dokumente (S.71-927) sowie Register der Personen und der geografischen Namen.

Im Vorwort werden wohl erstmalig die Bedingungen dargelegt, unter de-

nen die Edition der „GW“ 1970-1975 auf der Grundlage eines Beschlusses des Politbüros des ZK der SED zustande kam und unter der Leitung von L. und des leider 1976 früh verstorbenen Günter Radczun von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IML erarbeitet wurde. Es war ein „sehr unerquickliches Hin und Her über den Inhalt und den Umfang der Werkausgabe. Die Vorbehalte gegenüber den ‚Fehlern und Irrtümern‘ der zu Lenin kritischen Rosa Luxemburg und die Furcht vor Kritik am Sozialismusmodell der UdSSR erwiesen sich als schwer zu überwindende Hindernisse.“ (S.21) Es ging vor allem um die Kontroverse mit Lenin, den Artikel „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ (1904; Bd. 1/2 [1971], S.433-444) und das unvollendete Manuskript „Die russische Revolution“ 1917/1918, verfasst während der Gefängnishaft. Besonders dessen Publikation (Bd. 4 [1974], S.332-365) musste gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden und wurde dann aber international „als Sensation bezeichnet“ (S.20). Aus intimer Kenntnis aller Vorgänge um das Gesamtprojekt hat Annelies Laschitza die Rezeptionsgeschichte detailliert dargelegt und manche Neuigkeit mitgeteilt.

Die Dokumente sind chronologisch aufgeführt und mit z. T. ausführlichen Anmerkungen versehen. Neu erscheinen vor allem Beiträge aus Presseorganen, Polizeiberichte, wenige Nachschriften. Überraschungen dürften Dokumente zur Promotion in Zürich 1897 sein (S.86-110) und wohl auch die von den Landgerichts-Prozessen in Zwickau 1904 und Weimar 1906.

Rosa Luxemburg behandelte eine Vielzahl politischer, sozialer, militärischer und weltgeschichtlicher Probleme, die uns z. T. auch aktuelle Bezüge ermöglichen. L. würdigt die überragenden Leistungen Luxemburgs als „exzellente Journalistin mit politischem Scharfblick, erstaunlichem Einfallsreichtum, brillanter Ausdruckweise, gefürchteter Polemik, horrender Tatsachenbesessenheit, unbändigem Widerspruchsgeist und empfindlicher Abkehr- bzw. Abwehrreaktion“ (S.35). Berechtigt erscheint die Anmerkung, dass Rosa Luxemburg eine „höchst ausgeprägte Individualistin“ war (S.49), die zuweilen „kurzschlüssig reagierte“. L. verbindet das mit einem Hinweis auf die Auseinandersetzung mit Franz Mehring 1902 in der „Leipziger Volkszeitung“. Treffend auch die Bemerkungen über ihre Rolle bei der Entwicklung einer „Streitkultur“ in der Partei (S.38). Als Frage bleibt, wie es um die Massenwirksamkeit ihrer Arbeiten stand, die sich – wie ich meine – vor allem an intelligente, hoch gebildete Leser wandten, aber doch auch dem überdurchschnittlich hohen Bildungsstand der Sozialdemokratie angemessen waren. Man lese z. B. „Der neue Glaube“. Für Luxemburg gilt selbst, was sie über Arbeiten Karl Kautskys schrieb: Es seien „nicht gerade Agitationsbroschüren im derben Sinne des Wortes [...], um neue Mitglieder für die Partei zu werben“ (S.437). Über die Wirkung ihrer Reden erfahren wir zwar durchweg sehr Positives, allerdings sind das überwiegend Urteile aus Zeitungs- und Polizeiberichten. Sehr schön liest sich ihr eigener Bericht über die Versammlung in Hamburg-Wilhelmsburg im Juni 1903, die für sie persönlich ein „unvergleichlicher Genuß“ war. Mit „wiederholt stürmischen Unterbrechungen“ sprach sie über zwei Stunden, ein „gewaltiger Erfolg“ (S.34).

Sehr aufmerksam verfolgte Luxemburg die Ereignisse in Frankreich (Dreyfuß, Millerand u. a.), England, Belgien, Italien. Immer wieder war natürlich Polen ihr Thema. Und dann 1905 „Das russische Jahr" (S.501). Dieser Text bezeugt: Sie war „total fasziniert von diesem großartigen Ereignis" (S.50). Man kann aus der Vielzahl ihrer Tätigkeitsfelder ihre Chefredaktion in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" 1898 hervorheben; hier entstanden in kurzer Zeit 40 Artikel. Ähnlich produktiv war ihre Tätigkeit in der Leitung der „Leipziger Volkszeitung" 1902: 38 Artikel, z. T. von den Hrsg. mit der Anmerkung „wahrscheinliche Autorschaft" versehen. Ein weiterer Beweis für ihre kritische, akribische Arbeit. 1905 wandte sich Luxemburg vor allem dem „Vorwärts" zu, übernahm zeitweilig die Chefredaktion. Für das Jahr 1905 wurden 125 Dokumente als veröffentlicht ausgewiesen, was eine erhebliche Erweiterung gegenüber der „GW" von 1970 bedeutet. 38 Beiträge erschienen im „Vorwärts" zu aktuellen Problemen wie gewerkschaftliche Arbeit, „Was ist Revisionismus", „Anarchismus und Sozialismus" und Republikanismus. Der Rezensent vernachlässigt hier wegen der gebotenen Kürze die Artikel zu Fragen der Demokratie und der Republik wie auch ihre Beobachtung und Mitwirkung in den polnischen Angelegenheiten; in einer Rezension des anvisierten Bd. 8 mit seinen neuen polnischsprachigen Dokumenten wird eine ausführliche Würdigung besser platziert sein.

Am 28. Dezember 1905 brach Luxemburg bekanntlich nach Warschau auf, wo sie Begeisterung erfasste. Bd. 6 schließt mit dem Vorwort Luxemburgs zur wichtigsten Schrift über die Lehren der ersten russischen Revolution „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften". Über die großen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre wird der folgende 7. Bd. berichten.

Annelies Laschitza hat sich selbst ein würdiges Geschenk zu ihrem 80. Geburtstag am 6. Februar 2014 vorgelegt. Dem Verlag ist für die pünktliche und vorbildliche Edition zu danken. Wir gratulieren und wünschen Kraft für den nächsten Bd. *Ingo Materna*

Ingo Schmidt (Hrsg.): Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals". Die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse, VSA-Verlag, Hamburg 2013, 165 S., ISBN 978-3-89965-557-5

Je mehr das Bild Rosa Luxemburgs als politische Aktivistin, kommunistische Parteiführerin und mutige Kämpferin für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Fortschritt verblasst, umso stärker tritt ihre Bedeutung als Theoretikerin der internationalen Arbeiterbewegung und unorthodoxe marxistische Ökonomin hervor. Letzteres zeigt sich darin, dass ihre zwischenzeitlich weitgehend in Vergessenheit geratenen Schriften zu ökonomischen Fragen heute wieder rezipiert und gewürdigt werden. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht dabei ihr wirtschaftswissenschaftliches Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals" aus dem Jahre 1913.

In dieser Studie von mehr als 400 Seiten Umfang setzt sich die Autorin kritisch mit der Reproduktionstheorie von Karl Marx auseinander. 30 Jahre nach dem Tode von Marx unternimmt sie den Versuch, die Marxsche Theorie in einem ihrer zentralen Teile weiter-

zuentwickeln und dadurch den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Ihr Ziel war es, mit diesem Buch eine wissenschaftliche Erklärung für den „Imperialismus" als einem neuartigen Phänomen kapitalistischer Entwicklung zu liefern. Auch wenn ihr dies nicht in allen Punkten geglückt und ihre Darstellung in methodischer und inhaltlicher Hinsicht nicht frei von Widersprüchen ist, so stellt sie doch eine außerordentlich ideenreiche und für die damalige Zeit bemerkenswerte theoretische Leistung dar. Luxemburg erkannte früher als andere Ökonomen, dass die Problematik der kapitalistischen Reproduktion nur auf der Ebene des Weltmarktes darstellbar ist. Ferner vermochte sie zu zeigen, woraus sich die besondere Dynamik der kapitalistischen Entwicklung erklärt. Und schließlich stellt ihr Werk einen Beitrag zur Erklärung des Verhältnisses von kapitalistischen und nichtkapitalistischen Gesellschaften sowie zur Transformationstheorie dar. Aus heutiger Perspektive haben diese, bisher eher stiefmütterlich behandelten Aspekte eindeutig an Erklärungsrelevanz gewonnen, während andere Teile, so zum Beispiel ihre Revision der Marxschen Reproduktionsschemata, ihre Revolutionstheorie oder ihre Position zur Monopolisierung, rezeptiv in den Hintergrund getreten sind.

Diesen Eindruck vermittelt auch der vorliegende Sammelbd., der aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der Erstveröffentlichung der „Akkumulation des Kapitals" entstanden ist. In ihm setzen sich sieben Autoren mit dem Werk Rosa Luxemburgs auseinander. Zentral sind dabei die ökonomiehistorische Perspektive und deren Verbindung mit Fragen der Gegenwart. Eingangs referiert Ingo Schmidt über den Stellenwert, den die These, dass „die Akkumulation des Kapitals der Expansion in nicht-kapitalistische Räume bedürfe" (S.13), im Werk Rosa Luxemburgs einnimmt. Er zeigt Parallelen zu Lenin, Hilferding und Keynes auf und arbeitet überzeugend heraus, warum die Autorin zu ihrer Zeit nicht nur Zustimmung erntete, sondern auch Kritik, ihr Werk heute aber möglicherweise eine „Brücke" darstellt zwischen der im 19. Jh. verhafteten Marxschen Theorie und der Realität des Finanzkapitalismus des 21. Jh., welchen Sch. als „neuen Imperialismus" (S.32) bezeichnet. Daran schließt sich ein Beitrag von Ricardo Bellofiore an. Dieser würdigt Rosa Luxemburg vor allem als eine „Vorläuferin der monetären Werttheorie". Mehr als jedem anderen Theoretiker der marxistischen Schule sei ihr „die wesentliche Bedeutung der *Geldform* für den kapitalistischen Prozess bewusst" (S.46) gewesen. Sie stehe damit in einer Reihe mit Ökonomen wie Rubin, Kalecki und Keynes. Textanalytisch ausgeführt wird diese Ansicht jedoch nicht. Sie bleibt mithin eine interessante Hypothese.

Von besonderer Brillanz ist der Aufsatz von Klaus Dörre „Landnahme und die Grenzen der sozialen Reproduktion". Ihm liegt die „Kolonialisierungsthese" Rosa Luxemburgs zugrunde, welche davon ausgeht, dass der Kapitalismus sich nur dynamisch reproduzieren kann und dass es dazu einer permanenten Eroberung nichtkapitalistischer Territorien bedarf. Burkart Lutz führte diesen Gedanken 1984 fort, indem er in Anlehnung an Luxemburgs Akkumulationstheorie der „äußeren Landnahme" die „innere Landnahme" als zeitgemäße Bedingung kapitalistischer Reproduktion gegenüberstellte. Unter

„innerer Landnahme" versteht er die Auflösung und Einverleibung „nichtkapitalistischer Milieus" durch das Kapital in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch hier dient die Metapher „Landnahme" zur Beschreibung der expansiven Dynamik des Kapitalismus. Diese ist nun aber nicht mehr wie zu Beginn des 20. Jh. nach „außen", auf die Eroberung von Kolonien und neuer Märkte gerichtet, sondern nach „innen", auf die noch nicht oder nur wenig kapitalisierten Sphären moderner Volkswirtschaften, insbesondere auf das Handwerk und die Landwirtschaft. D. knüpft nun hieran an und entwickelt die These, dass „in flexibel-marktgetriebenen Produktionsweisen", wie wir sie heute vor uns haben, Erwerbsarbeit nur noch wertsetzend funktioniert, „wenn ihr fortwährend und in steigendem Volumen bezahlte wie unbezahlte Eigen-, Sorge-, Pflege- und Reproduktionsarbeit zugesetzt wird" (S.82). Dies bedeutet, dass sich die kapitalistische Dynamik heutzutage nur entfalten kann, wenn „zuvor nicht kommodifizierte Tätigkeitspotenziale" (ebenda) zum „Land" werden, welches erobert wird. Mit dieser zweiten Form innerer Landnahme unterwirft sich das Kapital weite Bereiche der sozialen Reproduktion, die bisher gar nicht oder nur indirekt den Regeln der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen waren. Bemerkenswert und der Realität adäquat ist, dass der Autor seine These mit der Analyse finanzkapitalistischer Reproduktionszusammenhänge verknüpft (S.95f.). Hier wird seine Darstellung jedoch etwas fragmentarisch: Es gelingt ihm noch, in Anlehnung an einschlägige Arbeiten anderer Autoren, zu zeigen, wie der Integrationsmodus des „fordistischen Teilhabekapitalismus" (S.94) funktionierte und Wirtschaftswachstum generiert hat. Wie dies aber heute, im modernen Finanzkapitalismus, geschieht, bleibt unklar. Die Ausführungen zu Schumpeter, zum Finanzmarkt und zum Wettbewerb stellen vielleicht Bausteine dar, um eine solche Theorie zu formulieren. Fertig scheint diese aber noch nicht zu sein, sodass die Ausführungen zur Reproduktionsarbeit als „Kolonie" konstruiert erscheinen. Zum Schluss kehrt D. zu Rosa Luxemburg zurück und arbeitet in vier Punkten sehr schön heraus, worin die Aktualität ihrer Akkumulationstheorie zu sehen ist: Erstens in ihrem Kapitalismusverständnis, welches „nichtkapitalistische Milieus" (S.110) systematisch einschließt. Zweitens in ihrem analytischen Ansatz, welcher die „Marktwirtschaft der Kleinkapitale" von den „eigentlichen Netzwerken kapitalistischer Macht" klar abgrenzt und mithin eine „Hierarchie von Produktionsweisen und Ausbeutungsformen" anerkennt (S.111). Drittens in ihrer dialektischen Auffassung von Entwicklung, dem jeder „naive Produktivkraftoptimismus" (S.112) fremd ist. Und viertens in ihrem „pluralen Verständnis sozialer Antagonismen und antikapitalistischer Bewegungen" (ebenda).

Die anderen Beiträge des Bd. konzentrieren sich auf Fragen der Klassenanalyse bei Rosa Luxemburg (Marcel van der Linden), auf ihre Vorstellungen von urkommunistischen und vorkapitalistischen Zivilisationsformen (Michael Löwy) sowie auf die Rolle militärischer Gewalt im Imperialismus (Paul LeBlanc).

Den Abschluss bildet ein Essay des Hrsg. „Geschichte und Sozialismus". In diesem Text wird gezeigt, dass Rosa Luxemburg ihre Ideen und Vorher-

sagen durchweg „im Streit“ (S.138) mit anderen Theoretikern, Parteiführern und Gewerkschaftern entwickelt hat. Die Geschichte gab ihr aber nicht immer Recht, insbesondere nicht in ihren längerfristigen Prognosen. So passte die fordistische Phase des Kapitalismus mit den hierfür charakteristischen hohen und stabilen Wachstumsraten nicht in ihre Krisentheorie. Ebenso wenig konnte sie sich eine nationale und staatssozialistische Entwicklung vorstellen, wie sie sich nach der Oktoberrevolution in Teilen der Welt vollzog. Auch, dass sich die Arbeiterklasse als politischer Hauptakteur und Subjekt der Geschichte einmal auflösen wird, entsprach nicht ihren Visionen. Insofern erweist sich ihr Werk trotz bestimmter aktueller Bezüge als zeit- und ortsgebunden. Daran zu erinnern, ist zweifelsohne verdienstvoll. Versuche jedoch, die „Akkumulationstheorie“ 100 Jahre nach ihrem Erscheinen zu einem aktuellen Buch zu stilisieren, müssen als verfehlt gelten. *Ulrich Busch*

Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki. Begegnungen und Widersprüche (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, 11), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2013, 113 S., ISBN 978-3-89819-394-8

Erhard Hexelschneider, der sich mit seinen Studien zu „Rosa Luxemburg und die Künste“ (2003) und „Rosa Luxemburg und Leipzig“ (2007) u. a. Arbeiten bereits als gründlich recherchierender, kenntnisreicher Autor der von ihm behandelten Materie ausgewiesen hatte, legte nunmehr mit „Rosa Luxemburg und Gorki“ eine weitere lesens- und empfehlenswerte Abhandlung vor. Die Arbeit gliedert sich, wie im Vorwort begründet, in folgende drei Abschnitte: Rosa Luxemburg als Leserin Maxim Gorkis, Rosa Luxemburgs persönliche Beziehungen zu Maxim Gorki, ihre Begegnungen sowie Rosa Luxemburg und Maxim Gorki und ihre Haltung zur bolschewistischen Revolution.

Obwohl sich die Quellen für die zu behandelnden Probleme durchaus in Grenzen halten, hat H. erstaunlich viele Angaben – darunter zahlreiche bisher nicht bekannte bzw. nur in russischer Sprache zugängliche Dokumente und Fakten – aufgespürt, geordnet und bewertet und zu einem beeindruckenden Bild zusammengefügt. Dabei blieb er dem von ihm verfolgten Prinzip treu, „vor allem anhand von Selbstaussagen und überprüfter Fakten die Berührungsflächen der Revolutionärin zu einem der Großen der Literatur darzustellen“ (S.9). Das ist ihm sehr gut gelungen.

In der neuen Studie werden die bereits in „Rosa Luxemburg und die Künste“ enthaltenen Ansätze zum Thema Gorki aufgegriffen und die Aussagen dazu vertieft und bereichert. Darüber hinaus erfährt der interessierte Leser Begebenheiten zur Geschichte der Literatur und der sozialistischen Arbeiterbewegung, zur Haltung führender Persönlichkeiten der deutschen und russischen Partei, die in speziellen Exkursen – wenn auch nicht immer direkt als solche ausgewiesen – aufbereitet wurden und beachtlichen Erkenntnisgewinn bringen.

Von besonderem Interesse und hoher Brisanz ist verständlicherweise das dritte Kapitel (S.93-105), in dem der Autor Rosa Luxemburgs Kritik an der bolschewistischen Machtausübung –

„dabei nicht als Antipode von Lenin und seinen Parteigängern, sondern als Freundin und Kampfgefährtin" (S.94) – mit den weitaus schärferen Äußerungen des „im Epizentrum des Sturmes selbst" (S.99) stehenden Maxim Gorki konfrontiert. (Gorki hatte das zusammengefasst in seinen „Unzeitgemäßen Gedanken zu Kunst und Revolution".) Die von H. dokumentierte Übereinstimmung kritischer Auffassungen von Rosa Luxemburg und Maxim Gorki zu einigen Grundfragen revolutionärer Umwälzungen und gleichzeitiger Gewährleistung von demokratischen Errungenschaften ist schlüssig und bedenkenswert. *Heinz Deutschland*

Angelica Balabanoff: Lenin oder: der Zweck heiligt die Mittel. Erinnerungen, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Karl Dietz Verlag, Berlin 2013, 191 S., ISBN 978-3-320-02288-4

Mit der Wiederveröffentlichung des 1959 in Italien und 1961 in der Bundesrepublik erschienenen Buches wird sich der Hrsg. den Unmut jener Dogmatiker zuziehen, denen es nicht gelingt, ein differenziertes Bild der russischen Revolution und ihres Führers zu zeichnen. Immer noch versehen sie ihn mit einem Heiligenschein, und bestenfalls Stalin wird für die zahlreichen Verbrechen auf dem Weg zum revolutionären Ziel verantwortlich gemacht. Die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Analyse zum Scheitern der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" beweist Helmut Bock mit seiner 2013 im selben Verlag erschienenen Untersuchung unter dem Titel „Freiheit – ohne Gleichheit? Soziale Revolution 1789 bis 1989. Tragödie und Legenden".

Angelica Balabanoff, Tochter ukrainisch-jüdischer, großbürgerlicher Emigranten in Italien, hatte Lenin 1905 in Zürich kennengelernt. Später, als Aktivistin der sozialistischen Antikriegsbewegung Europas und Organisatorin der Zimmerwalder Konferenz, geriet sie mit ihm in Konflikt über die Zukunft der Sozialistischen Internationale. Sie drang auf ihre Erneuerung, Lenin dagegen auf deren Spaltung.

Ihr Buch ist keine Studie zur Revolutionsgeschichte, sondern die Schilderung von Erlebtem in Begleitung Lenins während der Revolution von ihrer Einreise nach Russland im Frühjahr 1917 bis zur Ausreise 1921 über Schweden nach Italien. Aus diesem Grund verzichtete sie wohl auch auf Kapitelüberschriften. Die insgesamt 27 Überschriften hat der Hrsg. formuliert.

Aus der Lektüre wird deutlich, dass B. in einem sehr ambivalenten Verhältnis zu Lenin stand. Seine Ziele waren im Wesentlichen auch die ihren, seine Methoden stießen sie aber ab. Trotz der langen Zeit bis zur Niederschrift des Erlebten nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes im Herbst 1956 ist dies sehr bildlich und fast lückenlos dargestellt. B. hatte bis dahin immer noch gehofft, dass trotz der stalinistischen Verbrechen sich aus der Diktatur der Bolschewiki noch ein freiheitlicher und demokratischer Sozialismus entwickeln könnte. Erst das Vorgehen in Ungarn ließ sie konsequent den Bruch vollziehen.

Im vorliegenden Buch sind die Abschnitte recht unterschiedlich gewichtet. Manches Thema streift die Autorin nur mit wenigen Zeilen. Die Auseinandersetzung mit Kollontai, Sinowjew und Trotzki, dem Kronstädter Aufstand oder die Schilderung des Enthu-

siasmus' vieler einfacher Arbeiter, Bauern und Soldaten fallen dagegen deutlich umfangreicher aus.

Ihre Auseinandersetzung mit Lenin macht sich B. nicht leicht, sie betreibt sie nicht plakativ. Man spürt das Ringen um ein differenziertes Bild. Das ist schon auf der ersten Seite deutlich, wenn sie schreibt: „Wer die Bestrebungen Lenins guthieß, schrieb ihm oft Eigenschaften und Tugenden zu, die er gar nicht besaß, andere hingegen, die seine Anschauungen als schädlich und irrsinnig sowie seine Handlungen als verbrecherisch ansahen, oft weil er ihre Interessen geschädigt hatte, verbreiteten über ihn die allerabfälligste Meinung, wobei sie nicht selten logen und ihn verleumdeten – ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen." (S.19)

B.s Ziel ist es, die scheinbare oder tatsächliche Widersprüchlichkeit in der Figur Lenins zwischen dem Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Recht und dem Unterdrücker von Freiheit, Gleichheit und Recht, zu dem Lenin nach dem Oktoberaufstand wurde, aufzulösen. Sie bescheinigt ihm persönliche Genügsamkeit und Bescheidenheit. Wenn es um die uneingeschränkte Macht der Partei ging, zeigte er sich aber unerbittlich. Die grundsätzliche Frage für die Autorin ist, wie sich der Widerspruch erklärt zwischen dem Menschen, dessen Ziel die Verwirklichung einer Gesellschaftsform war, in der es weder Lüge noch Eigennutz geben sollte, und dem Menschen, der den Grundsatz „Der Zweck rechtfertigt die Mittel" zur Richtschnur seiner Tätigkeit und der seiner Genossen machte.

B. ist dazu dadurch prädestiniert, dass sie Anfang des 20. Jh. mit Lenin und anderen Bolschewiki in der Schweiz in Kontakt kam und nach ihrer Einreise nach Russland zum engsten Kreis um Lenin gehörte, obgleich sie keiner Fraktion der russischen Sozialdemokratie angehörte. B. gelingt eine tiefgründige Persönlichkeitsstudie. Sie handelt von einem kaum bekannten russischen Emigranten in der Schweiz, der zum Führer der Bolschewiki wurde. Dabei steht Lenin für eine zentralistische Parteidiktatur, das unerbittliche Vorgehen gegen die Arbeiteropposition, die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes, den Niedergang des Genossenschaftswesens und der Kultur.

„Lenin war jedem Andersdenkenden gegenüber intolerant. Aber wer recht hatte, wessen Lehren und Ansichten befolgt werden mussten, war nicht er, Lenin, sondern irgendein strenggläubiger Bolschewik, Verfechter jener Taktik, die in der ganzen Welt siegen musste, weil sie die einzig richtige war. Lenin war, wenn man so sagen darf: ein unpersönlicher Diktator. So war er schon als Emigrant gewesen, als er mit seinen Ideen, die zugleich orthodox und ketzerisch waren, gegen die Wissenschaftler auftrat oder mit den bedeutendsten Vertretern der sozialistischen Parteien der ganzen Welt polemisierte. Und so blieb er auch, als er zur Macht kam und vom Glorienschein des Sieges und der Autorität umgeben war." (S.25) Und „niemand wie er hatte dazu beigetragen, die Idee zu entweihen, um derentwillen so viele Opfer gebracht und so viele Gefahren bestanden worden waren". (S.24)

B. macht deutlich, dass Lenin ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen hatte. War jemand als nützlich eingestuft, genoss er Vorteile, ein Schädling war meist der Vernichtung preisgege-

ben. Unter diesem Blickwinkel zeichnet B. auf 17 Seiten ein starkes Bild der Persönlichkeit Trotzkis und vergleicht sie mit der Lenins.

In ihren Bewertungen Lenins und Stalins kommt sie zu dem Schluss, „dass es ohne Lenin keinen Stalin gegeben hätte, selbst wenn dieser nur eine Karikatur des Begründers der Bolschewiki war. [...] Das von Lenin gegründete Regime und der von ihm geschaffene Apparat haben in einem Menschen wie Stalin alle minderwertigen Instinkte geschürt und deren Entfaltung keinerlei Hemmnisse oder gar Widerstand entgegengesetzt. [...] Die Anschauungen der Bolschewiki ebenso wie die Anwendung von Methoden, die im Widerspruch zum Sozialismus stehen, waren das Werk Lenins; Stalin hat sie sich nur angeeignet und das Negative, das ihnen anhaftete, noch intensiver gestaltet und allgemein verbreitet."(S.165)

Denunziation, Zersetzung, Säuberung und Terror waren Mittel, derer sich Lenin schon in den frühen Jahren bediente und mit denen er die Spaltung der russischen und internationalen Sozialdemokratie vorantrieb. In einem kurzem Exkurs zur Ethik konstatiert B.: „Die Bolschewiki pflegen zwischen ihren Taten und Worten eine zynische Diskrepanz. Damit haben sie – und das ist für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt fatal – das moralische Niveau der Gesellschaft ein Stück weiter gesenkt. Eine unverzeihliche Tat, mit der sie sich eine riesige Verantwortung aufgeladen haben."(S.156)

Insgesamt stellt die vorliegende Schrift sehr anschaulich, manchmal auch beklemmend die Tragik des bolschewistischen Experiments dar, das schließlich mit dem Untergang der Sowjetunion endete. – Die Sowjetregierung hat mehrfach versucht, B. zur Rückkehr zu bewegen. Dass dies scheiterte, ersparte ihr wahrscheinlich den Gulag oder Schlimmeres. 1924 beendete sie ihre Tätigkeit in der Kommunistischen Internationale. *Horst Riedel*

Friedrich Wolff: Ein Leben – vier Mal Deutschland. Erinnerungen: Weimar, NS-Zeit, DDR, BRD, PapyRossa-Verlag, Köln 2013, 248 S., ISBN 978-3-89438-520-0

Das ist ein sehr persönliches, biografisches Buch. Wer nähere Informationen zu den Prozessen erwartet, in denen Wolff als Rechtsanwalt tätig war, könnte enttäuscht sein; der Autor verweist an mehreren Stellen auf seine anderen Bücher, beispielsweise „Einigkeit und Recht" bzw. „Verlorene Prozesse".

W. hatte sich bereits 1999 vorgenommen, über sein Leben zu berichten. Er musste aber selbst einschätzen, dass das nicht so einfach war und nicht so schnell ging, wie er es sich vorgestellt hatte. Gleichzeitig bestätigt er, dass die Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit nicht nur Zeit kostet, „sie bringt auch Gewinn" (S.8).

Der sperrige Buchtitel enthält als Unterzeile „Erinnerungen: Weimar, NS-Zeit, DDR, BRD". Die SBZ wird nicht gesondert erwähnt, obwohl diese Zeit auch ein Kapitel im Bd. hat. So wird ein Resolutionsentwurf von W. zum Parteitag der SED 1947 abgedruckt, der in den folgenden Jahren noch wesentlichen Einfluss auf das politische Leben des Autors haben sollte, etwa 1953.

Das Buch enthält (außer Vorwort und Rückblick) fünf Kapitel, in deren Überschriften sich der Autor als Zeitgenosse bestimmter Zeitabschnitte

selbst charakterisiert: Dissident in der Weimarer Republik; „Mampe halb und halb“ im Hitler-Reich; Trotzkist in der SBZ; Bonze in der DDR; Verteidiger des „Unrechtsstaates“ im Rechtsstaat. Die einzelnen Zeitabschnitte sind nicht weiter untergliedert. Aber die Verwendung unterschiedlicher Schriftarten, vor allem beim Einschub von Dokumenten, Briefen, Vorträgen, bietet eine gelungene und geschickte Auflockerung.

Die erste persönliche Darstellung erfolgt unter Einbeziehung von Aufzeichnungen seines jüdischen Vaters. W. hat selbst auch Tagebuch geschrieben. So werden Eintragungen aus den letzten Kriegstagen veröffentlicht; ebenfalls Notizen, die ein Klassenkamerad gemacht hat. Dass W. sitzengeblieben ist, ist kaum vorstellbar. Aber er schreibt selbst: „Ich war nie ein guter Schüler.“ (S.35)

Im März 1946 beginnt W., der im Juli 1945 in die KPD eingetreten ist, sein Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin, die nicht mehr Friedrich-Wilhelm-Universität heißt, aber auch noch nicht Humboldt-Universität. Er wird Vorsitzender der SED-Parteiorganisation der Studenten. An zahlreiche Mitglieder des Lehrkörpers erinnert sich W., seine Einschätzung lockert er zum Teil mit Episoden auf. Nach dem 3. Semester beschließt W., sich aus der Unipolitik zurückzuziehen, „um ordentlich zu studieren“ (S.84). Am 1. Juni 1953 beginnt er als Rechtsanwalt. Den Beruf hat er bis 2010 ausgeübt.

Der Autor berichtet ausführlich über sehr persönliche Erlebnisse und Ereignisse wie eine Schwangerschaftsunterbrechung, die Scheidung und die neue Ehefrau. Er informiert auch über seine Reisen ins Ausland.

Interessanterweise gesteht W. ein, dass ihm die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR verborgen geblieben sind (S.182). Im Folgenden schildert er aber seine Gedanken 1988/89 und wertet: „Aus den verehrten politischen Führern von gestern wurden im Dezember 1989 Verbrecher.“ (S.196) W. erhielt seinerzeit die Vollmachten zur Verteidigung von Hermann Axen und Erich Honecker.

Das letzte Kapitel beginnt mit der Sorge um die eigene Existenz. W. hatte mit sechs Kollegen eine Sozietät gegründet. Auch wenn Mandate mitgenommen wurden, galt es doch, sich nun auf das neue Recht einzustellen. Bemerkenswert ist seine Einschätzung: „Die politischen Prozesse zeigten mir die Grenzen des Rechtsstaates. Die alltäglichen Zivilprozesse dagegen zeigten mir meine persönlichen Grenzen.“(S.212) – Immer wieder wird ganz Persönliches eingeflochten: ein Herzinfarkt 1996, die arbeitsmäßige Kündigung seiner Ehefrau, der Kauf von Haus und Grundstück.

Zwei sachliche Fehler sollen angemerkt werden: Auf der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 saß nicht Helmut Kohl neben Erich Honecker, sondern Helmut Schmidt (S.161). Als der Sputnik im Oktober 1957 (S.126) zum Symbol für die Erstarkung der Sowjetunion wurde, umkreiste noch nicht der erste Mensch im Weltall die Erde.

Der lesenswerte Rückblick des Autors auf seine über 90 Jahre in vier Deutschländern endet mit dem Satz: „Ich bin zufrieden mit meinem Leben und setze weiter auf den Sozialismus.“ (S.248) *Joachim Eichler*

Willy Buschak: Franz Josef Furtwängler. Gewerkschafter, Indienreisender, Widerstandskämpfer. Eine politische Biografie (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, Darstellungen, 45), Klartext, Essen 2010, 271 S., ISBN 978-3-8375-0387-6

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Biografie des Gewerkschaftsfunktionärs und SPD-Politikers Franz Josef Furtwängler, der 1894 in Vöhrenbach (südlicher Schwarzwald) geboren wurde und 1965 ebendort starb. Furtwängler absolvierte nach dem Besuch der Volksschule eine Schlosserlehre und bildete sich anschließend als Autodidakt weiter. Bereits 1908 trat er dem Deutschen Metallarbeiterverband bei; 1915 wurde er Mitglied der SPD. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, den er als Soldat an der Westfront hautnah miterleben musste, bereiste er andere westeuropäische Länder, insbesondere Frankreich. In der Weimarer Republik kam er 1923 als Seiteneinsteiger zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und wurde zu einem engen Mitarbeiter des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart. Aufgrund seiner Auslandserfahrung und Sprachkompetenz sollte Furtwängler dabei behilflich sein, die Kontakte zu den ausländischen Gewerkschaften zu verbessern. In dieser Funktion hielt er sich jeweils drei Monate in den USA (1925) und in Indien (1926/27) auf. Anfang der 1930er-Jahre knüpfte er angeblich Kontakte zur NSDAP; im Auftrag der Gewerkschaft soll er mit Gregor Strasser Verhandlungen geführt haben. Dazu kann der Verfasser jedoch keine neuen be- bzw. entlastenden Beweise vorlegen. Nach vierjährigem Exil in Ungarn kehrte Furtwängler 1938 wieder nach Berlin zurück, und zwar ins Auswärtige Amt. Dort arbeitete er im Sonderreferat Indien. Während des Zweiten Weltkriegs unterhielt er Kontakte zu Widerstandskreisen (Kreisauer Kreis). Ende der 1940er-Jahre war er Leiter der 1947 wieder eröffneten Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. 1950 wurde er SPD-Landtagsabgeordneter in Hessen; dieses Mandat behielt er bis 1954.

Die Biografie Furtwänglers weist nicht nur einige Brüche auf; sie ist aufgrund der internationalen Vernetzung und Berufspraxis des Protagonisten auch noch schillernd zu nennen. Dennoch gelingt es dem Autor nicht, sein Thema analytisch zu durchdringen und in die Geschichte Deutschlands im 20. Jh. angemessen einzuordnen. Das ist nur zum Teil der äußerst lückenhaften Quellenüberlieferung geschuldet. In der Darstellung eilt B. von einem Ereignis zum nächsten; dem Leser werden kaum Erklärungsansätze oder Interpretationen angeboten. Bei der Darstellung der Reise Furtwänglers durch Indien sind einige Deutungen zudem zweifelhaft („Anders als so viele Europäer hatte er einen vorurteilsfreien Blick", S.7), da dem Leser leider keine Beurteilungsmaßstäbe genannt werden. Dass Furtwängler tatsächlich der erste Europäer gewesen sein soll, der Mitte der 1920er-Jahre Indien „frei von allen orientalischen Attitüden, die Edward Said so scharfsinnig beschrieben hat, durchquerte" (S.8), erschließt sich beim Lesen des Buches jedenfalls nicht in der vom Vf. formulierten Eindeutigkeit. *Dierk Hoffmann*

Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck. Persönlichkeit – Bewegung – Partei. Reflexionen aus biografischer Forschung über den konterrevolutionären Terror in der Sowjetunion 1937-1941, NoRa, Berlin 2012, 278 S., ISBN 978-3-86557-307-0

Für Ulla Plener ist die vollständige Negation der Persönlichkeit, die Zerstörung der Individualität und des Individuums eines der charakteristischen Merkmale stalinistischer Herrschaftsmethoden. Im Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit in den vergangenen knapp 25 Jahren standen deshalb einzel- und gruppenbiografische Forschungen, in deren Rahmen sie sich mit dem Schicksal von Opfern des „konterrevolutionären Terrors in der Sowjetunion 1937-1941", so der Untertitel des hier zu besprechenden Buches, befasste. Das vorliegende Buch enthält eine repräsentative Auswahl von 15 unverändert aktuellen Publikationen aus den Jahren 1990 bis 2007, die im genannten Zeitraum bereits in einschlägigen Zeitschriften und Sammelbden. erschienen sind.

Wenig überraschend wählte P. als Einstieg die erweiterte Fassung einer profunden Studie aus dem Jahre 1994, die der „Negation der Persönlichkeit" als „Grundlage des stalinistischen Massenterrors" (S.7) gewidmet ist. Hier erläutert sie auch ihren methodischen Ansatz, der sich im Begriff des „tragischen Dreiecks" widerspiegelt: „Seit Jahren spüre ich Lebensläufen von Menschen nach, die, vorwiegend um 1900 geboren, vom Beginn der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts an dieser aus Überzeugung gefolgt waren – und später von ihr, genauer: von ihrem Parteiapparat (oder mit seiner Hilfe) misshandelt und zugrunde gerichtet, der besten Jahre ihres Lebens beraubt und/oder aus ihr ausgestoßen wurden. Nicht bei allen, doch bei sehr vielen verbindet sich dieses Schicksal mit dem Aufenthalt in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren: Die einen fanden den Tod unter Kugeln oder in Lagern des NKWD, die anderen verbrachten dort bis zu zwanzig Jahre ihres Lebens in Lagern und Verbannung. Von den Überlebenden hatte ein geringerer Teil danach mit der Bewegung gebrochen, die meisten hielten ihr bis an ihr Lebensende die Treue. Wer waren diese Menschen? Warum und wie kamen sie zur kommunistischen Bewegung, wurden Mitglied einer kommunistischen Partei? Was brachten sie an Ideen und Wünschen in die Bewegung ein, auf welche Weise wirkten sie in ihr? Wie gestalteten sich ihre Beziehungen zu ‚der Partei' (und das hieß: zu ihrem Apparat)? Welchen Anteil hatte diese(r) an der Tragik ihres Schicksals? Was bewog sie, der Bewegung treu zu bleiben – oder sie zu verlassen? Wie lebten sie – wie starben sie? Wollte man die Lebenserfahrung dieser Kommunisten zusammenfassen, so wird deutlich, dass ihre Schicksale sich in einem tragischen Dreieck zwischen Persönlichkeit, Bewegung und Partei (letztere verkörpert durch ihren Apparat) bewegten." (S.7f.)

Auch der nachfolgende Aufsatz „Massenterror, Einzelschicksal und Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus" hat Übersichtscharakter: Er befasst sich gruppenbiografisch mit den Opfern des Terrors und dessen Folgen.

In weiteren Aufsätzen schildert P. das Schicksal des Facharbeiters Richard Ulbricht, des Funktionärs der Interna-

tionalen Arbeiterhilfe Joseph Schneider, des Arztes Mirko Beer, dessen Biografie sie 2009 als Buch veröffentlicht hat, sowie des Reformpädagogen Helmut Schinkel. Auch zwei Frauen hat P. eigene Beiträge gewidmet: Karla Flach und Wanda Bronska-Pampuch.

Es gehört zum bevorzugten Arbeitsstil von P., ihre Arbeiten durch sorgfältig ausgewählte und präzise übersetzte Akten des NKWD zu illustrieren. Beispielhaft dafür stehen die „Auskünfte einer NKWD-Akte über den letzten Weg und Tod deutscher Kommunisten", in denen es u. a. um den Thälmann-Intimus und langjährigen Zweiten Vorsitzenden des RFB Willy Leow geht, sowie der Aufsatz „Was in der SU geschieht, ist ungeheuerlich ...", in dem sie auf der Grundlage von Akten des NKWD über deutsche Facharbeiter berichtet, die unter dem Vorwurf des „Brandlerismus" Opfer des Terrors wurden.

In gewisser Weise untypisch für dieses Buch ist ein Aufsatz aus dem Frühjahr 1994, der August Thalheimer gewidmet ist. Anlass für das Entstehen dieses Aufsatzes waren mehrere Publikationen, u. a. von Theodor Bergmann, die zum 110. Geburtstag Thalheimers erschienen waren. P. skizziert das Bild eines „kritischen Kommunisten", der – gemeinsam mit Heinrich Brandler u. a. – bereits in den frühen Zwanzigerjahren Alternativen zu einer stalinistisch geprägten Politik der KPD und der kommunistischen Bewegung in und außerhalb Deutschlands aufzeigte. Von besonderem Interesse sind die abschließenden „Thesen für Diskussion", die völlig zu Unrecht – beinahe versteckt – am Ende des Buches platziert wurden. P. unternimmt hier den Versuch, auf gerade einmal zwei Seiten eine wissenschaftlich-historische Definition des Begriffes „Stalinismus" zu formulieren, die nicht, wie leider viel zu oft, von politischen oder gar tagespolitischen Interessen und Bedürfnissen bestimmt wird. *Ronald Friedmann*

Robert S. Wistrich: From Ambivalence to Betrayal. The Left, the Jews, and Israel (Studies in antisemitism), University of Nebraska Press, Lincoln (Nebraska)-London 2012, XVII, 625 S., ISBN 978-0-8032-4076-6

In einer sozialistischen Gesellschaft werde der Antisemitismus überwunden und das Problem einer jüdischen Nationalität gelöst sein, betonten sozialistische Denker von Engels und Bebel über Kautsky und Otto Bauer bis zu Lenin und dem jungen Trotzki. Die Juden würden sich den Nationen, unter denen sie lebten, angleichen, das Getto mitsamt seinen rückständigen Lebensformen werde dann der Vergangenheit angehören.

Das Ziel der Erhaltung einer jüdischen Gemeinschaft, gar als Nationalität, sei hingegen reaktionär: Nur Zionisten, die einen Judenstaat in Palästina errichten wollten, oder der Jüdische Arbeiterbund, der eine Absonderung der Juden von den Nichtjuden in der Diaspora anstrebte, würden daran festhalten. „Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst", schrieb Karl Kautsky, der alles andere als ein Antisemit war, noch 1914 (S.306). Da sowohl Juden wie auch Arbeiter von der kapitalistischen Gesellschaft, wenngleich in verschiedener Weise, be-

nachteiligt würden, bestünde ohnehin ein gemeinsames objektives Interesse an der Überwindung des Kapitalismus. Der Widerwillen breiter Bevölkerungsgruppen, Juden als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren, wie auch der Widerstand von Juden, auf ihre eigenen soziokulturellen Lebensformen zu verzichten, müssten zwar in Rechnung gestellt werden. Solche Ressentiments könnten jedoch am Gang der Geschichte, die sich in Richtung Sozialismus bewege, letztlich nichts ändern.

Die Geschichte verlief jedoch anders, als es die Sozialisten der Zeit vor 1933 dachten. Nach Auschwitz stand eine Assimilation der überlebenden Juden an die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft so kaum noch zur Debatte. Der einst abgelehnte jüdische Staat wurde zur Notwendigkeit. Seine konfliktreiche Beziehung zur arabischen Umwelt aber rief auch manche Mahnung sozialistischer Antizionisten ins Gedächtnis zurück, die vor einer Missachtung arabischer Interessen gewarnt hatten. Das Verhältnis der sozialistischen Linken zu den Juden sei also insgesamt ambivalent gewesen: Der Kampf gegen den Antisemitismus verband sich nicht oder nur selten mit einer genauen Analyse der Verhältnisse, unter denen Juden zu leben gezwungen waren. Die endemische Judenfeindschaft, auch innerhalb der eigenen linken Bewegungen, wurde oftmals unterschätzt.

Dies ist in Kürze die Quintessenz der ersten beiden Teile von W.s umfangreichem Buch. Sie sind, ohne dass das im Text oder in den Anmerkungen deutlich wird, eine Kompilation älterer Arbeiten, die zumeist im leider inzwischen eingestellten Bulletin der Wiener Library in London erschienen waren. Überschneidungen und mehrmals angeführte Zitate sind in einem solchen Rekurs zwar unvermeidlich, dennoch hätten Autor und Verlag gut daran, deren Anzahl zu reduzieren. W., Jahrgang 1945, Professor für Antisemitismusstudien zunächst am University College London, dann an der Hebräischen Universität Jerusalem, ist seit Jahrzehnten mit zahlreichen Publikationen zum Thema hervorgetreten. Sehr hilfreich erwiesen sich seine immensen Sprachkenntnisse: Ohnehin fließend Englisch, Französisch, Hebräisch, Deutsch und Polnisch sprechend, eignete er sich Lesekenntnisse in sieben weiteren Sprachen an, sodass er die wichtigsten Quellen nahezu vollständig erschloss, was jedoch nicht immer für die Forschungsliteratur galt.

Das Buch ist in drei Abschnitte mit je sechs Kapiteln gegliedert. Der erste Abschnitt, „Die antisemitische Frage“ überschrieben, behandelt „Die rassistische Versuchung in der Arbeiterbewegung“, „Karl Marx, Moses Hess und die jüdische Emanzipation“, „Deutsche Sozialdemokraten und die völkische Bewegung“, „Die ‚jüdische Frage‘ von Engels bis Bernstein“, „Antikapitalismus oder Antisemitismus? Das Rätsel Franz Mehring“ und „Sozialisten und Antisemiten in Europa vor 1914“. Der zweite Abschnitt wendet sich dem Begriffspaar „Nationalismus und Internationalismus“ zu. Dies sind die einzelnen Kapitel: „Bernard Lazare: Anarchist, Dreyfusard und revolutionärer Jude“, „Sozialdemokratie und Judenfeindschaft im kaiserlichen Wien“, „Die austromarxistische Kritik des jüdischen Nationalismus“, „Karl Kautsky und die Zionismus-Kontroverse“, „Rosa Luxemburgs Internationalismus“ und „Leo Trotzki – eine bolschewistische Tragödie“. Der

dritte Abschnitt möchte „Antizionistische Mythologien", so die Überschrift, analysieren und kritisieren. Die Titel der entsprechenden Kapitel lauten: „Von Lenin zu den sowjetischen Schwarzhundertern", „Die Umkehrung des Holocaust durch die Linke", „Bruno Kreisky, Israel und die Palästina-Frage", „Antizionistische Mythen in der heutigen Linken", „Großbritannien: Eine geeigneter Gegenstand der Debatte?" und „Die marxistisch-islamistische Allianz".

Besonders gelungen erscheinen dem Rezensenten die Kapitel über Rosa Luxemburg, Bernard Lazare und Leo Trotzki. W. würdigt ausdrücklich Trotzkis schreckliche, doch hellsichtige Vorhersage vom Dezember 1938, wonach der Faschismus mit oder ohne Krieg „die vollständige Ausrottung der Juden" bedeuten werde (S.406). Er bringt dies jedoch nicht in Zusammenhang mit Trotzkis Marxismus, sondern kritisiert ihn für sein Festhalten an der marxistischen Gesellschaftsanalyse. W.s Sympathie gilt vielmehr Bernstein, den er (etwas einseitig) als Überwinder des Marxismus lobt.

Zum Widerspruch fordern jedoch weite Passagen des dritten Abschnittes heraus. W. hat unbestreitbar Recht, wenn er die heutige Übernahme antisemitischer Stereotype im scheinbar antizionistischen oder antiimperialistischen Gewand durch viele Linke scharf kritisiert. Das manichäische Weltbild der Linken kenne nur israelische Besatzer und palästinensische Freiheitskämpfer. Es lasse antisemitischen Vorstellungen breiten Raum, so durch Boykottaufrufe nicht nur gegen israelische Produkte, sondern selbst gegen israelische Wissenschaftler, seien diese auch Kritiker der Tel Aviver Regierungspolitik. W.s Kritik selbst ist hier von einseitigem Urteil nicht frei: Arafat und die PLO erscheinen bei ihm nur als Terroristen, nicht auch als Alternative zur wirklich terroristischen Hamas. Er findet scharfe Worte der Kritik etwa an Bruno Kreiskys strikter Ablehnung der israelischen Siedlungspolitik, die Siedlungspolitik selbst ist ihm aber kaum einer Kritik wert. Er wirft Olof Palme Antiisraelismus und Antiamerikanismus vor, wo doch dieser sich gegen den Völkermord der USA in Vietnam, keineswegs gegen die amerikanische Lebensweise, gewandt hatte. Ganz und gar unsinnig ist sein Urteil über Manabendra Nath Roy, den er als Vorläufer des Islamismus und des „Roten Djihad" einstuft (S.588f.). Das genaue Gegenteil ist richtig: Roy hatte schon 1920 hellsichtig vor einer Allianz zwischen Nationalismus und religiösem Fundamentalismus in Asien gewarnt. Kommunisten und Sozialisten dürften sich mit einer Bewegung, die aus solchem Amalgam erwächst, in keinem Fall einlassen. In einem Rundumschlag erklärt W. (im 17. Kapitel) die britische Linke als gänzlich von Antizionismus und Antisemitismus geprägt. Gegenteilige Äußerungen nimmt er ebenso wenig zur Kenntnis wie Peter Ullrichs materialreiches Buch über die deutsche und britische Linke im Nahostkonflikt. Der Vorsitzende der Labour Party, Ed Miliband (dessen Name falsch geschrieben wird), ist für W. allen Ernstes ein „radikaler englischer Jude" (S.23).

So bleibt ein zwiespältiger Eindruck vom Buch: Es ist sehr detailreich und fordert in seinen beiden ersten Teilen auch dort zur ernsthaften Diskussion heraus, wo man mit guten Gründen anderer Meinung als der Vf. sein kann. Der dritte Teil aber zeugt oftmals spiegelverkehrt von genau jener Einseitig-

keit im Urteil, die W. – nicht immer zu Unrecht – der sozialistischen Linken vorhält. *Mario Keßler*

Heinz Düx: Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften 1948-2013, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2013, 982 S., ISBN 978-3-89144-467-2

Solche aufrechten demokratischen Juristen wie Heinz Düx gab und gibt es in der Bundesrepublik nur sehr, sehr wenige. Die westdeutsche Justiz behinderte ihn auf Schritt und Tritt und duldete ihn überhaupt nur, weil es ihr nicht gelang, ihn aus seiner Dienststellung zu entfernen. Das hatte die CDU im hessischen Landtag zweimal versucht, 1975 und 1982 hatte sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung gegen ihn angestrengt – vergeblich.

Düx ist Jahrgang 1924. Weil er nicht wehrtauglich war, konnte er 1942-1948 in Marburg Jura studieren, unterbrochen durch eine Arbeitsverpflichtung 1944/45 im Bahnbetriebswerk Marburg. Vor der Zwangsverpflichtung zum Volkssturm versteckte er sich im Vogelbergkreis. Nach der Befreiung vom Faschismus gehörte er mit Werner Krauss und Joachim Grunau zum Entnazifizierungsausschuss der Juristischen Fakultät der Universität Marburg. 1948 promovierte er mit einer Arbeit über den Einfluss der freien Gewerkschaftsentwicklung auf die Rechtsentwicklung des Deutschen Reiches bis 1914. Diese Arbeit ist in der von Friedrich-Martin Balzer besorgten Sammlung seiner Schriften erstmals abgedruckt.

Seit Beginn seiner Tätigkeit als Anwalt 1950 bzw. als Richter 1954 im hessischen Justizdienst war Düx bis zu seiner Pensionierung 1989 mit der Verfolgung von Verbrechen der deutschen Faschisten und mit der Entschädigung ihrer Opfer befasst. Als Untersuchungsrichter in politischen Strafsachen beim Landgericht Frankfurt/Main bereitete er von 1960 bis 1963 mit Fritz Bauer den Auschwitzprozess vor, anschließend für den von Bauer geplanten Prozess gegen „Euthanasie"-Verbrecher den Teil Hartheim.

1970 wurde Düx zum Vorsitzenden eines Zivilsenats am Oberlandesgericht Frankfurt/Main berufen; dieser Senat war vorwiegend mit Rückerstattungs- und Entschädigungsfragen beschäftigt. Düx war einer der besten Spezialisten auf diesem Gebiet und ein unermüdlicher Widersacher jenes „Strafvereitelungskartells" aller drei Staatsgewalten, das die westdeutsche Justiz beherrschte. Und er war ein entschiedener Verfechter einer „Wiedergutmachung" gegenüber allen Opfern des Naziregimes. Bei drei Anhörungen des Deutschen Bundestages/Innen- bzw. Rechtsausschusses zu diesen Fragen wurde er 1987, 1989 und 1995 als Sachverständiger gehört; seine Gutachten und Stellungnahmen sind in der Sammlung enthalten.

Die vom Hrsg. B. gesammelten Schriften des Richters umfassen Arbeiten aus drei Sachbereichen, einmal aus seiner Tätigkeit als Untersuchungsrichter bei der Vorbereitung des vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer durchgesetzten Auschwitzprozesses, zweitens aus seinen Publikationen zu Problemen der Entschädigung der Naziopfer und drittens politisch-juristische Publizistik.

Während die Mitwirkung von Düx am Frankfurter Auschwitzprozess (1963-1965) bereits mit dessen offizieller Eröffnung 1963 abgeschlossen war, wäre die Eröffnung des Prozesses ohne seine Arbeit als Untersuchungsrichter kaum möglich gewesen. Dieser Prozess hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Schweigen über die Wehrmachts- und Naziverbrechen in der westdeutschen Öffentlichkeit durchbrochen werden konnte. Gegen welche massiven justizinternen Versuche, den Prozess zu verhindern, und nachdem das gescheitert war, ihn zu behindern, Bauer und seine Mitarbeiter zu kämpfen hatten, verdeutlichen mehrere Beiträge des Bd.

Nach dem Auschwitzprozess bereitete Fritz Bauer einen Prozess zur Aufklärung der „Euthanasie"-Verbrechen vor, für den Düx ebenfalls als Untersuchungsrichter tätig wurde. Er ermittelte gegen die Mörder von psychisch Kranken und KZ-Häftlingen in der Heilanstalt Hartheim in Österreich. Nachdem Bauer 1968 überraschend gestorben war – die Todesursache ist bis heute nicht aufgeklärt – wurden die Vorbereitungen eingestellt. Außer juristischen und publizistischen Texten von Düx zu diesem Gegenstand enthält der Bd. auch ein hier erstmals veröffentlichtes Drama, in dem Düx die Mörder in Arztkitteln von einem internationalen Gericht zum Tode verurteilen lässt.

Die reichliche Hälfte seiner gesammelten Schriften handelt von seinem Kampf für die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des deutschen Faschismus. Diese Texte analysieren den Auschwitzprozess und seine Wirkungen, die „Euthanasie"-Verbrechen, die verweigerte Anerkennung und Entschädigung der Opfer der Sinti und Roma, die verweigerte oder dilatorische Behandlung der Entschädigung der ausländischen Zwangsarbeiter, die Abweisung der Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung der Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer" und weitere Aspekte des Gegenstandes. Sie überzeugen durch begriffliche Schärfe, sprachliche Klarheit und radikale antifaschistische Bewertung, getragen von der umfassenden Sachkenntnis eines Insiders, der Lügen, Halbwahrheiten und bürokratische Feigheiten seiner Kollegen beiseiteschiebt.

Düx war nicht nur Ermittler und Richter. Er war und ist auch ein bestechender politischer Publizist und das nicht nur dort, wo er Justizkritik übt. Der Bd. enthält mehrere Kapitel mit kritischen Kommentaren zur bundesdeutschen Geschichte. Sie betreffen Kontinuitäten der deutschen bürgerlichen Justiz, die Entwicklung der Notstandsgesetze, das Widerstandsrecht, den Umgang mit Antifaschisten in der BRD, den Nürnberger Prozess. Sie behandeln die Ostpolitik und die Entspannung, sie analysieren das geschriebene und das praktizierte Verfassungsrecht und nach wie vor unerfüllte juristische Verfassungsaufträge. Und sie entfalten zahlreiche Facetten einer Justizkritik, wie sie nur ein eingeweihter Kenner der Justiz der BRD üben kann.

Ein wesentlicher Komplex dieser Publizistik betrifft die Deutschlandpolitik der BRD. Hier zeichnet sich Düx durch außergewöhnliche Scharfsichtigkeit aus. So liefert er eine vorzügliche Analyse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der

BRD, die ihresgleichen sucht. Er diagnostizierte anhand alltäglicher massenhafter Verhaltensweisen die tendenzielle Herausbildung zweier deutscher Nationen in den Jahrzehnten ihrer je eigenen Entwicklung. Düx lässt sich seinen klaren politischen Blick weder von den offiziellen Lügen und Sprachregelungen der Regierung noch von der Massenverdummung durch öffentlich-rechtliche Medien vernebeln, er analysiert nüchtern die Tatsachen. Und er spricht seine Diagnosen im Klartext und zieht historische Vergleiche und Parallelen, die irregeführten oder verblendeten Lesern die Augen öffnen könnten, so sie denn den Mut zum Erkennen aufbringen. Die Lektüre seiner kritischen politischen Kommentare erneuert und vertieft Einsichten in Knotenpunkte, Widersprüche und Entwicklungen dieser Bundesrepublik. Vielleicht ruft sie außer Freude und Genugtuung an dieser Kritik bei manchem Leser auch jenen moralischen Mut hervor, dessen Fehlen Düx bei den „Richterspießern" so sehr beklagte. Mit Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder gründete Heinz Düx die Zeitschrift „Demokratie und Recht", er war ihr ständiger Autor und 1973-1992 ihr Mitherausgeber. Die meisten politischen Texte veröffentlichte Düx in der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat", ausführlichere Analysen in Sammelbänden und im „Bulletin des Fränkischen Kreises".

Der Hrsg. entschied sich für eine vollständige Sammlung der Arbeiten von Heinz Düx. Er nahm wissenschaftliche, publizistische und literarische Texte auf. Das Buch enthält selbst Leserbriefe, literarische Porträts von Kollegen und autobiografische Texte. B.s Prinzip der Vollständigkeit führte zur Dickleibigkeit des Bd. und unvermeidlich auch zu so manchen Wiederholungen. Doch diese sind verkraftbar. B., der bereits 2004 die Schrift von Düx „Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Politische Innenansichten der bundesdeutschen Justiz" herausgegeben hatte, setzt nun mit diesem Bd. Heinz Düx ein literarisches Denkmal. Denkmäler sind statisch und können langweilig sein. Dieses Buch aber ist spannend, stellenweise fesselnd, und es ist lebendig, weil sein Autor kämpferisch ist. In Parenthese sei bemerkt, dass Wilhelm Rösing im Jahre 2011 einen Film über Düx gedreht hat: „Der Einzelkämpfer. Richter Heinz Düx". Der Filmtitel verweist auf ein Doppeltes, auf die lebenslange Isolierung des aufrechten Demokraten innerhalb seiner Kollegen und auf die jeweils nur zeitweilige Bindung des Richters an eine politische Partei. *Werner Röhr*

Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht (Politik und Geschichte, 8), LIT Verlag, Berlin-Münster 2012, VIII, 603 S. ISBN 978-3-643-11786-1

SPD und Vertriebenenverbände, da denkt man sofort an die Namen Wenzel Jaksch, Reinhold Rehs und Herbert Hupka. Alle seinerzeit führende Sozialdemokraten in den Vertriebenenverbänden, die dann aber nacheinander ihrer Partei den Rücken kehrten und den Wechsel zur CDU vollzogen. Dies war das Resultat dessen, was Müller in seiner Arbeit mit dem Untertitel „Eintracht, Entfremdung, Zwietracht" bezeichnet. Ein langer, wechselvoller Prozess, angefüllt mit hoffnungsvol-

lem Vertrauen, tiefem Misstrauen, vielen Verärgerungen und Kränkungen, die über verschiedene Stadien schließlich in den 70er-Jahren bis zu offenen Feindseligkeiten führten.

Dabei hatten sich SPD und Vertriebenenverbände anfangs durchaus nahegestanden. So hatten sie sich noch im Herbst 1954 gemeinsam gegen das Saarstatut gewandt, weil sie darin „ein rechtliches Präjudiz für die Vertriebenengebiete im Osten" sahen (S.53), da nunmehr umgekehrt auch der DDR das Recht zum Abschluss von Verträgen hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze nicht mehr verwehrt werden könnte. Doch die regelmäßig von der SPD-Führung unternommenen Versuche, Gemeinsamkeiten mit den Vertriebenenverbänden zu suchen und diese dann in der Öffentlichkeit zu vertreten, wurden schon früh – wenn auch vorerst nur vereinzelt – durch deutliche Misstöne empfindlich gestört. Dies geschah bereits in der von M. als Phase der Eintracht und des gegenseitigen Hofierens bezeichneten Zeit der späten 50er- und frühen 60er-Jahre. Unter den Fakten, die M. hier anführt, sei der „Fall Greve" hervorgehoben. Der SPD-Abgeordnete Otto Heinrich Greve hatte am 15. Mai 1956 in einer Rede in Hannover vor dem Königsteiner Kreis – einer Juristenvereinigung, die sich mit Fragen der Wiedervereinigung befasste – ausgeführt, „dass eine Wiedervereinigung zunächst nur zwischen der Bundesrepublik und der DDR möglich sei, und gleichzeitig einen Rechtsanspruch auf die deutschen Ostgebiete ausdrücklich zurückgewiesen". Darüber hinaus hatte er gesagt: „Ich will ganz offen bekennen, dass das sogenannte Sudetengebiet kein deutsches, sondern tschechoslowakisches Staatsgebiet ist und bleiben soll und wir keine Ansprüche auf dieses Gebiet erheben." Mit Blick auf die Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft fügte er hinzu: „Wer unter den Klängen des Egerländer Marsches erneut auf Raub fremden Staatsgebietes ausziehen will, begeht Verrat an der Wiedervereinigung und hetzt zum Krieg." (S.61) Greve wiederholte diese Äußerungen fast wörtlich am 23. Mai 1956 im Bayerischen Rundfunk. Die SPD–Führung hatte große Mühe, die Empörung in den Landsmannschaften zu dämpfen, indem sie wiederholt versicherte, dass sie ihren Standpunkt hinsichtlich des Anspruchs auf die Grenzen von 1937 und auf das sogenannte Heimatrecht nicht verändert habe und dies – ungeachtet der abweichenden Meinung einzelner Sozialdemokraten – auch künftig nicht tun werde. Obwohl Greve keineswegs ein Einzelfall blieb und sich z. B. auch Carlo Schmid dahingehend äußerte, dass in den Ostgebieten „‚Fakten geschaffen' worden seien, die es zu akzeptieren gelte" (S.67), gelang es vor allem Herbert Wehner immer wieder, vertriebenenkritische Äußerungen durch Anweisungen und Drohungen weitgehend zu unterbinden. Wenzel Jaksch, zu jener Zeit Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, ab 1959 Vorsitzender der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und später, ab 1964, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), war es insbesondere, der ständig ein aktives politisches Eintreten der SPD nach der von Kurt Schumacher vertretenen Devise einforderte, niemals die Oder-Neiße-Linie als Grenze anzuerkennen und „um jeden Quadratmeter deutschen Bodens jenseits dieser Linie mit friedlichen Mitteln [zu] kämpfen" (S.33). Bei der Aufstellung der Lis-

ten zu den Landtags- und Bundestagswahlen wurde – auch wieder vornehmlich von Wenzel Jaksch – genauestens darauf geschaut, wie hoch der Anteil der Vertriebenen bei der Mandatsverteilung war.

Die offene Zwietracht begann dann auch erst mit dem Übergang der SPD zu einer neuen Ostpolitik. M. schreibt zu Recht, dass es hier zu völlig gegensätzlichen Wahrnehmungen gekommen sei. Während Willy Brandt als Richtschnur seiner Politik gegenüber den Heimatvertriebenen in Anspruch nahm, dass Ostpolitik nicht hinter dem Rücken der Vertriebenen gemacht werden könne, sahen sich diese von der SPD getäuscht und verraten. Das Lavieren der SPD-Führer, ihr zeitweiliges Zurückweichen vor ihren innenpolitischen Gegnern, ihr Taktieren, um die Stimmen der Vertriebenen nicht der CDU zuzutreiben, lässt es verständlich erscheinen, wenn sich viele Vertriebene tatsächlich getäuscht und übertölpelt fühlten. Für viele war es schwer verständlich, dass auf dem 1964 stattgefundenen Karlsruher Parteitag der SPD noch eine riesige Landkarte mit den Grenzen von 1937 präsentiert worden war und vier Jahre später auf dem Nürnberger Parteitag Willy Brandt bereits von Anerkennung und Respektierung der Grenzen sprach. Nun, als sich die Konfrontation mit den Vertriebenenverbänden nicht mehr vermeiden ließ, wandte sich auch Herbert Wehner, der langjährige „Vertrauensmann" der Vertriebenen, in scharfen Worten gegen die immer heftiger werdenden Vorwürfe des Verrats, wie sie vonseiten des BdV vorgebracht wurden. So bezeichnete er z. B. die Verantwortlichen einer BdV-Entschließung, in der solche Vorwürfe erhoben wurden, als „gelernte Einpeitscher des dritten Reiches" (S.342).

In diesem Zusammenhang soll, bei allem Lob, das die Arbeit M.s zweifellos verdient, doch auf einen Mangel hingewiesen werden: M. hat sich nur am Rande mit der Tatsache auseinandergesetzt, dass die erste Generation der Funktionäre des BdV direkt aus der Nazi-Tradition stammte. Wie der Historiker Michael Schwartz jüngst feststellte, waren zwei Drittel des 1958 gewählten BdV-Präsidiums Mitglieder der NSDAP oder der SS. (Nebenbei sei gesagt, dass die NS-Vergangenheit hoher Funktionäre der Vertriebenenverbände schon in den späten 50er- bzw. 60er-Jahren in entsprechenden DDR-Publikationen ausgeleuchtet worden ist.) Lediglich zwei Mitglieder des BdV-Präsidiums waren Gegner des Nazi-Regimes gewesen (siehe Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich", München, 2012). Über den Durchschnittsfunktionär des BdV jener Jahre schreibt Schwartz: „Gerade die Vertreter der mittleren und jüngeren Generation, die in den 50er Jahren die Vertriebenenarbeit dominieren sollten, zeigten eine grundlegende Loyalität und Affinität gegenüber den braunen Machthabern." (zit. nach: Berliner Zeitung, 20.11.2012) Das Herkommen aus dieser Tradition war ganz sicherlich mit verantwortlich für die wütende Kampagne, die die Vertriebenenverbände gegen die Aussöhnungs- und Anerkennungspolitik der Brandt-Scheel-Regierung führten. Man denke nur an die Bonner Großkundgebung am 30. Mai 1970 und an die Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände in jenem Jahr. Wie in einem internen Bericht

an Wehner und Wischnewski zu lesen war, wurden in Bonn „besonders bösartige Transparente“ gezeigt, „Hochverrat – Landesverrat – Brandt an den Galgen – hängt sie auf – keine Stimme der SPD/FDP“ (S.445). Dennoch gelang es der SPD 1972, gerade in jenen Bundesländern mit überdurchschnittlichem Anteil an Vertriebenen besondere Gewinne zu verbuchen. Nicht nur die Mehrzahl der Wähler, sondern auch eine erstaunlich große Anzahl von Vertriebenen, die offenbar einer undogmatischen, versöhnlichen Haltung zuneigten, hatte sich mit der Ratifizierung der von den Vertriebenenverbänden weiterhin massiv bekämpften Ostverträge abgefunden.

Von Interesse dürfte es auch sein, einmal genauer zu untersuchen, wie sich die Einflussnahme von CIA und BND, die in den Vertriebenenverbänden zahlreiche Verbindungsleute angeworben hatten, auf das Verhältnis der Vertriebenenverbände zur SPD ausgewirkt hat (siehe Erich Schmidt-Eenboom: BND und Vertriebenenverbände, in: Horch & Guck, 2012, H. 78). Hierüber konnte M. in den von ihm ausgiebig genutzten Quellen natürlich nichts erfahren.

In einer „Schlussbetrachtung“, die eher als eine Zusammenfassung zu lesen ist, hebt M. noch einmal hervor, dass Fritz Erler und Willy Brandt mit ihrem „undurchsichtigen Agieren [...] den eigenen ostpolitischen Wandlungsprozess gegenüber den Vertriebenen lange verschleierten und damit deren spätere Enttäuschungen beförderten“ (S.556).

Mit der postulierten Überparteilichkeit des BdV sei es endgültig ab 1976 vorbei gewesen, als sich der Verband bei der Bundestagswahl erneut öffentlich der CDU zugewandt habe. Abschließend zitiert M. eine von Erika Steinbach in ihrem 2010 erschienenen Buch „Die Macht der Erinnerung“ getroffene Aussage: „Das damalige Verhältnis des BdV zu den beiden regierenden Parteien ab 1970 ist mit ‚frostig‘ untertrieben charakterisiert. Es war feindselig. Völlig schuldfrei an der weiteren Entwicklung war unser Verband nicht. Die Enttäuschung führte zu Verhärtung und Abschottung. Emotional ist das verständlich, politisch klug war es nicht.“ (S.561) M. spricht seine Hoffnung aus, dass es noch vor dem Abtreten der sogenannten Erlebnisgeneration zu einer Wiederannäherung von SPD und Vertriebenenverbänden kommen werde. Der auch von ihm konstatierte erhebliche gesellschaftliche Bedeutungsverlust des BdV lässt dies allerdings mehr und mehr zu einer politischen Randfrage werden.

M.s Buch, eine leicht überarbeitete Dissertationsschrift, enthält eine Quellen- und Literaturübersicht sowie ein ausführliches Personen- und Sachregister. Es ist gut lesbar, auch wenn ihm eine Durchsicht durch einen Lektor gut getan hätte, um die häufigen grammatikalischen und einfachen Schreibfehler zu vermeiden. Doch so etwas „rechnet“ sich ja nicht mehr. *Harald Lange*

Egon Bahr: „Das musst du erzählen“. Erinnerungen an Willy Brandt, Propyläen Verlag, Berlin 2013, 240 S., ISBN 978-3-54907-422-0

Egon Bahr hat einen neuen, nun auf Willy Brandt fixierten Erinnerungsbd. vorgelegt. Mit ihm hat er in dessen verschiedenen Funktionen und Ämtern eng zusammengearbeitet. Die histori-

schen Entwicklungsprozesse und Fakten sind im Wesentlichen bekannt, zu ihnen lässt sich kaum Neues hinzufügen. Was das Buch interessant macht, ist die Sicht von B. auf die Hintergründe und seine Anekdoten. Sicher ist das Meiste nicht neu, hat er doch Vieles im Bd. „Zu meiner Zeit" (1996), in Interviews und anderweitig in den Medien – identisch oder in Nuancen abweichend – bereits mitgeteilt.

B. gliedert den Bd. chronologisch in vier Teile: „Berlin", „Bonn", „Triumph und Tragik" und „Gewissheiten". Sie entsprechen einzelnen Stationen der politischen Laufbahn von ihm und Brandt. Ihre Zusammenarbeit begann, als B. im Februar 1960 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Senats von Berlin wurde. Viel erfährt der Leser über den Arbeitsstil beider, wie in gemeinsamer Arbeit Konzepte, Reden oder Artikel entstanden, präzisiert und in praktische Politik umgesetzt wurden. Bald nach dem 13. August 1961 kehrte im Schöneberger Rathaus eine gewisse Besonnenheit ein, insbesondere nach einem Brief Kennedys, der geschrieben hatte: „Weder Sie noch irgendeiner unserer Verbündeten haben jemals überlegt, an diesem Punkt Krieg zu führen." B. schlussfolgerte daraus, nun „wussten wir: Die Teilung würde lange dauern". (S.41) Das auszusprechen, habe man sich damals aber nicht getraut. B.s Einschätzung lautet: „Die Rückschau bestätigt den Mauerbau als Wendepunkt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er löste die deutsche Entspannungspolitik aus, durch die aus den beiden deutschen Objekten der vier Siegermächte ein souveränes Subjekt in der Mitte Europas wurde", nur so wäre die deutsche Einheit erreichbar gewesen (S.44). Selbstverständlich fehlt auch nicht die Passage zu den Tutzinger Reden von Brandt und B. („Wandel durch Annäherung").

Im März 1966 hatte B. versucht, in einem 180 Seiten langen Buchmanuskript „Was nun" das Konzept einer neuen Deutschland- und Ostpolitik auszuarbeiten. Entgegen der bisherigen Linie sah dies nun erst Entspannung und dann deutsche Einheit vor. Es sollten zunächst Vereinbarungen zum geregelten Nebeneinander der beiden deutschen Staaten mit Einbeziehung der Sowjetunion getroffen werden und ein europäisches Sicherheitssystem entstehen. Brandt reagierte ausführlich und ablehnend: „Der Berliner Pressechef und enge Mitarbeiter des SPD-Vorsitzenden kann die Schrift *so* nicht veröffentlichen." (S.49) Stattdessen stimmte er B. auf eine Große Koalition ein, was bei diesem „keine Begeisterungsstürme" hervorrief (S.50). Mit Übernahme des Außenministeriums durch Brandt begann eine neue Etappe. Aus dem Entwurf eines „Wandels durch Annäherung" sollte eine ausgearbeitete Konzeption entwickelt werden. Im Juni 1968 legte B. Brandt ein Papier über europäische Sicherheit vor. In diesem waren die Beteiligung der DDR als Staat in jedem europäischen Sicherheitssystem und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als unverzichtbar festgehalten. Eine zweite Studie im September 1969 vor der Bundestagswahl befasste sich mit der Außenpolitik der Regierung und einem Rahmenvertrag mit der DDR. Es sah den Bruch mit vielen früheren Tabus der Bundespolitik vor: „Die DDR wird die volle Völkerrechtsfähigkeit erhalten, bleiben muss Sonderverhältnis zwischen beiden deutschen Staaten, die füreinander nicht Ausland sind", die

Grenze zwischen ihnen und allen Staaten müsse unter den allgemeinen Gewaltverzicht gestellt werden (S.63f.).

Mehrfach bringt B. das Unbehagen Brandts über die Große Koalition (eine „politisch widernatürliche Unzucht" – S.69) zum Ausdruck. Aber selbst in der Wahlnacht 1969 habe es unter der „Elite der SPD" machtbewusste Menschen gegeben, die nicht nur von ihrer eigenen Kanzlerfähigkeit überzeugt waren, sondern auch den „Willen zur Fortsetzung der Großen Koalition unter Kiesinger" hatten; für B. eine erschreckende Vorstellung: Die Entspannungs- und Ostpolitik wäre dann lediglich Planspiel geblieben (S.72).

Unmittelbar nach der Regierungsbildung mit der FDP begann der Meinungsaustausch mit sowjetischen Stellen über einen Gewaltverzicht. Verhandlungen mit Falin und Gromyko machten B. nochmals deutlich, welch große Bedeutung unantastbare Grenzen hatten, eine Problematik, die die bundesdeutsche Seite in Einklang mit dem Grundgesetz bringen musste. B. kennzeichnet die Situation nach der Unterzeichnung der Verträge mit der Sowjetunion rückblickend wie folgt: „Alle vor 1991 entwickelten ostpolitischen Vorstellungen, Pläne und Ideen gingen von der Annahme aus, dass die Sowjetunion und der Warschauer Pakt auch in Zukunft bestehen bleiben würden. Die Ereignisse des Jahres 1991 [...] wurden im Westen nicht erahnt. Die Erwartungen und Hoffnungen richteten sich auf eine Art Liberalisierung des Systems mit friedlicher Koexistenz und konstruktiver Zusammenarbeit, wobei die fortbestehenden ideologischen Differenzen in einer Kultur des Streits dem gemeinsamen Ziel des Friedens unterzuordnen wären." (S.99f.)

Detailliert berichtet B. über die Verhandlungen zum Berlin-Abkommen und über die Verträge zwischen BRD und DDR. Der Leser erfährt, dass manches über die sowjetisch-bundesdeutschen Verbindungen ohne Kenntnis und hinter dem Rücken der DDR ablief, insbesondere die (Vor-)Verhandlungen B.s mit dem US- und dem sowjetischen Botschafter in Bonn. Erstmals traf B. 1972, kurz vor der entscheidenden Bundestagsabstimmung über das Misstrauensvotum der Opposition, mit Erich Honecker zusammen. B. betont die Sachlichkeit der Gespräche und konstatiert: „Honecker bewies Übersicht, Entscheidungsfähigkeit und mehr Kompetenz als mancher unserer Oberen in Bonn. Ohne ihn wäre die innerdeutsche Annäherung nicht möglich gewesen." Honeckers Irrtum wäre gewesen, Abgrenzung und Annäherung miteinander verbinden zu können; zugleich schätzt B. ein: „Wie er nach der Einheit behandelt wurde, ist kein Grund, stolz zu sein." (S.136f.)

Die Ostverträge ließen die SPD bei den Bundestagswahlen 1972 zur stärksten Partei werden. Wie danach die Regierung gebildet wurde, gehört fast in das Reich der Kuriositäten. Brandt musste sich nach einer Operation einem Sprechverbot beugen und gab Aufzeichnungen über seine Vorstellungen zur Kabinettsbildung an Wehner weiter, die dieser dann aber „vergessen" hatte. „So entschied die Koalition ohne Berücksichtigung von Brandts Wünschen über Zuschnitt und Besetzungen des neuen Kabinetts. Das war kein Staatsstreich, aber gewiss ein Streich gegen den Bundeskanzler." (S.143)

In der Affäre um „Guillaume" 1974 sei zuerst überhaupt nicht an einen

Rücktritt des Bundeskanzlers gedacht gewesen, schreibt B., doch Brandt bekam die Unterstützung der eigenen Fraktion nicht. Die Verhaftung Guillaumes war nur das auslösende Moment nach einer Reihe anderer Ereignisse und Fehler.

Über das Wirken Brandts in der von ihm 1977 mit initiierten und geführten Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen, die als Nord-Süd-Kommission bekannt wurde, erfährt der Leser, dass Brandt nach dem Ende seiner Kommissionsarbeit zu Beginn der 1980er-Jahre „politisch und gedanklich ein beträchtliches Stück weiter links als zuvor" stand (S.179). Die Gegensätze zwischen dem Parteivorsitzenden Brandt und dem Kanzler Schmidt (der ebenfalls der SPD angehörte), thematisiert B. anhand verschiedener Probleme. Und: „Die beiden sagten sich nie in letzter Offenheit, was sie voneinander hielten." (S.212) Zum sogenannten Raketen-Doppelbeschluss habe Brandt gerade noch erreichen können, dass Schmidt die Zustimmung zur Stationierung vom Ergebnis weiterer Ost-West-Verhandlungen abhängig machte; B. war strikt gegen die Raketen-Stationierung und trat daher als Bundesgeschäftsführer der SPD zurück.

B. geht auch auf die Begegnungen Brandts mit Gorbatschow ein. Er verweist auf die gemeinsame Position, dass es an der Zeit sei, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Am Schluss des Bd. erinnert sich B. an die Entwicklung nach dem 10. November 1989. Kritisch sieht er den Umgang mit den ehemaligen DDR-Bürgern und befindet, dass noch immer nicht die volle Rechtsgleichheit erreicht ist. Schuld trügen hier auch die „Bürgerrechtler aus Ostdeutschland", die ihren Willen durchsetzten, durch den „in Westdeutschland der Eindruck entstand, die Stasi sei gleichbedeutend mit der DDR gewesen" (S.224).

In dieser mit beachtenswerten Einschätzungen gespickten Rückschau fehlt auch ein kritischer Blick auf die heutige Weltpolitik und Weltwirtschaft nicht. Er schließt mit dem Brandt-Zitat „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts." (S.231)

Herbert Mayer

Jeannette Madarász-Lebenhagen (Hrsg.): Alltag im ostdeutschen Premnitz. Mit den Kalenderblättern (1982-1984) von Hubert Biebl. Hrsg. im Auftrag der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Metropol Verlag, Berlin 2012, 200 S., Abb., ISBN 978-3-86331-101-8

Handlungsort der hier abgedruckten Kalendernotate ist der VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" (CFP) in Premnitz, der vor 1989 über 7.000 Leute beschäftigte und heute nur noch als Industrieruine existiert. Nun waren Betriebe in der DDR stets Vergesellschaftungskerne, in denen sich Arbeit und Freizeit auf vielfältige Weise verknüpften, sodass Studien zu Werksproblemen, innerbetrieblichem Leben wie überhaupt Arbeits- und Lebensbedingungen von Betriebsangehörigen zwangsläufig den Alltag einer Region und darüber hinaus der DDR berühren. Auch in diesem Fall, zumal die Hrsg. zwar die Kalendereintragungen des studierten Chemikers Hubert Biebl in den Mittelpunkt der Publikation stellte, sie aber durch die Auf-

nahme weiterer Quellen – IM-Unterlagen, Eingaben, Büttenreden sowie Erinnerungsberichte – komplettierte bzw. auf ihren Wahrheitsgehalt hin abklopfte. Vorangestellt wurden dem Bd. ein Vorwort von Ulrike Poppe sowie eine knappe Einleitung von M. „Leben in der ostdeutschen Diktatur erklären". M. geht es darin um eine differenzierte Sicht auf ostdeutsches Leben, obgleich auch bei ihr manches verkürzt, vereinfacht oder seltsam verdreht erscheint und Klischees nicht fehlen: „Ein besonderes Merkmal der sozialistischen Diktatur war das verfassungsmässig festgeschriebene ‚Recht auf Arbeit' und die damit verbundene Regel der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit", lautet etwa so ein Satz. Noch mehr Kopfschütteln löst die These aus, Ulbricht habe einen besonderen deutschen Weg zum Kommunismus favorisiert, was ihn seine Funktion kostete (S.17).

Die Kalenderblätter erhielt M. als Reaktion auf einen Presse-Aufruf mit der Bitte um authentisches Quellenmaterial für ein Projekt zur Sozial- und Kulturgeschichte der DDR. Etwas über 200 Texte verfasste B. zwischen 1982 und 1984, hörte dann aber auf, weil seine Frau ihn bat, das „selbstmörderische Schreiben" zu lassen. Die Eintragungen sollten ihm, wie er selbst schrieb, über „seine berufliche Misere und über Alltagsprobleme" hinweghelfen (S.25). 100 Texte werden hier veröffentlicht. Man erfährt jedoch nicht, wer sie auswählte (eventuell noch B. selbst, er starb 2012) und nach welchen Kriterien. Das ist ein ärgerlicher Umstand, der unvermeidlich Fragen aufwirft. B. begann mit seinen kritischen Eintragungen, als die DDR Anfang der 80er-Jahre in schweres Fahrwasser geraten war, aus dem sie nicht mehr herausfinden sollte. Daher wünschte man sich in der Einleitung eine noch genauere Charakterisierung speziell dieses Zeitraums und seiner stadialen Besonderheit. Das hätte zum besseren Verständnis des letzten Jahrzehnts der DDR mit ihrer enormen Auslandsverschuldung und der entsprechend rücksichtslosen Entschuldungspolitik beigetragen. Denn gerade deren zerstörerische soziale und ökologische Folgen nebst erheblichen Versorgungslücken und zunehmender Stagnation wurden von B. in vielen Bereichen verspürt und trieben ihn um. Dabei konnte er eigentlich ein geruhsames, normales Privatleben führen – und tat dies auch, doch seine Arbeitssituation setzte ihm zu. Zwar galt er als ein tüchtiger Fachmann, war angesehen und verdiente sehr gut, nur wurde er kaum noch wirklich gebraucht. „Ist es nicht traurig, daß ich nach fünfundzwanzig Berufsjahren feststellen muß, daß ich in all den Jahren nur ein einziges Mal über zwei bis drei Jahre eine sinnvolle Aufgabe hatte, die dann auch großtechnisch genutzt wurde. Alles andere war nur Bewegung, nutzlose, überflüssige Beschäftigung." (S.45) Aufwendige Rekonstruktionen oder gar Neuentwicklungen ließen Anfang der 80er-Jahre auf sich warten, denn das CFP „hatte niemals eine besonders privilegierte Position in der ostdeutschen Wirtschaft" (Einleitung, S.22) wie etwa die Petrolchemie. Vorschläge seinerseits scheiterten. Und so saß B. an seinem Arbeitsplatz und las die „Wochenpost", die Memoiren Ehrenburgs und anderes. „So wie ich machen es viele", schrieb er (S.88). Ihn empörte die daraus auch erwachsende Missachtung von Qualifikationen – Konstrukteure wurden als Arbeiter in die

Spinnerei geschickt, Betriebsingenieure teerten Dächer. Seine persönliche Lage, aber auch sein hinterfragendes Interesse an gesellschaftlichen Problemen und gesellschaftlicher Entwicklung führten ihn zu immer neuen verstörenden Einsichten und Enttäuschungen.

Dabei hatte sich B. – aus dem Krieg zurückgekehrt – hoffnungsvoll am Aufbau des neuen Staatswesens DDR beteiligt. Er war nach dem 17. Juni aus der SED wieder ausgetreten, dennoch nannte er sich selbst einen unverbesserlichen Kommunisten (S.123), für den die westliche Welt keine wirkliche Alternative darstellte. Aber die Fehlentwicklungen der sich als sozialistisch verstehenden DDR brachten ihn auf: die Plantrickserei und die verlogenen Planabrechnungen, die ermüdende politische Daueragitation, die Als-Ob-Demokratie-Spielerei z. B. bei Wahlen in der Kammer der Technik oder in der Urania, die zum Teil lebensgefährlichen Schlampereien und Gleichgültigkeiten im Betrieb sowie in der Region – die Müllecken, die verdreckten Züge, die heruntergekommene Gaststättenkultur. Vor allem litt er darunter, dass Modernisierungen nach den großen Investitionen in den 70er-Jahren (Grisuten- und Wolpryla-Neuanlagen) oder gar der Austausch überalterter Anlagen (etwa der umweltverschmutzenden Aktivkohleproduktion) nun ein Ding der Unmöglichkeit schienen, weil die Finanzlage der DDR Neuinvestitionen kaum noch zuließ. Die explosionsgefährdete Sulfidieranlage, in der es bereits mehrfach Verpuffungen gegeben hatte, „arbeitet seit Jahren ohne Schutzgüte, d. h., die Arbeitssicherheit ist nicht vorhanden. Das wissen alle bis zum Minister, aber keiner denkt daran, die Anlage still zu legen“, steht im Kalenderblatt vom 9. März 1983 (S.52). Kraftstoffeinsparungen und den Ersatz von Heizöl durch Braunkohle registrierte B. mit Sarkasmus, weil der innerbetriebliche Transport nunmehr mit Pferden vonstatten ging, während der Parteisekretär weiterhin im Wolga unterwegs war. Immerhin wurde 1988 eine neue moderne Wolpryla-Anlage in Betrieb genommen, was man aber nicht aus B.s Notaten sondern nur aus den Erinnerungsberichten erfährt.

B.s Eintragungen widerspiegeln detailreich und authentisch die Sicht eines akademisch gebildeten, hellsichtigen Menschen, der den Problemstau und die Verfallserscheinungen in der DDR-Gesellschaft erstaunlich klar erfasste, Faktoren, von denen wir heute wissen, dass sie den Niedergang der DDR herbeiführten bzw. beschleunigten. Darin besteht der Wert dieser Aufzeichnungen eines Chemikers. Andere haderten mit der politischen Führungsriege vor allem wegen der eingeschränkten privaten Konsummöglichkeiten (die aber auch B. nicht kalt ließen). Die übrigen Quellen stützen B.s Aussagen – neben den Eingaben die Berichte eines IM, dem es ebenfalls vorrangig um Beseitigung von Missständen im Betrieb ging, auch die Büttenreden und einige Erinnerungen.

Der Erinnerungsbericht des früheren Werkleiters D. vermittelt eine Ahnung von dessen Kampf um reibungslose Produktionsabläufe, Planerfüllung, Materialbereitstellung oder gegen schwindende Arbeitsmotivation: „Wenn die Arbeitszeit eigentlich erst zu Ende war, saß schon ein Großteil der Mitarbeiter zu Hause und trank Kaffee.“ (S.178) Durch D. weiß man auch vom Walten des langjährigen, machtbewussten Parteisekretärs, der den Mitar-

beitern oft genug das Leben schwer machte.

Zur Bedeutung der erst 2005 entstandenen Erinnerungsberichte bemerkt die Hrsg., dass diese eine „Verschiebung der Sichtweisen und der individuellen Prioritäten" ausweisen (S.173). Die Befragten vermissten nun ihren Betrieb, für dessen Weiterbestehen sie mit Protestaktionen und Besetzungen gekämpft hatten (ein Hinweis darauf fehlt im Bd.), sie vermissten ihre Arbeit, ihr sozial abgesichertes, planbares und überschaubares Leben (eine Messwartenführerin, S.184), in dem Arbeitslosigkeit ein Fremdwort war (ein Meister, S.193), und ihnen fehlte der frühere Zusammenhalt. Einen Kommentar des Rentners B. dazu gibt es leider nicht. *Evemarie Badstübner*

Horst Groschopp/Eckhard Müller (Hrsg.): Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990). Ein dokumentarisches Lesebuch, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2013, 260 S., ISBN 978-3-86569-171-2

Eng mit der Arbeiterbewegung verbunden ist die Bewegung der Freidenker, die sich in unterschiedlichen Organisationen formiert hat, doch als „säkulare Szene" durch Atheismus und Humanismus, Kirchenkritik und weltanschauliche Aufklärung verbunden war. Knapp, aber zweckdienlich in diese Geschichte eingeordnet, behandeln die Autoren den nur kurze Zeit bestehenden Verband der Freidenker der DDR. Dem Untertitel „dokumentarisches Lesebuch" entsprechend, bilden den Hauptteil dieser Publikation gedruckte und ungedruckte Quellenstücke, die teils auch als Faksimile vorgestellt werden. Auf weitere Dokumente oder Artikel wird in Form von Regesten verwiesen. Der Bd. gliedert sich in drei Abteilungen, wobei den dargebotenen Dokumenten jeweils einführende Informationen und Überlegungen aus der Feder von G. vorangestellt sind. M. steuert einen Bericht zur Quellenrecherche und zur Einrichtung der Dokumentation bei.

In der ersten Abteilung werden die Freidenker in Deutschland nach 1945 in Ost und West behandelt. Belegt sind die verständlichen, dennoch nicht von allen Freidenkern akzeptierten Gründe, weshalb KPD und später SED aus bündnispolitischen Erwägungen des antifaschistischen Kampfes und des Ringens um die Einheit Deutschlands (letzteres hätte im Buch mehr Platz finden müssen) gegen die Neukonstituierung einer organisierten Freidenkerbewegung waren. Die nur beiläufig erwähnte, der naturwissenschaftlichen und weltanschaulichen Aufklärung dienende URANIA (hervorgegangen aus der 1954 gegründeten Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse) hätte in diesem Zusammenhang stärkere Beachtung verdient.

Die im Zentrum stehende, mit Abstand umfangreichste zweite Abteilung befasst sich mit der zwar kurzen, aber aufschlussreichen Geschichte des Verbandes der Freidenker der DDR. Obwohl das Verbandsarchiv verschollen ist, haben die Autoren ergiebiges Material erschlossen. Liegen die tiefsten Wurzeln des Verbandes im Dunkel, so steht doch außer Frage, dass in der Parteiführung der SED im Herbst 1988 über die „Organisierung neuer Formen des Freidenkertums" nachgedacht wurde und das Politbüro am 6. Dezember

1988 eine Vorlage über die Bildung des Verbandes der Freidenker der DDR bestätigte. Was zuverlässig belegbar ist, hat M. akribisch aufgelistet und in seine Dokumentation aufgenommen, die sich vor allem auf Überlieferungen des Zentralkomitees der SED und seines Politbüros, des Ministerrates der DDR und einschlägiger Ministerien sowie gesellschaftlicher Organisationen der DDR stützt. Ergänzend wurde die zeitgenössische Presse – nicht zuletzt die kirchliche – ausgewertet.

Als Motive für die Bildung einer neuen Organisation schälen sich heraus: ideologische Gegenoffensive gegen das Vordringen der Kirchen in den politischen Raum (was nicht mit einem Kirchenkampf gleichbedeutend war), Reagieren auf zunehmende Unzufriedenheit und Orientierungslosigkeit innerhalb der Bevölkerung, auch durch Ansprechpartner in Sachen Ethik und Moral sowie in schwierigen Lebenssituationen, Angebote für Fest- und Trauerkultur, aber ohne das klassische Betätigungsfeld der Freidenker, die Jugendweihe. Angesichts solch schwer vereinbarer Impulse und Zwecksetzungen gelang es auch künftig nicht, das Anliegen dieses Freidenkerverbandes überzeugend zu definieren, zumal allenfalls die ältere Generation noch etwas mit den Traditionen der Freidenker anzufangen wusste – ein Dilemma, das von G. sachkundig analysiert wird. Als nach der Wende enthüllt wurde, dass auch das MfS hier ein neues Operationsfeld erkannte (was eigentlich niemanden ernstlich überraschen konnte), war es nicht schwer, einen Verband zu stigmatisieren, dessen Gründung von oben nach unten erfolgt war. Die dann teilweise vollzogenen Überleitungsprozesse in westdeutsche Verbände unterscheiden sich von dem, was beim Anschluss generell geschah, allenfalls dadurch, dass diese in Deutscher Freidenker-Verband (der DDR) umbenannte Organisation wegen des ihr angehangenen Stasi-Verdachtes besonders schlechte Karten in den Händen hielt.

In der dritten Abteilung unterbreitet G. einige kommentierte Materialien aus seinem Privatarchiv. Als einer der wenigen damaligen Akteure, denen Wesen und Traditionen der Freidenkerei tatsächlich vertraut waren, vermochte er sich in seinen Überlegungen, Vorschlägen und Kritiken deutlich über jenes Niveau zu erheben, das sich in den offiziellen Verlautbarungen widerspiegelt. Den Abschluss bildet ein informatives Interview, das er mit dem Kulturwissenschaftler Dietrich Mühlberg im Jahre 1998 geführt hat und bei dem der Abstand eines Jahrzehnts bedacht sein will.

Obwohl die Autoren ihr Werk nur als „Einstieg" in weitere Forschungen bezeichnen, haben sie einen beträchtlichen Quellenkorpus ausgeschöpft und bereits empfindliche Forschungslücken geschlossen. *Günter Benser*

Ulla Plener: Demokratisierung. Beiträge zur Strategie der Linken (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte, Neue Folge, 3), Berlin 2012, 185 S., ISSN 2194-864X

„Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse", „Kontrolle wirtschaftlicher Macht", „Schutz des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge", „erweiterte Mitbestimmung", „staatliche Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe" – ja, meint Ulla Plener, das sei al-

les durchaus in der Programmatik der LINKEN zu finden, aber es sei „*nicht strategisch zentral,* nicht [...] *der* Weg zur angedachten demokratischen, sozial gerechten, ökologisch verträglichen, nicht patriarchalen Gesellschaft, nicht [...] *die* Grundlage breiter demokratischer Bündnisse, mit denen allein eine solche Gesellschaft erreicht werden kann." (S.172)

Aber es *muss* die zentrale Frage sein, ist P. überzeugt und streitet dafür seit Gründung der PDS 1990 und mit neuer Kraft seit deren Vereinigung mit der WASG zur LINKEN 2007. Einige ihrer Aufsätze sind nun von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem Buch vereinigt und damit konzentriert nachlesbar gemacht. Einmal mehr wird deutlich: Nur wenige sind in ihrer Analyse und Kritik der Programmatik der LINKEN und Linken so beharrlich wie sie, blieben so gründlich wie sie über viele Jahre hinweg beim Thema und führten und führen die Auseinandersetzung bei aller Schärfe doch nie unsachlich oder verletzend, sondern – wie Alex Demirović in seinem Geleitwort vermerkt – „solidarisch, abwägend und nüchtern" (S.9). Das ist viel, sehr viel, und dass es nie medienwirksam laut geworden ist um ihre Hinweise und Kritik, sollte nicht über das tatsächliche Gewicht ihrer Auffassungen auch für künftige Debatten hinwegtäuschen. Demirović pflichtet ihr nachdrücklich bei im Grundsatzbefund, der sie zu immer neuen Wortmeldungen treibt: dass das „Verhältnis zum Staat und zur Demokratie" eine der „großen Schwächen" der Linken sei. Zu viel bleibe hier „im Ungefähren" (S.9).

Was freilich nichts Neues sei. Schon die Sozialdemokratie unter August Bebel – so schreibt P. und versichert sich dabei der Übereinstimmung mit Arthur Rosenberg und seinem Beispiel gebenden Werk „Demokratie und Sozialismus" von 1938 – habe es nicht verstanden, „aus der von Marx begründeten (sozialistischen) Theorie eine praktikable (demokratische) Politik für hier und heute abzuleiten, die alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens, einschließlich der ökonomischen, und damit breiteste Schichten des Volkes weit über das industrielle Proletariat hinaus einbezogen hätte". Sie habe Demokratie nicht „als Wechselverhältnis der politischen *und* ökonomischen Sphäre" gefasst, sondern „allein auf die politische Form des Parlamentarismus auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts reduziert" (S.11). Dabei sei das „Gerechtigkeitspostulat Wirtschaftsdemokratie" der „alten Arbeiterbewegung" doch von drei Elementen gleichermaßen getragen gewesen: *erstens* dem „ethischen Moment der Menschenwürde"; *zweitens* dem „politökonomisch begründeten Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an der Wirtschaft als Tätigkeitsfeld aller Gesellschaftsmitglieder" und *drittens* der „Verpflichtung des Staates" zur „sozialen Gesetzgebung" sowie zur „Demokratisierung der Wirtschaft vermittels öffentlichen Eigentums, staatlicher Kontrolle" und verschiedener Planungsformen (S.33).

In der Revolution 1918/19 und in den 1920er-Jahren sieht P. die Idee der Wirtschaftsdemokratie vor allem von den Gewerkschaften verfochten. Und obgleich es diesen nicht gelang, die „Unversöhnlichkeit des profitbestimmten Unternehmertums" zu „durchbrechen", hätten sie doch bis 1933 Resultate erzielt, die nach 1945 in der BRD wieder zu Bedeutung kamen und bis heute als gültig betrachtet werden

könnten: „Beschränkung der Autokratie des Unternehmertums im Umgang mit der Arbeitskraft"; „praktisch erprobte Schritte hin zu einer ‚Sozialisierung von unten'"; theoretische Überlegungen zur „Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft" (S.42). Wenn nun auch heute einem dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie entsprechenden schrittweisen Umbau der Ökonomie hin zu einer solidarischen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Wirtschaftsordnung „stets der Widerstand egoistischer Profitinteressen des Großkapitals und der Großbanken" entgegenstehe, stelle sich erneut und immer wieder die Frage nach den „Bedingungen und Chancen einer sozialen Bewegung für Wirtschaftsdemokratie, die diesen Widerstand überwinden könnte" (S.43).

Anregungen dazu sucht P. in der kritischen Analyse von Bewegungen und Debatten in der BRD 1949-1989, in der Auseinandersetzung mit den Positionen von SPD und PDS in den ersten 15 „Nachwendejahren" 1990-2005 sowie in der aufschlussreichen Studie „In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988. Versuch einer Demokratie von unten". Und kommt dann immer wieder auf die Programmdebatten der LINKEN zurück. Hart geht sie mit Dieter Klein und seinen Vorstellungen von einer zweiten großen Transformation (Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung 13./14.10.2011) ins Gericht: Für „problematisch" hält sie dessen „strategische Orientierung der Politik auf den ‚demokratischen Sozialismus' schon heute und hier", und ganz und gar nicht einverstanden ist sie mit dem „weitgehend ‚marginalen' Umgang mit Demokratie bzw. Demokratisierung". „Demokratische Erneuerung" lediglich als fünftes unter sechs „Einstiegsprojekten" der Transformation zu behandeln werde der zentralen Bedeutung der Demokratisierung nicht gerecht (S.173). Und auch Rolf Reißig (Neues Deutschland, 5./6.11.2011) widerspricht sie vehement. „Transformation als Weg zur Demokratisierung? Umgekehrt: Demokratisierung ist der Weg der Transformation der kapitalistischen Gesellschaft zur angedachten ‚neuen sozialen Ordnung'!" (S.174)

Den Abschluss des Bd. bildet ein Blick auf das Erfurter Programm der LINKEN von 2011. Auch hier macht P. aus ihrer Skepsis kein Hehl. Strategische Orientierung der Partei auf den Demokratischen Sozialismus? „Demokratische Bündnisse" würden damit „nach der *Erfahrung* mit dem Realsozialismus wohl schwer zu schmieden sein". „Demokratische – nicht sozialistische – Forderungen" müsse die Partei erheben, die „Demokratisierung von Gesellschaft und Staat" den „Kern linker Politik" bilden (S.185).

P.s Überlegungen sind auch 2014 aktuell geblieben. Und ihre Courage ist es ohnehin. Der vorliegende Bd. ist ein weiterer in der langen Reihe von Büchern und Aufsätzen, mit denen sich Ulla Plener seit Jahrzehnten in vorbildlicher Ernsthaftigkeit, Gründlichkeit und Rückhaltlosigkeit in die scharfen und komplizierten Debatten zur Geschichte und Theorie der kommunistischen und sozialistischen Bewegung einmischt. *Wolfram Adolphi*

Autorenverzeichnis

Wolfram Adolphi, Dr. sc., Potsdam
Wilma Ruth Albrecht, Dr., Bad Münstereifel
Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Herbert Bauch, Frankfurt/Main
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Marga Beyer, Dr., Berlin
Ulrich Busch, Dr. habil., Berlin
Heinz Deutschland, Prof. Dr., Graal-Müritz
Joachim Eichler, Dr., Berlin (†)
Matteo Ermacora, Dr., Universität Venedig
Antonio Farina, Universität Cagliari/Italien, Stiftung für Sozialgeschichte des XX. Jahrhunderts/Bremen
Gerd Fesser, Dr., Apolda
Ronald Friedmann, Berlin
Rolf Hecker, Prof. Dr., Berlin
Ursula Herrmann, Prof. Dr., Ferch
Dierk Hoffmann, Prof. Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Rainer Holze, Dr., Berlin
Baldur Kaulisch, Dr., Berlin
André Keil, Doktorand**,** University of Northumbria at Newcastle, Großbritannien
Mario Keßler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Simon Loidl, Dr., Wien
*Ingo Löppenberg***,** Doktorand, Ernst-Moritz-Arndt Universität, Greifswald
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Joana Dias Pereira, Dr., Neue Universität Lissabon
Michael Pesek, Dr., Forschungszentrum Gotha
Horst Riedel, Dr., Leipzig
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Werner Röhr, Prof. Dr., Berlin
Axel Weipert, Berlin
Detlef Ziegs, Dr. sc., Leipzig

Jahresinhaltsverzeichnis 2014

Zum Ersten Weltkrieg

Helge Döhring: Berliner Syndikalisten im Streik 1914 bis 1916 (Dokumentation) II/124

Matteo Ermacora: Arbeiten vor Gewehrläufen. Protest und Widerstand von Arbeitern im Hinterland der italienischen Front (1915 bis 1918) III/68

Antonio Farina: Die „unruhige Arbeiterschaft". Rüstungsproduktion und Arbeiterbewegung in einer U-Boot-Werft. Die AG „Weser" im Ersten Weltkrieg III/85

Veronika Helfert: „Unter Anführung eines 13jährigen Mädchens". Gewalt und Geschlecht in unorganisierten Protestformen in Wien während des Ersten Weltkrieges II/66

Rainer Holze: Beginn des Ersten Weltkrieges – Ursachen und Wertungen. Internationales Kolloquium (Bericht) III/152

André Keil: Zwischen Kooperation und Opposition: Die britische Arbeiterbewegung und das „War Emergency Workers' National Committee" während des Ersten Weltkriegs III/7

Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Kampf gegen den drohenden Krieg 1911 bis 1913 II/7

Simon Loidl: „Zweieinhalb Tage waren wir frei." Zur literarischen und politischen Rezeption des Matrosenaufstands von Cattaro in Österreich III/131

Ingo Löppenberg: Zwischen Burgfrieden und „Neuorientierung". Politische Positionen und soziale Aktionen der Christlichen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg III/107

Ottokar Luban: Der Kampf der Berliner SPD-Basis gegen die Kriegskreditbewilligung im ersten Kriegsjahr II/53

William A. Pelz: Proletarischer Internationalismus vor 1914. Internationale Konferenz (Bericht) II/134

Joana Dias Pereira: Produzenten und Konsumenten vereinigt euch! Soziale Unruhen während des Ersten Weltkriegs in Portugal III/54

Michael Pesek: Afrikanische Träger im Ersten Weltkrieg III/27

Lucas Poy: Die Sozialistische Partei Argentiniens und der Erste Weltkrieg II/21

Christian Stappenbeck: Kriegsbeginn 1914 – ein Dorfmädchen in der Mark Brandenburg notiert II/131

Antje Strahl: Krise als Emanzipationsschub? Beschäftigungsbedingungen für Arbeiterinnen am Beispiel mecklenburgischer Rüstungsbetriebe 1914 bis 1918 II/83

Marco Swiniartzki: Der Beginn der gegenseitigen Entfremdung. Arbeiter und Deutscher Metallarbeiter-Verband im Chemnitzer Maschinenbau 1914 bis 1918 II/106

Jörn Wegner: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung II/39

Weitere Artikel

Richard Albrecht: Über Armut. Und über Armut hinaus II/153

Herbert Bauch: Unter der Peitsche der Abtreibungsparagraphen. Das hessische Langen in der Weimarer Republik I/69

Günter Benser: 50 Jahre ITH – in der Sicht eines Wegbegleiters II/140

Traude Bollauf: Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht von jüdischen Frauen nach England 1938/39 (49. Linzer Konferenz) I/94

Rolf Hecker: Zur Geschichte der Veröffentlichung der Generalratsprotokolle der Internationalen Arbeiterassoziation (Zum 150. Jahrestag der IAA) III/158

Andreas Morgenstern: „Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei". Die „Sozialistischen Monatshefte" als Blatt der Revisionisten in der SPD 1912 II/162

Fabian Trinkaus: Machtstrukturen und Arbeiterhandeln in der Eisen- und Stahlindustrie vor dem Ersten Weltkrieg. Die Fälle Neunkirchen (Saar) und Düdelingen (Luxemburg) I/37

Alexander Wierzock: Studenten und Arbeiterbewegung. Das Beispiel Alfred Meusel I/53

Michael Zeuske: Versklavte und Sklavereien in Spanisch-Amerika. Gedanken zur „Weltarbeiterklasse" in globaler Perspektive I/5

Diskussion

Jörg Roesler: Industriearbeiterleben unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft. UdSSR und USA 1941 bis 1945 im Vergleich III/173

Karsten Heinz Schönbach: Reformismus und Kapitalismus im Deutschen Kaiserreich II/183

Regionales

Wilma Ruth Albrecht: „Des Volkes Recht ...". Pfalz und Pfälzer 1848/49. Annäherungen an regionalgeschichtliche Ereignisse III/197

Claus-Peter Clasen: Die politische und soziale Welt der Augsburger Schuhmacher am Ende des 19. Jahrhunderts I/114

Miszelle

Daniela Fuchs: „Zu Breslau ein Friedhof. Ein Toter im Grab. Dort schlummert der Eine der Schwerter uns gab." (Arbeiterlied). Ferdinand Lassalle zum 150. Todestag II/199

Biografisches

Fabian Brändle: „Dass der Teufel einmal gesagt habe, er wolle alles sein auf der Welt, nur nicht Lehrbub." Eine kleine Erfahrungsgeschichte der Lehre an-

hand schweizerischer Selbstzeugnisse (1870 bis 1970) I/138

Peter Giersich/Heinz Kraus: Erich Schmalfuß (1905-1992). Ein Arbeiterzeuge im Reichstagsbrandprozess 1933 I/171

Helga W. Schwarz: Helene (Lene) Radó-Jansen (1901-1958). Agitatorin, Agentin, Autorin I/155

Dokumentarisches

Horst Klein: Erinnerungen von Gerhart H. Seger (1896-1967) an sein Leben nach der Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg III/221

Berichte

Jürgen Hofmann: Annäherung an eine globale Geschichte der Hausangestellten und Pflegebediensteten (49. Linzer Konferenz) I/89

Anja Kruke: Arbeiterbewegung und Digital Humanities. 44. Konferenz der IALHI II/209

Tobias Kühne: „Neues über die Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg". Eine Tagung über Schicksale und Strukturen II/216

Harald Lange: Mehr Gerechtigkeit wagen. Willy Brandts globales Engagement. Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung II/223

Ingo Schmidt: Demokratie und Revolution in den Werken Rosa Luxemburgs. Internationale Konferenz II/220

Information

Holger Czitrich-Stahl: Eine herausragende Enzyklopädie für die Arbeiterklasse. Das „Volks-Lexikon", durchgesehen nach 120 Jahren II/227

Buchbesprechungen

Günter Agde/Alexander Schwarz (Hrsg.): Die rote Traumfabrik. Meschrabpom-Film und Prometheus 1921-1936 (*Günter Jordan*) I/203

Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg.): „Die endlich entdeckte politische Form". Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute (*Axel Weipert*) II/257

Egon Bahr: „Das musst du erzählen". Erinnerungen an Willy Brandt (*Herbert Mayer*) III/267

Angelica Balabanoff: Lenin oder: der Zweck heiligt die Mittel. Erinnerungen (*Horst Riedel*) III/253

Günter Benser: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (*Werner Röhr*) I/225

Michael Berger/Gideon Römer-Hillebrecht (Hrsg.): Jüdische Soldaten – Jüdischer Widerstand in Deutschland und Frankreich (*Herbert Mayer*) II/261

Ingrid Bodsch (Hrsg.): Dr. Karl Marx – Vom Studium zur Promotion. Begleitbuch zur Ausstellung (*Wilma Ruth Albrecht*) I/180

Dieter Braeg (Hrsg.): „Wilder Streik – Das ist Revolution". Der Streik der Arbeiterinnen von Pierburg in Neuss 1973 (*Dietmar Lange*) I/223

Peter Brandt/Detlef Lehnert: „Mehr Demokratie wagen". Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010 III/238

Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg (*Gerhard Engel*) II/245

Heiner Bröckermann: Landesverteidigung und Militarisierung. Militär- und Sicherheitspolitik der DDR in der Ära Honecker (*Rainer Bert*) I/217

Willy Buschak: Franz Josef Furtwängler. Eine politische Biografie (*Dierk Hoffmann*) III/257

Bruno Cabanes/Anne Duménil (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe (*Gerd Fesser*) III/227

Kateřina Čapková/Michal Frankl: Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933-1938 (*Veronika Arndt*) II/259

Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (*Jakob Müller*) II/237

Bernard Degen u. a. (Hrsg.): Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität (*Hartmut Henicke*) II/231

Heinz Düx: Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften 1948-2013 (*Werner Röhr*) III/262

Diana Ecker: Der Freiheit kurzer Sommer. Auf Mathilde Franziska Annekes Spuren durch die pfälzisch-badische Revolution von 1849 (*Wilma Ruth Albrecht*) II/251

Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart *(Herbert Mayer)* III/238

Bernd Faulenbach (Hrsg.): Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Die SPD 1969-1982 (*Herbert Mayer*) I/220

Bernd Faulenbach/Andreas Helle (Hrsg.): Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie (*Heinz Niemann*) I/187

Gerd Fesser: Deutschland und der Erste Weltkrieg (*Baldur Kaulisch*) III/231

Jan Foitzik (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente (*Günter Benser*) II/270

Sabine Friedrich: Wer wir sind. Der Roman über den deutschen Widerstand; Sabine Friedrich: Wer wir sind. Werkstattbericht, mit Bildern (*Helga W. Schwarz*) II/266

Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist (*Ulrich van der Heyden*) II/280

Maciej Górny: „Die Wahrheit ist auf unserer Seite". Nation, Marxismus und Geschichte im Ostblock (*Jürgen Hofmann*) I/210

Helga Grebing/Siegfried Heimann (Hrsg.): Arbeiterbewegung in Berlin. Der historische Reiseführer (*Herbert Mayer*) II/252

Henning Grelle: Det kooperative alternativ. Arbejderkooperationen i Danmark 1852-2012 (*Gerd Callesen*) I/185

Horst Groschopp/Eckhard Müller (Hrsg.): Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990) (*Günter Benser*) III/273

Victor Grossman: Rebel Girls. 34 amerikanische Frauen im Porträt *(Gisela Notz) II/255*

Winfried Heinemann: Die DDR und ihr Militär (*Rainer Bert)* I/217

Jochen Hellbeck: Die Stalingrad-Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht (*Jens Ebert*) II/267

Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki (*Heinz Deutschland*) III/252

Oliver Janz: 14 – der große Krieg (*Jakob Müller*) II/239

Konrad H. Jarausch u. a.: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie. Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945-2010 (*Ingo Materna*) I/212

Owen Jones: Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse (*Jörn Wegner*) I/228

Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg (*Henning Holsten*) II/234

Philippe Kellermann (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, Bd. 2 (*Jochen Weichold*) I/201

Dietmar Lange: Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919 (*Axel Weipert*) I/199

Daniel Limberger: Polen und der „Prager Frühling" 1968. Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche (*Stefan Bollinger*) II/274

Domenico Losurdo: Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende (*Ronald Friedmann*) I/194

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 6: 1893 bis 1906 (*Ingo Materna*) III/247

Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie, hrsg. und übers. von Holger Politt (*Annelies Laschitza*) I/195

Jeannette Madarász-Lebenhagen (Hrsg.): Alltag im ostdeutschen Premnitz. Mit den Kalenderblättern (1982-1984) von Hubert Biebl (*Evemarie Badstübner*) III/270

Marx-Engels-Jahrbuch 2011 (*Martin Hundt*) I/179

Markus Meckel/Steffen Reiche (Hrsg.): „Nichts muss bleiben, wie es ist". Gedanken zur Gründung der Ost-SPD (*Heinz Niemann*) II/282

Werner Milert/Rudolf Tschirbs: Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland 1848 bis 2008 (*Jörg Roesler*) I/183

Martin Morgner: DDR-Studenten zwischen Anpassung und Ausrasten. Disziplinarfälle an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1965 bis 1989 (*Christoph Meißner*) II/273

Erich Mühsam: Tagebücher, Bd. 3: 1912-1914; Bd. 4: 1915; Bd. 5: 1915-1916, hrsg. von Chris Hirte/Conrad Piens (*Julian Nordhues*) II/242

Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977 (*Harald Lange*) III/264

Karl Borromäus Murr/Stephan Resch (Hrsg.): Lassalles „Südliche Avantgarde". Protokollbuch des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Gemeinde Augsburg (1864-1867) (*Heinz Hümmler*) I/188

Franz Neuland: „Auf zum letzten Gefecht". Spartakusbund und KPD in Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main von 1916/18-1956 (*Matthias Dohmen*) I/197

Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert (*Axel Weipert*) II/247

Kurt Pätzold: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung (*Herbert Bauch*) III/235

Alfred Pesendorfer: Die gescheiterte Revolution. Deutschland 1918/19 (*Axel Weipert*) III/232

Ernst Piper: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des ersten Weltkriegs (*Evemarie Badstübner*) III/228

Ulla Plener: Demokratisierung. Beiträge zur Strategie der Linken (*Wolfram Adolphi*) III/274

Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck. Reflexionen aus biografischer Forschung über den konterrevolutionären Terror in der Sowjetunion 1937-1941 (*Ronald Friedmann*) III/258

Richard Saage: Zwischen Darwin und Marx. Zur Rezeption der Evolutionstheorie in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie vor 1933/34 (*Horst Klein*) I/191

Dieter Schiller: Einzelheiten und Beispiele. Gelesenes und Geschriebenes aus vierzig Jahren (*Sigrid Bock*) II/277

Ingo Schmidt (Hrsg.): Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals". Die Aktualität (*Ulrich Busch*) III/249

Jürgen Schmidt: August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie (*Ursula Herrmann*) III/244

Wolfgang Schröder: Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier (*Marga Beyer*) III/242

Alexander J. Schwitanski (Hrsg.): „Nie wieder Krieg!" Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale (*Detlef Ziegs)* III/233

Stephan Stracke: Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität (*Andreas Herbst*) I/206

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus russischen Archiven, Bd. 4: 18. Juni 1948 bis 5. November 1949 (*Rolf Badstübner*) I/208

Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer (*Horst Klein*) II/263

Rüdiger Wenzke: Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971 (*Ulrich Ramm*) I/215

Robert S. Wistrich: From Ambivalence to Betrayal. The Left, the Jews, and Israel (*Mario Keßler*) III/259

Friedrich Wolff: Ein Leben – vier Mal Deutschland. Erinnerungen (*Joachim Eichler*) III/255

Michael Zeuske: Kuba im 21. Jahrhundert. Revolution und Reform auf der Insel der Extreme (*Volker Wirth*) II/283

Zum Wirken von Marx und Engels und zur Editionsgeschichte ihrer Werke (*Martin Hundt*) II/249

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Ralf Hoffrogge, Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion
für Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Webseite:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €, zzgl. Porto.
In der Zeitschrift werden nur Beiträge veröffentlicht, die außer dem JahrBuch nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden oder bereits publiziert sind (Druck und Internet). Wird ein Manuskript für die Publikation angenommen, gehen die Veröffentlichungsrechte an die Redaktion, einschließlich einer möglichen Online-Publikation auf der Website der Zeitschrift.
Manuskripte können per Email oder auf CD bzw. USB-Stick, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000 und Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:
IBAN: DE 75 1009 0000 5744 5610 10
BIC: BEVODEBB

Satz: Ch. Kouschil, D. Wiesenthal
Druck und Bindung: Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums, www.bodoni.org, info@bodoni.org

Redaktionsschluss: 13.8.2014

Der erweiterte Heftumfang wurde mit finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung realisiert.